



# Stenografischer Bericht

## 5. Sitzung

Donnerstag, 2. Juni 2016,

Magdeburg, Landtagsgebäude

### Inhalt:

Eröffnung..... 5

#### Tagesordnungspunkt 2

- a) **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „Verlässlich, gerecht und nachhaltig - Kontinuität und neue Perspektiven für Sachsen-Anhalt“**

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) ..... 5

- b) **Aussprache zur Regierungserklärung**

André Poggenburg (AfD) ..... 15  
Siegfried Borgwardt (CDU) ..... 25  
Sven Knöchel (DIE LINKE) ..... 25  
Dr. Katja Pähle (SPD) ..... 25  
Sven Knöchel (DIE LINKE) ..... 29  
Cornelia Lüddemann (GRÜNE) ..... 34  
Siegfried Borgwardt (CDU) ..... 35

#### Tagesordnungspunkt 3

Erste Beratung

- a) **Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes**

Gesetzentwurf Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/63**

Entschließungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/64**

- b) **Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz - KiFöG)**

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/69**

Monika Hohmann (DIE LINKE).....	40
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	42
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration).....	44
Tobias Krull (CDU).....	46
Alexander Raue (AfD).....	48
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	49
Andreas Steppuhn (SPD).....	51
Monika Hohmann (DIE LINKE).....	52
Abstimmung.....	54

#### Tagesordnungspunkt 4

Beratung

##### Zustimmung des Landes Sachsen-Anhalt zum Asylkompromiss im Bundesrat

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/72**

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	54
Siegfried Borgwardt (CDU).....	58
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	58
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport).....	59
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	62
Henriette Quade (DIE LINKE).....	63
Nadine Hampel (SPD).....	65
Carsten Borchert (CDU).....	67
Oliver Kirchner (AfD).....	70
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	72
Abstimmung.....	73

#### Tagesordnungspunkt 5

Beratung

##### Rassismus ächten - Solidarität mit allen von rechter Hetze und Gewalt Betroffenen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/57**

Änderungsantrag Fraktionen CDU,  
SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN - **Drs. 7/81**

Henriette Quade (DIE LINKE).....	73
Jörg Felgner (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung).....	75
Andreas Steppuhn (SPD).....	76
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	79
Sebastian Striegel (GRÜNE).....	81

Angela Gorr (CDU).....	84
Henriette Quade (DIE LINKE).....	85
Abstimmung.....	86

#### Tagesordnungspunkt 6

Erste Beratung

##### Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf Fraktionen CDU,  
SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN - **Drs. 7/68**

Siegfried Borgwardt (CDU).....	86
André Schröder (Minister der Finanzen).....	87
Swen Knöchel (DIE LINKE).....	89
Silke Schindler (SPD).....	91
Jan Schmidt (AfD).....	92
Olaf Meister (GRÜNE).....	93
Eva Feußner (CDU).....	94
Abstimmung.....	95

#### Tagesordnungspunkt 15

Beratung

##### Bestätigung der Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union (AdR)

Antrag Landesregierung - **Drs. 7/59**

Rainer Robra (Staatsminister).....	95
Abstimmung.....	97

#### Tagesordnungspunkt 16

Erste Beratung

##### Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr gewährleisten und Ausstattung der Schulen mit pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbessern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/60**

Thomas Lippmann (DIE LINKE) .....	97
Marco Tullner (Minister für Bildung) .....	100
Wolfgang Aldag (GRÜNE) .....	101
Lydia Funke (AfD) .....	102
Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD) .....	104
Angela Gorr (CDU) .....	106
Thomas Lippmann (DIE LINKE) .....	107
Abstimmung .....	111

### Tagesordnungspunkt 17

Beratung

#### Weitere Rechtsverschärfungen im SGB II verhindern - Grundsicherung menschewürdig reformieren

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs.  
7/61

Alternativantrag Fraktionen CDU,  
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN - Drs. 7/86

Monika Hohmann (DIE LINKE) .....	111
Jörg Felgner (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung) .....	113
Bernhard Bönisch (CDU) .....	113
Ulrich Siegmund (AfD) .....	114
Cornelia Lüddemann (GRÜNE) .....	115
Andreas Steppuhn (SPD) .....	116
Monika Hohmann (DIE LINKE) .....	117
Abstimmung .....	118

**Schlussbemerkungen** ..... 118



Beginn: 9:05 Uhr.

## Eröffnung

### Präsident Hardy Peter Güssau:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 5. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie, verehrte Anwesende, auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 4. Sitzungsperiode fort. Wir beginnen die heutige Beratung mit dem Tagesordnungspunkt 2, der Regierungserklärung. Danach folgen die Tagesordnungspunkte 3, 4, 5 und 6.

Ich erinnere Sie daran, dass sich für heute Staatsminister Herr Robra ab 17:30 Uhr, Ministerin Frau Grimm-Benne ab 15 Uhr und Ministerin Frau Keding bis 17 Uhr entschuldigt haben. - Herr Tullner, Sie auch? Sind Sie heute auch entschuldigt?

(Minister Marco Tullner: Nein, ich bin doch da! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Er wollte nur schwatzen!)

Wir kommen zum

### Tagesordnungspunkt 2 a

#### Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „Verlässlich, gerecht und nachhaltig - Kontinuität und neue Perspektiven für Sachsen-Anhalt“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erteile Ministerpräsident Herrn Dr. Reiner Haseloff das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Bitte, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank)

#### Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Sehr geehrten Damen und Herren! Am 13. März 2016 haben die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag gewählt. Erfreulich ist, dass die Wahlbeteiligung seit dem Tiefpunkt im Jahr 2006 erneut gestiegen ist. Das ist gut; denn die Demokratie lebt von der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Im Ergebnis der Wahl haben wir eine Koalition aus CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebildet, einen Koalitionsvertrag geschmiedet. Am 25. April 2016 hat mich dieser Landtag zum Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt gewählt. Die Landesregierung ist arbeitsfähig. Und wie es guter Brauch ist, möchte ich Ihnen heute die Grundlinien der Regierungsarbeit der nächsten Jahre erläutern.

Worin liegt nun der Schwerpunkt unseres Koalitionsvertrages und damit der Regierungsarbeit der kommenden fünf Jahre? - Man kann es auf einige Worte verknapen: Kontinuität und neue Perspektiven.

Wir wollen Politik für Sachsen-Anhalt gestalten, die verlässlich, gerecht und nachhaltig ist - Sachsen-Anhalt hat nämlich eine gute Zukunft -, und wir wollen, dass die Menschen in unserem Land an dieser Zukunft mitwirken.

Vor allem aber haben die Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter allen Grund, selbstbewusst und stolz auf ihr Land zu schauen.

Das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 und das Bauhausjubiläum im Jahr 2019 sind Ereignisse mit internationaler Ausstrahlung. Sie zeigen, welche große Geschichte unser Land hat. Wir wollen die Jubiläen nutzen, um dies in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus noch viel stärker bewusst zu machen. Aus dieser Geschichte wollen wir Kraft für die Gestaltung der Zukunft schöpfen.

Wir haben in den Jahren seit 1990 bewiesen, dass wir uns den Herausforderungen der Gegenwart stellen und sie meistern. Der Umbau unseres Landes war ein beispielloser Kraftakt, und wir können stolz auf das sein, was wir erreicht haben, erreicht aus eigener Kraft, aber auch durch die Unterstützung des Bundes und der Länder sowie der Europäischen Union.

Wenn die Arbeitslosenquote heute im Landeschnitt unter 10 % liegt - das ist derzeit die niedrigste Quote seit dem Jahr 1991 - und damit nur noch halb so hoch wie vor zehn Jahren ist, dann zeigt dies eine gute Entwicklung. Jetzt muss es darum gehen, auch bei den Löhnen Anschluss an die westlichen Bundesländer zu finden. Gute Arbeit muss auch gut entlohnt werden.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Wir haben die Landeshaushalte in den letzten Jahren ohne Neuverschuldung aufstellen können und sind sogar in die Tilgung der Altschulden eingestiegen. Auch das müssen wir fortführen. Wir wissen, dass dies nicht leicht wird. Der Solidaritätspakt läuft nach dem Jahr 2019 aus. Die Bundesländer-Finanzbeziehungen werden neu gestaltet und die finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingsunterbringung und -integration sind zu meistern.

Wichtig ist, dass wir die Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive erfolgreich in unsere Gesellschaft integrieren. All dies sind Aufgaben, denen wir uns über Parteigrenzen hinweg im Interesse unseres Landes stellen müssen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns in diesem Hohen Haus alle dieser großen Verantwortung bewusst sind und ihr gerecht werden. An der Art und Weise, wie wir mit der Flüchtlingsfrage umgehen, zeigt sich der Reifegrad unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Es zeigt sich, wie weit jeder Einzelne die Grundprinzipien unseres Zusammenlebens verinnerlicht hat: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Hilfsbereitschaft, Respekt. Unser Umgang mit den Flüchtlingen ist sozusagen eine Reifeprüfung für uns alle.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Mein Anspruch ist, dass die Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter, dass wir alle diese Prüfung bestehen.

Was wir nicht zulassen dürfen, ist eine weitere Polarisierung unserer Gesellschaft, ist ein Anwachsen von Hass und Gewalt, sind Ausgrenzung und Abschottung. Nicht akzeptabel sind verbale Entgleisungen gegenüber Menschen anderer Hautfarbe, anderen Glaubens, anderer Identität. Nicht akzeptabel ist, wenn Gewalt ein Mittel der politischen Auseinandersetzung wird.

(Beifall im ganzen Hause)

Nicht akzeptabel sind Attacken auf die körperliche Unversehrtheit, vom Tortenwurf bis hin zu körperlichen Übergriffen, wie sie auch unsere Polizei-beamtinnen und -beamten immer stärker erfahren müssen.

(Beifall im ganzen Hause)

Aber auch verbale Attacken, direkt oder in sozialen Netzen, sind auf das Schärfste zu verurteilen.

(Beifall im ganzen Hause)

Dies dürfen und werden wir deshalb nicht zulassen. Diese Landesregierung steht für ein Sachsen-Anhalt, das weltoffen und tolerant ist. Für ein Sachsen-Anhalt, in dem alle Menschen gut leben können - die, die hier geboren sind, und die, die zu uns kommen als Studenten, Gäste, Fachkräfte und auch als Flüchtlinge.

Der Anspruch dieser Regierung ist, dass sich unsere Heimat Sachsen-Anhalt weiterhin gut entwickelt. Dabei können wir auf das aufbauen, was wir gemeinsam in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht haben.

Ganz gewiss wurden in der Vergangenheit auch Fehler gemacht, und es gab Entwicklungen, die nicht vorhersehbar waren, zum Beispiel die Auswirkungen der Finanzkrise oder die Flut im Sommer 2013.

Man sollte jedoch der Politik zugestehen, dass sie nicht unfehlbar ist und dass sie keine Wunder vollbringen kann. Nicht alles kann und soll der Staat regeln. Aber er kann vernünftige Rahmenbedingungen setzen. Das tun wir mit dem Koalitionsvertrag und der darauf beruhenden Arbeit der Landesregierung.

Für die Umsetzung brauchen wir aber die Mitwirkung der Menschen in unserem Land. Sie sind es, die Sachsen-Anhalt voranbringen, ihr Engagement zählt. Darauf baue ich zum Wohle unserer Heimat.

Jeder Einzelne kann etwas zum Erfolg unseres Landes beitragen. Das können neue Ideen oder das kann einfach eine gute Laune, eine gute Stimmung sein, die wir im Sinne des Selbstbewusstseins auch verbreiten können.

Lassen Sie mich nun einige der wesentlichen Punkte der Regierungsarbeit in dieser Legislaturperiode erläutern.

Wir alle wissen, dass wir mehr Impulse für wirtschaftliche Dynamik benötigen. Eine starke und gesunde Wirtschaft ist die Grundlage für die weitere Entwicklung Sachsen-Anhalts. Ohne sie werden wir viele Wünsche unerfüllt lassen müssen. Denn auch für unser Land gilt: Was man sich leisten will, muss erst einmal erarbeitet werden.

Deshalb benötigen wir mehr unternehmerische Innovationskraft. Deshalb müssen wir unsere Zukunftsinvestitionen verstärken, dies alles unter Beachtung ökologischer Aspekte. Überhaupt werden die Themen Nachhaltigkeit und langfristige Tragfähigkeit immer wichtiger auch im Sinne der Generationenverantwortung.

Ziel war und ist es nicht, Standorte mit Hilfe von Fördergeldern zu entwickeln und dann erleben zu müssen, dass angesiedelte Unternehmen nach Ablauf der Bindungsfristen diese ein paar Jahre später wieder aufgeben.

(Beifall bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Deshalb wollen wir noch konsequenter insbesondere kleine und mittlere, mit der Region verhaftete Unternehmen durch den Einsatz passgenauer Förderinstrumente unterstützen. Dazu zählt auch, den Gründergeist zu stärken.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch gute Arbeitsbedingungen und eine weitere dynamische Einkommensentwicklung. Angesichts der Entwicklung auf dem Fachkräftemarkt muss dies auch im

Interesse der Unternehmen selbst liegen. Unverzichtbar ist zudem die Forcierung des Ausbaus der Infrastruktur und der Breitbandnetze.

Besondere Bedeutung hat dieser Ausbau für den ländlichen Raum. Ländliche Räume lebenswert zu gestalten, sodass sie Perspektiven auch für junge Menschen bieten, ist unser erklärtes Ziel.

Auch die Land- und Forstwirtschaft ist in diesem Zusammenhang zu nennen; denn sie ist eine tragende Säule auf dem Land. Sie steht zugleich in besonderer Verantwortung, wenn es darum geht, Nachhaltigkeit zu fördern und eine artgerechte Tierhaltung zu betreiben. Erwartungen, die auch immer mehr Verbraucher mit der Landwirtschaft verknüpfen, sind in diesem Zusammenhang ebenfalls wichtig.

Ein Plus für unsere in weiten Teilen ländlich geprägte Heimat sind ihr wertvolles Naturerbe und ihre biologische Vielfalt. Sie gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Weiterentwickeln wollen wir auch das Bildungssystem. Gute Bildung bietet nicht nur die Chance auf Selbstverwirklichung und persönlichen Erfolg; sie ist auch die Grundlage für den Erfolg unserer Gesellschaft insgesamt.

Wir wollen kein Kind zurücklassen und maßgeschneiderte Bildungsangebote von Anfang an und möglichst ortsnah sicherstellen. Dazu zählt neben der Verlässlichkeit der Kinderbetreuungs- und Schulstrukturen auch eine Fortentwicklung sowie die Ausstattung der Schulen und Hochschulen. Lernen und Forschen 4.0 muss unser Markenzeichen werden.

Niemanden zurücklassen - das gilt nicht nur für Schule und Ausbildung. Wenn wir Sachsen-Anhalt noch attraktiver machen wollen, wenn wir Menschen dafür gewinnen wollen, hier eine Zukunft für sich zu sehen, dann gehören dazu auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gleiche Chancen für Frauen und Männer und faire Löhne. Soweit es in ihrer Macht steht, wird die Landesregierung ihren Beitrag dazu leisten. Gefragt sind hierbei aber immer auch die Arbeitgeber.

Für Menschen, die schwer in den Arbeitsmarkt zu vermitteln sind, wollen wir den öffentlich geförderten und gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt weiterentwickeln, so wie wir das schon einmal mit der Bürgerarbeit geschafft haben.

Das Land Sachsen-Anhalt hat in der Vergangenheit sehr stark von Investitionen ausländischer Unternehmen profitiert. Zahlreiche Arbeitsplätze in unserem Land sind dadurch entstanden. An unseren Hochschulen und Universitäten studieren rund 6 000 ausländische Studenten. Dies stärkt den Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt und trägt zum wissenschaftlichen Austausch bei.

Ausländische Fachkräfte sind eine Bereicherung für unsere heimischen Unternehmen, sie sind zudem Türöffner für internationale Märkte. In einer gezielten und gesteuerten Zuwanderungspolitik sehen wir daher eine große Chance für unser Land, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und eines steigenden Durchschnittsalters unserer Bevölkerung.

Eine gelingende Einwanderung bietet nicht nur unseren Unternehmen Chancen, sie bereichert uns auch kulturell. Wir wollen ein weltoffenes und tolerantes Sachsen-Anhalt. Dazu gehört, Rassismus und Intoleranz entschlossen zu begegnen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dazu gehört auch, Menschen, die in ihren Heimatländern verfolgt werden, Schutz zu bieten.

Die Integration der Menschen, die zu uns kommen, ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Wir fördern Integration, wir fordern sie aber auch ein. Die Einhaltung unserer Gesetze und die Achtung unserer Werte sind der Prüfstein für eine gelungene Integration. Sie sind die Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt und das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Die Bewältigung dieser gesamtstaatlichen Aufgabe ist nicht ohne das große ehrenamtliche Engagement vieler Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter möglich. Ein solches breites bürgerschaftliches Engagement, wie auch in vielen anderen Bereichen, ist die Voraussetzung für eine intakte Zivilgesellschaft. Wir wollen es daher entsprechend fördern. Dazu zählen ein Mehr an Partizipation und der Dialog mit den Menschen in Sachsen-Anhalt. Wir wollen daher die Transparenz politischer Entscheidungen erhöhen und die Beteiligungsrechte stärken.

Grundlage für unser Handeln in den kommenden fünf Jahren ist und bleibt eine solide und nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik. Wir wollen eine Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, zusätzliche Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern und bei der Polizei sowie Verbesserungen bei der Kinderbetreuung. Wir wollen ein Sofortprogramm Umweltschutz, Investitionen in die Infrastruktur und eine Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen. Wir sind uns darüber hinaus einig, dass der soziale Arbeitsmarkt gestärkt werden muss.

Einig sind wir uns allerdings auch darüber, dass die Konsolidierungshilfen des Bundes nicht gefährdet werden dürfen. Daran muss sich die politische Prioritätensetzung ganz klar orientieren.

Dies gilt umso mehr, als wir künftig sehr viel stärker auf eigenen Füßen stehen müssen. So haben sich beispielsweise die Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen sehr schwierig

gestaltet. Die Positionen der beteiligten Länder standen sich zunächst diametral gegenüber. Die ostdeutschen Länder haben jedoch geschlossen zusammengestanden und ihre besondere finanzielle Situation gemeinsam vertreten. Eine geschlossene Ostphalanx werden wir auch weiterhin brauchen, weil die Interessen zwischen Ost und West teilweise immer noch unterschiedlich sind.

Umso wichtiger ist es aber auch, dass das Land Sachsen-Anhalt wirtschaftlich stärker wird. Trotz des erkennbaren Aufholprozesses besteht weiterhin ein deutliches West-Ost-Gefälle. Dies können wir nur mit einer weiter über dem Bundesdurchschnitt liegenden Investitionsquote abbauen.

Dies alles können wir nicht per Gesetz verordnen, aber wir können Verordnungen, Gesetze und Rahmenbedingungen schaffen, die dafür hilfreich sind.

Notwendig ist, dass die Aufwendungen der Unternehmen für Forschung und Entwicklung wachsen. Sie haben derzeit in Sachsen-Anhalt nur einen Anteil von 0,4 % des Bruttoinlandsproduktes, liegen also unter dem Anteil der öffentlichen Hand des Landes Sachsen-Anhalt. Bis zum Jahr 2023 soll dieser Anteil auf 0,7 % steigen.

Darum wollen wir wissen, welche zusätzlichen Impulse möglich sind, die über die bisher praktizierten Förderinstrumente hinausgehen. Bis Ende des Jahres wollen wir dies im Rahmen einer Studie untersuchen lassen. Die Handlungsempfehlungen aus der Studie werden in konkrete Maßnahmen im Rahmen unserer Innovationsstrategie einfließen.

Wir wollen das Gründungsgeschehen im Land Sachsen-Anhalt forcieren. Insbesondere wollen wir den Fokus auf innovative Ausgründungen aus der Wissenschaft legen. Wir wollen nicht aus jedem Wissenschaftler einen Unternehmensgründer machen. Aber wir wollen mehr Unternehmensgründer mit wissenschaftlichem Hintergrund; denn solche Gründungen haben das Potenzial, erfolgreich im Wettbewerb zu bestehen, neue Märkte zu erschließen und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Kurz: Wir wollen weniger verlängerte Werkbank und dafür mehr Ideengeber sein.

(Zustimmung bei der AfD)

Lassen Sie es mich so sagen: Wir brauchen Menschen, die die Tradition von Hugo Junkers oder Walter Gropius fortschreiben.

Darum wollen wir unsere Hochschulen noch stärker zu Keimzellen für Start-ups ausbauen. Mithilfe unserer Förderung wollen wir den Hochschulen helfen, ein Umfeld zu schaffen, das Studenten zum Ausprobieren und Experimentieren einlädt.

Mit speziellen Förderinstrumenten unterstützen wir junge Gründer von der strategischen Planung

über die Finanzierung bis zur Realisierung ihrer Vorhaben. Wichtig ist aber ebenso, Unternehmensgründungen schon früh als Perspektive in der persönlichen Lebensgestaltung zu entdecken.

Daher wollen wir bereits in der Schule für das Thema Unternehmensgründung sensibilisieren und dazu motivieren. Es gibt viele Schülerfirmen, die hervorragend arbeiten. Bei Besuchen in den Schulen kann man das erleben. Diese Tendenzen und Initiativen müssen wir konsequent unterstützen. Das kann jeder Abgeordnete in seinem Wahlkreis begleiten.

Wir wollen jedoch auch auf anderen Wegen das Investitionsgeschehen im Land Sachsen-Anhalt aktivieren und Bürokratie abbauen. Dazu soll ein Maßnahmenkatalog zur Entbürokratisierung erstellt werden. Das betrifft sowohl die Fristen zur Bescheidung von Anträgen als auch die Fördermittelvergabe betreffenden Aktivitäten der Verwaltungen.

Das Fördermittelcontrolling soll zudem besser und effizienter werden. Sicherlich ist das eine Fortschreibung dessen, was immer schon zum Aufgabenkatalog einer Landesregierung und einer Verwaltung gehörte. Es geht jedoch darum, immer wieder neue Ansätze zu finden, weil wir an dieser Stelle nicht nachlassen dürfen, initiativ zu sein.

Es gibt eine Reihe weiterer Vorhaben, die wir für die kommenden fünf Jahre auf der Agenda haben. So werden wir das Landesvergabegesetz evaluieren und weiterentwickeln. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und streben dabei die Einführung eines Qualitätssiegels „Familienfreundlicher Betrieb“ an. Viele Betriebe sind schon familienfreundlich. Aber das soll auch entsprechend gekennzeichnet und wertgeschätzt werden, indem wir es öffentlich machen.

Zur Unterstützung von Neugründungen und Unternehmensnachfolgen wollen wir eine Meistergründungsprämie einführen. Ferner wollen wir die Außendarstellung Sachsen-Anhalts weiter verbessern. Darum werden wir das Landesmarketing weiterentwickeln. Ideen dazu kann jeder einbringen.

Das Land Sachsen-Anhalt soll als leistungsfähiger Wirtschaftsstandort präsentiert werden, als ein Land, das modern, selbstbewusst und weltoffen ist. Wichtig ist es dabei, Potenziale zu erkennen. Ich denke hierbei zum Beispiel an die Kreativwirtschaft.

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich in den letzten Jahren zu einem anerkannten Medienstandort und zu einem Drehort sowohl nationaler als auch internationaler Kino- und Fernsehproduktionen entwickelt. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor dafür ist die Beteiligung des Landes an der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH.

Um im Standortwettbewerb weiter bestehen zu können, müssen wir über eine Erhöhung der Kapitalzuführung des Landes zur MDM in angemessenem Verhältnis zu den anderen Gesellschaftern reden. Wir müssen es im Verbund mit den Universitäten und Hochschulen zudem schaffen, die Medienausbildung weiter zu verbessern und hierfür noch mehr Studenten für ein Studium in Sachsen-Anhalt gewinnen.

Auch die Tourismuswirtschaft hat eine positive Entwicklung genommen. Diese setzt sich fort. So sind die Übernachtungszahlen im ersten Quartal dieses Jahres um 6,8 % im Vergleich zum Vorjahresquartal gestiegen. Auch bei den ausländischen Gästen gab es einen deutlichen Zuwachs. Um diese Entwicklung zu verstetigen, werden wir das Tourismusmarketing und die touristische Infrastruktur weiterentwickeln.

Ohne Zweifel hat Sachsen-Anhalt insbesondere sein Profil als Kulturreiseland geschärft. Das Reformationsjubiläum im kommenden Jahr, das neben dem zentralen Kirchentag in Wittenberg in vielen Orten - auch durch regionale Kirchentage - begangen wird, und das Bauhaus-Jubiläum im Jahr 2019 sind eine große Chance für diese Branche, aber auch für das Land Sachsen-Anhalt insgesamt.

Diese Chance müssen und werden wir nutzen. Wir werden Sachsen-Anhalt nicht nur als Land mit großer Kultur und Geschichte präsentieren, wir werden auch gute Gastgeber für unsere in- und ausländischen Gäste sein.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sachsen-Anhalts Kultur umfasst natürlich mehr als Reformation und Bauhaus. Wir müssen daher unsere Kulturlandschaft in ihrer ganzen Vielfalt im Blick haben. Bei allem Erinnern darf der Blick auf die kulturelle Gegenwart nicht verloren gehen. Das eine ist von dem anderen nicht zu trennen.

So ist kulturelle, ästhetische und historische Bildung vor allem für Kinder und Jugendliche ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Außerdem werden wir die Fördermechanismen für den Kulturbereich künftig einfacher und verlässlicher ausgestalten.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Wir wollen zudem den offenen und kreativen Austausch zwischen Landespolitik und Kulturschaffenden nachhaltig beleben. Wir müssen es schaffen, mehr Unterstützung und Vernetzung mit Partnern von außen zu generieren.

Insgesamt hat sich diese Koalition im Bereich der Kultur ehrgeizige Ziele gesetzt. So soll ein Anteil von 1 % des Landeshaushaltes - mindestens aber 100 Millionen € - für die Kultur eingesetzt werden.

Angesichts der Finanzlage wird dies gewiss nicht in einem Schritt zu realisieren sein. Das ist aber der Orientierungspunkt, an dem wir uns in dieser Legislaturperiode ausrichten.

Vor besonderen Herausforderungen stehen wir ohne Zweifel auch im Bereich der Bildung. Die Ausgangsbasis ist gut: Bei deutschlandweiten oder internationalen Leistungstests in den vergangenen Jahren hat das Land Sachsen-Anhalt sehr gut abgeschnitten. Dies zeugt von der Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler.

Dies zeugt aber auch von der Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems und dem Können der Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt. Wir wissen aber auch, dass wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen können und dass wir vor neue Aufgaben gestellt werden.

So hat die hohe Zahl von Flüchtlingen, die zu uns kommen, auch Auswirkungen auf das Schulsystem. Nach Jahren des Rückgangs der Schülerzahlen steigen diese nun wieder an. Inzwischen lernen rund 6 200 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bei uns. Eine gelungene schulische Integration, das Dazugehören von Anfang an, ist hierbei die wichtigste Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kern ist und bleibt dabei das Erlernen der deutschen Sprache. Mehr als 400 Sprachlernklassen und Sprachlerngruppen bestehen derzeit an unseren allgemein- und berufsbildenden Schulen. Angesichts dessen wird auch der Erlass zur Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund überarbeitet. Die Anhörung dazu läuft derzeit.

Nicht nur vor diesem Hintergrund hat die Absicherung der Unterrichtsversorgung besondere Bedeutung. Ich bin dankbar für das klare Bekenntnis, das im Koalitionsvertrag dazu formuliert ist.

Wir wissen natürlich, dass die Umsetzung schwierig wird. Unser Bildungsminister hat das Thema sofort aufgegriffen. Die Abstimmung über Neueinstellungen zum nächsten Schuljahr ist bereits eingeleitet. Ziel sind und bleiben eine Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau und Unterricht auf hohem Niveau.

Vergessen dürfen wir dabei aber nicht die Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten haben, das Klassenziel zu erreichen. Der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist immer noch zu hoch. Diese Quote müssen wir verringern, ohne Abstriche bei den fachlichen Anforderungen zu machen. Bewährt haben sich hierbei Projekte wie das Produktive Lernen

und die Schulsozialarbeit. Deren Finanzierung muss auch nach dem Auslaufen der jetzigen EU-Förderperiode sichergestellt werden. Zudem werden wir die Förderung Hochbegabter fortführen.

Insgesamt gilt, dass wir keine strukturellen Veränderungen im Bereich der Schulen vornehmen werden. Wir stehen für eine verlässliche Schulpolitik, die sich nicht an Strukturen abarbeitet, sondern auf die Entwicklung der schulischen Qualität orientiert.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nur mit Bildung gibt es eine gute Zukunft, sehr geehrte Damen und Herren. Nur mit Bildung gibt es Wachstum und Wohlstand. Nur mit Bildung gibt es eine funktionierende Demokratie.

Dies gilt auch für die Hochschulen. Unser Land hat sich zu einem attraktiven Hochschulstandort entwickelt. Davon zeugen rund 52 000 Studierende. Die Zielvereinbarungen für die Jahre 2015 bis 2019 und die Hochschulstrukturplanung 2025 schaffen Planungssicherheit und stärken die Autonomie der Hochschulen. Zugleich sind sie eine zuverlässige Grundlage der Hochschulentwicklung.

Gleichwohl wird es in dieser Legislaturperiode eine Novellierung und Modernisierung des Hochschulgesetzes und des Hochschulmedizingesetzes geben. Wir streben dies bis zur Mitte der Legislaturperiode an. Dabei wird es unter anderem um eine vollständige Übertragung des Berufungsrechtes an die Hochschulen gehen. Auch wird es um die Ausweitung der Zugangsberechtigungen zum Abitur und eine höhere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung gehen.

Wir sind dafür, Studienangebote für berufsbegleitende Studiengänge oder Teilzeitstudiengänge auszubauen. Die Landesregierung strebt darüber hinaus eine weitere Öffnung der Hochschulen für Absolventen der beruflichen Aufstiegsfortbildung an. Die Attraktivität des dualen Studiums soll erhöht werden. Damit tragen wir den Bedürfnissen der Wirtschaft und auch den Forderungen der Kammern ganz klar Rechnung.

Erfreulich für die Hochschulen: Durch die Übernahme der BAföG-Förderung durch den Bund stehen ab 2017 die 30 Millionen € den Hochschulen vollständig zur Verfügung. Die Hälfte davon fließt in die Grundfinanzierung der Hochschulen. Die restlichen 15 Millionen € werden für Maßnahmen zur Profilierung der Hochschulen genutzt.

Bleibt noch ein Wort zur Hochschulmedizin. Hierbei sind wir uns einig, dass wir keine Privatisie-

rung oder Teilprivatisierung der Universitätsklinik wollen.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Wir sind für den Erhalt der medizinischen Fakultäten der beiden Universitäten. Sichtbares Zeichen dieses Bekenntnisses werden das neue Bettenhaus in Halle und das Herzzentrum in Magdeburg sein.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Wichtig in diesem Zusammenhang ist uns die Förderung der Zusammenarbeit der Universitätsklinik mit Forschungseinrichtungen und anderen Krankenversorgern im Umfeld. Gegenüber dem Bund werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Universitätsklinik für das, was sie leisten, auch möglichst vollständig vergütet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir über Schule, Ausbildung und Studium reden, darf nicht vergessen werden, dass die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg bereits sehr viel früher gelegt werden. Die frühkindliche Bildung und ein gutes System der Kinderbetreuung werden immer wichtiger. Hierbei sind wir in Sachsen-Anhalt gut aufgestellt. Wir sind ein kinder- und familienfreundliches Land. Wir eröffnen jedem Kind den Zugang zu frühkindlicher Bildung und ermöglichen den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Landespauschalen des Kinderförderungsgesetzes werden an die inzwischen vereinbarten Tarife angepasst. Damit wird ein Beitrag zur Kostendämpfung bei den Gemeinden geleistet und eine Entlastung bei den Kostenbeiträgen der Eltern möglich. Nicht zuletzt setzen wir ein Signal für gute Arbeit über die angemessene Entlohnung der Erzieher und Erzieherinnen.

Wir werden die Mittel aus dem Betreuungsgeld des Bundes eins zu eins über die Landkreise an die Gemeinden weitergeben, damit diese dann die Eltern von Krippenkindern unmittelbar entlasten können. Der entsprechende Gesetzentwurf wird nachher in den Landtag eingebracht, damit eine Entlastung noch 2016 wirksam werden kann. Das ist der erste Schritt.

Die grundsätzliche Frage der Finanzierungssystematik ist Gegenstand einer Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes, die derzeit läuft. Die Ergebnisse der Evaluierung bilden dann die Grundlage für die Novellierung des KiFöG bis zum Ende des Jahres 2017.

Neben der Etablierung einer transparenten, nachvollziehbaren und umfassenden Finanzierungssystematik wird die Novelle auch auf eine Verbesse-

rung der Erzieher-Kind-Relation in den Einrichtungen abzielen.

Gute Arbeit zu fördern und zu würdigen, das gilt aber nicht nur bei der Kinderbetreuung. Es ist vielmehr das Leitmotiv unserer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Nur durch attraktive Arbeitsplätze - ich sagte es bereits - wird es uns zukünftig gelingen, ausreichend Fachkräfte für Sachsen-Anhalt zu gewinnen oder sie hier dauerhaft zu binden.

Zu guter Arbeit gehört ein fairer Lohn, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gute Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, Gesundheitsförderung und eine generelle Kultur der Wertschätzung im Unternehmen, aber auch ein neues Verhältnis unserer Menschen zu Unternehmen, zu unternehmerischen Aktivitäten.

Es gibt keine höhere ethische Leistung, als dass jemand ein Unternehmen gründet oder erhält und damit die Arbeitsplätze für diejenigen schafft, die als abhängige Beschäftigte darauf angewiesen sind.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir müssen versuchen, das bei uns dauerhaft als Kultur zu etablieren.

Dazu zählen aber auch gleiche Chancen für Frauen und Männer. Erfreulich ist, dass wir im Osten nach einer aktuellen Studie des „Focus“ schon weiter sind als im Westen Deutschlands. Dennoch: Auch bei uns gibt es noch viel zu tun, wie wir wissen. So wollen wir die bestehenden strukturellen Diskriminierungen von Frauen abbauen. Das bestehende Frauenförderungsgesetz werden wir zu einem modernen Gleichstellungsgesetz für Frauen und Männer weiterentwickeln.

Wir vergessen aber auch die Menschen nicht, die auf dem Arbeitsmarkt auf besondere Unterstützung angewiesen sind: Alleinerziehende, junge Menschen ohne Schulabschluss, Menschen mit Behinderungen, Ältere und Langzeitarbeitslose sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund. Sie benötigen besondere Angebote.

Was notwendig ist, wissen die Verantwortlichen vor Ort oft am besten. Daher eröffnen wir den kommunalen Akteuren im Rahmen unseres regionalisierten Arbeitsmarktprogramms neue Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei geht es zunächst darum, alle Potenziale für die Integration in reguläre Beschäftigung zu nutzen.

Wir werden aber auch für Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund ihrer Erwerbsbiografie oder ihrer Vermittlungshemmnisse dauerhaft keinen Arbeitsplatz finden. Auch sie sollen am Erwerbsleben teilhaben und dadurch Wertschätzung erfahren.

Dazu werden wir unsere Erfahrungen zum Beispiel mit der Bürgerarbeit oder dem Programm „Aktiv zur Rente“ nutzen und diese Konzepte im Sinne eines sozialen Arbeitsmarktes weiterentwickeln.

Als ersten Schritt werden wir schon ab Sommer 2016 im Rahmen des Programms „Jobperspektive 58+“ landesweit mehr als 1 000 zusätzliche und gemeinwohlorientierte Arbeitsplätze für ältere Langzeitarbeitslose fördern.

Ab 2017 werden wir ein mit dem Landtag abgestimmtes Konzept für einen sozialen Arbeitsmarkt umsetzen. Dieser soll konzeptionell zweifach ausgerichtet sein: zum einen als verlässliche Teilhabemöglichkeit für dauerhaft vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossene, zum anderen aber auch immer wieder als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Das muss weiterhin höchste Priorität haben; denn eine Aufgabe, eine Arbeit, ein Dabeisein gibt gesellschaftliche Anerkennung und Selbstwertgefühl. Dies ist für die Würde des Menschen unerlässlich, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der AfD, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Zum Stichwort Teilhabe: Unsere Kommunen, aber auch Wohlfahrtsverbände, Hilfsorganisationen, Vereine, Kirchen und viele engagierte Bürgerinnen und Bürger haben bei der Aufnahme, Versorgung und Erstintegration von schutzsuchenden Flüchtlingen Übertreffendes geleistet. Dafür möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal - sicherlich auch in Ihrem Namen - Danke sagen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Wir wissen aber auch, dass die Kommunen diese Aufgaben nur wahrnehmen können, wenn sie finanziell entlastet werden, und dass ehrenamtliches Engagement nicht dauerhaft professionelle Begleitung ersetzen kann.

Wir werden weder die Kommunen noch die engagierten Bürgerinnen und Bürger allein lassen, und wir erwarten vom Bund, dass er sich an den Kosten von Aufnahme und Integration Schutzsuchender mindestens hälftig beteiligt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Inzwischen sind die Flüchtlingszahlen rückläufig. In den Vordergrund rücken die Aufgaben der Orientierung und Integration. Unser Ziel ist es, dass die Schutzsuchenden so schnell wie möglich in Bildung, Ausbildung und Arbeit ankommen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir wollen den Integrationswillen der Flüchtlinge fördern, wir fordern ihn aber auch ein. Die wechselseitigen

Rechte und Pflichten im Integrationsprozess wollen wir in einem Integrations- und Teilhabegesetz regeln, dessen Ziel es ist, das Zusammenleben zu stärken und die Teilhabe von Zugewanderten zu verbessern.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich eben hinsichtlich der Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung von der Verantwortung des Bundes sprach, dann gilt dies auch für andere Bereiche. Es kann nicht sein, dass der Bund Entscheidungen trifft, die finanzielle Verantwortung dafür aber vor allem bei den Ländern sieht. Das gilt insbesondere auch für den Bereich der Regionalisierungsmittel. Diese muss der Bund in bisheriger Höhe zur Verfügung stellen. Dazu gibt es keine vertretbare Alternative.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Abbestellung von Zugverbindungen im Osten ist für diese Landesregierung keine Lösung. Da mit der Regionalisierung des Nahverkehrs Aufgaben vom Bund auf die Länder übertragen wurden, muss der Bund auch für die entsprechenden Mittel sorgen. Daher ist er nun gefordert, die Verteilung der Regionalisierungsmittel durch Rechtsverordnung so zu regeln, dass unsere Bedürfnisse befriedigt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Ziel dieser Landesregierung ist es, eine attraktive und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur vorzuhalten. Dazu zählen Schienenverbindungen ebenso wie Straßen, Autobahnen und Wasserstraßen. Wir bekennen uns zur Realisierung von Verkehrsprojekten wie der Nordverlängerung der A 14 und der Westumfahrung von Halle im Zuge der A 143. Wie notwendig deren Bau ist, hat gerade die aktuelle Studie des Prognos-Institutes zur wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte gezeigt; denn sie hat betont, wie wichtig Strukturinvestitionen sind.

Ich habe gerade das Thema A 14 angesprochen. Der Landkreis Stendal ist im Ranking der 402 Regionen in Deutschland auf dem letzten Platz. Ich kann Ihnen sagen: Wenn wir mit der A 14 fertig sind, wird das nicht mehr der Fall sein. Deshalb müssen wir alle Anstrengungen darauf richten, diese Infrastrukturmaßnahme so schnell wie möglich zu beenden.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Wir wollen aber auch den Schienengüterverkehr stärken und treten gegenüber dem Bund sowohl für eine dauerhafte Anbindung unserer Landeshauptstadt an das ICE-Netz ein wie für die Aufnahme des Flughafens Leipzig-Halle in das nationale Luftverkehrskonzept.

Zum Aufbau einer attraktiven Verkehrsinfrastruktur gehört für uns ebenso ein gut ausgebautes Radwegenetz. Dies gilt auch vor dem Hintergrund des stetig wachsenden Radtourismus. Nach wie vor ist der Elbradwanderweg die Nummer 1 in Deutschland. So wollen wir noch in diesem Jahr einen Landesradverkehrsplan verabschieden.

Zur Infrastruktur zählt natürlich auch die Breitbandversorgung. Wir halten an dem Ziel fest, bis Ende 2018 Sachsen-Anhalt flächendeckend mit schnellem Internet mit mindestens 50 Mbit/s zu versorgen; denn dies steigert auch die Attraktivität der in dieser Hinsicht bislang benachteiligten ländlichen Regionen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von der Regierungsbank)

Attraktivität macht sich aber natürlich nicht nur an der Breitbandversorgung fest. Auf dem Dorf zu leben, darf kein Nachteil sein. Dörfer und kleine Städte bedürfen daher besonderer Beachtung. Ziel muss es sein, eine Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen zu erreichen. Notwendig ist eine Daseinsvorsorge, die den besonderen Gegebenheiten des ländlichen Raumes gerecht wird. Dazu wollen wir Modellprojekte auf dem Land fördern, vom digitalen Ärztehaus bis zu Regionalläden zur Sicherung der Grundversorgung.

Wer über ländliche Räume spricht, der muss auch den Schutz der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt im Blick haben. Beides sind wichtige Anliegen unserer Landespolitik. So wollen wir beispielsweise Hochwasserschutz und Naturschutz in Einklang bringen.

Einen wichtigen Schritt dazu haben wir in den letzten Wochen bereits getan. Mit der Übernahme von rund 4 500 ha Flächen von der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH des Bundes haben wir Flächen zur Verfügung, um Flüssen mehr Raum zu geben und zugleich den Hochwasserschutz zu verbessern.

(Zustimmung bei der CDU, von Rüdiger Erben, SPD, von Dr. Falko Grube, SPD, und von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Auch eine artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft ist uns wichtig. Möglichst kurze Wege in die Schlachthöfe, ein möglichst geringer Einsatz von Antibiotika und möglichst gute Haltungsbedingungen für Nutztiere - das sind nicht nur Wünsche der Landesregierung, sondern auch vieler Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch derjenigen, die in der Landwirtschaft als Unternehmerinnen und Unternehmer tätig sind. Diese gemeinsamen Interessenlagen werden wir weiterhin gut zusammenhalten und weiterentwickeln.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Vielorts wird dies bereits umgesetzt. Wir möchten deshalb in einem Dialog mit allen Beteiligten erreichen, dass eine solche Nutztierhaltung immer mehr zum Maßstab wird.

Ein wichtiges Thema, und das nicht nur im ländlichen Raum, sind die Feuerwehren. Sie nehmen eine wichtige Funktion wahr und sie sind Kristallisationspunkt ehrenamtlichen Engagements. In vielen Dörfern - das erlebt man immer wieder - ist die Feuerwehr mit der Kinder- und Jugendfeuerwehr der einzige Konzentrationspunkt, wo sich Menschen treffen und wo man füreinander Verantwortung übernimmt, wo man den jungen Menschen auch beibringt, wie man füreinander einzustehen hat. Deswegen ist dieses Thema eines derjenigen Themen, die wir in unserer Landespolitik immer im Blick behalten müssen, gerade als Land mit einem großen ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Cornelia Lüddemann, GRÜNE, und von der Regierungsbank)

Um hierbei Verbesserungen zu erreichen, wollen wir noch in diesem Jahr das Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz des Landes novellieren. Ich möchte nicht alle Änderungen aufzählen, aber ich möchte sagen: Wir haben uns unter anderem auf die Fahnen geschrieben, den Kommunen künftig einen höheren Anteil an der Feuerschutzsteuer zuzubilligen. Wir wollen ein Sonderförderprogramm für Einsatzfahrzeuge und Feuerwehrgerätehäuser aufsetzen sowie Verbesserungen für die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren erreichen.

Verbesserungen wird es auch im Bereich der Polizei geben. Die bereits in der letzten Legislaturperiode begonnenen Maßnahmen wie die Einführung von Regionalbereichsbeamten werden fortgesetzt, um weiterhin eine bürgernahe Polizeiarbeit in unserem Land zu gewährleisten.

Es wird mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Sachsen-Anhalt geben. Mit den Regionalbereichsbeamten haben wir ein Bedürfnis der Menschen aufgegriffen - das wird mir immer wieder bestätigt -, das wirklich auch auf Dauer befriedigt werden muss.

(Zustimmung bei der CDU, von Ministerin Petra Grimm-Benne und von Minister Holger Stahlknecht)

Diese Konstruktion - so möchte ich es einmal sagen - ist eine gute Entscheidung gewesen und sollte fortentwickelt werden.

Alle Koalitionspartner sind sich darin einig, dass die Landespolizei personell verstärkt werden muss. Innerhalb der nächsten fünf Jahre soll deshalb die Zahl der Polizeibeamten auf 6 400 und in der Folge dann weiter auf 7 000 anstei-

gen. Bereits für das Jahr 2016 sind 350 Neueinstellungen vorgesehen. Dazu haben die organisatorischen Vorbereitungen schon begonnen.

Neueinstellungen sind ebenfalls im Justizvollzugsdienst vorgesehen. Auch vor dem Hintergrund der Altersstruktur planen wir, zusätzlichen 100 Beamtinnen und Beamten eine Stelle anzubieten.

Wichtig ist uns ein leistungsfähiger Justizvollzug auf der Höhe der Zeit. Dazu zählt auch, dass wir eine Reformkommission einsetzen, die bis 2017 Vorschläge für Änderungen in der Vollzugs-, aber auch in der Arbeits- und Ausbildungspraxis vorlegt. Ziel ist vor allem eine bestmögliche Resozialisierung von Straftätern.

Eine starke, unabhängige und effiziente Justiz ist ein wesentlicher Eckpfeiler unserer Demokratie. Dem tragen wir Rechnung. Wir werden in unserem Land die derzeit bestehenden Justizstandorte erhalten.

Ein Hauptaugenmerk wird in den kommenden Jahren darauf gerichtet werden, die zum Teil sehr langen Verfahrenszeiten zu verkürzen. Die Strafrechtspflege muss personell und technisch in der Lage sein, eine effektive Strafverfolgung zu gewährleisten. Dazu zählt auch die konsequente Bekämpfung extremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten sowie von Hasskriminalität.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Hierzu wird es spezielle Fortbildungsangebote für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte geben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ohne Zweifel ist der Koalitionsvertrag, der natürlich auch Grundlage der Arbeit dieser unserer Landesregierung ist, sehr ambitioniert. Wir haben in den vergangenen Jahren angesichts der Kassenlage immer wieder prüfen müssen, was wir uns leisten können und was nicht. Sachsen-Anhalt ist auch heute beileibe kein reiches Bundesland, aber die Einnahmesituation, nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder, hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Dies führt natürlich zu Wünschen, die sich im Koalitionsvertrag finden und von denen ich eben gesprochen habe.

Selbstverständlich ist die Koalition, ist diese Landesregierung nicht blauäugig. Wir wissen, dass wir uns nur das leisten können, was der Landeshaushalt hergibt. Stabilität und eine solide Finanzpolitik ohne neue Schulden sind daher auch künftig für uns der Maßstab.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von der Regierungsbank)

Das gilt umso mehr für ein Land, das Konsolidierungshilfe erhält. Die zulässige Obergrenze für

das strukturelle Defizit sowie das Verbot der Neuverschuldung sind klar festgelegt. Das sind die roten Linien für die kommenden Jahre.

(Zustimmung bei der CDU und von Minister André Schröder)

Nicht alle Wünsche werden deshalb sofort realisiert werden. Es bleibt dabei: Man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als man einnimmt.

Ein wichtiges Vorhaben der Landesregierung ist deshalb für uns die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Nach der Verfassung hat das Land dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Wir werden deshalb im Herbst eine neue FAG-Novelle auf den Weg bringen und die Leistungen an die Kommunen im Vergleich zu den bisherigen Planungen erhöhen.

Dabei dürfen wir aber die Leistungsfähigkeit des Landes nicht aus dem Auge verlieren. Das ist so auch in der Landesverfassung enthalten und das hat das Landesverfassungsgericht im Jahr 2012 so entschieden. Ich gehe davon aus, dass eine für die Kommunen unseres Landes tragfähige Lösung gefunden wird, die die Landesfinanzen nicht überfordert.

Vorgenommen haben wir uns für die neue Legislaturperiode eine nachhaltige Verbesserung der Bausubstanz der langfristig im Bestand bleibenden Landesliegenschaften. Die Nutzung erneuerbarer Energien und die Senkung des Wärme- und Strombedarfs sind sowohl bei der Sanierung von Landesliegenschaften als auch beim Neubau von zentraler Bedeutung. So wird im Hochschulbereich weiterhin kräftig investiert. Bis 2020 stellt das Land für beschlossene Investitionen Mittel in Höhe von etwa 220 Millionen € zur Verfügung.

Zu den wichtigsten Bauvorhaben im Hochschulbereich gehört der Neubau eines Herzzentrums am Universitätsklinikum Magdeburg, in dem Herzchirurgie und Kardiologie in einem Gebäude zusammengeführt werden.

Ich habe das deswegen explizit betont, weil gerade auch die Gesundheit in unserem Land aufgrund der im gegenüber dem deutschen Durchschnitt älteren Bevölkerung eine ganz besondere Bedeutung erfährt. Wir müssen an dieser Stelle im Hinblick auf die Investitionskonzentration sehr viel tun, damit wir im Infarktregister bzw. in der Statistik in diesen Bereichen nicht mehr auf Platz 16 liegen. Das gilt genauso für andere Krankheiten. Gerade in diesem Sektor haben wir, denke ich, einen Schwerpunkt zu setzen. Wir werden dem als Landesregierung auch Rechnung tragen.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU, von Ministerin Petra Grimm-Benne und von Minister Holger Stahlknecht)

Von der ersten Phase des Programms Stark III profitierten insgesamt 56 Schulen und 42 Kindertageseinrichtungen. Für alle Projekte insgesamt wurden Mittel in Höhe von rund 150 Millionen € investiert.

Aus Stark III wird nun in der zweiten Phase des Programms Stark III plus. Zusätzlich zu Kitas und Schulen können außerschulische und kulturelle Einrichtungen saniert werden, auch Hochschulen. 31 Projekte allein im ländlichen Bereich wurden bereits nach einem aufwendigen Antragsverfahren ausgewählt. Nach der aktuell laufenden baufachlichen Prüfung kann mit diesen Sanierungen zeitnah begonnen werden. Dabei geht es um ein Volumen von 44 Millionen €. Jeder Landkreis wird davon profitieren. Im Herbst kommt das zweite Antragsverfahren.

Gerade dieses Programm zeigt, wie wichtig die Europäische Union für uns ist. Ohne die Mittel aus dem EFRE und dem ELER hätte Stark III nicht realisiert werden können. Sachsen-Anhalt als Land in der Mitte Europas muss daher an einer funktionierenden Europäischen Union und an ihrer Weiterentwicklung interessiert sein.

Das schließt nicht aus, Probleme, die wir im Hinblick auf Europa haben, zu benennen. Diese sehe ich beispielsweise in der weitverbreiteten Überregulierung. Es kann nicht angehen, dass sich die Europäische Union eingehend mit Regeln zur Saugkraft von Staubsaugern beschäftigt, aber den Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union aus den Augen verliert.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Zustimmung von Minister André Schröder und von Minister Holger Stahlknecht)

Es entspricht dem in den europäischen Verträgen verankerten Subsidiaritätsprinzip, dass bestehende Regeln auf ein Minimum beschränkt werden. Es geht dabei nicht darum, Europa schlechtzureden, meine Damen und Herren,

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

sondern Europa besser zu machen;

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

denn davon hängt unsere Zukunft ab. Das ist auch der Auftrag der Politik auf allen Ebenen, auch auf der Ebene des Landes. Daran wollen wir in diesem unserem Heimatland Sachsen-Anhalt weiterhin mitwirken.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe versucht, Ihnen wesentliche Grundlinien der Politik

dieser Koalition zu skizzieren. Der Koalitionsvertrag enthält noch viel mehr, das es sich lohnt, immer wieder zu lesen,

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Das machen wir!)

damit wir dieses Programm in den fünf Jahren so abarbeiten, dass wir zum Schluss sagen können: Diese Legislaturperiode hat dieses Land wesentlich weiter nach vorn gebracht.

Aber: Es werden spannende fünf Jahre sein, weil wir aus der Weltentwicklung, aus der europäischen Entwicklung schon ablesen können, dass die Situation, wie wir sie momentan prognostizieren, oftmals nicht so eintritt, wie wir es uns wünschen. Zum Beispiel ist die Konjunktur in Deutschland derzeit gut, die Steuereinnahmen haben sich nach oben entwickelt. Das sind gute Voraussetzungen, um mit dem Aufbau unseres Landes fortzufahren. Wir müssen aber auch in der Lage sein zu reagieren, wenn sich an diesen Trends etwas ändert. Dazu, sehr geehrte Damen und Herren, brauchen wir ein gemeinsames Agieren und eine gemeinsame Kraftanstrengung.

Es gibt aber auch Fragen, die weiterhin zu stellen sind. Was wird, wenn Großbritannien aus der Europäischen Union austritt? Wie geht es weiter mit den Migrationsbewegungen auf diesem Globus? Gibt es - als ein ganz pragmatisches Beispiel - in den nächsten Wochen und Monaten eine Einigung mit dem Bund bei der Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen? - All das sind Themen, die unmittelbare Konsequenzen für unser Agieren und für unsere Landespolitik haben.

Wie entwickelt sich zum Beispiel die Beziehung der Europäischen Union zu Russland? Gibt es eine Aufhebung der gegenseitigen Sanktionen? - Unsere Unternehmen sind durchaus interessiert daran, dass sich dieser Problembereich positiv auflösen lässt.

Die kommenden Jahre bieten neben all diesen Fragen aber auch Chancen, die wir für uns nutzen sollten. Dies registrieren die Menschen in unserem Land sehr wohl. Ich kann nur davor warnen zu glauben, dass es auf alle komplizierten Fragen einfache Antworten gibt. Wir müssen den Vereinfachern entschlossen entgegenzutreten, die Probleme auf Kosten anderer und auf Kosten der Menschlichkeit zu lösen versuchen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Angesichts dessen ist es wichtig, dass wir in Sachsen-Anhalt eine stabile Regierung der Mitte haben. Wir müssen die Sorgen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ernst nehmen. Wir müssen jedoch auch deutlich

machen, dass die Chancen sehr viel größer sind als die Risiken.

Mit Verzagtheit, sehr geehrte Damen und Herren, werden wir unser Land nicht voranbringen, mit Optimismus und Tatkraft schon. Schauen wir uns an, was wir seit dem Jahr 1990 erreicht haben, und seien wir stolz auf das bisher Erreichte. Darauf können wir verweisen, wenn es darum geht, aktuelle Politik zu machen.

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind seit dem Jahr 1990 viel geringer geworden. Dort, wo sich die Schere noch auftut, wie zum Beispiel bei den Renten, werden wir am Ball bleiben. Bis 2019 wollen wir ein einheitliches Rentensystem haben. Das schaffen wir auch, so wie vieles andere, was wir uns für die Jahre bis 2021 in unserem Koalitionsvertrag vorgenommen haben.

Sachsen-Anhalt soll und wird in fünf Jahren erneut ein Stück stärker, leistungsfähiger und lebenswerter werden. Das ist unser Ziel und wir werden es gemeinsam erreichen. Dass wir in den vergangenen Jahren die Ärmel aufgekrepelt haben, hat sich gelohnt. Wenn wir bei diesem Prozess nicht nachlassen, dann werden wir alle unseren Beitrag dazu leisten können, dass unser Heimatland Sachsen-Anhalt weiterhin erblühen wird und eine gute Zukunft hat. Dazu lade ich Sie alle herzlich ein. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank - Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff. - Wir kommen zu

**Tagesordnungspunkt 2 b**

**Aussprache zur Regierungserklärung**

Im Ältestenrat wurde hierzu die Redezeitstruktur „G“ wie Güssau,

(Heiterkeit bei der CDU)

also mit einer Dauer von 180 Minuten, vereinbart. Reihenfolge und Redezeiten möchte ich Ihnen bekannt geben: AfD 38 Minuten, SPD 17 Minuten, DIE LINKE 25 Minuten, GRÜNE acht Minuten und CDU 46 Minuten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die AfD-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Abg. Herr Poggenburg. Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**André Poggenburg (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Hohes Haus! Europa, Deutschland, Sach-

sen-Anhalt befinden sich in einer Zeit des Umbruchs, in einer Zeit längst überfälliger politischer Veränderung und in einer Phase der Besinnung. Ja, auch in einer Phase der Rückbesinnung auf konservative Werte, auf der Suche nach einem Gleichmaß zwischen dem Festhalten errungener Wertevorstellungen einerseits und Turboglobalisierung sowie völligem Verfall nationaler Identitäten und Wertevorstellungen andererseits.

(Beifall bei der AfD)

Viele Entwicklungen und gesellschaftliche Umbrüche bereiten den Bürgern Sorge, Zukunftsängste, überfordern sie und beschränken stark ihre Lebensqualität. Wir müssen uns endlich darüber klar werden, dass nicht alles Neue auch gleichzeitig etwas Gutes ist, nur weil es einen vordergründigen schnellen Nutzen verspricht oder einer ideologischen Entwicklung folgt.

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Zum Beispiel die AfD!)

- Die AfD folgt Gott sei Dank keiner ideologischen Entwicklung.

(Oh! bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das machen andere schon viel länger viel besser.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das glaubst du doch selber nicht!)

Veränderungen müssen angemessen vonstattengehen oder auch einmal gestoppt, vielleicht sogar auch einmal rückabgewickelt werden können.

(Beifall bei der AfD)

Veränderungen allein um der Veränderung willen ohne Berücksichtigung von Altbewährtem und die Bereitschaft der Bürger zu dieser Veränderung können niemals dauerhaften Erfolg zeitigen.

Die in Sachsen-Anhalt etablierten Altparteien, vor allem die Parteien, welche nun die sogenannte Keniakoalition bilden, haben dies nicht verstanden oder wollen dies nicht verstehen und lieber beharrlich an ihrem sinkenden Einfluss festhalten. Sie haben den Wählerwillen nicht ernst genommen oder wollen diesen bewusst nicht umsetzen aus den vielleicht menschlichsten, aber leider auch niedersten und typisch politischen Beweggründen, nämlich dem Festhalten an Macht und Positionen, liebe Abgeordnete.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wie sonst konnten sich gerade die Parteien, die hinsichtlich Wählerstimmen und Direktmandaten ein Wahlfiasco erlebten, nun zusammenschließen und gemeinsam das Land regieren und damit natürlich auch weiterhin ruinieren?

(Beifall bei der AfD)

Und noch besser bzw. eher schlimmer: Wie können die Parteien, die nach ihren bisherigen Verlautbarungen teils völlig gegensätzliche Ziele verfolgten, nun in einem beschämenden und unheimlichen Pakt zusammentreten,

(Dr. Falko Grube, SPD, und Cornelia Lüdemann, GRÜNE, lachen)

aus dem für Sachsen-Anhalt, für unser Land und für unsere Bürger, niemals wirklich Positives entspringen kann?

Ich erinnere nur an die Demonstration direkt vor dem Landtag am 13. April 2016, bei der Land- und Forstwirte, Waldbesitzer und Jäger gegen grüne Ideologie protestieren und dabei wortführend von der CDU im gleichen Tonfall unterstützt wurden.

(Beifall bei der AfD)

AfD-Mitglieder und -Abgeordnete waren aufseiten der Demonstranten natürlich dabei und hörten genau zu,

(Siegfried Borgwardt, CDU: Verdeckt!)

was dort verkündet wurde - sie waren offen dabei -, wie den GRÜNEN eine verbale Abfuhr erteilt wurde. - Herr Borgwardt, zu Ihnen komme ich noch.

Wenige Tage darauf begab sich die CDU allerdings in intensive Koalitionsverhandlungen mit den GRÜNEN und widersprach damit all ihren Aussagen. Aber es ging wieder noch schlimmer:

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Im Zuge der Verhandlungen erhielten die GRÜNEN sogar das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie. Der Betrug an den CDU-Wählern im ländlichen Raum war damit perfekt.

(Beifall bei der AfD)

In einem schlechten Politkrimi hätte man sich den Handlungshintergrund nicht abstoßender ausdenken können, liebe Abgeordnete.

(Beifall bei der AfD)

Und auch das reine Zweckbündnis von CDU und SPD, welches wir in der Vergangenheit in unserem Land hatten, was zu einem totalen Politikversagen führte und entsprechend abgestraft wurde

(Ulrich Thomas, CDU: Nein, nein, nein!)

bei der Wahl am 13. März, wurde einmal mehr neu aufgelegt, nun eben nur erweitert, wie wir alle wissen, um die äußerst zweifelhafte Komponente einer linksradikalen Kleinpartei in Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der AfD - Hendrik Lange, DIE LINKE, lacht - Swen Knöchel, DIE LINKE:

Jetzt sind wir aber ein bisschen verärgert  
- Zurufe von Sebastian Striegel, GRÜNE,  
und von Cornelia Lüdemann, GRÜNE)

Verehrter Herr Minister Haseloff, in Ihrer Regierungserklärung sprachen sie von einer gestiegenen Wahlbeteiligung seit 2006. Ja, das ist überaus positiv zu bewerten. Und ja, dadurch konnte ein Zuwachs gelebter Demokratie wahrgenommen werden. Das ist vollkommen richtig. Allerdings ist dies nur - ich betone: nur - ein Verdienst der AfD.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der CDU und von der SPD: Oh, oh, oh! - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Nur die bürgernahe Alternative für Deutschland als lang ersehnte Alternative zum oppositionslosen Merkel-Kartell

(Lachen bei der LINKEN)

hat einen Zuwachs bei der Wahlbeteiligung um etwa 10 % hervorgebracht und damit einen tatsächlichen Demokratiezuwachs erzeugt. Das sollten sich alle Fraktionen hier, die immer denken, das Prädikat demokratisch nur für sich gepachtet zu haben, gewaltig hinter ihre tauben Ohren schreiben.

(Beifall bei der AfD)

Den Schwerpunkt setzt die Keniakoalition laut Ihrer Regierungserklärung, Herr Dr. Haseloff, auf - ich zitiere - Kontinuität und neue Perspektiven. Also ganz ehrlich: Sie sollten sich aber nun einmal für eines von beiden entscheiden. Entweder machen Sie wie gewohnt und schön kontinuierlich weiter und fahren die Karre noch weiter in den Dreck.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Das ist unser Land!)

- Das ist richtig; deswegen ist es ja so schlimm, Herr Haseloff. Oder Sie entscheiden sich ganz im Sinne der AfD für tatsächlich neue Alternativen und Perspektiven.

(Eva Feußner, CDU: Welche denn? - Weitere Zurufe von der CDU)

Glauben Sie mir: Beides geht nicht.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Aussage klingt nur für den unaufmerksamen Zuhörer erst einmal gut.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Lass mal!)

Ich glaube, wir sind uns darin einig, Sie, Herr Dr. Haseloff und die gesamte Koalition wollen doch gar keine wirklichen Veränderungen und keine Alternative. Wir haben es eben auch gehört.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Ihre Alternative will ich nicht!)

Dazu sind der politische Phlegmatismus und die nun noch grün verstärkte Ideologieblockade viel zu unüberwindbar für Sie.

(Lachen bei der LINKEN)

Für tatsächlich neue Perspektiven braucht es auch eine neue, aufgeschlossene politische Kraft,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Man könnte den Landeshaushalt sanieren mit diesem Phrasenschwall!)

also eine echte Alternative für Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der AfD)

Ich freue mich, dass Sie, Herr Striegel von den GRÜNEN, so rege teilnehmen. - Bei einem Blick in den Koalitionsvertrag darf man bereits in der Präambel die Aussage vernehmen - ich zitiere -:

„Demokratische Parteien haben die Verantwortung, für eine stabile, handlungsfähige Regierung auf der Grundlage demokratischer Willensbildung im Parlament zu sorgen.“

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Da können Sie mal sehen, aber wenn Sie das nicht verstanden haben - -)

Der halbwegs interessierte und politikverständige Leser erlaubt sich nun aber unweigerlich die Frage: Warum haben Sie es denn bitte nicht getan? Denn natürlich kann einer solchen Keniakoalition, wie wir sie jetzt vorfinden, schwerlich eine tatsächlich dauerhafte, stabile und handlungsfähige Regierung entspringen.

(Zuruf von Dr. Katja Pähle, SPD)

Auch wurde der wirkliche demokratische Wählerwille nicht umgesetzt. Verehrte Abgeordnete, es muss einmal offen gesagt werden. Die entsprechenden Startschwierigkeiten offenbarten sich bereits im ersten Wahldurchgang der Wahl bzw. Nichtwahl des dieser Koalition entsprungener Ministerpräsidentenkandidaten.

(Katrin Budde, SPD: Ah! - Minister Marco Tullner lacht)

Weitere Fehlzündungen sind naheliegend, natürlich dann einmal mehr zum Schaden und auf Kosten des Bürgers und des Steuerzahlers und keinesfalls zum Wohle des deutschen Volkes oder der Bürger Sachsen-Anhalts.

(Beifall bei der AfD)

In der Regierungserklärung wird im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingskrise erklärt, dass sich beim Umgang mit dieser der Reifegrad unserer Gesellschaft zeigt. Wörtlich wurde von - ich zitiere - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Hilfsbereitschaft und Respekt gesprochen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Artikel 1 des Grundgesetzes!)

- Ja, das sehen wir von der AfD genauso. Da brauchen Sie uns nicht zu belehren.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: An ihren Taten soll man sie erkennen!)

- Herr Striegel, wunderbar, wie Sie sich beteiligen. Das hätten Sie mal früher in der Schule so machen sollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Es freut mich ungemein, an dieser Stelle ob unserer Zustimmung in Ihre teils erstaunten und teils entrüsteten Gesichter schauen zu können.

(Zuruf von Katrin Budde, SPD)

Das Beispiel Demokratie hatten wir vorhin schon erwähnt, und wir waren uns, glaube ich, alle darin einig, dass echte gelebte Demokratie erst durch die AfD wieder einen Aufschwung erlebt hat.

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist ja peinlich! - Zurufe von der CDU)

Die AfD lässt sich den Humor nicht nehmen. Wie ich sehe, Sie auch nicht. Nehmen wir daher einmal den Begriff Toleranz.

(Gabriele Brakebusch, CDU: Den brauchen Sie auch! - Ministerin Petra Grimm-Benne: Wir brauchen ganz viel Toleranz mit Ihnen!)

Das bedeutet zunächst einmal, dass man andere ausreden lässt. Auch das ist Toleranz. Wie reif zeigt sich denn ein Teil, vorwiegend der rot-rot-grüne Teil, unserer Gesellschaft in dieser Hinsicht? Ist es nicht so, dass jeder, der einer ungeordneten Masseneinwanderung - Sie nannten es Flüchtlingskrise - nicht zustimmt, gleich als rechtsextrem und menschenfeindlich betitelt wird

(Holger Hövelmann, SPD: Nein!)

- wir haben es anders erlebt - und die CDU sowie Teile der Medien dies Beifall heischend noch gut heißen? - Das Ergebnis hier: Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden gleich Null.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Birke Bull, DIE LINKE)

Die Folge dessen ist die Quittung unserer Bürger durch einen absoluten Wahleinbruch bei den entsprechenden Parteien. Denn unsere Bürger wollen keine intoleranten Scheindemokraten und Ideologen. Genau solche hatten wir nämlich in der deutschen Vergangenheit mehr als genug, verehrte Abgeordnete.

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

Nehmen wir noch den Begriff „Respekt“: auch hier katastrophale Zustände.

(Dr. Falko Grube, SPD: Sie haben recht - am Pult!)

Besorgten Bürgern wird durch oben beschriebene Teile der Gesellschaft - wir haben es gesagt: rot-rot-grüne - unanständig, höchst verwerflich und sogar hoch kriminell gegenübergetreten. Ich will gar nicht die Übergriffe alle aufzählen, die von Hetze und Verleumdung von AfD-Politikern - der Abg. Striegel ist sich dessen wahrscheinlich bestens bewusst - bis zu direkten Übergriffen auf Sacheigentum und sogar Leib und Leben führender AfDler reichen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Davon können wir ja ein Lied singen!)

Von Respekt gegenüber politisch Andersdenkenden keine Spur.

(Beifall bei der AfD)

Auch das erinnert wieder an dunkle, längst vergangene Zeiten, die wir eigentlich alle hinter uns lassen wollten und sollten. Einige ewig gestrige Ideologen können dies wohl aber nicht.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Ja, das ist wohl so!)

Ein kurzes Fazit dazu: Jawohl, die Flüchtlingskrise offenbart tatsächlich das ungeheure Defizit - vor allem von Rot-Rot-Grün; wir sagten das ja - an Toleranz, Respekt und Demokratieverständnis und vielen anderen rechtsstaatlichen Grundsätzen dem großen Teil des deutschen Volkes gegenüber, der nicht dieser Multikulti-Doktrin folgen möchte.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist keine Doktrin, sondern Artikel 1 des Grundgesetzes!)

Genau das hat vielen Bürgern in Sachsen-Anhalt und in Deutschland erst einmal richtig die Augen geöffnet und wird dazu führen, dass die neue blaue Kraft unaufhaltsam zulegt, liebe Abgeordnete.

(Beifall bei der AfD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Sie meinen braun! Braun meinen Sie!)

Verehrter Ministerpräsident Haseloff, Ihrer Regierungserklärung entnehme ich den Wunsch und den Anspruch, viel für unser Land Sachsen-Anhalt tun zu wollen.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Das wäre soweit richtig und ebenso wichtig. Es wäre sogar längst überfällig. Schon genau da liegt das Problem. Warum wurden denn ins Auge gefasste politische Ziele nicht bereits in der Vergan-

genheit umgesetzt? Ich frage noch weiter: Warum wurde in einigen Bereichen in der Vergangenheit die genau entgegengesetzte Politik verfolgt? Warum wurde beispielsweise mit einer sogenannten Polizeistrukturreform, also einem völligen Kahlschlag beim Thema „innere Sicherheit“, erst das angerichtet, was nun laut Ihrem Koalitionsvertrag möglichst schnell wieder behoben werden soll?

Und sind Sie sicher, dass Sie Sachsen-Anhalt mit dieser Koalition und dieser Regierung nun von den letzten Plätzen bei Kinderarmut, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung von Schwerbehinderten und Breitbandausbau weit nach vorne bewegen werden?

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja, aber klar! - Gabriele Brakebusch, CDU: Ja!)

- Prima. Selbstvertrauen ist eine gute Sache. Davon haben wir auch genug, glauben Sie mir.

(Beifall bei der AfD)

Gut, Herr Haseloff, zumindest einen Garanten für Ihr Handeln wird es ja nun geben. Dieser entspringt aber nicht Ihrer Regierung, denn dies ist eine starke AfD,

(Dr. Falko Grube, SPD, lacht)

die als Oppositionsführer ihrer Aufgabe gerecht und Ihnen im Sinne der Wähler unseres Landes den nötigen politischen Druck machen wird.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer tiefer Blick in den Koalitionsvertrag lässt erahnen, wohin die Reise wirklich gehen soll. Ich darf dazu auszugsweise aus Seite 8 Abs. 3 zitieren - ich hoffe, es ist Ihnen nicht langweilig; denn es ist Ihr Koalitionsvertrag -:

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Doch, ist fürchterlich langweilig!)

„Populistische Parteien und Gruppierungen ...“

- ich wiederhole -:

„Populistische Parteien und Gruppierungen, die durch [...] Hetze das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie untergraben, gefährden das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft ...“

(Sebastian Striegel, GRÜNE: So ist es!)

Ja, auch dieser Aussage kann sich die AfD grundsätzlich anschließen.

(Birke Bull, DIE LINKE: Und Sie machen es trotzdem! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie müssen dann doch mal Rückschlüsse ziehen!)

Allerdings stellt sich dann noch die Frage, warum sich in einer Koalition mit solch hohem Anspruch

Koalitionspartner tummeln, die sich selbst nicht daran halten.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Dr. Reiner Haseloff, CDU)

Immerhin hat Frau Prof. Dr. Claudia Dalbert von den GRÜNEN im MDR verkündet, die AfD stünde in direkter Erbfolge des Nationalsozialismus

(Zustimmung bei der LINKEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

- in direkter Erbfolge des Nationalsozialismus! Die neue Ministerin hat damit zweifelsfrei gehetzt, Herr Haseloff, und dabei sogar noch den Nationalsozialismus verharmlost - so ist es -,

(Beifall bei der AfD)

und sitzt mit ihrer Partei in der Regierung und in einem Ministerium. Herr Dr. Haseloff, selbst Sie hatten doch gehetzt,

(Oh! bei der SPD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Jetzt wird es aber!)

indem Sie behaupteten - korrigieren Sie mich -, die AfD sei durch die NPD unterwandert, ohne jegliche Bestätigung Ihrer Aussage zu liefern,

(Zuruf von der SPD: Ja! - Sebastian Striegel, GRÜNE. Da arbeiten jetzt Leute sogar bei Ihnen im Wahlkreisbüro! - Weitere Zurufe von der LINKEN, von den GRÜNEN und von der SPD)

wo doch jeder weiß, dass wir als AfD die wohl striktesten Aufnahmehemmnisse gegenüber Ex-NPDlern haben,

(Lachen bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

und im Gegensatz dazu die CDU doch Ex-NPDler,

(Birke Bull, DIE LINKE: Och, nee!)

Ex-DVUler und - zumindest in der Vergangenheit - sogar Ex-NSDAPler in ihren Reihen hatte.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Richtig! - Rüdiger Erben, SPD, lacht)

Wie wollen Sie vor diesem Hintergrund Ihre getätigte Aussage anders bewerten als plumpe Hetze gegen die AfD, Herr Haseloff?

(Beifall bei der AfD - Dr. Reiner Haseloff, CDU: Sie wissen es doch besser, Herr Poggenburg!)

- Ja, ich weiß es besser, deswegen weiß ich, dass es Hetze ist.

Rufen wir uns die Definition laut „Duden“ zum Begriff „Hetze“, also den von Ihnen im Koalitions-

vertrag selbst verwandten Begriff, einmal in Erinnerung - ich darf zitieren -:

(Dr. Falko Grube, SPD: Kommen Sie doch mal zu Sachen für das Land!)

„Gesamtheit unsachlicher gehässiger, verleumderischer, verunglimpfender Äußerungen oder Handlungen, die Hassgefühle, feindselige Stimmungen und Emotionen gegen jemanden oder etwas erzeugen.“

Das ist die Definition des Begriffs „Hetze“.

(Zuruf von Birke Bull, DIE LINKE)

Vor diesem Definitionshintergrund dürfte allen klar sein, dass die zuvor genannten beiden Beispiele zweifelsfrei diesen Tatbestand erfüllen. Ich möchte von weiteren möglichen Beispielen an dieser Stelle einmal absehen.

(Gabriele Brakebusch, CDU: Jetzt kommen Sie auf Sachsen-Anhalt zu sprechen!)

Allerdings ist die Opposition sehr gespannt darauf zu sehen, wie Sie zukünftig den beschriebenen hohen Anspruch aus Ihrem Koalitionsvertrag auch bei den Koalitionspartnern selbst anwenden und aufrechterhalten werden.

(Eva Feußner, CDU: Aber Ihre Alternative möchten wir hören!)

Darauf sind wir sehr gespannt.

(Zustimmung bei der AfD - Hannes Loth, AfD: Jawohl!)

Ministerpräsident Dr. Haseloff, die Regierung wird sich laut Koalitionsvertrag unter anderem stärker gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen sowie Opfern rechter Gewalt mehr Unterstützung zukommen lassen. Dem kann und wird sich die Alternative für Deutschland vollumfänglich anschließen. Aber, Herr Dr. Haseloff: Warum werden trotz steigender linksextremistischer Kriminalität und Kriminalität im Zusammenhang mit der ungeordneten Masseneinwanderung und grenzenlosem Multikulti

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wenn man denn mal Zahlen hätte!)

diese und das Engagement dagegen im Koalitionsvertrag nicht einmal ansatzweise erwähnt?

(Zurufe von der AfD)

Wieso - das fragt sich wirklich jeder echte Demokrat im Lande - werden durch diese Koalition gleiche oder ähnliche Straftaten und Verbrechen so verschieden bewertet?

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Da kennen Sie sich aber nicht aus!)

Es tut mir leid, aber solches Vorgehen, Herr Haseloff, kennt man eigentlich nur aus demokratiefernen Diktaturen,

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Unglaublich!)

bei denen es dann aber eher um politische Beeinflussung und Lenkung der Massen statt um unvoreingenommene ehrliche Verbrechensbekämpfung geht.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Gerade wir Deutschen dürfen doch aber im Hinblick auf unsere Geschichte und Vergangenheit nicht auch nur den Hauch eines Zweifels daran aufkommen lassen, dass bei uns Straftaten - egal, mit welchem politischen Motiv und Hintergrund - immer gleich verfolgt und durch die Regierung wahrgenommen werden.

(Beifall bei der AfD)

Gerade in Deutschland darf doch eben nicht eine politische Zuordnung erfolgen, die eine Straftat harmloser als die andere erscheinen lässt. Würden wir sonst nicht Gefahr laufen, erneut an Verhaltensmuster anzuknüpfen, die wir - Gott sei Dank! - doch längst überwunden und hinter uns gelassen glaubten? - Es tut mir leid, aber diesbezüglich haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag wirklich versagt.

Wir als AfD fordern, dass Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden und sich gegen Extremismus jeder Art - also gegen linken, rechten und religiösen Extremismus - in gleicher Weise engagieren, Herr Haseloff.

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir noch einmal zum zweiten Begriff, Rassismus, zurück.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Da kennen Sie sich besser aus!)

Dagegen wollen Sie sich zukünftig auch stärker engagieren. Dem ist erst einmal zuzustimmen.

(Birke Bull, DIE LINKE: Das ist absurd!)

Aber dazu muss man den Begriff erst einmal - da haben wir ganz große Defizite hier, nicht nur hier, sondern überhaupt - verstehen und richtig anzuwenden wissen.

(Zuruf von Henriette Quade, DIE LINKE)

Momentan wird dieser nämlich inflationär und sinnwidrig verwendet.

(Nadine Hampel, SPD: Ach, du Gott. - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Kollege Borgwardt von der CDU, jetzt bin ich bei Ihnen, Sie haben ja schon darauf gewartet: Sie

haben ja diesbezüglich letztens wirklich einen kapitalen Bock geschossen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ach du Heiland!)

Sie unterstellten laut „dpa“ - korrigieren Sie mich, wenn das nicht stimmt - dem vorliegenden Antrag der AfD zum Thema „Asylkompromiss“ Rassismus.

(Zustimmung bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Und er hatte recht damit! - Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD)

- Gut, dann relativieren wir das ein wenig, aber es kam, glaube ich, Rassismus vor.

(Zuruf von Rüdiger Erben, SPD)

Das übrigens, obwohl unsere sehr kritischen Medien - die Medien selbst also - es nicht einmal so erkennen konnten und - die sind meistens ganz vorne mit dabei; dieses Mal war die CDU jedoch schneller - die genaue Begründung ausliefern, ganz einfach, weil es keine gibt.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht - das mutmaße ich jetzt einfach einmal; das gebe ich zu - beziehen Sie sich dabei auf die Begründung unseres Antrags, in der sinngemäß steht:

(Zuruf von Nadine Hampel, SPD - Silke Schindler, SPD: Nein, das steht eindeutig drin!)

- Hören Sie mir doch erst einmal zu. Das ist Toleranz und Respekt, den wir gerade hier drüben vermissen. - In der Begründung unseres Antrags steht sinngemäß, dass bei Einwanderern aus Nordafrika - das ist sinngemäß, es steht nämlich wörtlich anders darin, es stehen drei Länder darin und nicht Nordafrika -

(Silke Schindler, SPD: Nein! Das steht dort Wort für Wort!)

- lesen Sie einmal richtig -

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Wir haben den Antrag gelesen! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Wir haben den gelesen, anders als Sie offensichtlich!)

eine erhöhte Kriminalität festzustellen sei, und ich mutmaße mal, das ist vielleicht der Hintergrund. Das wiederum ist nun selbst in mehreren Zeitungsberichten in der Vergangenheit aber deutlich zu lesen und zu vernehmen gewesen

(Nadine Hampel, SPD: Nein! Das stimmt nicht! - Zuruf von der AfD)

und keine Erfindung der AfD. Wenn Sie richtig lesen könnten, wüssten Sie das.

(Zuruf von Dr. Katja Pähle, SPD)

Es ist schlicht eine Tatsache. Aber selbst wenn es nicht so wäre, Herr Borgwardt, würde hier trotzdem kein Rassismus vorliegen, da von einer Region und nicht von einer biologischen Herkunft gesprochen wurde.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Oh! - Zurufe von der CDU)

Das muss man einfach einmal unterscheiden lernen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Borgwardt, benutzen Sie doch in voraus-eilendem linken Gehorsam nicht so schwierige Begriffe,

(Siegfried Borgwardt, CDU: Oh! - Lachen bei den GRÜNEN - Rüdiger Erben, SPD, lacht)

die Sie scheinbar gar nicht richtig zu gebrauchen wissen.

(Beifall bei der AfD)

Zudem muss man der Keniakoalition einen weiteren großen Vorwurf machen - ich freue mich übrigens wirklich über die rege Beteiligung hier, das war bei der vorherigen Rede nicht ganz so -:

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Im Kapitel „Integration“ ab Seite 11 bringen Sie - das ist nach monatelanger bundesweiter Debatte zu diesem Thema schon beachtlich - Einwanderung, Zuwanderung, Asyl und Flüchtlingskrise in einer solchen Art und Weise durcheinander, dass dies fachlich einfach nur beschämend ist.

(Zustimmung bei der AfD - Henriette Quade, DIE LINKE: Das müssen Sie wissen!)

Das, was hier zusammengekrizelt wurde, an dieser Stelle im Vertrag - -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie wissen gar nicht, wie lange wir darum gerungen haben! - Lachen bei der AfD)

- Das kann ich mir gut vorstellen. Gerade mit Ihnen. Sie bestätigen das ja quasi noch.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD)

Das, was im Vertrag zusammengekrizelt wurde - tut mir leid, man kann es einfach nicht anders beschreiben -, zeugt deutlich davon, was dabei herauskommt, wenn politische Vorhaben vollkommen von Ideologie - hier unterstelle ich einfach einmal grüne Ideologie - vereinnahmt wurden und keinen sachpolitischen Bezug mehr haben.

(Beifall bei der AfD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Sie trauen uns aber einen hohen Einfluss zu!)

Genau dies ist hier geschehen. Hier ist eher der Hauch von kommunistischer Internationale statt nationaler Realpolitik zu verspüren.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie müssen sich mal entscheiden: grün oder kommunistisch! - Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

Werte Abgeordnete der CDU, konservative Urgesteine aus Ihren früheren Reihen würden sich heute wohl verzweifelt im Grabe drehen, nein, sie würden förmlich rotieren, wenn sie von solcher Vereinnahmung Ihrer Partei durch Linksradikale Kenntnis hätten.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von Dr. Falko Grube, SPD, und von Hendrik Lange, DIE LINKE - Unruhe)

Werte Abgeordnete, jeder von Ihnen weiß doch im Grunde, dass Einwanderung und Zuwanderung sowie Asyl- und Flüchtlingsaufnahme etwas Grundverschiedenes sind. Ich will gar nicht weiter auf die Tatsachen und Hintergründe eingehen, dass eigentlich kein tatsächlicher Flüchtling Deutschland erreicht,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Was?)

da wir von sicheren Drittstaaten umgeben sind und das deutsche Volk schon die ganze Zeit gewaltig an der Nase herumgeführt wird.

Aber ich muss klarstellen, dass die Gewährung von Asyl- und Flüchtlingsstatus auf der einen und die Ein- oder Zuwanderung zur Deckung eines angeblichen Fachkräftemangels auf der anderen Seite völlig verschiedene Sachverhalte sind.

(Beifall bei der AfD)

Ganz abgesehen davon übrigens, dass bei einer regionalen Arbeitslosenquote im teils zweistelligen Bereich von der Notwendigkeit von Einwanderung gar nicht gesprochen werden kann.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Jeder weiß, dass ordentliche Bildung sowie Aus- und Weiterbildung der einheimischen Bürger die eigentlichen Schlüssel dazu wären und einfach nur in der Vergangenheit katastrophal vernachlässigt wurden.

Im Übrigen liegen eben hierin auch wichtige Gründe und absoluter Handlungsbedarf zur Stärkung der kleinen Betriebe und des Mittelstandes, also der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Da waren Sie gestern dagegen!)

Eines ist ganz klar: Deutschland und somit auch Sachsen-Anhalt haben überhaupt kein Einwanderungsgesetz und zudem genügend eigenes

Potenzial im deutschen Volk. Damit ist Deutschland rechtlich wie auch kapazitär ganz logisch kein Einwanderungsland.

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag wurden viele gut klingende und sicherlich wertvolle Vorhaben angesprochen, auf welche die Bürger in unserem Land schon lange und voller Ungeduld warten. Von wichtigen sozialen Veränderungen über kommunale Angelegenheiten, Subsidiarität, Förderung von kleinen Betrieben und Mittelstand, Gesundheit und Pflege bis hin zum Ausbau des Schienennetzes unter anderem wurde vieles aufgeführt. Das ist so weit schon einmal völlig gut und richtig, wenn die Umsetzung auch erfolgt.

Denn das ist löblich, aber erst einmal eben nur ein Bekenntnis, auf welches auch die Tat folgen muss. Wie das in der Politik meist ausgeht, wissen wir wohl leider alle. Wenn wir in die letzte Legislaturperiode schauen, macht das nicht allzu viel Hoffnung. Es wird wohl zukünftig so sein, dass die Opposition genau die positiven von Ihnen angesprochenen Dinge mit Nachdruck auch tatsächlich anstoßen wird, Herr Haseloff.

(Ulrich Thomas, CDU: Das haben wir gerade gehört!)

Die AfD wird dazu ohne ideologische Scheuklappen - damit unterscheidet sie sich schon erheblich von einigen anderen Fraktionen hier -

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

die konstruktive Bemühung einer jeden Partei oder Regierung unterstützen, sofern diese nach unserem Ansinnen gut für unsere Bürger oder unser Land ist.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der CDU)

Genau das verstehen wir nämlich unter gelebter parlamentarischer Demokratie.

(Zuruf von Gabriele Brakebusch, CDU)

Vor diesem Hintergrund reichen wir der Regierung und allen Fraktionen im Landtag die Hand zur Mitarbeit.

(Oh! bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und von der SPD)

Im Namen und im Auftrag der AfD-Fraktion danke ich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit und natürlich Ihre geschätzte Mitwirkung. - Danke sehr.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Abg. Poggenburg, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Hövelmann?

**André Poggenburg (AfD):**

Eine Nachfrage. Bitte.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Kollege Hövelmann, einen Augenblick bitte noch. - Ich möchte vorher noch Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Gröbzig auf der Tribüne herzlich begrüßen.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Abg. Hövelmann, Sie haben das Wort.

**Holger Hövelmann (SPD):**

Vielen Dank. Herr Präsident, gestatten Sie mir eine Bemerkung und eine Frage.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Aber kurz.

**Holger Hövelmann (SPD):**

Die Bemerkung. Für die weitere Arbeit in diesem Parlament in den nächsten Monaten und Jahren wünsche ich mir, dass der Unterschied zwischen politischer Hetze und politischem Meinungsstreit erkannt wird.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

**André Poggenburg (AfD):**

Sehr schön.

(Beifall bei der AfD)

**Holger Hövelmann (SPD):**

Gestatten Sie mir eine Frage. Herr Poggenburg, Sie haben jetzt lang und breit erklärt, was die Regierung bisher alles schlecht gemacht hat und was sie vorhat, weiterhin schlecht zu tun. Es ist Ihr gutes Recht, dies so zu bewerten.

**André Poggenburg (AfD):**

Genau.

**Holger Hövelmann (SPD):**

Die Demokratie lebt davon, dass es den politischen Wettbewerb der Ideen um die besseren Lösungen gibt. Können Sie dem Parlament und der Bevölkerung Sachsen-Anhalts die politischen Lösungen der AfD nennen?

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Kollege Hövelmann. Danke auch für die korrekte Einbringung; so wollten wir das im Parlament immer durchsetzen. Herzlichen

Dank. - Herr Kollege Poggenburg, Sie haben das Wort.

**André Poggenburg (AfD):**

Die AfD ist nun in der sehr schönen Lage, Oppositionsführer zu sein, und muss - im Gegensatz zur Regierung - keinen Ausblick darauf geben,

(Lachen bei der CDU und bei der SPD - Oh! bei der CDU und bei der SPD - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE - Unruhe)

wie sie aus eigener Kraft das Land verändern will. Das ist nun einmal das Privileg der Opposition. Man hätte es auch gern anders machen können. Irgendwann wird die AfD sicherlich auch einmal in Regierungsverantwortung sein.

(Beifall bei der AfD - Ulrich Thomas, CDU: Vielen Dank! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Keine Inhalte zu bringen!)

Dann wäre die Frage angebracht. Aber unabhängig davon kann ich Ihnen versichern, dass Sie immer pünktlich, fristgerecht, rechtzeitig informiert werden über Anträge und Vorhaben der AfD.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das haben wir gestern gesehen!)

Auch übrigens über die Medien, auch hier im Parlament. Auch gestern haben wir das gesehen; das ist richtig. Wir hatten unser Vorhaben lange genug vorher angemeldet.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Einen Änderungsantrag aus der Tasche zu ziehen, ist kein Vorlauf!)

Noch einmal zum Verständnis - das zu sagen, haben wir gestern verpasst -: Wir haben den Antrag vor der Sitzung angemeldet und vorher angefragt.

(Rüdiger Erben, SPD: Und dann falsch - -)

Es kann sein, dass darin ein falsches Wort war. Aber darum ging es gerade nicht.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Gut. Okay.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Abg. Herr Poggenburg, es gibt eine weitere Nachfrage von der Abg. Frau Feußner. Möchten Sie die Frage beantworten?

**André Poggenburg (AfD):**

Bitte?

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Möchten Sie die Frage von der Kollegin Feußner beantworten?

**André Poggenburg (AfD):**

Ja, bitte.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Frau Feußner, bitte.

**Eva Feußner (CDU):**

Herr Poggenburg, meine Frage geht in eine ähnliche Richtung wie die Frage, die Herr Hövelmann gestellt hat. Sie haben sich dargestellt als die wirkliche Alternative für das Land und für Sachsen-Anhalt und auch für Deutschland.

(Andreas Steppuhn, SPD: Ohne Alternative!)

Ich möchte Ihnen jetzt meine Frage stellen. Ich finde es gut, wenn man Alternativen hat; das ist gar keine Frage. Nur ich würde gern einmal wissen, welches Ihre Alternativen sind zu der derzeitigen Politik.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Sie haben nach der Landtagswahl ein Bundesprogramm erarbeitet. Im Vorfeld wussten unsere Bürgerinnen und Bürger lediglich durch irgendwelche Parolen, was Sie wollten; das waren so ein paar Stichwortgeber.

(Zuruf von und Zustimmung bei der AfD)

Wenn die Bürger das so akzeptieren, mussten wir das auch akzeptieren. Das ist das gute Recht des Bürgers. Aber jetzt sind Sie in den parlamentarischen Prozess integriert. Daher wäre es schon interessant, nicht nur für uns als Parlament, wenn wir Themen diskutieren, auch für die Bevölkerung draußen - sie fragen ja nicht nur Sie, sondern auch uns: Was will die AfD wirklich? Was setzt sie jetzt um? Welche Anträge bringt sie ein? -, wenn Sie die Alternativen zu der derzeitigen Politik in diesem Hohen Hause aufzeigen würden.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Frau Kollegin Feußner. - Herr Poggenburg, bitte.

**André Poggenburg (AfD):**

Jawohl. - Frau Feußner, ich denke, es geht Ihnen jetzt - Sie haben das Bundesprogramm kurz angesprochen - um die Politik im Land.

**Eva Feußner (CDU):**

Ja.

**André Poggenburg (AfD):**

Darauf kann ich Ihnen eine einfache und präzise Antwort geben: Bitte nehmen Sie unser Landeswahlprogramm zur Hand!

(Beifall bei der AfD)

Bei uns ist es nämlich so - ich weiß, dass das in der Vergangenheit keine Praxis in der Politik war -, dass das, was im Landeswahlprogramm steht, auch unsere Politik im Parlament bestimmt. Ganz einfache Antwort.

(Beifall bei der AfD - Hendrik Lange, DIE LINKE: Ich habe es befürchtet! - Robert Farle, AfD: Tausend Lehrer, Tausend Polizisten usw.! Mal reingucken! - Zurufe von der CDU und von der SPD - Zuruf von der AfD: Sie können doch lesen! - Unruhe)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Poggenburg, Sie haben noch das Wort.

(Zurufe von der CDU und von der SPD - Robert Farle, AfD: Das sind 78 Seiten Programm! - Unruhe)

**André Poggenburg (AfD):**

Wir haben das längste Wahlprogramm von allen gehabt und auch das erfolgreichste.

(Unruhe)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Abg. Poggenburg.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Warum haben Sie sich denn dann so aufgeregt? - Robert Farle, AfD: Aufgeregt sind ganz andere!)

**André Poggenburg (AfD):**

Kann ich noch einen Antrag stellen?

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Bitte, gern.

**André Poggenburg (AfD):**

Ich stelle den Antrag zur Unterbrechung der Sitzung für eine halbe Stunde, da nämlich direkt vor dem Landtag eine Demonstration mehrerer Bürgerinitiativen stattfindet zum Thema AZV und Abwassergebühren, und wir von der AfD der Meinung sind, dass die Politik nicht nur im Parlament stattfindet, sondern auch auf der Straße. Noch dazu, da sie direkt vor dem Landtag stattfindet. Antrag auf Unterbrechung für eine halbe Stunde.

(Beifall bei der AfD - Hendrik Lange, DIE LINKE: Wäre vor der Rede besser ge-

wesen! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Statt der Rede! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Statt der Rede! - Unruhe)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Abg. Poggenburg, sind Sie jetzt fertig?

**André Poggenburg (AfD):**

Jawohl.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Gut. Vielen Dank, für Ihren Redebeitrag. - Wir sind ein lebendiges Parlament. Ich frage Sie: Gibt es irgendwelche Gegenreden? Haben Sie noch etwas zu bemerken? - Ich sehe eine Meldung des Abg. Borgwardt. Herr Borgwardt, Sie haben das Wort.

**Siegfried Borgwardt (CDU):**

Ich werde nachher sicherlich in meinem Redebeitrag auf einige dieser Dinge eingehen. Das kann man so nicht stehen lassen. Aber jetzt möchte ich konkret etwas zu dem Antrag sagen. Ich würde vorschlagen - das ist auch gängige Praxis gewesen -, dass wir die würdigen, die hier demonstrieren. Übrigens, eine von deren Kritiken haben Sie vorhin gemacht. Ich würde angesichts des ambitionierten Zeitplans jedoch vorschlagen, dass wir die Sitzung nicht unterbrechen, sondern dass jede Fraktion, die dies für richtig hält, einen Vertreter schickt. Dann sind auch alle beteiligt.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Das ist ein Vorschlag. Ich gehe davon aus, dass das - - Es gibt eine weitere Wortmeldung des Abg. Knöchel. - Herr Knöchel, bitte.

**Swen Knöchel (DIE LINKE):**

Ich teile die Auffassung des Herrn Kollegen Borgwardt, was das angeht, möchte aber feststellen, Herr Fraktionsvorsitzender Poggenburg, dass Sie zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem die Demonstration bereits weit über eine halbe Stunde andauert, diesen Antrag stellen. Wann haben Sie denn davon erfahren? - Möglicherweise wäre es sinnvoll gewesen, vor Ihrer Rede darum zu bitten.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei der SPD)

Dann wäre es ein angemessener Zeitpunkt gewesen.

Ich schaue einmal nach hinten. - Aus unserer Fraktion sind die Kolleginnen und Kollegen, die seit vielen Jahren mit dem Thema Abwasser vertraut sind, bereits zu den Demonstrierenden gegangen. Ich denke, alle anderen Fraktionen ha-

ben auch entsendet, um so das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu hören. Sie haben es offensichtlich jetzt erst mitbekommen, dass Bürger demonstrieren. Demzufolge jetzt erst der Antrag.

(André Poggenburg, AfD: Wir haben mit dazu eingeladen!)

- Ich glaube, ein bisschen zu spät.

(Robert Farle, AfD: Vorschlag, wir gehen jetzt raus! - Unruhe bei der CDU und bei der SPD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Wir haben die Gegenrede gehört. Ich möchte über den Antrag des Abg. Poggenburg gern abstimmen lassen. Ich denke, es ist guter Brauch, dass dann die Fraktionen einzelne Parlamentäre zu diesen Demonstrationen senden werden.

Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer dem Antrag auf eine halbstündige Unterbrechung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen. - Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich denke, wir kommen in das normale parlamentarische Verfahren, wie der Herr Abg. Borgwardt das gesagt hat.

(Zuruf von der AfD: So weit zum Respekt gegenüber der AfD! - André Poggenburg, AfD: Die AfD beruft sich hierbei auf § 9 - Ziviler Ungehorsam - und verlässt für eine halbe Stunde geschlossen die Sitzung! - Swen Knöchel, DIE LINKE: Viel zu spät! Viel zu spät! - André Poggenburg, AfD: Nein, die warten schon auf uns! - Unruhe bei allen Fraktionen - Dr. Kaja Pähle, SPD: Es ist nicht zu fassen! Das ist Missachtung des Parlaments! - Starke Unruhe - Die Mitglieder der Fraktion der AfD verlassen den Sitzungssaal)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sehe eine Wortmeldung der Abg. Frau Dr. Pähle. Frau Abg. Pähle, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Da der Fraktionsvorsitzende der AfD uns jetzt etwas über Respekt gesagt hat, er aber den Respekt vor dem Hohen Haus und vor einer Regierungserklärung nicht gewahrt hat, bitte ich darum, den jetzt laufenden Tagesordnungspunkt zu unterbrechen, bis die AfD wieder im Raum ist, und in der Zwischenzeit Anträge zu beraten.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Es gibt eine Wortmeldung des Abg. Herrn Knöchel.

**Swen Knöchel (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Parlamentarische Arbeit sollte nach den üblichen Gepflogenheiten passieren und nicht von einer Fraktion und deren Verhalten diktiert werden. Aus diesem Grunde plädiere ich für die Fortsetzung der Tagesordnung, so wie vorgesehen.

(Zuruf von der CDU: Nee!)

Das Verhalten der AfD ist selbstreferenziell. Aber es Ihnen jetzt sozusagen in die Hand zu geben, wie wir uns hier verhalten, halte ich für grundfalsch, und bitte daher um die Fortsetzung der Tagesordnung wie vorgesehen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann von hier oben die Fraktionsvorsitzenden sehen. Ich unterbreche die Sitzung für drei Minuten, damit sie die Gelegenheit haben, sich kurz zusammenzusetzen und zu einigen. Bitte, eine Unterbrechung.

Unterbrechung: 10:46 Uhr.

Wiederbeginn: 10:51 Uhr.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung fort. Ich sehe eine Wortmeldung von Frau Dr. Pähle.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Nach Rücksprache mit den sich noch im Landtag befindlichen Fraktionen ziehe ich meinen Antrag zurück. Wir können weiter fortfahren mit der Aussprache zur Regierungserklärung.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Pähle. - Wir sind beim Tagesordnungspunkt 2 - Regierungserklärung des Ministerpräsidenten - und befinden uns in der Aussprache dazu. Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Dr. Pähle.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Sie haben das Wort.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Herr Präsident! Hohes Haus! Nach dem, was hier gerade passiert ist, fällt mir ein Zitat ein, das dem deutschen Maler - das würde der AfD sicherlich gefallen - Max Liebermann zugeschrieben wird:

„Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.“

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das betrifft nicht nur das Verhalten der AfD jetzt eben, sondern es betrifft insbesondere den Redebeitrag von Herrn Poggenburg. Das, was wir hier gehört haben, ist eine Aneinanderreihung von Beleidigungen, Diffamierungen und Unterstellungen gegenüber demokratischen Parteien.

Das Bild, das er von unserem Sachsen-Anhalt gezeichnet hat, von einem Land, das wie ein Karren in den Dreck gefahren worden sei, führt dazu, dass Leute verunsichert sind, es führt dazu, dass Leute Angst haben, dass sie Sorge haben. Das ist doch keine Politik! Das ist einfach „Angst essen Seele auf“! Genau das macht diese Partei.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Und von Grundwerten, egal ob es die Meinungsfreiheit ist, ob es das Recht auf die freie Entfaltung der Kunst ist - das haben wir gestern erlebt -, davon hält diese Partei nichts und sie schmückt sich auch noch damit. Ich glaube an dieser Stelle, es kommt auf alle zivilgesellschaftlichen Partner an, dem ganz entschieden entgegenzutreten.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Hendrik Lange, DIE LINKE: Auch auf die Konservativen!)

- Auf die Zivilgesellschaft. - Wer denkt, dass Veränderung immer verunsichert oder dass man Sachen zurückdrehen kann, der hat - ehrlich gesagt - aus dem, wie sich unser Land entwickelt hat, nichts gelernt.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir haben viel dazugewonnen, indem Ideen von außen zu uns gekommen sind, indem Menschen zu uns gekommen sind, die mit Innovationen hier angefangen haben. Dabei ziehe ich den Rahmen nicht nur um die letzten 26 Jahre, sondern auch um viele Jahrzehnte und Jahrhunderte vorher. Ich glaube, auf solche Veränderungen können wir nicht nur nicht, sondern dürfen wir nicht verzichten.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob Sachsen-Anhalt verlässlich, gerecht und nachhaltig regiert wird, das entscheidet sich natürlich nicht hier im Parlamentssaal, das entscheidet sich nicht durch unsere Debatten im Landtag.

Ob die Menschen unsere Politik als verlässlich empfinden, ob sie das Handeln von Regierung und Parlament als gerecht erleben, ob sie in ihrem Alltag erfahren, dass wir gemeinsam für einen sozialen Ausgleich sorgen, und ob unsere Entscheidungen nachhaltige Wirkungen entfalten, das alles macht es aus, dass Sachsen-Anhalt zukunftsfähig bleibt. All das wird sich nur in konkreten Vorhaben ausdrücken, die wir umsetzen wollen.

Deshalb fangen wir bereits in dieser Landtagssitzung an, kommunal- und bürgerfreundliche Sofortmaßnahmen anzugehen, beispielsweise beim Kinderförderungsgesetz, über das wir gleich im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt verhandeln werden.

Aber natürlich ist es gut und richtig, dass die Regierung zu Beginn einer Wahlperiode die Generallinien ihres Handelns darlegt und im Landtag zur Diskussion stellt. Ministerpräsident Haseloff hat in seiner Regierungserklärung die gesamte Bandbreite der Politikansätze und Projekte dargelegt, mit denen unsere Koalition das Land gestalten und voranbringen will.

Ich will nicht auf die Breite dieser Themen eingehen, sondern ich will mit Ihnen darüber debattieren, was unser sozialdemokratischer Beitrag zu dieser Koalition ist und warum es gut ist, dass meine Partei den Weg in diese neue, ungewöhnliche und für viele ungewohnte Konstellation gegangen ist.

Ich kenne die Meinung und wir haben sie vorhin auch wieder von Herrn Poggenburg gehört. Parteien, die allesamt Stimmenanteile verloren haben, haben nicht das Mandat, sich zusammenzuschließen, um gemeinsam eine Regierung zu bilden. Das ist aber meiner Meinung nach ein Irrtum.

Denn Menschen gehen nicht mit einer festen Vorstellung darüber zur Wahl, wie hinterher der Landtag zusammengesetzt sein wird. Sie wählen vielmehr Parteien und Personen, denen sie die Vertretung ihrer Interessen zutrauen. Unsere Aufgabe ist es, dieses Vertrauen durch unsere tägliche Arbeit immer wieder zu erneuern und zu festigen.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Weil das so ist, haben die Parteien, die eine gemeinsame inhaltliche Basis haben, das Mandat und den Auftrag, eine stabile Regierung zu bilden und damit genau diese Interessen der Wählerin-

nen und Wähler in praktische Politik, in erfahrbare Ergebnisse umzusetzen.

(Zustimmung von Ministerin Petra Grimm-Benne)

Wir alle haben auch die Aufgabe, aus Fehlern zu lernen, Politik besser, gerechter, verständlicher, bürgernäher zu machen. Auch dafür braucht es eine Regierung, die in der Lage ist, Fehlentwicklungen zu erkennen, zu korrigieren und neue Weichenstellungen vorzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD steht in dieser Konstellation für eine Politik, die es ernst meint mit guter Arbeit. Denn das ist seit 153 Jahren eine sozialdemokratische Idee. Nur die Rahmenbedingungen und die Ansprüche an gute Arbeit haben sich in den Jahren immer wieder verändert. Darauf haben wir reagiert.

In der Regierungserklärung wurde deutlich, dass das heute eine Aufgabe ist, die man nur durch das Verstellen verschiedenster Stellschrauben erreichen kann, erstens durch die Neujustierung der Wirtschaftsförderung.

Wir müssen Mitnahmeeffekte vermeiden und davon wegkommen, immer nur nach Neuansiedlungen zu schauen. Vielmehr müssen wir die hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützen,

(Zustimmung von Katrin Budde, SPD, und von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

die Arbeitsplätze schaffen und sie sichern.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass Minister Felgner umgehend die Debatte zu den Konsequenzen aus dem Bankrott bzw. der Schließung von Fricopan angestoßen hat.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Stärkung der Tarifbindung auch über die Vergabe- und Fördermittelpraxis. Willkommen in Sachsen-Anhalt sind all jene, die gute Löhne zahlen, in die Qualifikation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Wir wollen einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, auf dem auch diejenigen wieder Chancen bekommen, die aus dem ersten Arbeitsmarkt seit Langem herausgefallen sind. Jeder und jede soll und muss die Möglichkeit haben, sich sinnvoll in das Gemeinwesen einzubringen, um von der eigenen Arbeit leben zu können.

Durch dauerhaft gesicherte Investitionen in die Hochschulen und die verstärkte Förderung von Forschung in der Industrie wollen wir die Zukunftsfähigkeit, die Innovationskraft unseres Landes sichern. Und wir wollen durch gezielte Förde-

zung einer qualifizierten Zuwanderung und die Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit den Fachkräftebedarf sichern und Menschen, die zu uns kommen, eine Perspektive bieten.

Nicht jeder kann einen schwarzen Nationalspieler zum Nachbarn haben, aber jeder freut sich, wenn ein neuer Arzt in der Nachbarschaft die Gesundheitsversorgung absichert, völlig egal, woher er kommt.

(Beifall bei der SPD - Nadine Hampel, SPD: Genau! Richtig!)

Diese Politik für gute Arbeit geht Hand in Hand mit einer guten Sozialpolitik, die jene Menschen unterstützt, die unsere Solidarität brauchen, die es den Menschen ermöglicht, Lebensrisiken abzusichern und abzufedern, die Menschen aber auch befähigt, Benachteiligungen auszugleichen und sie zu überwinden, um damit eine aktive Rolle in Gesellschaft und Arbeitswelt spielen zu können.

Die Grundlage dafür legen wir mit frühkindlicher Bildung; denn hier beginnt der Einsatz für gleiche Chancen, und das ist gut so.

Sachsen-Anhalter und Sachsen-Anhalterinnen sind stolz darauf, dass wir so einen Vorsprung im Bereich der frühkindlichen Bildung und Kinderbetreuung haben. Wir werden gemeinsam dafür Sorge tragen, dass dieser Vorsprung erhalten bleibt, indem wir Erzieherinnen und Erzieher auch gute Arbeit bieten, indem ihre Bezahlung angemessen ist, ohne dass die Kommunen dabei überstrapaziert werden.

Wir wollen die Qualität in der frühkindlichen Bildung steigern und in diesen Bereich investieren und gleichzeitig die Angebote für alle Eltern bezahlbar halten. Das Gesetz zur Änderung des KiFöG, den die Koalitionsfraktionen in enger Zusammenarbeit mit Ministerin Grimm-Benne erarbeitet haben, weist den Einstieg in diese Politik.

Die SPD steht dafür, dass aus einem sehr engen Zusammenwirken der Ressorts Arbeit und Soziales einerseits und Wirtschaft und Wissenschaft andererseits eine Politik für starke Wirtschaft und gute Arbeit aus einem Guss entstehen kann. Das heißt für uns sowohl Unterstützung für jene, die Hilfe brauchen, um ihre eigenen Chancen entfalten zu können, als auch die Unterstützung von Wirtschaftswachstum und Innovation. Beides zielt gleichermaßen darauf ab, dass Menschen Arbeit finden und für sich selbst sorgen können.

Zu beiden Häusern sind aber zusätzliche Aufgabenfelder hinzugekommen: erstens die Digitalisierung, weil auch dieser Bereich eine Aufgabe der Zukunftssicherung ist. Wir können und dürfen keine Region in unserem Land von Existenzgründungschancen und netzbasierter Daseinsvorsorge abhängen. Die Auseinandersetzung mit der vor-

anschreitenden Digitalisierung von Industrieprodukten und allen anderen Wirtschaftsbereichen ist eine notwendige Aufgabe.

Zweites Aufgabenfeld, das im Bereich der Ministerin Grimm-Benne hinzugekommen ist, ist der Bereich Integration. Integration ist Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Sie ist dafür unerlässlich.

Ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar dafür, dass er diese Herausforderung ausführlich beschrieben hat. Auf dieser Grundlage sollten wir gemeinsam für ein gelingendes Zusammenleben Mut machen und die verabredeten Maßnahmen konsequent umsetzen und damit auch ein deutliches Signal gegen die Hetze der AfD setzen.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und von Gabriele Brakebusch, CDU)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden jedem entgegentreten, der auf weitere Spaltung, Verunglimpfung und Ausgrenzung setzt. Unser Land wird seine Entwicklungspotenziale nur entfalten können, wenn jeder und jede daran mitwirken kann und sich mitgenommen fühlt.

Wer hier lebt, braucht Zukunftschancen. Für die Rahmenbedingungen, für den Abbau von Benachteiligungen und dafür, dass es gerecht zugeht, dafür ist Politik da, dafür stehen die Fraktionen, die sich hier in dieser neuen Konstellation in Verantwortung begeben haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich am Ende meiner Rede noch einmal kurz auf die Ausführungen des Herrn Poggenburg eingehen, auch wenn er immer noch nicht wieder im Raum ist.

(Zuruf von der CDU: Wo ist er denn jetzt?)

- Draußen. - Inhaltliche Impulse werden wir wohl von der AfD auch in Zukunft nicht erwarten können. Was wir offensichtlich laufend stattdessen erwarten müssen, sind immer neue Eskalationen und Provokationen gegen das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft und gegen die demokratische Arbeit hier im Parlament.

Ein Paradebeispiel dafür ist die Verunglimpfung von Jérôme Boateng durch den stellvertretenden Parteivorsitzenden Gauland. Ein Beispiel ist insbesondere auch die Erklärung von Herrn Abg. Tillschneider zur Haltung der katholischen Kirche zum Thema Einwanderung.

(Zuruf von der LINKEN: Unglaublich!)

Herr Poggenburg hat diese Äußerungen gerechtfertigt und sie klar und deutlich als die Haltung der AfD gekennzeichnet. Damit wird deutlich, dass die AfD sich zwar gern als Verteidigerin des christlichen Abendlandes definiert, aber eigentlich selbst das vorantreibt, was sie dem Islam zuschreibt,

das Hervorbringen von Hasspredigern und das Hervorbringen von sogenannten Gotteskriegeren. Ich denke, all das nützt nichts für eine Alternative für unser Land.

Die Diskussion hat aber auch einen Vorteil: Aufgrund der kruden Ideen zu der Aufmachung von Schokoladenprodukten scheint es so, dass mittlerweile Fußballschauen und der Verzehr von Kinderschokolade gewissermaßen zum Bekenntnis gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit geworden sind. Beiden Aktionsformen sage ich für diesen Sommer eine hohe Beteiligung voraus und wünsche allen dabei viel Vergnügen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN  
- Zustimmung bei der CDU)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herzlichen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende Dr. Pähle. - Wir kommen jetzt zum Redebeitrag der Fraktion DIE LINKE. Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Abg. Knöchel, Sie haben das Wort.

#### **Sven Knöchel (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen, meine Herren! Was durften wir eben erleben? - Nachdem sich eine Fraktion in unserem Hause hier 40 Minuten lang in Selbstmitleid geübt, rassistische Parolen verbreitet hat, war sie der Auffassung, dem Volk eine Audienz gewähren zu müssen, und wollte das, nachdem sie in diesem Hause gesprochen hat, mit uns allen tun. Immer der AfD nach und immer schön jammern.

Nein, wir haben von Herrn Poggenburg gehört, wie alle gegen die AfD sind, wie schlecht es ihr geht, keine Selbstreflexion und schon gar nichts zum Thema Sachsen-Anhalt. Bitte entschuldigen Sie, dass ich in diesem Punkt nicht mitmache, sondern mich jetzt den Problemen unseres Landes zuwende, Positives feststelle, Kritisches nicht unterlasse.

(Marco Tullner, CDU: Aber mehr Positives!)

Herr Ministerpräsident Haseloff, Ihre Regierungserklärung heute erfolgte in der Tat in einer neuen Tonalität, die auch in unserer Fraktion Zuspruch fand. Nein, das ist nicht mehr allein die Sachzwanglogik, die wir in den vergangenen Jahren hier in diesem Hause allzu oft hören mussten. Hier war Nachdenklichkeit, hier war Reflektion, hier war aber auch viel hätte, könnte, sollte. Das mag daran liegen, dass diese Koalition aus drei Partnern besteht, die unterschiedlicher nicht sein können, die sich auf Kompromisse geeinigt haben. Das kann daran liegen, dass zwei dieser drei Koalitionspartner seit zehn Jahren das Land regieren und einer sogar seit 15 Jahren.

Um Sachsen-Anhalt ist es eben nicht bestens bestellt. Seit Jahren vermeldet Deutschland Wachstum. Seit Jahren geht dieses Wachstum an der unteren Bevölkerungsschicht vorbei. Der Unterschied zwischen Arm und Reich nimmt in Deutschland immer deutlicher zu. Um wie viel schwieriger ist die Situation in Sachsen-Anhalt, wenn hier nicht einmal das Wachstum in dem Maße angekommen ist, wie es in Deutschland angekommen ist.

Wir liegen in Sachsen-Anhalt um zehn Prozentpunkte gegenüber der Entwicklung in den anderen neuen Bundesländern zurück. Hier ist Handlungsbedarf; hier, Herr Ministerpräsident, meine Damen, meine Herren, muss der Schwerpunkt der Arbeit liegen.

Falsche Weichenstellungen sind die Ursachen. Vor allen Dingen bei der Vorgängerregierung war mangelnder Gestaltungsanspruch zu diagnostizieren. Sie wollte einen Haushalt mit einer schwarzen Null verwalten, statt das Land zu regieren. Die Folgen sind bekannt und spätestens seit dem 13. März auch in diesem Haus sichtbar. Die Mischung aus kleinem Geist und roher Sprache konnten wir vorhin erleben.

Unsicherheit ist das, was das Denken in unserem Land bestimmt. Die Unsicherheit von Arbeit in Zeiten von Leiharbeit und dauerbefristeten Arbeitsverhältnissen bestimmt ganz Deutschland. Aufgrund der falsch verstandenen Förderstrategie in den Niedriglohsektor trifft es Sachsen-Anhalt dabei noch einmal verstärkt.

Die Antwort ist immer noch eine Abstimmung mit den Füßen. Der positive Wanderungssaldo des vergangenen Jahres hat seine Ursache vor allen Dingen im Zuzug der Flüchtlinge.

Doch auch diese Chance wurde bisher nicht ausreichend genutzt. Rechte Parteien und Rassisten, im Vergleich zur überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung eine laute, verrohte Minderheit, konnten die Dominanz in der öffentlichen Wahrnehmung erlangen, weil die vormalige Landesregierung eben nicht für ein Willkommen an die Schutzbedürftigen stand, sondern eine Mindestlohn- und Obergrenzendebatte anzettelte.

Umso mehr möchte ich positiv hervorheben, Herr Ministerpräsident, dass Sie in Ihrer heutigen Regierungserklärung einen klaren Paradigmenwechsel angekündigt haben. Er muss jetzt auch in unserem Land vollzogen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beispiele der Unsicherheiten ließen sich fortsetzen. Die Unsicherheiten an den Hochschulen, von denen tatsächliche Entwicklungsimpulse für unser Land ausgehen können, sind hervorgerufen worden, weil sie von der damaligen Landesregie-

zung in ihrer Aufgabe allein auf die Rolle des Kostgängers reduziert wurden.

Die neue Tonalität in der Regierungserklärung tat gut. Wir werden einfordern, dass die Themen ernsthaft angegangen werden. Dazu muss mehr getan werden.

Die Überschrift „Kontinuität und neue Perspektiven“ ließ das zunächst nicht erwarten. Kontinuität dem Wort nach steht für einen ununterbrochenen Zusammenhang für die Fortsetzung des Alten. Genau das brauchen wir aber nicht. Perspektive steht für Sichtweise, also dem Blickwinkel auf unser Land. Es braucht keinen neuen Blickwinkel auf unser Land, sondern ein Durchgreifen, eine neue Herangehensweise bei seiner Gestaltung.

Wir haben den Koalitionsvertrag mit großem Wohlwollen gelesen. Er greift Themen auf, die auch unsere Fraktion in der Vergangenheit immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Aber es bleibt eben auch ein Katalog des Sollens und Wollens mit Finanzierungsvorbehalten. Die Fragen des Wann und Wie sind allerdings die entscheidenden. Darauf haben wir heute eine Antwort erwartet, und darauf haben wir heute leider noch keine Antwort bekommen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Finanzausstattung der Kommunen, die Personalausstattung der Landesverwaltung, insbesondere die von Polizei und Lehrern, ein Paradigmenwechsel in der Förderpolitik, weg von der Niedriglohnpolitik, die deutlich stärkere Unterstützung und Förderung von Demokratieprojekten, die verbesserte Finanzierung der Hochschulen und die Hinwendung zu einem zweiten Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose - all dies waren die Probleme der letzten Legislaturperioden. Diese Probleme wollen Sie angehen. Dabei sage ich Ihnen unsere kritische Begleitung und Unterstützung zu.

Aber es sind die Probleme der vergangenen Legislaturperioden, reparieren sozusagen, was unterblieb, was falsch angegangen wurde. Die Koalition etabliert sich damit als Reparaturbrigade von Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus findet sich wenig. Wie gesagt, es mag der Struktur der Koalition geschuldet sein, befriedigen kann es nicht.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir reichen Ihnen die Hand, Herr Ministerpräsident, wenn es um die Fragen der Zukunft unseres Landes geht. Die Vorhaben in der Koalitionsvereinbarung, in der Personalpolitik umzusteuern, haben wir mit Interesse und Respekt zur Kenntnis genommen. Diese Kursänderung ist überfällig und muss die Folgen einer über Jahre dauernden Fehlentwicklung beseitigen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Richtung stimmt, Blinken allein hilft aber nicht. Die für das Schuljahr 2016/2017 vorgesehenen Neueinstellungen werden angesichts der Lage nicht genügen, um 103 % Unterrichtsversorgung in den Schulen in allen Regionen des Landes zu gewährleisten. Die Mangelsituation hat in der letzten Zeit Lücken gerissen, die geschlossen werden müssen. Die Schülerzahl wächst, über das ganze Land gerechnet. Die Neubesetzung jetzt freiwerdender Stellen ist also lange noch nicht genug.

Außerdem zeichnet sich ein zweites Problem ab: Neueinstellungen zu realisieren. Die Schulbehörden werden auch im Herangehen den Schalter umlegen müssen. Nicht nur sichten, begutachten, auswählen, gegebenenfalls Neuausschreibung können den Arbeitsstil prägen. Es geht um die Gewinnung von Lehrkräften, um eine Willkommenskultur für alle, die für den Schuldienst in Sachsen-Anhalt Interesse zeigen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Die Mitglieder der Fraktion der AfD betreten den Plenarsaal)

Das werden auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sein, die nach einem gut durchdachten Programm die Chance erhalten müssen, noch ausstehende Professionalität zu erwerben und einen vollständig anerkannten Abschluss zu erlangen, damit sie nicht Lehrkräfte zweiter Klasse bleiben. Zu diesen Themen haben wir für diese Sitzung Anträge gestellt. Dieses Thema wollen wir gemeinsam mit Ihnen beraten.

Viele Ziele dieser Personalpolitik sind Teil der Wahlauseinandersetzungen gewesen. Jetzt haben Sie eine Verschiebung vorgenommen: Statt 18,5 Vollbeschäftigteneinheiten je 1 000 Einwohner in 2019 wollen Sie nun 18,7 Vollbeschäftigteneinheiten je 1 000 Einwohner in 2020. Diese zusätzlichen 0,2 brauchen Sie aber schon vollständig, um die Neueinstellungen bei Lehrern und Polizisten zu realisieren.

Relativ wenig gesagt wurde zum übrigen Umbau in der Landesverwaltung. Wir hatten hier die Frage der Straßenbauverwaltung, die Frage: Wie geht es beim Hochwasserschutz und bei den übrigen Teilen der Landesverwaltung weiter? - Das heißt, die Frage des Landespersonals bedarf auch in dieser Legislaturperiode einer sorgfältigen Betrachtung. Wir müssen von den Komazahlen und dem Begriff „Vollbeschäftigteneinheiten“ wegkommen und über die Aufgaben, die in diesem Land anstehen, diskutieren.

Für uns ist klar, dass der begonnene Pfad des gemeinsamen Unterrichts erfolgreich sein kann und dass er für die Schülerinnen und Schüler, die jetzt in dieser Form lernen, gelingen muss. Diese Frage wird vor allem in den Schulen und in den Klassenzimmern entschieden. Die

Aufgabe braucht Qualifikation und Erfahrungsaustausch genauso wie persönliches Engagement. Sie braucht auch ein Mindestmaß an Personal Ausstattung, die in der Gesamtbilanz sowohl bei den Lehrkräften als auch bei den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern berücksichtigt werden muss.

Auch in Zukunft muss es allen freigestellt sein, gemeinsam zu lernen: Kinder mit mehr oder weniger pädagogischen Förderbedarfen, Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, schnell und langsam Lernende. Eine administrative Delegation in Förderschulen gegen den Willen von Schülern und Eltern darf es nicht geben.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Inklusion und gemeinsames Lernen kann gelingen und erfolgreich sein; das belegen Studien eindrucksvoll. Wir haben nicht das Recht, Kinder in ihren Perspektiven zu beschneiden.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wir halten es für wichtig, dass alle Schulen, die sich in den vergangenen Jahren auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule begeben haben, diesen Weg fortsetzen können. Das Patt in der Schulpolitik, das im Koalitionsvertrag - zumindest zwischen den Zeilen - gut zu lesen ist, sollte diese erfolgversprechenden Wege nicht verbauen.

Insbesondere das praxisverbundene Profil Polytechnik, das die Gemeinschaftsschulen, aber auch andere entwickeln, halten wir für einen zukunftsfähigen Weg, damit Lernen besser gelingt, alle anspricht und zugleich einen systematischen und nachhaltigen Beitrag zur Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen zu leisten vermag.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute auch noch einmal die Bedeutung der frühkindlichen Bildung sowie die Bedeutung von Kindertagesstätten betont. Wir sind - dabei setzen wir auf das kommende Jahr - nicht der Auffassung, dass es nur ein finanzielles Problem ist. Wir haben ein Problem bei der Gesamtfinanzierung von Kommunen, aber wir haben keine überdurchschnittlichen Kosten für die Betreuung einzelner Kinder in den Kindertagesstätten. Wir haben ein Strukturproblem. Deshalb müssen wir den Evaluierungsprozess im Kinderförderungsgesetz zügig angehen und überlegen, wo die Unterschiede liegen.

Ich denke, sie liegen gar nicht so sehr zwischen den Einrichtungen einer Gemeinde, sondern der Unterschied besteht zwischen großen und kleinen Einrichtungen, Einrichtungen in Verdichtungsräumen, Einrichtungen in eher weitläufigen Räumen. Darauf müssen wir spezifische Antworten finden. Wir dürfen nicht versuchen, für die Probleme aller eine allgemeine Lösung zu finden. Das führt nur

dazu, dass das System immer teurer und die Unzufriedenheit immer größer wird.

Für bedenklich halte ich allerdings, liebe Frau Grimm-Benne, dass Sie heute schon wieder die Axt an den Ganztagsanspruch anlegen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Denn das zeugt davon, dass Sie frühkindliche Bildung nicht als frühkindliche Bildung, sondern als stundenweise Aufbewahrung verstehen und dann überlegen: Wie viele Stunden braucht es denn?

(Dr. Katja Pähle, SPD: Nein, nein, Quatsch! Keine Sorge! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Sie wissen, dass wir auch zuvor immer den Ganztagsanspruch von acht Stunden gehabt haben! - Birke Bull, DIE LINKE: Dann solltet Ihr Euch starkmachen, damit es nicht passiert! - Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

- Schon allein die vielen Zwischenrufe, meine Damen, meine Herren, die ich jetzt bekommen habe, zeugen davon, dass die Debatte an der Sache vorbeigeht. Hier geht es um die Frage: Wie können wir frühkindliche Bildung in unserem Land voranbringen? Denn nur Bildung ist der Schlüssel für weitere wirtschaftliche Entwicklung,

(Zustimmung bei der LINKEN - Siegfried Borgwardt, CDU: Die Gesamtheit!)

und nicht Investitionen und Straßen und Beton. Dann können wir uns hier irgendetwas von Kosten zurufen und was Sie wollten. Betrachten Sie die Probleme in unserem Land, dann werden Sie erkennen, dass Bildung ein Schlüssel zur Lösung dieser Probleme ist.

(Minister Marco Tullner: Aber Schulbau ist besser, Herr Abgeordneter!)

- Lieber Herr Tullner, Schulbau ist nicht falsch,

(Minister Marco Tullner: Das ist gut!)

aber es kommt bei dieser ganzen Diskussion darauf an, was in den Schulen passiert. Das ist die viel wichtigere Frage.

(Minister Thomas Webel: Also wollen wir keine A 143 bauen?)

- Wollen Sie mir jetzt schon wieder ein Bundesprojekt, das aus dem Bundeshaushalt finanziert wird, unterjubeln? Lieber Herr Webel, weil Sie sich immer für die A 143 einsetzen: Sie hätten in den letzten Jahren doch ein bisschen mehr tun können, dann wäre vielleicht auch schon mehr passiert. Sie haben es aber bevorzugt, Ihren jetzigen Koalitionspartner zu beschimpfen und sich verbal dafür einzusetzen, faktisch aber nicht.

(Minister Thomas Webel: Beschleunigt habe ich es nun nicht gerade!)

Ich wollte eigentlich etwas über Hochschulen und Bildung sagen.

(Unruhe bei der CDU)

Ich wollte über Bildung sprechen, Sie wollen über Straßen sprechen. Daran merken wir die unterschiedlichen Schwerpunkte, lieber Herr Schröder.

(Minister André Schröder: DIE LINKE als Anwalt für Autobahnen!)

Die Koalition hat sich, was die Finanzierung der Hochschulen betrifft, bewegt.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Das wurde aber auch Zeit!)

Das finden wir gut und richtig, denn genau wie die Kindertagesstätten sind auch die Hochschulen Schlüssel für künftigen Erfolg in diesem Land, und Herr Schröder, ich bin übrigens ausdrücklich bei Ihnen, als Sie die Debatte angestoßen haben zu schauen: Wie schichten wir möglicherweise um, um Bildung, Hochschulen, Wissenschaft und Technologie stärker zu fördern? - Sie haben eine richtige Debatte angestoßen. Jetzt müssen wir sie führen, damit wir wissen, was wir mit den uns zur Verfügung stehenden 10 Milliarden € tun.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Sie haben eine richtig gute Rhetorik!)

Lassen Sie uns diese Diskussion führen! Wir denken, es macht keinen Sinn, über Jahrzehnte Fördermittel im Wirtschaftsbereich zu veranschlagen, die nicht abgerufen werden, und auf der anderen Seite einen wichtigen Punkt in der Wirtschaftsentwicklung, nämlich das Hochschul Umfeld, zu vernachlässigen. Ich finde diese Diskussion richtig. Wir ermutigen Sie, Herr Finanzminister, und stehen an Ihrer Seite.

(Siegfried Borgwardt, CDU, eine kurze Spanne zwischen Daumen und Zeigefinger zeigend: So viel stehen Sie an unserer Seite, so viel!)

Im Bereich der Hochschuldemokratie haben wir allerdings weitergehende Vorstellungen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ihr müsst das Ganze sehen! - Zustimmung und Heiterkeit bei der LINKEN)

- Ja, wir sind auch das Ganze, und das Ganze sehen heißt, lieber Herr Borgwardt:

(Siegfried Borgwardt, CDU: Alles klar!)

mit gegebenen Mitteln einen hohen Erfolg erzielen. Dabei ist die Frage: Erzielen wir Erfolge mit zurückgegebenen Wirtschaftsfördermitteln, oder erzielen wir Erfolge mit gelungener Schul- und Hochschulbildung? Das ist die Frage, Herr Borgwardt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich weiß, Schecks werden an Hochschulen nicht so viele verteilt. Wir legen auch besonderen Wert darauf, die Bewertung sozialer und ökologischer Risiken von Technologie und Fortschritt kritisch zu begleiten. Wir fordern - dabei gehen wir über das, was Sie wollen, hinaus - die Aufnahme einer Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz, um die Forschung zu militärischen Zwecken an den Hochschulen des Landes zu verhindern.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Das machen wir doch eh nicht!)

Wohlvollend, weil im Koalitionsvertrag so explizit nicht aufgeschrieben, haben wir zur Kenntnis genommen, dass Sie heute gesagt haben: Umsteuern in der Wirtschaftsförderung, weg von vielen Arbeitsplätzen im Niedriglohnssektor, hin zur Qualität. Dabei werden Sie uns an Ihrer Seite haben. Darüber werden wir in den kommenden Tagen sprechen, morgen ganz konkret.

Fassen wir zusammen: Wir haben einen Koalitionsvertrag, eine Regierungserklärung, die sich zunächst wie ein Wunschkatalog liest: 6 Milliarden € kostet es,

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das sind Visionen!)

6 Milliarden € über fünf Jahre selbstverständlich, Frau Lüddemann. 6 Milliarden € über fünf Jahre haben wir nicht. Das heißt, ein Stück weit ungedeckter Scheck, ein Stück weit „könnte“, „hätte“, „sollte“; und so ist dann auch die Regierungserklärung wie folgt zu bewerten: Die ganze Rede ist durchzogen von einem sehr bemüht wirkenden Optimismus, für den eine echte Begründung aber oftmals ausbleibt.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Sie haben doch gute Laune verbreitet!)

Von Stolz ist viel die Rede, aber Wahlbeteiligung und Abwendung von demokratischen Institutionen im weiten Sinne sprechen leider eine andere Sprache, die letzten Sachsen-Anhalt-Monitore übrigens auch. Kritisch zu Bewertendes im Lande wird häufig ausgeblendet.

Zum Beispiel haben Sie, Herr Haseloff, die Bedeutung der Land- und Ernährungswirtschaft auf das Schild gehoben. Von der Milchkrise, die Existenzen weit über die Landwirtschaft hinaus bedroht, kein Wort. Das ist exemplarisch für die Regierungserklärung. Die Aussagen des Zukunftsatlasses etwa werden völlig ausgeblendet wie viele andere Untersuchungen, die Sachsen-Anhalt am traurigen Ende von Vergleichen und Entwicklungen sehen.

Das greifbare Wie fehlt gar zu oft bei der Erläuterung von Zielen, die an sich nicht verkehrt und durchaus ehrenwert, oft sogar erstrebenswert sind. Dort bleibt der Ministerpräsident aber eben

sehr philosophisch. „Wir wollen...“, zieht sich durch die ganze Rede und dabei bleibt es dann, von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Das Ganze wirkt ausgesprochen schwammig. Eine Auseinandersetzung mit dieser Regierungserklärung ist gar nicht so einfach.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Weil sie gut ist!)

Sie lebt von der Proklamation. - Alles kann gut werden, das mag dem Grundcharakter dieser in sich höchst widersprüchlichen Koalition gerecht werden; mehr ist halt nicht drin. Niemand kann, wie er will oder wie er wollen würde. Wünschenswert wäre gewesen, klar zu sagen: Hier stehen wir und da wollen wir hin, und zwar auf diesem Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Das geht aber eben nicht; denn die Ursachen für die heutige Situation liegen eben bei zwei der jetzt drei Koalitionspartner. Die jetzige Situation ist von diesen verursacht und zu verantworten.

All das Proklamatorische wird durch den Verweis auf die Kassenlage und die Frage, was man sich leisten könne und was nicht, weiter relativiert. Hier und fast nur hier schimmerte in der Erklärung die harte Realität durch.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Das geht dem Kollegen Ramelow genauso!)

Ansonsten ist vieles in rosaroter Watte verborgen - wohlklingend, aber unverbindlich.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das macht ihr völlig anders!)

Die vielleicht gewollte öffentliche Ermutigung bleibt dadurch aus. Wer soll und kann sich daran orientieren, eine Motivation für eigene Anstrengungen finden. Vor uns liegen fünf Jahre, die wir miteinander gestalten. Lassen Sie uns gemeinsam, unsere Ideen für Sachsen-Anhalt zusammenfassen. DIE LINKE ist bereit, diese Regierung in kritischer Opposition zu begleiten.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Und sie zu unterstützen!)

- Ja, sie auch zu unterstützen. Wie Sie an unseren Anträgen zu dieser Sitzungsperiode sehen, auch manchmal voranzutreiben. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke. Es gibt eine Nachfrage, nämlich von dem sehr geehrten Abg. Herr Mrosek von der AfD. Herr Abg. Knöchel, möchten Sie eine Frage beantworten?

#### **Swen Knöchel (DIE LINKE):**

Selbstverständlich.

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Dann kommen Sie bitte wieder an das Pult. - Herr Abg. Mrosek, Sie haben das Wort.

#### **Andreas Mrosek (AfD):**

Sie sprachen das Thema Bildung an. Dies ist ein wichtiges Thema, bei dem wir mitgehen können. Was halten Sie von einem einheitlichen Bildungssystem in ganz Deutschland?

#### **Swen Knöchel (DIE LINKE):**

Kennen Sie unser deutsches Bildungssystem? Kennen Sie die Schulverwaltung in Sachsen-Anhalt?

(Birke Bull, DIE LINKE: Welches Problem soll damit gelöst werden?)

Was wollen Sie damit erreichen? - DIE LINKE steht für Standards, die bundesweit gelten sollen. Ja, es soll bundesweit formuliert werden, welche Ziele es in der jeweiligen Klassenstufe gibt. Wir stehen für Autonomie bei ihrer Umsetzung. Deswegen geht diese Diskussion über bundeseinheitliche Standards eigentlich an der ganzen Frage vorbei.

Wir müssen über Bildungsinhalte sprechen. Wir müssen über die Frage sprechen, wo Kinder hin sollen. Übrigens stellt sich immer die Frage, ob wir die Kinder zu einem marktfähigen, erwerbsfähigen Wesen machen. Ist das besonders innovativ? - Ich sage: Nein.

Wenn wir sie alle auf die Bedürfnisse des heutigen Arbeitsmarktes vorbereiten, dann müssen wir konstatieren, dass wir vergessen haben, sie auf das, was morgen passiert, vorzubereiten. An dieser Stelle müssen wir mehr tun.

Bildung ist mehr als einheitliche Lehrpläne. Bildung ist die Betrachtung von Kindern. Sie beinhaltet die Frage: Wie soll sich Zukunft gestalten? - Die Antworten darauf können Sie nicht von Bayern bis an die Nordsee einheitlich geben. Wir müssen einen gemeinsamen Bildungskanon bestimmen. Wir müssen Stufen bestimmen. Aber ein bundeseinheitliches Bildungssystem ist nicht Sache meiner Partei. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Herr Abg. Knöchel. Es gibt keine weiteren Nachfragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Begrüßen Sie auf der Zuschauertribüne recht herz-

lich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Stephaneum in Aschersleben.

(Beifall im ganzen Hause)

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Fraktionsvorsitzende Frau Abg. Lüddemann. Frau Lüddemann, Sie haben das Wort. Bitte.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Kenia liegt in Sachsen-Anhalt und seine Hauptstadt ist Magdeburg“, so titelte eine für Kinder ausgerichtete Sendung zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen.

Sie werden von mir ganz selten den Begriff „Kenia“ hören, weil ich finde, er verniedlicht etwas zu Unrecht. Was wir hier tun - Schwarz-Rot-Grün -, ist echte, ernsthafte Politik in der Ausrichtung, in der Neuausrichtung der Zukunft unseres Landes. Das sind nicht nur Phrasen, wie wir sie von der AfD gehört haben, sondern es sind ganz konkrete Projekte, die auch ganz konkret im Koalitionsvertrag stehen, liebe Kollegen von der Fraktion DIE LINKE.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Diese Politik ist verlässlich, gerecht und nachhaltig. Wir GRÜNE finden uns unter all diesen Stichworten wieder, auch wenn wir zugegebenermaßen ein besonderes Augenmerk auf den Aspekt der Nachhaltigkeit gelegt haben.

Für uns ist ein Leitmotiv, warum wir diese Koalition eingegangen sind, dass wir es für notwendig erachten, an dieser Stelle ein Zeichen dahingehend zu setzen, dass demokratische Parteien zusammenarbeiten können und dass wir durchaus die Demokratie in Sachsen-Anhalt verteidigen wollen und müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und von der Regierungsbank - Mario Lehmann, AfD: Und gegen wen verteidigen?)

Der Weg dorthin - das will ich nicht verhehlen - war anstrengend, arbeitsintensiv und ein Prozess fortwährender Aushandlungen. Dieser Prozess des fortwährenden Aushandelns wird sich fortsetzen. Das ist für uns kein Zeichen von Unvermögen. Es ist auch nicht schlimm, wenn davon etwas an die Öffentlichkeit dringt. Dies ist eine lebendige Arbeitsbeziehung. Vermutlich kennt das die AfD nicht, weil sie es so herausgehoben hat. Es wird eben nichts durchdekliniert, sondern es wird gemeinsam zwischen drei unterschiedlichen Partnern diskutiert und dann entschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Wir haben uns - das habe ich eben schon erwähnt - den Weg in Richtung Kenia - jetzt verwende ich das Wort einmal - nicht leicht gemacht. Deswegen haben wir als GRÜNE darauf gedrungen - so ist es dann auch gekommen -, längere fachliche Sondierungen durchzuführen, um wirklich - das ist das, was grüne Politik auszeichnet - anhand von belastbaren Fakten zu entscheiden, ob wir diesen Weg weitergehen wollen.

(Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

Wir haben tatsächlich das eingebracht, Herr Poggenburg, was Sie uns als Vorwurf gemacht haben. Natürlich sind wir links im Herzen und wir sind radikal in den Positionen, die wir uns erarbeitet haben, wenn wir sie durchsetzen wollen. Dazu stehe ich an der Stelle.

(Lachen und lebhafter Beifall bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Linksradikal!)

Dieser lange, fachliche Sondierungsprozess war zum einen nötig, um nach innen klar zu machen: Ja, wir haben die große Koalition, die zehn Jahre in Sachsen-Anhalt gewirkt hat, kritisiert. Aber wir haben jetzt entschieden, nachdem wir lange sondiert haben, dass es zwischen diesen drei unterschiedlichen Partnern - das ist Ausfluss des Koalitionsvertrages, den der Herr Ministerpräsident heute sehr genau dargestellt hat - große fachliche Überschneidungen gibt. Das ist genau das, was das Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre in diesem Hohen Hause sein wird.

Ich finde es richtig, dass wir mit Schwarz-Rot-Grün Koalitionen wieder auf das zurückgeführt haben, was sie eigentlich sind. Koalitionen sind Zweckbündnisse - das ist nichts Schlechtes, wenn der Zweck gut ist -, Koalitionen sind Arbeitsbeziehungen auf Zeit.

Wir haben uns Projekte vorgenommen, die konkret im Koalitionsvertrag stehen. Wir haben in allen Arbeitsfeldern - das hat Kollege Knöchel richtig beschrieben - Visionen aufgeschrieben. Wir haben in jedem Fachbereich ganz genau gesagt: Wo soll die Politik hingehen? Wie soll sich das Land entwickeln? - Dass das durch Arbeitsprogramme zu untersetzen ist und dass das mit dem Haushalt in Einklang zu bringen ist, ist doch völlig klar. Aber wir wollten in diesem bundesweit neuen, einmaligen Projekt zeigen, wofür wir stehen und welche Inhalte wir uns vorstellen können.

Ich finde, das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen. Nichts umsonst wurde dem Koalitionsvertrag auf unserem Parteitag mit 98,4 % zugestimmt. Wer grüne Parteitage kennt, der weiß, dies ist etwas außerordentlich Bemerkenswertes.

Ich habe mich mehrfach selbst als Landesvorsitzende zur Wahl gestellt. Wenn ich dabei eine so hohe Zustimmung erreicht hätte, hätte ich mich vielleicht gefragt, was passiert ist.

Ich will aber an dieser Stelle neben der ganzen Fachlichkeit, die ich eben herausgestellt habe, ganz deutlich sagen, dass ein wichtiger Beweggrund für uns als GRÜNE war, in diese Koalition einzutreten und sie auch nachhaltig zu unterstützen, den Dammbbruch nach rechts in diesem Land zu verhindern.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und von der Regierungsbank)

Alles, was ich bisher in diesem Hohen Hause von Vertretern der AfD gehört habe, bestärkt mich darin, dass dieser Schritt richtig und nötig war; denn unser Demokratieverständnis gilt allen Menschen, und es ist nötig, das in Sachsen-Anhalt neu zu beschreiben, so wie es der Koalitionsvertrag vorsieht und wie es der Ministerpräsident ausgeführt hat, und nach außen zu tragen.

Jetzt - ich habe leider nicht so viel Zeit wie die Kollegen - will ich noch ein wenig zu dem grünen Anteil im Koalitionsvertrag sagen. Darin steht ganz oben und zuallererst: Die neue Art Politik zu machen, so wie wir als GRÜNE intern arbeiten - das haben wir in den Koalitionsverhandlungen bewiesen und das werden wir im weiteren Regierungshandeln nach außen tragen -, nämlich Politik mit den Menschen, mit den Betroffenen, mit Fachleuten.

Sie finden im Koalitionsvertrag, wie ich finde, sehr häufig - das ist neu in Sachsen-Anhalt - die Worte „diskursiv“, „im dialoghaften Verfahren“, „unter Einbeziehung von“, und dann werden die Fachleute aus dem jeweiligen Feld genannt.

Wir wollen evaluieren. Wir wollen überprüfen. Wir wollen zeigen, Politik muss korrekturfähig sein. Ein Beispiel dafür haben wir mit dem KAG auf den Weg gebracht.

Es ist uns wichtig zu sagen. Wir haben verstanden. Es kommt nicht darauf an, bei allem guten Willen, was die Politik in Gesetze schreibt, sondern es kommt immer darauf an, welche Wirkung für die Menschen vor Ort spürbar ist. An dieser Stelle werden Sie jetzt deutliche Veränderungen erleben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in der Opposition kritisiert. Dies ist die Aufgabe der Opposition, wenn sie konstruktiv ist und wenn sie eigene inhaltliche Vorstellungen gegen das Regierungshandeln setzen kann. Wir haben den Koalitionsvertrag neu geschrieben, und wir werden in den nächsten fünf Jahren den Beweis antreten, dass das auch umsetzbar ist.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

Dieser Koalitionsvertrag und diese Koalition sind vom gemeinsamen Willen getragen. Ich glaube, das sieht man auch daran, dass es wahrscheinlich noch vor fünf Jahren relativ unvorstellbar gewesen wäre, dass die CDU sagt, ein Sofortprogramm Umweltschutz ist unbedingt notwendig, das ziehen wir vor die Klammer, das machen wir, und dass die GRÜNEN sagen, wir sehen im Interesse der Bürger im Land die Notwendigkeit, mehr Polizei vorzuhalten.

All diese Dinge stehen im Koalitionsvertrag, und sie zeigen, dass sich die politische Landschaft verändert hat. Sie zeigen, dass demokratische Parteien in der Gemeinsamkeit diese Veränderungen aufnehmen können. Ich glaube, dass es ein Zeichen ist, das in die bundespolitische Richtung ausstrahlen kann. Wir können in Sachsen-Anhalt den Beweis antreten, dass man umsteuern kann, dass man tatsächlich im Interesse der Menschen etwas bewegen kann.

(Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

Die tatsächlichen grünen Projekte - damit könnte ich noch einmal die doppelte Redezeit füllen - können Sie im Koalitionsvertrag nachlesen, beispielsweise die Polizeikennzeichnung, das Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung, der Landesaktionsplan „Pflege im Quartier“, Informationsfreiheitsgesetz, keine Gentechnik auf dem Acker, ein konkretes Klimaschutzziel etc.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Frau Lüddemann.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

All diese Dinge werden Sie im Handeln der Regierung bemerken.

Wichtig ist mir, zum Abschluss zu sagen: Schwarz-Rot-Grün ist eine Chance für Sachsen-Anhalt. Ich bin stolz, dass sich meine Partei dafür entschieden hat, diese Chance zu ergreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, sehr geehrte Frau Kollegin Lüddemann. Sie haben fast eine Punktlandung hinbekommen. - Für die CDU spricht der Fraktionsvorsitzende Herr Abg. Borgwardt. Herr Borgwardt, Sie haben das Wort.

**Siegfried Borgwardt (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass in diesem Hohen Hause eine Debattenkultur oder gelegentlich -unkultur auszuhalten ist. Trotzdem wäre es, glaube ich, ganz gut, wenn wir allgemein, und zwar alle, die

Würde dieses Hohen Hauses im Blick hätten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich beginne mit einer Reise in die Internetwelt und mache mit Ihnen Station auf einer sehr beliebten Seite: Wikipedia. Frau Lüddemann ist zum Schluss Ihrer Rede auch darauf eingegangen. Ich glaube, es wichtig, das zu erwähnen, weil auf dieser Seite sehr viele Menschen nachsehen.

Wenn man bei Wikipedia das Suchwort „Kenia“ eingibt, gibt es bislang nur einen Eintrag, der sich ausführlich mit einem Land im Osten Afrikas beschäftigt. Einen Artikel über eine Koalition gleichen Namens gibt es nicht. Dabei geht bei „Kenia“ inzwischen um die Bezeichnung für die Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt, die bekanntermaßen aus CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besteht.

Gut. Ob am Ende tatsächlich aller guten Dinge drei sind, ist erst in der Nachbetrachtung in fünf Jahren zu sagen. Aber dass wir in Sachsen-Anhalt Geschichte schreiben, ist wohl kein unbekanntes Phänomen mehr, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

So haben wir das auch mit der neuen Koalition „Kenia“ gemacht, die von vielen Keniakoalition genannt wird. Ich mache nochmals mit Nachdruck deutlich: Kenia in Sachsen-Anhalt ist kein exotisches Experiment. Unser Dreierbündnis ist angesichts des Wahlergebnisses eine Koalition der Vernunft.

Wir wünschen uns und unseren Koalitionspartnern, dass eine gute Zusammenarbeit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt wird und nach der kommenden Bundestagswahl - das sehe nicht nur überregionale Gazetten so, sondern auch viele, die mit uns sprechen - möglicherweise auch eine für Berlin darstellbare Option ist.

Aber jetzt dürfen wir erst einmal diese Koalition erproben. Viele haben geglaubt, dass wir nach der Wahl nicht über eine Sondierungsgesprächssituation hinauskommen. Die CDU-Fraktion hat von Beginn an für ihre Ziele und für das Zustandekommen der Koalition gekämpft. Annähernd 120 Stunden in der Woche haben wir miteinander verhandelt, gestritten und Kompromisse gefunden. Das Wagnis einer Dreierkoalition haben wir als Chance verstanden und stets versucht, die Gespräche ergebnisorientiert zu führen.

Den Hadernden sei versichert, dass wir einen farbigen Koalitionsvertrag haben, der - darauf dürfen wir als CDU-Fraktion stolz sein - mit sehr viel schwarzer Tinte geschrieben bzw. gedruckt wurde. Dafür bildet der Koalitionsvertrag eine solide,

erstmal dreifarbige Grundlage, auch wenn ich deutlich vernehmen konnte, dass einige - manche sagen, viele - Nuancen vonseiten der Oppositionsfraktionen heute noch nicht die angemessene Würdigung erfahren konnten.

Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und aus Ihren Reden, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat man sehr deutlich herausgehört, dass unser Land weiterhin Kontinuität und Weiterentwicklung in der Politik braucht. Deshalb sehe ich der Arbeit in der neu geschaffenen Koalition mit Spannung entgegen.

Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion steht für ein weltoffenes und tolerantes Sachsen-Anhalt, das allen hier lebenden Menschen eine Chance eröffnet. Wir werden Rassismus ebenso entgegentreten wie der Intoleranz und wir wollen die Abwanderung aus unserem Land nachhaltig stoppen.

Integration und Teilhabe sind selbstverständlich verbunden mit dem klaren Bekenntnis zu uns sowie zu unserer Geschichte und zu unserer Kultur. Integration erfordert von den zu uns Kommenden zumindest ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, egal ob sie als Studierende, als Gäste, als Fachkräfte oder als Flüchtlinge kommen.

Wir nehmen mit Blick auf die Zuwanderung auch die bestehenden Sorgen und Ängste von Teilen unserer Bevölkerung sehr ernst und wollen einen kontinuierlichen öffentlichen Diskussionsprozess, wie es der Ministerpräsident auch schon betonte, der fördern und fordern heißt und unsere gemeinsame Integrationsformel ist und bleibt.

Unsere Grundüberzeugung ist, dass die demokratische Staatsform am besten der Würde aller Menschen entspricht. Sie zu erhalten und, wie wir gelegentlich auch merken, auszuhalten, bedarf fortwährender Anstrengungen und weiterhin guter politischer Bildung als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Für die Darstellung des politischen Geschehens in der Öffentlichkeit sind die Vertreterinnen und Vertreter der Medien wichtige Akteure, mit denen wir auch in Zukunft gemeinsam an der Verbesserung der medialen und interkulturellen Kompetenz der Menschen in unserem Land aktiv arbeiten werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten ist die nachhaltig positive Gestaltung der Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag auch verankert, dass wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den wirtschaftlichen Aufholprozess in unserem Land weiter vorantreiben wollen.

Wir werden Zukunftschancen schaffen, die Sicherheit und den sozialen Zusammenhalt stärken, den Herausforderungen des Klimawandels begegnen, um den demografischen, den digitalen sowie den energetischen Wandel unserer Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten.

Wir orientieren unser Regierungsprogramm an beiden Eckpunkten Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Wir wollen die Schöpfung bewahren und deshalb unsere Naturlandschaften und biologische Vielfalt erhalten. Entlang dieser Richtschnur werden wir in den kommenden Jahren wirtschaftliche Stärke, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zum Wohle der Menschen in unserem Land miteinander verbinden müssen.

Wir sichern die Fortführung der soliden und nachhaltigen Finanzpolitik unter Berücksichtigung der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, des Auslaufens des Solidarpaktes II, des Endes der EU-Strukturförderperiode sowie des Abschmelzens der Regionalisierungsmittel.

(Zustimmung bei der CDU)

Die CDU-Fraktion stützt die Landesregierung selbstverständlich auch bei der Einhaltung der Maßgabe, die Konsolidierungshilfen des Bundes nicht zu gefährden.

(Beifall bei der CDU)

Wir arbeiten akribisch an der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen. Das wird heute Nachmittag noch Thema sein. So sollen noch in diesem Jahr - die Vorredner gingen schon darauf ein - 44 Millionen € in deren allgemeine Finanzausstattung fließen. Weitere Spielräume, die sich im Haushaltsvollzug auf tun werden, sollen ebenfalls den Kommunen zugutekommen.

Unsere Kommunen sollen zudem in einem weiteren Schritt noch mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit bei ihrer Finanzierung durch das Land erhalten, übrigens - für diejenigen, denen es nicht aufgefallen ist - das erste Mal so konkret in Zahlen in einem Koalitionsvertrag verankert, wobei die Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 weiterhin auf 1,6 Milliarden € festgeschrieben wird. Dies umfasst ebenfalls die Verstärkung der Investitionspauschale auf 150 Millionen €. Dies ist deshalb der Fall, weil wir uns einig sind, dass die Kommunen nicht nur besser planen, sondern auch weiterhin in ihre Infrastruktur investieren sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Finanzexperten bereiten derzeit die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2017/2018 vor. Für das laufende Jahr können wir feststellen, dass der Etat ausgeglichen ist. Aber was erwartet uns mit

dem kommenden Doppelhaushalt? Kann auch in den kommenden beiden Jahren die Schuldentilgung noch ein Thema sein? - Wir meinen: Ja. Sie muss sogar weiterhin ein Thema bleiben. Die Schuldenbremse, die die Neuverschuldung untersagt, ist im Grundgesetz verankert.

Unser Ministerpräsident hat bereits ausgeführt, dass es zusätzliche Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Polizistinnen und Polizisten geben wird. Daneben wird die Polizei auch in ihrer Ausstattung besser gestellt werden.

Schon im kommenden Jahr ist vorgesehen, die Erhöhung der Grundfinanzierung im Hochschulbereich - Frau Dr. Pähle und Frau Lüddemann gingen bereits darauf ein - um 15 Millionen € zu realisieren und in die Infrastrukturmaßnahmen umsetzen.

Die Eltern unserer Kinder wollen wir per Sofortprogramm vor stark steigenden Kita-Beiträgen bewahren.

Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass wir kleine und mittlere Unternehmen durch den überlegten Einsatz passgenauer Förderinstrumente unterstützen und damit den Gründergeist stärken werden. Wir wollen nicht mehr nur die verlängerte Werkbank von Unternehmen sein, sondern vielmehr unsere Hochschulen und Unternehmen als Ideengeber aus unserem Land motivieren. Das verlangt, dass gute Arbeitsbedingungen geschaffen und eine dynamische Einkommensentwicklung angeschoben wird. Ich kann Ihnen versichern: An den entsprechenden Initiativen wird bereits aktiv gearbeitet.

Ich möchte an dieser Stelle unseren Ministerpräsidenten zitieren. Er sagte: Was man sich leisten will, muss man erst mal erarbeiten. Darum werden wir als Ziel einer weiteren guten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes fortlaufend daran festhalten, die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu fördern und zu fordern.

(Zustimmung bei der CDU)

Der weitere Ausbau der Infrastruktur - das muss ich jetzt bringen, weil das eines unserer Kerndinge ist, sehr geehrte Herr Knöchel - und der Breitbandnetze mit mindestens 50 Mbit/s ist für die Unternehmen im Land zunehmend eine unverzichtbare Grundlage ihrer Arbeit und Kommunikation.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: In den Städten auch!)

- Ja, wir machen das auch. - Gute Arbeit ist ein wichtiger Faktor, um die Menschen für den Standort Sachsen-Anhalt zu interessieren

(Sven Knöchel, DIE LINKE, und Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Halle auch!)

und sie idealerweise an unser Land zu binden.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehören neben fairen Löhnen und Gehältern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Chancen für Männer und Frauen. Für Menschen mit Vermittlungshemmnissen wollen wir einen öffentlich geförderten und gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt weiterentwickeln.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU, und von Silke Schindler, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung unserer lebenswerten ländlichen Räume beiträgt und eine artgerechte Tierhaltung betreibt, erfährt unsere Würdigung; denn wir sehen in der Land- und Forstwirtschaft eine tragende Säule des ländlichen Raumes.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Bei der Energiewende wollen wir die führende Rolle des Landes Sachsen-Anhalt beim Ausbau der erneuerbaren Energien behaupten.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir wollen den Klimaschutz in Sachsen-Anhalt voranbringen, um die damit verbundene Investitionspauschale für unser Bundesland wirtschaftlich zu nutzen. Dazu gehört auch, dass die Deichsanierung und die Schaffung von Retentionsflächen und Poldern als Umsetzung der Hochwasserschutzkonvention nachhaltig fortgeführt werden.

(Zustimmung von Gabriele Brakebusch, CDU, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Der Zugang zu unserer Natur setzt selbstverständlich eine funktionierende Infrastruktur voraus. Sie können sich darauf verlassen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die CDU die Vollendung von Verkehrsprojekten wie die Nordverlängerung der A 14, die Westumfahrung von Halle, A 143, und einige andere wichtige Vorhaben weiterhin vorantreiben wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns allen ist bewusst, dass gute Bildung grundlegend wichtig für die Entfaltung der Persönlichkeit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist. Gute Bildung ist außerdem eine wichtige Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg. Wir wollen niemanden am Rande stehen lassen und werden gleichermaßen die frühkindliche Bildung ermöglichen sowie die Förderung von Hochbegabten fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Darum fordert die CDU-Fraktion auch weiterhin Bildungsangebote von Anfang an für alle Kinder und Jugendlichen möglichst nah am Wohnort.

(Beifall bei der CDU)

Für Verlässlichkeit bei den Kinderbetreuungs- und Schulstrukturen stehen wir ebenso wie für eine bessere Ausstattung unserer Schulen und Hochschulen. Deshalb werden wir Schulen in freier Trägerschaft gleichberechtigter Schulformen auch weiterhin verlässlich finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns gemeinsam an die Arbeit gehen! "Verlässlich, gerecht und nachhaltig" lautete die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten und auch in unserem Koalitionsvertrag ist es so beschrieben. Zum Wohle aller Menschen und zum Wohle unseres Landes: Machen wir uns auf den Weg! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, sehr geehrter Herr Abg. Borgwardt. Mit Blick auf die Uhr kann man sagen: In der Kürze liegt die Würze. Dann gehen wir gemeinsam an die Arbeit.

(Zuruf von der AfD: Es gibt Fragen!)

- Es gibt Fragen. - Sehr geehrter Herr Borgwardt, möchten Sie eine Frage des Herrn Abg. Lehmann beantworten?

#### **Siegfried Borgwardt (CDU):**

Ja.

#### **Mario Lehmann (AfD):**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe eine - -

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Sehr geehrter Herr Abg. Lehmann - -

#### **Siegfried Borgwardt (CDU):**

Ich mache das jetzt einmal wie der Kollege Poggenburg: eine Frage.

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Sehr geehrter Herr Lehmann, Sie haben das Wort.

#### **Mario Lehmann (AfD):**

Vielen Dank, Herr Landtagspräsident. - Ich möchte eine Frage stellen zum Bereich der Bildung. Es geht um die Ansicht der CDU im Bereich der

Frühsexualisierung und der Genderisierung im Bereich der Bildung. Das würde mich einmal interessieren als Abgeordneter. Man hört da so einiges. Es gibt unter anderem einen Beschluss aus dem Justizministerium, der Gleichstellungsbeauftragten Frau Kolb vom Januar zur Frühsexualisierung an Kindertagesstätten ab dem dritten Lebensjahr. Dazu möchte ich generell einmal Ihre Position hören.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Ich empfehle einen Blick in den Koffer!)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke. - Herr Abg. Borgwardt hat das Wort.

**Siegfried Borgwardt (CDU):**

Ich beantworte die Frage gleich, möchte aber noch eine kurze Vorbemerkung machen: Es ist schön, wenn wir Sekundantenhilfe von Ihnen, Frau von Angern, bekommen. Die brauchen wir genauso wenig wie vom Kollegen Poggenburg, was den Extremismusbegriff betrifft.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte, nachdem Sie jetzt wieder hier sind und auch zuhören, mit aller Entschiedenheit den undifferenzierten und verbalen Angriffen gegen unseren Ministerpräsidenten entgegenzutreten und sie als unbegründet zurückweisen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich gern zur Beantwortung der Frage. Wir haben uns im Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung - Sie reden über dieses Paket, das die Schulen bekommen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, und einmal über den gesamten grundsätzlichen Komplex LSBTI - ausgiebig unterhalten. Ich kann Ihnen empfehlen, das nachzulesen. Wir haben auch im Koalitionsausschuss dazu konkret etwas gesagt.

Auch bei uns hatte die Skepsis Raum. Das gebe ich zu. Ich empfehle jedem, sich dieses Paket einmal anzusehen. Ich habe das getan und habe das auch meiner Fraktion empfohlen. Wir hatten auch Kollegen, die von Skepsis geprägt waren. Wir haben uns das angesehen und kann Ihnen sagen: Alles das, was irgendwelche erklärten Demagogen und Spinner darüber erzählen, wird sich in dem Paket nicht befinden. Ich kann Ihnen gern einen Termin machen, dass Sie sich so ein Paket mit Ihrer Fraktion ansehen.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Herr Abg. Borgwardt. - Beschlüsse, meine Damen und Herren, werden in der Sache nicht

gefasst. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Meine Damen und Herren! Wir gehen jetzt in die Mittagspause und treffen uns um 13 Uhr wieder hier im Plenarsaal.

Unterbrechung: 12:38 Uhr.

Wiederbeginn: 13:02 Uhr.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich begrüße Sie hier nach der Mittagspause, zumindest die Kolleginnen und Kollegen, die sich einigermaßen an den Zeitplan unserer heutigen Sitzungsperiode gehalten haben.

Auch ich sitze das erste Mal auf diesem Platz hier vorn. Ich bin seit 22 Jahren Mitglied dieses Landtags, aber hier habe ich noch nie gesessen. Insofern ist das auch für mich eine Premiere.

Ich will noch drei, vier Sätze am Anfang sagen. Die Landesverfassung, der wir alle verpflichtet sind, sieht einen hierarchischen Aufbau der Staatsorgane vor. Das erste und wichtigste dieser Organe ist der Landtag. Das bedeutet, dieser Landtag ist diejenige Institution, die am konzentriertesten und zuallererst unsere Landesverfassung und unser Land repräsentiert.

Meine Aufgabe und mein Wunsch ist es, dass wir dieser Verantwortung nicht nur in der Form der Auseinandersetzung, die hier zu führen ist, gerecht werden, sondern uns bei allen Debatten auch bewusst sind, dass es nicht nur um eine Form der Auseinandersetzung geht, sondern dass diese Auseinandersetzung auch einem inhaltlichen Konsens entsprechen muss, der in unserer Landesverfassung festgelegt wurde, und zwar in dem Teil 2 - Bindung an Grundrechte, Einrichtungsgarantien und Staatsziele. Darin steht zum Beispiel:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

In Artikel 7 Abs. 3:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Meine inständige Hoffnung ist, dass der Landtag der fünften Wahlperiode der Verpflichtung der Verfassung gerecht wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Eva von Angern, DIE LINKE: Siebte Wahlperiode!)

Liebe Abgeordnete! Wir begrüßen, ich begrüße - - Der siebenten Wahlperiode; der Landtag der fünften ist ihr gerecht geworden; ich kann mich daran erinnern.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Stimmt!)

Liebe Abgeordnete! Ich begrüße bei unserer Diskussion, die wir jetzt haben werden, eine Gruppe auf der Besuchertribüne. Wir begrüßen ganz herzlich die Damen und Herren der Stiftung Bildung und Handwerk Magdeburg.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir treten nun ein in

### Tagesordnungspunkt 3

Erste Beratung

#### a) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes

Gesetzentwurf Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/63

Entschließungsantrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/64

#### b) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz - KiFöG)

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/69

Ich bitte zur Einbringung zu a) die Abg. Frau Hohmann nach vorn. Bitte, Sie haben das Wort.

#### Monika Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Wahlen sind vorbei und sehr rasch nach den Wahlen kam die Enttäuschung beim Wähler zustande. Galt im Vorfeld der Landtagswahlen bei der Koalition noch das Motto höher, schneller und weiter, so ist man schnell ernüchtert. Was wurde alles versprochen? - Ich erinnere mich an solche Dinge wie die Deckelung in Höhe des Kindergeldes, die Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr oder die Staffelung nach Einkünften.

Meine Damen und Herrn! Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich habe mich darüber im Januar geärgert und noch heute ärgere ich mich darüber, dass solche Versprechen gemacht worden sind, aus folgendem Grund: Wir wussten es zum damaligen Zeitpunkt und wissen es auch heute, dass es nicht finanzierbar ist. Den Leuten und den Wählerinnen so etwas vorzutäuschen, ist schlichtweg falsch.

Was ist aus den Wahlversprechen geworden? - Konkret zu den Wahlversprechen konnte ich im Koalitionsvertrag leider nichts finden. Für meine Fraktion sage ich noch einmal, wir haben uns bewusst - wirklich bewusst! - nicht an diesem Wettbewerb beteiligt. Wir haben sowohl im letzten Jahr hier im Parlament - das war sehr häufig; ich kann mich daran erinnern, dass ich hier fünfmal zu dem Gesetz gesprochen habe und im Januar dieses Jahres noch einmal - als auch im Wahlkampf unsere Forderungen artikuliert.

Es wird Sie vielleicht verblüffen, aber was wir vor der Wahl gesagt haben, wollen wir nach der Wahl auch umsetzen. Deshalb darf es keinen verwundern, dass wir heute erneut einen Gesetzentwurf einbringen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist zu begrüßen, dass die Koalition dieses Thema nach der gescheiterten Beschlussfassung über den Gesetzentwurf im Januar jetzt wieder aufgreift. Im Gegensatz zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen wollen wir das Betreuungsgeld für die Jahre 2016 und 2017 zur Entlastung der Eltern bei den Kostenbeiträgen im Rahmen der Kinderbetreuung einsetzen.

Auf Sachsen-Anhalt sollen im Jahr 2016 9 Millionen € oder 9,1 Millionen € des ehemaligen Betreuungsgelds entfallen - es sind verschiedene Zahlen unterwegs -, im Jahr 2017 21 Millionen € und im Jahr 2018 23 Millionen €. Die Mittel für das Jahr 2018 möchten wir per Entschließungsantrag gebunden sehen, da wir zunächst die Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes abwarten müssen.

Weiterhin möchten wir, dass sich das Land im Jahr 2016 mit einer Zuweisung in Höhe von 50 Millionen € an den Kosten der Kinderbetreuung beteiligt, um den Gemeinden zusätzlich die Möglichkeit einzuräumen, beispielsweise die Tarifsteigerungen auszugleichen. Das ist genau die Summe, die wir auch in unserem Wahlprogramm gefordert haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir konnten dem Gesetzentwurf der Koalition entnehmen, dass sie einen anderen Weg geht, um die Kommunen zu entlasten. Sie erhöht die Landespauschale nach § 12 Abs. 2 und 3. Nun sollte man eigentlich wissen, dass der Landkreis nach § 12 Abs. 2 zu 53 % diese Landespauschalen kofinanzieren muss. So ist es auch nachvollziehbar, dass sich der Landkreistag dazu kritisch äußerte. In seiner Pressemitteilung vom 30. Mai 2016 hieß es - ich zitiere -:

„Besonders verärgert sind die Landkreise darüber, dass ihnen von der jetzt beschlossenen ersten FAG-Anhebung um 44 Millionen € so gut wie nichts übrig bleibt, weil sie die zusätzlichen Landeszuweisungen für

die Kinderbetreuung mit 53 % gegenfinanzieren sollen.“

Nun dürfen Sie dreimal raten, woher sich die Landkreise ihr Geld wiederholen wollen - ich glaube, es ist kein Geheimnis: nämlich genau über die Kreisumlage der Gemeinden. Dass dieser Weg zur erhofften Kostenentlastung bei den Eltern führt, kann bezweifelt werden.

Meine Damen und Herren! Mit ihrem Gesetzentwurf möchte die Koalition unter anderem auch mit dem Betreuungsgeld für 2017 und 2018 die Eltern von hohen Kostenbeiträgen entlasten. Wir begrüßen das. Leider werden die Gemeinden in ihrer Entscheidung aber stark eingeschränkt. Warum? - Wir wissen aus dem Gesetzentwurf, dass die vom Land zugewiesenen Mittel nur für die Betreuung von Kindern in einem Alter bis zu drei Jahren bestimmt sind.

(Zustimmung von Ministerin Petra Grimm-Benne)

Wir wissen auch - ja -, die Krippenbeiträge sind im Vergleich die höchsten. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass über den Mitteleinsatz vor Ort entschieden werden sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es hat sich gezeigt, dass sich mittlerweile in allen Bundesländern verschiedene Systeme zur Kita-Finanzierung herausgebildet haben. In einem sehr interessanten Gutachten über den Reformbedarf bei der Finanzierung der Kindertagesbetreuung vom April 2016, also vom vorletzten Monat, das von Prof. Dr. Wiesner erstellt wurde, kann man sich über diese unterschiedlichen und sehr eigenwilligen Finanzierungsmodelle der Länder kundig machen.

Besonders betroffen sind bei allen Modellen die Eltern, aber auch die kreisangehörigen Gemeinden; denn die Risiken dieser Finanzierungsformen, in welcher Ausgestaltung auch immer, treffen diese besonders nachhaltig.

Vor diesem Hintergrund hat sich der paritätische Gesamtverband mit den verschiedenen Finanzierungssystemen intensiv auseinandergesetzt. Dabei hat der Verband ein Eckpunktepapier für ein zeitgemäßes, faires und transparentes System der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen entwickelt. Wir werden uns das in Vorbereitung der bevorstehenden großen Novellierung des KiFöG genauer anschauen und darüber mit Expertinnen und Experten diskutieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Bei all den Finanzierungsproblemen rund um das KiFöG dürfen wir eines nicht aus den Augen verlieren, nämlich die Qualität in unseren Einrichtungen. DIE LINKE fordert deshalb schon lange ein Kita-Qualitäts-

gesetz auf Bundesebene, in dem verbindliche Mindestqualitätsstandards festgeschrieben werden sollten wie zum Beispiel ein bundesweit geltender und der Aufgabe angemessener Betreuungsschlüssel, Qualitätskriterien für die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte in den Kitas, eine Regelung zur Vor- und Nachbereitungszeit für Erzieherinnen und vernünftige und pädagogisch sinnvolle Standards sowohl für die räumliche und sächliche Ausstattung als auch für die Arbeitsbedingungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir brauchen, ist die Verständigung auf bundesweit gültige Qualitätsstandards, die in einem Kita-Qualitätsgesetz festgeschrieben werden. Was wir auf keinen Fall brauchen, das sind Äußerungen, die wir heute in den Tageszeitungen lesen konnten, dass die CDU von Mindeststandards abweichen, das heißt also, den Ganztagsanspruch kürzen möchte.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit wäre also klar, dass sich neben Ländern, Kommunen und freien Trägern auch der Bund an der finanziellen Sicherstellung beteiligen muss, und zwar dauerhaft. Was sich bei uns nicht wiederholen darf - das habe ich bereits im letzten Jahr gesagt -, sind Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern. Wie wir alle wissen - wir haben ja das dort geltende Gesetz kopiert -, wurde die damalige Evaluation außen vor gelassen. Deshalb konnten wir die Dinge, die dort mehr oder weniger falsch gemacht wurden, auch übernehmen.

Ein gravierendes Problem, das sich in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt hat, war, dass die Gemeinden dort bestrebt waren, ihre Kosten und auch die Kosten der Eltern nicht in die Höhe schießen zu lassen. Deshalb haben sie in den Entgeltvereinbarungen immer weniger Leistungen verhandelt. Das heißt, die Qualität in den Einrichtungen sank. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir auch an dieser Stelle unsere Hausaufgaben machen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es gibt noch genügend Aufgaben, die noch nicht in Angriff genommen worden sind. Es fehlt nach wie vor der Landesrahmenvertrag. Vor zwei Jahren haben wir diesen eingefordert. Deshalb ist es begrüßenswert, Frau Grimm-Benne, dass nun im Koalitionsvertrag festgehalten ist, dass dieses Problem gegebenenfalls mit einer Verordnung repariert werden soll.

Es kann aber nicht sein - ich war mächtig schockiert, als ich am Montag im Landesjugendhilfeausschuss war -, dass wir momentan in unserer Schiedsstelle nicht arbeitsfähig sind. Das heißt, es fehlt nach wie vor der Vorsitz. Deshalb lauten unsere Forderungen, diese Schiedsstelle

schnellstens arbeitsfähig zu machen, den Vorsitz zu besetzen, damit die derzeit anhängigen Verfahren - es sind immerhin 37 - auch bearbeitet werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sehen, es sind noch genügend Baustellen vorhanden. Sehr geehrte Damen und Herren! Der Fraktion DIE LINKE ging es heute mit ihrem Gesetzentwurf in erster Linie nur um die Kostensenkung für die Eltern und um die Entlastung der Kommunen. Alle anderen Probleme des Kinderförderungsgesetzes - es sind einige Probleme mehr - werden wir in den nächsten Monaten genau analysieren und beraten. Unsere Ideen und Forderungen werden wir dann in einen weiteren Gesetzentwurf einbringen und im Hohen Haus zur Abstimmung stellen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke, Frau Hohmann, auch für Ihre hervorragende Redezeitdisziplin. - Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3 b). Dazu spricht Frau Lüdemann.

#### **Cornelia Lüdemann (GRÜNE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das KiFöG ist dauerpräsent im Hohen Haus. In jeder Koalition ist es ein Thema gewesen, so auch in der jetzigen. Das ist gut und richtig; denn Kinderbetreuung ist eine zentrale Säule dieses Landes, und zwar aus bildungspolitischen, betreuungspolitischen und finanzpolitischen Aspekten.

Die Kollegin Hohmann hat die unterschiedlichen Positionen der unterschiedlichen Fraktionen dankenswerterweise bereits referiert. Das sind die Fachpositionen der einzelnen Fraktionen, wie wir sie auch immer wieder darlegen, wenn wir gefragt werden. Das, was wir heute in einem ersten Schritt vorlegen, ist ein erster Schritt zur Umsetzung. Genau darum geht es heute.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Silke Schindler, SPD)

Wir wollen Eltern und Kommunen, die zu Recht Zeichen erwarten, deutlich entlasten. Es war ein Kraftakt, diesen Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause zu gestalten. Das ist unter Einsatz der Ministerin und unter Einsatz aller Fachleute aus den Koalitionsfraktionen gut gelungen.

Wir wollen dauerhafte Wirkung entfalten, die nicht zulasten anderer Themen und Politikbereiche geht und schon gar nicht zulasten des Landeshaushaltes. Ich denke, das haben wir mit unserem vorliegenden Gesetzentwurf erreicht.

Ich bin froh, dass eine deutliche Einigkeit darüber besteht, Zeichen zu setzen und klar die Botschaft ins Land zu senden: Wir wollen mit dem KiFöG wie auch mit dem KAG und dem FAG belastbare Entlastungen auf den Weg bringen. Auch hierbei gilt das, was ich vorhin insgesamt zur Koalition gesagt habe: Wir wollen verlässlich und nachhaltig agieren. Wir wollen zeigen, dass wir verstanden haben, dass es darum geht, was bei den Menschen ankommt.

Nach den Beschlüssen am Ende des letzten Jahres zur Verwendung der Mittel des Betreuungsgeldes - auch das ist schon erwähnt worden -, nach den vielen Debatten im Wahlkampf zur Kinderbetreuung, nach dem nimmer müde werden Engagement und den Aktionen - es war sehr kreativ und vielfältig, was sich die Elternvertretungen haben einfallen lassen - und auch nach dem beschlossenen Koalitionsvertrag wäre es auch sträflich gewesen, heute in der ersten fachlichen Sitzung des Landtages keine Vorlage zum KiFöG einzubringen.

In der Tat gibt es vielleicht von der Richtung her zwischen dem, was die Koalition vorgelegt hat, und dem, was die Fraktion DIE LINKE in ihrem Gesetzentwurf vorgelegt hat, Einigkeit dahin gehend, die Eltern und die Kommunen schnellstmöglich zu entlasten. Ich glaube, wir haben die etwas elegantere Variante gewählt, weil wir in Umsetzung von Rechtsnormen die Landespau-schalen anhand der Tarifentwicklung anheben.

Wir haben uns die Abschlüsse aus 2015 und 2016 hierbei zur Grundlage genommen. Das ist klar, das ist nachvollziehbar und das ist kontrollierbar.

Meine Zeit in der Opposition ist noch nicht so lange her. Daher weiß ich, dass es aus der Opposition heraus immer einfacher ist, mit großen Pauschalen zu arbeiten.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist in einer Koalition, in der man tatsächlich die Gesamtheit im Blick haben muss, etwas anders.

(Zuruf von Birke Bull, DIE LINKE)

Deswegen haben wir auf die Summen kapriziert, die klar nachvollziehbar und kontrollierbar sind.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD - Siegfried Borgwardt, CDU: Das ist ein Lernprozess! - Gabriele Brakebusch, CDU: Genau!)

Vorgesehen waren von der Fachebene zunächst - - Man kann das ehrlich sagen. Zuerst waren 30 Millionen € im Gespräch. Das ist von der Fachebene auch vertretbar. Dagegen hätte ich auch nichts. Wir haben uns aber, nachdem wir gesagt haben, wir müssen genau schauen, was im Gesetz steht und was umzusetzen ist,

auf die 21 Millionen €, die nun auch im Gesetz festgehalten sind, verständigt. Das wird Frau Ministerin sicherlich noch genauer ausführen. Das ist gut und richtig; denn die Bürger haben auch ein Anrecht darauf, dass Gesetze umgesetzt werden. Genau das tun wir mit diesem Gesetzentwurf.

Wir wollen mit diesen 21 Millionen € einen ersten Schritt gehen, um - das will ich noch einmal deutlich sagen - die Kinderbetreuung auf solide, durchgerechnete und finanziell tragfähige Füße zu stellen. Hierbei haben wir uns die Tarifverträge, die in Rede stehen, als Grundlage genommen. Das ist gut und richtig.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag auch in anderen Bereichen immer wieder darauf verständigt, dass Tarife die Grundlage sind im Sinne von guter Arbeit. Das findet sich im Haushaltsplan auch an vielen Stellen bei Einzelplan 05 wieder. Das haben wir in der letzten Legislaturperiode aus der Opposition heraus schon erreichen können. Wir haben immer wieder darauf geachtet, dass tarifgerechte Bezahlung sinnvoll umgesetzt wird.

Wir haben die Tarifabschlüsse vom September 2015 - so ist es dezidiert im Koalitionsvertrag aufgeschrieben - zur Grundlage genommen und auch den aktuellen Abschluss vom 29. April. Wir werden nicht nur teilweise und in Kleckerscheiben agieren, sondern vollumfänglich, zu 100 %.

(Zustimmung bei der SPD)

- Danke. - Und das nicht erst ab heute, sondern - das ist auch wichtig - rückwirkend zum 1. Januar 2016. Auch das sind wir, glaube ich, den Kommunen und den Bürgern und vor allem auch den Erzieherinnen und Erziehern, die vor Ort Großartiges leisten, schuldig.

Auch das ist erwähnenswert: Wir haben nicht die Kinderzahlen aus dem Jahr 2014, sondern die vom 1. März 2015, also die aktuellste Erhebung, zur Berechnung der Pauschalen herangezogen. Damit gehen wir den ersten von drei grundsätzlichen Schritten hin zu einer KiFöG-Reform, die - diese Ansicht teilen alle regierungstragenden Fraktionen - nötig ist.

Lassen Sie mich noch einmal zu den Tarifanpassungen - das ist Grundlage dieses Gesetzentwurfes - kurz etwas ausführen. Bisher waren Pauschalen mit einer Steigerung von 1,5 % vorgesehen. Das hat eine Zeit lang auch gut funktioniert, aber mit dem erwähnten Abschluss vom September war eine solche Steigerung um 1,5 % natürlich nicht mehr ausreichend.

Es hat sich eine große Diskrepanz zwischen dem, was das Land an Förderungen ausreicht, und dem, was tatsächlich an Personalkosten vor Ort anfällt, ergeben. Sie alle wissen: Der im

letzten Jahr erfolgte Tarifabschluss ging weit über das, was man an Tarifsteigerungen erwartet hat.

Es wurden zwei neue Entgeltgruppen, und zwar S 8 a und S 8 b geschaffen. Die Stufenlaufzeiten für die Stufen 4 und 5 wurden verkürzt. Die Entgeltgruppen S 2, S 3, S 4 und S 9 wurden erhöht. Zu guter Letzt wurden Leiterinnen und Leiter von Einrichtungen hochgruppiert. Das ist alles gut und richtig.

Ich habe diesen Tarifabschluss auch schon damals begrüßt. Die Erzieherinnen und Erzieher verdienen Wertschätzung auch in monetärer Form. Es ist gut und richtig, dass wir das leisten können. Das ist nicht nur die Umsetzung geltenden Rechts; es ist auch die Umsetzung des Koalitionsvertrages.

Die Anpassung an den Abschluss vom 29. April - das habe ich bereits angeregt - geht im Grunde genommen über diesen Koalitionsvertrag hinaus. Wir reagieren quasi in Echtzeit auf die aktuelle Tarifentwicklung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich glaube, dass das gut und richtig ist; denn ansonsten würde wieder eine neue Finanzierungslücke bei den Gemeinden entstehen. Wir würden - die Kollegen mögen mir das verzeihen - Fehler der großen Koalition wiederholen. Das ist nicht im Sinne der neuen schwarz-rot-grünen Koalition. Insofern finde ich es schön, dass wir vollumfänglich tätig werden können.

Ich glaube, in der Gesamtheit kann man sagen - darin liegt der Unterschied, Kollegin Hohmann -, dass wir keinen Grund mehr haben, dass in den Gemeinden die Sätze erhöht werden. Ob das im Einzelnen dazu führt - man muss die eingebrachten Gesetzentwürfe in der Gesamtheit sehen -, dass Beitragserhöhungen zurückgeführt werden, muss man sich vor Ort angucken. Aber wir haben für jede einzelne Gemeinde Daten darüber vorliegen, welche Summe dort ankommt.

Es ist auch die Aufgabe der Gemeindevertretungen nachzufragen; es ist Aufgabe der örtlichen Jugendhilfeausschüsse. Um ein konkretes Beispiel zu nennen, das ich mir herausgesucht habe: Bei der Gemeinde Hohe Börde kann man schon einmal fragen, was mit den zusätzlichen 206 000 € passiert. Oder: Wie wirken sich in Naumburg die dort ankommenden zusätzlichen 329 000 € aus?

Das sind Aushandlungsprozesse - auch das ist heute schon mehrfach erwähnt worden -, bei denen man seitens des Landes nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen sollte. In diese wollen wir auch nicht eingreifen.

Das war sozusagen der erste Teil, die Anpassung der Pauschalen.

Darüber hinaus geht es um die Verwendung der Gelder des Betreuungsgeldes. Hierbei stehen wir als Landtag im Wort. Diese werden in den Jahren 2017 und 2018 gezielt zur Förderung der U3-Betreuung eingesetzt. Alle wissen, dass in diesem Bereich die stärksten Anstiege der Elternbeiträge zu verzeichnen sind. Das ist auch der personalintensivste Bereich der Kindertagesstättenbetreuung. Diese Gelder eins zu eins nach unten zu reichen - ich glaube, das ist überhaupt keine Frage. Die Fraktion DIE LINKE hat das auch so dargestellt.

Die dritte Änderung betrifft die Vereinfachung im Bereich der Entlastung der Mehrkindfamilien. Der Finanzstrom bleibt in seiner Höhe bestehen, einzig das Verfahren wird vereinfacht. Ich glaube, auch das ist im Sinne der Kommunen.

Lassen Sie mich abschließend noch zu den angekündigten zweiten und dritten Schritten der KiFöG-Reform kommen. Wir sind noch längst nicht am Ziel. Kollegin Hohmann hat hierzu den Koalitionsvertrag in Teilen dankenswerterweise zitiert und darauf hingewiesen, dass noch andere Dinge in Rede stehen.

Der Landesrahmenvertrag ist ohne Zweifel ein ganz wichtiges Instrument. Wir brauchen ein einheitliches Kostenblatt; denn wir brauchen - im besten Falle haben wir das, wenn der Landesrahmenvertrag vorliegt - klare Regelungen zur Freistellung von Leitungspersonen, zum Verhältnis von mittelbarer und unmittelbarer pädagogischer Arbeit und auch zu Abschreibungsmöglichkeiten, die einen großen Teil der Schiedsverfahren, die jetzt leider - darin muss ich zustimmen - nicht bearbeitet werden können, ausmachen.

Hiernach kann in einem weiteren Schritt eine grundsätzlich Umstellung der Finanzierungssystematik vollzogen werden, und zwar flächendeckend im Land.

Das aktuell vorliegende Gutachten des bundesweit maßgeblichen Experten im Bereich des SGB IIX Prof. Dr. Wiesner - so steht es auch im Koalitionsvertrag - wird hierbei herangezogen werden. Das zeigt eindeutig, dass Leistungs- und Entgeltvereinbarungen sinnfällige Finanzierungsformen sind für die Kinderbetreuung als Teil der Daseinsvorsorge.

Ich habe mich dann ein bisschen gewundert über die Pressemitteilung der kommunalen Spitzenverbände; denn diese haben explizit gesagt, die Leitungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarung - LQE; es ist immer einfacher mit Abkürzungen - seien eine Grundlage für die Erhöhung der Elternbeiträge. Das ist ein Zusammenhang, den ich nicht herstellen kann, den ich auch nicht nachvollziehen kann.

Insofern ist das alles ein bisschen schwierig und wir müssen schauen, wie wir jetzt in einem geordneten Verfahren mit allen Beteiligten, wie ich es vorhin, als wir über die Koalitionsvereinbarung gesprochen haben, gesagt habe, zu einer neuen KiFöG-Reform kommen.

Dieser dritte und größte Schritt wird wie angekündigt im nächsten Jahr vollzogen werden, wenn uns dann im Mai auch die Evaluierungsergebnisse vorliegen. Wir werden selbstverständlich auch das Urteil des Landesverfassungsgerichts einbeziehen und das eben erwähnte Wiesner-Gutachten. Und selbstverständlich - das muss in Einheit geschehen - wird auch über Qualitätsstandards zu reden sein.

Für mich stehen dabei die Randzeitenbetreuung inklusive der Kinderbetreuung und flexible Betreuungsverträge im Blickpunkt. Auch weitere Kostendämpfungen für Eltern und Gemeinden haben wir natürlich im Blick. Dabei muss man sehen, was machbar ist.

Zum Ganztagsanspruch. Ich kann nur wiederholen: Wir als GRÜNE haben damals in unserem Antrag eine achtstündige Ganztagsbetreuung gefordert.

(Zustimmung von Gabriele Brakebusch, CDU)

Das wird also auch etwas sein, das in den Prozess einzubringen und zu verhandeln sein wird.

(Birke Bull, DIE LINKE: Aber wir müssen das nicht gut finden! - Swen Knöchel, DIE LINKE: Nein!)

Ich freue mich über den ersten klaren und nachhaltigen Schritt, den wir heute auf diesem Weg machen werden, mit dem wir in der nächsten Woche auch sofort in das Verfahren im Ausschuss gehen werden. Alles Weitere wird dann mit der gebotenen Fachlichkeit im nächsten Jahr zu verhandeln sein. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Vielen Dank, Frau Lüddemann. Ich kann das Kompliment, das ich Ihrer Vorrednerin gemacht habe, weitergeben. - Als Nächste spricht in der Debatte - ich gehe zumindest davon aus - Frau Ministerin Grimm-Benne. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

#### **Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! - Sehen Sie, das ist schon der erste Fauxpas. Ich bin so lange Parlamentarierin gewesen, dass ich mich erst einmal daran

gewöhnen muss, dass ich nicht mehr dazugehöre.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen ist ein Sofortprogramm gelungen, das es den Gemeinden und den Verbandsgemeinden ermöglicht, einen weiteren Anstieg der Kosten und der Elternbeiträge zu vermeiden.

(Zustimmung bei der SPD und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ich möchte mich ausdrücklich bei den Koalitionsfraktionen dafür bedanken, dass sie meinem Tempo dabei gefolgt sind und es ermöglicht haben, das noch vor der Sommerpause zu tun.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Die Koalition hat das Tempo gemacht?)

Die Landespauschalen nach § 12 Abs. 2 und 3 des Kinderförderungsgesetzes sollen - Frau Lüddemann hat es schon gesagt - rückwirkend zum 1. Januar 2016 auf der Basis der Anzahl der am 1. März 2015 betreuten Kinder angepasst werden. Wir legen dabei die Tarifabschlüsse für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst vom 30. September 2015 und für kommunale Beschäftigte vom 29. April 2016 zugrunde.

Was erreichen wir damit? - Damit werden alle Erzieherinnen und Erzieher für ihre anspruchsvolle und wichtige Arbeit endlich angemessen entlohnt.

Es geht nicht nur um 21 Millionen € Landesgeld. Gemäß § 12a Abs. 1 des Kinderförderungsgesetzes werden die angepassten Landespauschalen nach § 12 Abs. 2 des Kinderförderungsgesetzes durch die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Umfang von 53 % der auf diese entfallenden Zuweisungen des Landes aufgestockt.

Natürlich haben die Landräte angesichts dessen nicht Hurra geschrien. Man sollte jedoch bedenken: Das ergibt, wenn man die kreisfreien Städte herausrechnet, für die Landkreise insgesamt Zuweisungen in Höhe von etwa 5,8 Millionen € an die Kommunen.

Ich bin deshalb sehr dankbar dafür, dass heute gleichzeitig auch der Gesetzentwurf zum Finanzausgleichsgesetz, bei dem es schon zu Beginn um immerhin 44 Millionen € geht, verhandelt wird. Es mag also sein, dass man in der kommunalen Familie dann doch wieder einen finanziellen Ausgleich dafür bekommt.

Im nächsten Jahr geht es dann um einen weiteren Schritt: um die ganz konkrete Entlastung im Krippenbereich. Frau Lüddemann hat es schon gesagt: Die Zahlen haben immer wieder ein bisschen geschwankt; es war mal ein bisschen mehr, mal ein bisschen weniger. Dabei spielte immer eine Rolle, wie viel Umsatzsteueraufkommen tat-

sächlich auf unser Land entfällt; denn danach wird das berechnet.

Im Augenblick sieht es so aus, dass unser Land 20 537 000 € aus dem nicht ausgezahlten Betreuungsgeld des Bundes für das Jahr 2017 und etwas mehr als 23 Millionen € für das Jahr 2018 bekommt. Das wollen wir in der Tat für die unter Dreijährigen einsetzen.

Wenn man Satzungsentwürfe in den Kommunen betrachtet, ist es immer der Krippenbereich, der exorbitant die auch von Ihnen, Frau Hohmann, angesprochenen 192 € überschreiten. Es gibt zunehmend Beträge von 270 € bzw. 280 €. Wir wollen versuchen, das damit zu begrenzen.

Die Verteilung wollen wir ganz einfach gestalten. Wir wollen das sofort an die Gemeinden und Verbandsgemeinden zweckgebunden auszahlen. Und wir vereinfachen die Abrechnung bei der sogenannten Geschwisterregelung. Auch das ist immer ein großer Wunsch gewesen. Wir wählen hierfür ein pauschaliertes Verfahren. Dafür reichen wir auch ein bisschen mehr aus, als bisher im Landeshaushalt vorgesehen ist. Es sind etwas mehr als 11 Millionen €, die wir entsprechend der Zahl der betreuten Kinder auf die Gemeinden verteilen.

Ich möchte Ihnen jetzt einige Beispiele nennen. Wir haben das erstmals heruntergebrochen, damit man nicht immer nur eine Summe sieht. Wir haben uns gefragt: Was kommt denn im Jahr 2016 auf der kommunalen Ebene an? - Dazu einige Beispiele: Gardelegen bekommt 288 000 € mehr, Bitterfeld-Wolfen bekommt 419 000 € mehr, Staßfurt bekommt 305 000 € mehr.

An dieser Stelle möchte ich sagen: Es war noch in dieser Woche, glaube ich, in den Kommunalnachrichten zu lesen, dass die Stadt Staßfurt beabsichtigte, ihre Elternbeiträge zu erhöhen. Wir haben heute von dem Oberbürgermeister Sven Wagner mitgeteilt bekommen, dass er das im Hauptausschuss von der Tagesordnung für den nächsten Stadtrat heruntergenommen hat. Somit wird es auch in Staßfurt nicht zu der angekündigten Erhöhung kommen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Weißenfels erhält 489 000 € mehr und Halberstadt 457 000 € mehr. Das sind schon Beträge, mit denen man rechnen muss. Auf Wunsch eines einzelnen Landtagsabgeordneten möchte ich auch eine kleinere Stadt nennen, nämlich Teuchern mit immerhin 94 000 €.

(Zustimmung bei der SPD)

Dass die Kommunen jetzt reagieren, zeigt nicht nur das Beispiel Staßfurt. Auch der Zeitzer Stadtrat hat sich in seinem Sozialausschuss in der

vergangenen Woche einstimmig gegen eine Erhöhung der Elternbeiträge ausgesprochen und verzichtet auf eine Erhöhung. Auch Zerbst verzichtet auf die geplante Erhöhung. Sie konnten das alles nachlesen. Ursprünglich war dort eine Erhöhung um bis zu 39 % vorgesehen.

Das ist erst einmal der erste Schritt. Wir haben es ein Sofortprogramm genannt, mit dem wir jetzt die Kommunen entlasten und damit mittelbar auf jeden Fall auch die Eltern, denn wie sich gezeigt hat, bleiben die Satzungen, wie wir gehofft haben, in der Schublade.

Weitere Schritte - all das ist schon genannt worden - werden im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes bis Ende 2017 folgen. Wir haben uns gegenseitig zugesichert, dass dort all das, was wichtig ist, auf den Prüfstand kommt. Wir werden eine Vollerhebung durchführen. Wir werden prüfen, wie die Betreuungszeiten in den Einrichtungen tatsächlich sind. Lassen Sie uns im Jahr 2017 auf der Grundlage dieser Ergebnisse wirklich konstruktiv beraten.

Mittlerweile muss man tatsächlich sagen: Transparent sind diese Finanzierungen, wie wir sie hier im Lande haben, wahrlich nicht. Man kann auch das Gutachten zurate ziehen, um zu sehen, wie man das einfacher und transparenter und für jeden durchschaubar machen kann.

Lassen Sie mich noch einige Worte zu dem Gesetzentwurf und zu dem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE sagen. Wir waren uns bei allen Streitereien immer im Ziel einig. Aber wir müssen uns auch fragen, was wir uns leisten können, ohne den Landeshaushalt und die Landkreise zu überlasten.

Wir sagen, wir haben es geschafft, dass wir schon jetzt signalisieren können: Wir können Mittel in Höhe von 21 Millionen € zur Verfügung stellen. Ich denke, es kommt darauf an, dass wir zeigen können: Wir haben verstanden, dass das in der Öffentlichkeit nicht mehr so weiterdiskutiert werden kann. Wir haben diesen Gesetzentwurf gemeinsam erarbeitet. Ich hoffe, dass er heute in die Ausschüsse überwiesen wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke, Frau Kollegin Ministerin. Ich habe eine Wortmeldung, und zwar von dem Abg. Herrn Knöchel. - Bitte.

**Swen Knöchel (DIE LINKE):**

Frau Ministerin, eine Nachfrage. Bei der Vorgängerregierung hatte meine Fraktion angefragt, ob es möglich ist, die Kosten, die sich auf die ein-

zelnen Einrichtungen, die Gemeinden belaufen, die ja über die Landkreise ausgehandelt worden sind, zusammenzustellen. Damals war die Antwort: zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Wäre Ihr Haus jetzt in der Lage, diese Daten zu liefern? Lohnt es also für uns, diese Anfrage noch einmal zu stellen?

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Frau Ministerin.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):**

Ja.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Gut. Danke, Frau Ministerin. Sie können dann Platz nehmen. - Wir kommen zur Debatte. Im Ältestenrat ist eine Debatte mit einer Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart worden. Diese Debatte wird begonnen von dem Abg. Herrn Krull von der CDU-Fraktion. Bitte, Herr Krull, Sie haben das Wort.

**Tobias Krull (CDU):**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geschätzte Abgeordnete des Landtags! Hohes Haus! Wir beraten heute über den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt, besser bekannt als Kinderförderungsgesetz. Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt. Das sage ich nicht nur als Vater eines Kindergartenkindes und eines Hortkindes, die von einem der besten Betreuungssysteme in Deutschland profitieren.

(Zustimmung bei der CDU, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Ich sage das auch als Vertreter der CDU-Landtagsfraktion, die sich in den vergangenen Jahren immer wieder maßgeblich für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung in unserem Land starkgemacht hat.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Vorschlag der Landtagsfraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU setzen wir eines der zentralen Anliegen des Koalitionsvertrages um.

In diesem Jahr fließen damit Mittel in Höhe von 21 Millionen € an die Gemeinden und Verbandsgemeinden mit dem Ziel, die finanziellen Mehraufwendungen aufgrund der Tarifabschlüsse bei den Erzieherinnen und Erziehern sowie der Tarif-

abschlüsse im öffentlichen Dienst aus diesem Jahr auszugleichen.

Wer selbst schon einmal einen ganzen Tag in einer Kindertageseinrichtung verbracht hat, wird nachvollziehen können, dass diese Anhebung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als verdient und gerechtfertigt ist.

(Zustimmung von Gabriele Brakebusch, CDU, von Swen Knöchel, DIE LINKE, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ich möchte an dieser Stelle aber auch eines klar und deutlich sagen: Von den rund 1 800 Kindertageseinrichtungen in unserem im Land befinden sich ca. 45 % in freier Trägerschaft. Diese Tatsache allein ist hinsichtlich der Trägervielfalt und des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern sehr zu begrüßen. Doch diese 45 % aller Einrichtungen sind nicht unmittelbar an das öffentliche Tarifrecht gebunden. Wir erwarten daher nachdrücklich, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbstverständlich von der Tarifentwicklung profitieren und die erhöhten Zuweisungen hierfür Verwendung finden.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Darüber hinaus ist in dem Entwurf geplant, im Jahr 2017 mehr als 20 Millionen € aus den frei gewordenen Mitteln des Bundeselterngeldes in Richtung der Kommunen für die Betreuung der Null- bis Dreijährigen fließen zu lassen. Auch im Jahr 2018 sollen gemäß dem Entwurf 23 Millionen € eingesetzt werden.

Das entlastet nicht nur die Kommunen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern es trägt auch zur Beitragsstabilität bei. Gerade über dieses Thema wird vor Ort in den Kommunen, bei den Eltern und bei den Trägern sehr intensiv diskutiert. Auch in den Medien haben wir dazu heute wieder etwas lesen können.

Aus der Sicht der CDU-Landtagsfraktion sind die avisierten Beitragsanpassungen aufgrund von Tarifsteigerungen jetzt erst einmal grundsätzlich vom Tisch. Gleichzeitig ist eine Verwaltungsvereinbarung vorgesehen, weil der Ausgleich der Ermäßigung bei zwei oder mehr Kindern in den Kindertageseinrichtungen, die sogenannte Geschwisterregelung, jetzt pauschaliert an die kommunale Ebene ausgereicht werden soll. Das führt zu einer erheblichen Reduzierung des Nachweisaufwandes und damit zu einem weiteren Ziel des Koalitionsvertrages, dem Bürokratieabbau.

Gemeinsam mit der ebenfalls an diesem Tag anstehenden Einbringung der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes werden also Mittel in Höhe von 65 Millionen € auf den Weg gebracht, um die Kommunen noch in diesem Jahr finanziell zu entlasten.

Ein weiteres Versprechen des Koalitionsvertrages wird umgesetzt.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Was ist mit den 80?)

- Diese 80 Millionen € werden sich hoffentlich während der entsprechenden Verhandlungen finden, die jetzt laufen, auch was die Finanzierung des Bundes für die Asylunterkünfte bzw. Asylkosten angeht. Es ist das gemeinsame Ziel der Koalitionsfraktionen, dass es diese 80 Millionen € wieder werden.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Als CDU-Fraktion verstehen wir die Bedenken der kommunalen Familie, sprich des Landkreistages, an der Stelle. Deshalb werden wir während der anstehenden Beratungen prüfen, ob es möglich ist, die Regelung des § 12a KiFöG zur 53-prozentigen Aufstockung der Landesmittel durch die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für den Anteil der geplanten Anhebungen der entsprechenden Zuweisungen zu reduzieren oder auszusetzen. Wie gesagt, nur für den Anteil der Erhöhungen.

Ich will aber auch eines ganz deutlich machen. Diese Änderungen können nur der erste Schritt sein. Die CDU-Landtagsfraktion erwartet, dass bei der anstehenden grundsätzlichen Evaluierung des Gesetzes der Koalitionsvertrag entsprechend umgesetzt wird. Das heißt, dass ohne irgendwelche Einschränkungen oder Scheuklappen nach Möglichkeiten gesucht wird, die Kosten sowohl für das Land als auch für die Eltern und für die Kommunen zu reduzieren.

Dabei muss zum Beispiel auch das Thema des Umfangs des Betreuungsanspruches mit angesprochen werden.

(Zustimmung bei der CDU und von Minister André Schröder)

Die Frage von Standards sollten wir ebenfalls ergebnisoffen besprechen. Alles, wie bei dem durch den Ministerpräsidenten heute in seiner Erklärung ebenfalls formulierten Ziel, für die Verbesserung der Betreuungsrelation.

Bei der Evaluierung sind dabei nicht nur externe Gutachten einzubeziehen, sondern es muss vor allem der Dialog mit den Kommunen, den Elternvertretern und den Trägern - egal ob staatlich oder in freier Trägerschaft - gepflegt werden.

Ein weiteres Ziel des Koalitionsvertrages ist eine transparente, nachvollziehbare und umfassende Finanzierungssystematik beim Kinderförderungsgesetz. Klare und überprüfbare Kosten- und Finanzierungsansätze machen das Leben aller Be-

teiligten leichter und sorgen sicher für gegenseitiges Verständnis.

Es geht darum, die gesetzlichen Regelungen des Kinderförderungsgesetzes zukunftsfähig und finanzierbar zu gestalten - immer mit dem Blick auf das Wohl unserer Kinder.

In Richtung der Fraktion DIE LINKE und ihrer vorgebrachten Änderungsentwürfe zum Kinderförderungsgesetz möchte ich nur Folgendes sagen: Im Gegensatz zu dem Entwurf der regierungstragenden Fraktionen wurden einfach Summen in den Raum geworfen, die in der Höhe weder begründet sind, geschweige denn finanziell untersetzt.

(Zuruf von Monika Hohmann, DIE LINKE)

Man kann also nur spekulieren, wie Sie an die 50 Millionen € gekommen sind.

Zu einer generationengerechten Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehört es nicht nur, für eine gute Kinderbetreuung zu sorgen, sondern gleichzeitig auch eine solide Finanzpolitik mit in Betracht zu ziehen. Denn wir wollen unsere Kinder nicht nur gut betreut wissen, sondern wir wollen ihnen mehr hinterlassen als nur Schulden.

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie uns die geschilderten ersten Schritte machen, weitere werden und müssen folgen. Ich plädiere ebenfalls für die geplante Überweisung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, von Minister Holger Stahlknecht und von Minister André Schröder)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Krull, ganz ruhig. Danke erst einmal für Ihre Rede. Es gibt eine Wortmeldung von Frau Hohmann. - Frau Hohmann, Sie haben das Wort.

#### **Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe zwei Fragen. Sie sprachen eben davon, dass die 7 % tariflicher Abschluss auch bei den Erzieherinnen der freien Träger ankommen sollen. Sie wollen das sicherstellen, so Ihre Worte. Meine Frage ist: Wie genau wollen Sie das tun? Zahlen Sie das Geld dann nur aus, indem Sie sich das zeigen lassen, oder wie wollen Sie das machen?

Die zweite Frage. Sie sprachen davon, dass der Anteil der Erhöhungen der Landkreise, diese Kofinanzierung von 53 %, gegebenenfalls ausgesetzt werden kann. Wer soll dann dafür einspringen? - Denn wenn dafür keiner einspringt, sind die Zahlen, die Frau Grimm-Benne eben vorgelesen hat, nur Schall und Rauch, weil dann logischerweise die Erhöhungen der Landkreise nicht mit eingepreist sind.

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Krull, wenn Sie wollen, können Sie antworten.

#### **Tobias Krull (CDU):**

Das mache ich gerne.

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Bitte.

#### **Tobias Krull (CDU):**

Punkt eins wird sicherlich Aufgabe des örtlichen Trägers der Jugendhilfe sein, bei der Überarbeitung der Verträge entsprechende Passusregelungen mit hineinzunehmen. Das ist aber kein Problem. Als mittlerweile seit fast 20 Jahren Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Landeshauptstadt kenne ich solche Verträge; das ist möglich.

Der zweite Punkt. Deswegen habe ich gesagt: wir prüfen. Es wurde schon mehrfach gesagt, wie schnell dieser Gesetzesentwurf jetzt von uns erarbeitet worden ist, und dass wir das im Laufe des Verfahrens ordentlich prüfen. Dann werden Sie einen entsprechenden Finanzierungsvorschlag und Deckungsvorschlag erhalten. Aber die Zeit sollten wir uns in dem entsprechenden Ausschuss auch bitte nehmen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herzlichen Dank, Herr Krull. - Dann können wir jetzt weiter in der Debatte fortfahren. Das Wort hat der Abg. Raue von der AfD-Fraktion.

#### **Alexander Raue (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Erhöhung der Landeszuschüsse für die Finanzierung der Tageseinrichtungen zur Förderung und Betreuung von Kindern ist richtig und notwendig zugleich.

Aufgrund der vorangegangenen guten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, Sozial- und Erziehungsdienst sind in der Finanzierung der Kinderbetreuung vor Ort erhebliche Deckungsdefizite entstanden. Diese müssen nun ausgeglichen werden, um den Erzieherinnen und Erziehern ihre für die Kinder, die Eltern und für unsere Gesellschaft so wichtige und verantwortungsvolle Arbeit angemessen zu vergüten.

Aus diesem Grund wird dieses Vorhaben von der AfD-Fraktion ebenfalls grundsätzlich unterstützt, da wir uns unseren Familien als Keimzelle und

unverzichtbarem Bestandteil unserer Gesellschaft besonders verpflichtet fühlen.

(Beifall bei der AfD)

In einer Situation, in der sich immer weniger Familien gründen und Kinder aufziehen bzw. häufig auf ein zweites und drittes Kind verzichtet wird, müssen wir uns fragen, welche Rahmenbedingungen gegeben sind, die den Familien die Entscheidung für weitere Kinder so erschweren.

Welche Signale sendet der Staat aus und wie werden diese in der Gesellschaft aufgenommen? - Wer die Antworten haben möchte, der erhält sie in der Bevölkerung. Kinder zu haben, sei teuer, behindere die Karriereplanung, könne stressig sein in der Tagesorganisation, mache das Leben unflexibel und belaste mit zusätzlicher Verantwortung.

Tatsächlich sind die beruflichen Entwicklungschancen besonders bei Frauen, die früh gebären, häufig eingeschränkt und die finanzielle Situation der Familien nicht immer auskömmlich. Dass Kinder ihren Eltern im Leben auch unzählige Glücksmomente schenken, tritt leider viel zu oft in den Hintergrund.

Wir sehen den Wert von Familien mit Kindern als erstrebenswertes Lebensziel. Doch in der öffentlichen Publikation, in Produktionen, in Film und Fernsehen, besonders bei Erwachsenenprogrammen, wird eine solche Sicht nicht ausreichend vermittelt, manchmal sogar verkehrt. Hier wird meist eine modische Lebenswelt dargestellt, häufig Hippie und ein bisschen verrückt.

Der Attraktivitätsverlust der Familienbildung hat so bei Weitem nicht nur finanzielle und praktische Gründe, sondern auch ideelle. Der Beweis dafür ist die demografische Katastrophe, in welcher sich unser Land befindet, die Sie mit dem Begriff „demografischer Wandel“ verharmlosen.

(Beifall bei der AfD)

Viel zu lange haben Sie untätig zugesehen, wie die demografische Falle zuschnappt.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Die Erhaltung der Zukunftsfähigkeit des deutschen Volkes ist auch Staatsverpflichtung. Einen ausgeglichenen Bevölkerungssaldo im Land zu sichern, ist gute Sozialpolitik und gute Wirtschaftspolitik in einem. Aktuell hat Deutschland die niedrigste Geburtenrate der westlichen Welt. Außer kosmetischen Änderungen und gelegentlichem öffentlichen Bedauern dieses negativen Zustandes haben Sie keine entscheidenden Erleichterungen für unsere Familien herbeigeführt.

Dieser Zustand muss beendet werden. Sachsen-Anhalt im Kleinen und Deutschland im Großen

müssen ein politisches Zeichen setzen, ein Zeichen für eine Willkommenskultur eigener Kinder.

(Beifall bei der AfD - Gabriele Brakebusch, CDU: Wie soll dies aussehen?)

Dieses Signal für die Gesellschaft muss ein Bekenntnis zu Familien sein. Unsere Familien müssen schnellstmöglich massiv von den hohen Kosten der Kinderbetreuung in öffentlichen Einrichtungen entlastet werden. Ich bin der Ansicht, dass dies nur mit der vollständigen Abschaffung der Kita-Gebühren möglich ist.

(Rüdiger Erben, SPD: Aha!)

Ein so weitgehender Entwurf steht heute natürlich nicht zur Verhandlung und würde in diesem Haus wohl auch keine Mehrheit finden.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie hatten ja keine Zeit, einen Gesetzesentwurf einzureichen!)

Vergleicht man die Gesetzentwürfe der Regierungskoalition und der LINKEN, so ist festzustellen, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung hauptsächlich auf den sogenannten verbleibenden Finanzbedarf abstellt. Dies bedeutet für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, also Landkreise und kreisfreie Städte, eine bessere Ausfinanzierung, aber geringere Minderungen bei den Kostenbeiträgen der Eltern.

Der Gesetzentwurf in der Drs. 7/63 in Verbindung mit Drs. 7/64 der LINKEN geht nach unserem Verständnis weiter. Hiernach sollen die zusätzlichen Mittel hauptsächlich zur Finanzierung der Kostenbeiträge nach § 13 Abs. 1 Satz 1 KiFöG, also der Elternbeiträge, eingesetzt werden. Diese Elternbeiträge zu senken ist unser wichtigstes Ziel. Aus diesem Grund hat sich die AfD-Fraktion unideologisch und sachorientiert entschieden, den Antrag der Linkspartei zu unterstützen.

(Beifall bei der AfD)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(André Poggenburg, AfD: Das wollen die ja gar nicht! Sie können ihn zurückziehen!)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Dann danke ich dem Kollegen Raue. - Ich habe jetzt auch keine weiteren Wortmeldungen gehört. Dann können wir fortfahren in der Debatte, und das ist der Fall mit der Vorsitzenden der Fraktion der GRÜNEN, der Abg. Frau Lüddemann.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Du musst nicht noch einmal! Es ist alles gesagt!)

#### **Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Ich wollte noch ganz kurz darauf eingehen. In der Tat war ich kurz abgelenkt, Entschuldigung. - Ich

wollte die Zeit nicht ausnutzen, aber nutzen, um noch einmal darauf einzugehen, dass es Anfragen gab, was mit den anderen Dingen im Koalitionsvertrag, die die Kinderbetreuung inhaltlich betreffen, passieren soll.

Wir haben versprochen, dass wir diesen Gesetzentwurf in der nächsten Ausschusssitzung einbringen werden, aber wir haben ein weites Kapitel zum Thema Chancengleichheit im Koalitionsvertrag.

Sie haben es sicherlich gestern - es war internationaler Kindertag, der auch von den Zeitungen weiträumig aufgegriffen wurde - gelesen, dass wir in Sachsen-Anhalt eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Kindern in Bedarfsgemeinschaften haben, die von Kinderarmut ganz persönlich betroffen sind.

Was richtig schlimm ist, sind die Kinder, deren Eltern arbeiten gehen, die sich einbringen, die Steuern zahlen und trotzdem in argen ökonomisch bedrängten Verhältnissen leben. Das ist etwas, was man nur schwer aushalten kann, was die Koalition sich auch als Thema auf die Fahnen geschrieben hat. Insbesondere die Alleinerziehenden im Land - dazu soll es ein eigenständiges unterstützendes Programm geben -, die ALG II beziehen, sollen vom Land unterstützt werden.

Warum spreche ich das Thema Kinderarmut hier im Rahmen der KiFöG-Debatte an? - Kindertagesstätten sind in hohem Maße armutspräventiv. Die Folgen von familiärer Armut werden über Kindertagesstätten kompensiert. Kinder leiden dort oft unter einem schlechten Gesundheitszustand. Weniger Bildungserfolge sind in solchen Familien die Folge, und Sprachschwierigkeiten, nicht nur in Familien mit Migrationshintergrund, sind zu verzeichnen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Koalition das sehr wohl zur Kenntnis genommen hat und sich deswegen unter anderem ein Sonderförderprogramm für Kitas in Vierteln mit sogenanntem besonderem Entwicklungsbedarf vorgenommen hat. Ich glaube, das ist gut und richtig, weil im System Kita sehr, sehr viel Geld ist, das breit über alle Gemeinden für alle Kinder im Land zur Verfügung gestellt wird.

Es gibt aber besondere Situationen, auf die man im Einzelfall besonders reagieren muss. Wir stellen uns vor, dass in der Kita gezielt mit den Mitteln von bedarfsgerechten Projekten am einzelnen Bedarf orientiert Sprachförderung betrieben werden kann, Gesundheitsprävention betrieben werden kann, Stärkung von Kinderbeteiligung im Sinne von emanzipatorischer Entwicklung auf den Weg gebracht werden kann.

Dazu wird es einen extra Antrag geben, der dann in den Fachausschüssen insgesamt mit der in Re-

de stehenden und für nächstes Jahr angekündigten großen KiFöG-Reform im Jahr 2017 zu verhandeln sein wird. Ich glaube, es ist wichtig, noch einmal zu sagen, dass es wirklich und tatsächlich ein erster Schritt ist und weitere - fachliche - Ergänzungen folgen werden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke, Frau Lüddemann. Ich habe noch eine Nachfrage. Kann ich die Erwähnung einer Ausschussberatung von Ihnen als Überweisungsantrag verstehen?

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Ja.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Falls das der Fall sein sollte, würden Sie mir geraten, in welche Ausschüsse überwiesen werden soll und über welche Drucksachen Sie gerade redeten; denn wir haben drei, die zur Debatte stehen.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Die Gesetzentwürfe sollen - da kann mir der PGF einmal helfen - in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration - so heißt er jetzt - überwiesen werden und in die Ausschüsse für Inneres und für Finanzen.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Also, in die Ausschüsse für Soziales, für Inneres und für Finanzen.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Alles klar. Das bezog sich auf die beiden Gesetzentwürfe, aber nicht auf den Entschließungsantrag, über den außerdem noch abgestimmt werden muss.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Das ist ja Teil der Debatte. Wir wollen alles zusammen überweisen.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich will an dieser Stelle eine kurze Konsultation mit der Verwaltung offenbaren. Mir ist es auch so in Erinnerung, dass wir Entschließungsanträge immer sozusagen stumm mit überwiesen haben.

Die Kollegen von der Verwaltung machten mich darauf aufmerksam, dass das vielleicht eine geübte Praxis ist, die aber von der Geschäftsordnung nicht gedeckt ist. Ja, manchmal sind Erfahrungen aus mehr als 20 Jahren trotzdem falsch.

(Minister Thomas Webel: Das ist interessant! - Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sicherheitshalber würden wir heute extra über die Überweisung des Entschließungsantrages abstimmen.

### **Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Von uns ist angedacht, alle drei Drucksachen gemeinsam, so wie eben beschrieben, zu überweisen.

### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich hoffe, die Information der Verwaltung ist jetzt richtig und wir müssen es später nicht korrigieren. - Herr Knöchel, Sie haben dazu noch eine Frage?

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Frau Lüddemann hat alles gesagt!)

- Okay, wunderbar. Für die Fraktion DIE LINKE spricht ja ohnehin nachher noch Frau Hohmann. Sie kann sich dann explizit dazu äußern. - Jetzt spricht aber erst einmal für die Fraktion der SPD der Abg. Herr Steppuhn.

### **Andreas Steppuhn (SPD):**

Sehr geehrter Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst in Richtung des AfD-Kollegen sagen, dass wir zwar heute über einen Entschließungsantrag reden. Aber ansonsten beraten wir hier auch über eine Gesetzgebung. Wir sind natürlich sehr gespannt, wie die Koalitionsbemühungen beim KiFöG zwischen der AfD und der LINKEN dann im Ausschuss inhaltlich aussehen werden. In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion.

Meine Damen und Herren! Eine gute Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung sind, so glaube ich, für die Zukunft unseres Landes von großer Bedeutung. Das ist gut so; denn wir haben uns ja gemeinsam in diesem Land Familienfreundlichkeit auf die Fahnen geschrieben.

Dass die neue Regierungskoalition den Gesetzentwurf zur Änderung des KiFöG jetzt zu Beginn der neuen Legislaturperiode einbringt, spricht für die Wichtigkeit dieses Themas. Wir halten Wort und entlasten Eltern und Kommunen.

Unzählige Diskussions- und Gesprächsrunden haben wir mit Erzieherinnen und Erziehern, mit Kommunalvertretern, mit Trägern, mit Eltern und anderen Experten für diesen Bereich geführt; alles

mit dem Ziel, eine qualifizierte und bezahlbare Kinderbetreuung in unserem Land zu organisieren.

Bereits zum Ende der letzten Legislaturperiode waren sich alle Fraktionen darüber einig, dass Eltern von Kindern in Kitas nicht mit ungebührend hohen Kostenbeiträgen belastet werden sollen. Deshalb haben wir als Regierungskoalition gemeinsam mit unserer Sozialministerin Petra Grimm-Benne als erste parlamentarische Initiative eine Änderung des KiFöG in Angriff genommen.

Mit dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf setzt die Koalition ein Vorhaben nicht nur zeitnah um, sondern sie nimmt dabei auch die aktuellen Entwicklungen vor Ort in den Blick. CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass die Landespauschalen gemäß § 12 KiFöG rückwirkend zum 1. Januar 2016 angepasst werden sollen. Meine Vorrednerinnen haben schon darauf hingewiesen.

Dies ist auch längst überfällig, damit zum einen die wichtige Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher angemessen entlohnt wird, und zum anderen, um die finanziellen Zwänge der Kommunen zu entschärfen. Nicht zuletzt ist es notwendig, weil § 12 Abs. 4 vorschreibt, dass die Zuweisungen nach den beiden vorangegangenen Absätzen für jedes betreute Kind regelmäßig insbesondere an die Tarifentwicklung anzupassen sind. Genau dies machen wir jetzt.

In unserem Gesetzentwurf haben wir sowohl auf den Tarifabschluss für Erzieherinnen und Erzieher vom September des letzten Jahres verwiesen als auch auf die sich nach den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag ergebenden Abschlüsse. Denn wir wollen die Kommunen, die Gemeinden mit den zuletzt veränderten Tarifabschlüssen nicht allein lassen. Das ist nicht gewollt. Deshalb findet sich der aktuelle Abschluss für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst auch in den veränderten Pauschalen wieder.

Als Berechnungsgrundlage für die neuen Pauschalen haben wir die Kinderzahlen vom 1. März 2015 verwendet. Das ist auch richtig so, weil diese Zahlen die Wirklichkeit in den Kindertageseinrichtungen besser abbilden. Für die Kommunen und die Eltern verringert sich damit der verbleibende Finanzierungsanteil. Der Druck auf die Städte und Gemeinden wird geringer. Diese brauchen ihre finanziellen Zwänge nicht mehr an die Eltern weiterzugeben.

Bei einer Änderung der Satzung müssen demnach nicht automatisch die Elternbeiträge steigen. Deshalb ist es gut, dass die Kommunen auch von der Ministerin direkt darauf hingewiesen worden sind, wie die Zuweisungen für Kommunen und Gemeinden konkret aussehen werden. Die Kom-

munen haben damit Spielräume, familienfreundliche Strukturen zu unterstützen. Das ist es, was wir im Land immer deutlich machen, auch im Sinne von Familienfreundlichkeit.

Eine weitere Änderung betrifft den Bereich der Entlastung von Mehrkindfamilien. Hierfür haben wir in unserem Gesetzentwurf eine Verwaltungsvereinfachung für die Erstattung der verminderten Einnahmen aus der Entlastung der Mehrkindfamilien vorgenommen. Das aufwändige Verfahren zur Feststellung der Einnahmeausfälle wird durch ein pauschaliertes Verfahren ersetzt. Dies wird für die Zukunft auch vieles im Abrechnungsverfahren einfacher machen.

Für das Jahr 2016 sollen zusätzlich Mittel in Höhe von 21 Millionen € bereitgestellt werden, damit die Kinderförderung für die Eltern, die Städte und Gemeinden nicht zu einer Überlastung führt. Mit diesen Mitteln können die Tarifsteigerungen, die von den Kommunen getragen werden müssen, auch künftig ausgeglichen werden. Damit entfällt auch zukünftig der Druck, Elternbeiträge weiter anzuheben.

Es gibt sicherlich niemanden hier im Saal, den das nicht freuen würde. Denn Investitionen in Kinder sind auch immer Investitionen in die Zukunft. Vor allem im ländlichen Raum ist die Unterstützung von Familien eine Möglichkeit, den Wegzug junger Menschen in die größeren Städte und in andere Länder aufzuhalten.

Dort, wo Familien Unterstützung erfahren, wo man sie mit ihren Interessen und Bedürfnissen ernst nimmt, dort, wo sie sich verstanden fühlen, werden sie sich wohlfühlen und ihren Lebensmittelpunkt wählen. Familienfreundlichkeit ist hierzu ein wichtiger Baustein.

Deshalb, meine Damen und Herren, haben die Koalitionsfraktionen in ihrem Gesetzentwurf die Pauschalen als monatliche Zuweisungen für jedes betreute Kind ausgewiesen, um der Steigerung der Tarife für die Erzieherinnen und Erzieher damit Rechnung zu tragen. Damit entlastet das Land die Kommunen, da diese die Tarifsteigerungen zu tragen haben.

Kostenbeiträge können und sollen dann eventuell sogar noch gesenkt werden. Neue Kostenbeitrags erhöhungen sind demnach nicht notwendig. Eltern von Kindern in Kitas oder im Hort können also aufatmen. Sie müssen nicht mit weiter steigenden Elternbeiträgen rechnen. Deshalb haben wir uns mit dieser Gesetzgebung auch so beeilt, damit diese Änderungen so schnell wie möglich im Sinne der Entlastung der Eltern greifen können. Damit halten wir Wort, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein Teil der Mittel für den Ausgleich der Tarifsteigerungen im Jahr 2016 kommt aus dem Betreuungsgeld. Darauf ist bereits hingewiesen worden. Das wirkt in diesem Jahr für die Eltern indirekt.

Mit den Betreuungsgeldmitteln sollen ab dem kommenden Jahr zusätzlich explizit die Kosten für Krippenplätze gedämpft werden. Dazu werden für die Jahre 2017 und 2018 jeweils mehr als 20 Millionen € bereitgestellt.

Meine Damen und Herren! Das ist ein wichtiges Anliegen; denn jede und jeder hat in ihrem oder seinem Wahlkreis sicherlich unzählige Gespräche geführt. Deshalb tragen wir dieser Diskussion, die dort stattgefunden hat, mit diesem neuen KiFöG Rechnung. Deshalb ist es auch gut so, dass wir dieses KiFöG jetzt auf den Weg bringen.

Meine Damen und Herren! Es ist schon darauf hingewiesen worden, in welche Ausschüsse wir die Gesetzentwürfe überweisen wollen. Ich bin froh darüber, dass wir uns gemeinsam mit der Ministerin und mit den Koalitionsfraktionen darauf verständigt haben - aber auch von der LINKEN haben wir ein positives Signal bekommen -, dass wir in der nächsten Woche in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration das KiFöG schon einbringen können.

Damit verlieren wir keine Zeit. Wir sollten möglichst schnell für die Entlastung der Eltern und der Kommunen sorgen. Es wird darauf gewartet. Deshalb hoffe ich, dass wir dieses Gesetz nach Möglichkeit direkt nach Sommerpause beschließen können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Vielen Dank, Herr Steppuhn. - Zum Abschluss der Debatte hören wir noch einmal die Abg. Frau Hohmann.

#### **Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn etwas Positives. Wer weiß, wie weit wir heute wären, wenn wir im letzten Jahr nicht so gedrängt und im Januar keine Sondersitzung durchgeführt hätten.

Nun zu Frau Ministerin Grimm-Benne. Wir können nur das Geld ausgeben, welches wir auch haben. Das ist eine schöne Aussage.

(Dr. Falko Grube, SPD: Das merken wir uns für die Haushaltsberatungen!)

Aber dann verstehe ich nicht, warum Sie den Leuten in unserem Land im Wahlkampf solche Versprechen gemacht haben, etwa eine Deckelung der Beiträge bei 192 € oder bei 190 € oder

Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr usw. Das hätte bei Weitem viel mehr Geld erfordert als das, was Sie nun dafür bereitstellen wollen.

(Zustimmung von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

Entweder haben Sie bewusst eine Falschaussage getroffen oder Sie haben es vorher nicht durchgerechnet.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Was wurde links und rechts plakatiert? Null Kosten!)

- Einen Moment, ich komme gleich dazu, Herr Borgwardt. Ich komme gleich dazu.

An Herrn Krull: Sie haben sich heute ein bisschen um Kopf und Kragen geredet. Das haben Sie bestimmt mitbekommen. Und zwar haben Sie gesagt, dass die Tarifsteigerung von 7 % auch dem Personal der freien Träger zugute kommen soll. Sie wollen das dann überprüfen.

Aber wenn Sie sich im KiFöG etwas auskennen, dann wissen sie ja, dass die Entgeltvereinbarungen prospektiv getroffen werden. Dann weiß ich nicht, wie Sie das überprüfen und dann eventuell eine Rückerstattung vornehmen wollen.

Bei solchen Aussagen sollte man immer ein bisschen Vorsicht walten lassen. Denn die Erzieherinnen bei den freien Trägern hoffen nun, dass sie die Tarifsteigerung von 7 % bekommen, und unter dem Strich könnte es dann doch nicht so sein. Ich würde es begrüßen. Aber mit solchen Aussagen sollte man wirklich vorsichtig umgehen.

(Zuruf von Tobias Krull, CDU)

Kommunale Selbstverwaltung wird bei uns großgeschrieben. Warum die 50 Millionen €? - Das ist keine fiktive Größe gewesen, die wir einfach mal so festgelegt haben. Wenn Sie, Herr Borgwardt, unser Wahlprogramm vorher genau gelesen haben, dann wüssten Sie, dass in unserem Finanzierungsmodell genau 50 Millionen € für die Kitas eingeplant gewesen sind.

Das heißt, wir haben auch noch weitere Projekte. Deshalb haben wir den Leuten im Land keine Kostenfreiheit insgesamt, kein kostenfreies letztes Kita-Jahr und keinen Beitrag von 192 € versprochen. Wir haben uns an diesem Wettbewerb nicht beteiligt, weil wir unser Wahlprogramm durchgerechnet haben. So sind wir auch zu den 50 Millionen € gekommen.

Wir haben gesagt, wir geben das Geld runter nach der Anzahl der Kinder. Die Stadträte und Verantwortlichen vor Ort wissen ganz genau, wo sie das Geld dann einsetzen können.

Noch ein Wort an die AfD. Wir als LINKE unterscheiden die Kinder nicht nach ihrer Herkunft, das heißt, nicht danach, ob sie hier geboren

oder zugezogen sind. Für uns sind alle Kinder gleich.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Das heißt, für uns haben alle Kinder, die in Sachsen-Anhalt oder in Deutschland leben, die gleichen Rechte und die gleichen Chancen.

Ein letzter Punkt. Die Überweisung in den Innenausschuss - das können wir machen - erschließt sich mir nicht. Mir erschließt sich nicht, warum wir extra noch den Innenausschuss damit beauftragen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist der Ausschuss, der für die Kommunen zuständig ist! - Zuruf von Silke Schindler, SPD)

Wir wollten das so schnell wie möglich über die Runden kriegen, damit die Eltern so schnell wie möglich entlastet werden. Wir werden uns dem nicht verschließen. Aber wegen der 53 % - -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sonst halten Sie die kommunale Selbstverwaltung hoch!)

- Jetzt geht es erst einmal nur um die Finanzierung und das Gesetz. Es ist wieder ein Ausschuss mehr.

(Zuruf von der CDU: Wir beeilen uns!)

- Ich hoffe, dass das dann funktioniert. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Frau Hohmann, Herr Borgwardt hat entweder eine Frage oder die Möglichkeit einer Zwischenintervention, die dann eine Endintervention wäre. - Ich gebe Ihnen das Wort.

#### **Siegfried Borgwardt (CDU):**

Danke, Herr Präsident. - Ich wollte zumindest für eine Klarstellung sorgen. Der Redner der CDU-Fraktion hat in seiner Äußerung einen Anspruch formuliert, und zwar wenn wir argumentieren, dass wir jetzt die tariflichen Steigerungen als Grund für die Zahlungen nehmen, dann ist es für uns immanent, dass es auch die bekommen, die tatsächlich Tarifsteigerungen zahlen. Das ist für uns zwingend.

#### **Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Ja.

(Zustimmung bei der CDU)

#### **Siegfried Borgwardt (CDU):**

Das ist für uns wichtig. Nach dem jetzigen Prinzip wissen Sie, dass es alle bekommen. Das, was Sie

vorhin gesagt haben - ich habe das sehr genau gelesen -, stimmt, birgt aber auch ein Problem. Übrigens entscheiden nicht die Stadträte, welcher Träger das Geld bekommt, jedenfalls nicht in der Endkonsequenz, sondern das obliegt der Vertragsgestaltung mit den Trägern. Nichtsdestotrotz wollten auch Sie sicherstellen, dass diejenigen, die Kosten geltend machen, dann tatsächlich für die Standards sorgen. Dazu gehört auch, dass sie nach Tarif bezahlen. Nur das hat der Kollege Krull mit dem Anspruch deutlich zu machen versucht; nichts anderes.

#### **Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Das ist sehr schön, Herr Borgwardt. Dabei befinden wir uns auf einer Linie, und wir werden das kritisch begleiten, dass die 7 % auch wirklich bei dem Personal der freien Träger ankommen.

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herzlichen Dank, Frau Hohmann. - Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Es liegen drei Drucksachen vor, zwei Gesetzesentwürfe und ein Entschließungsantrag. Es liegt der Antrag auf Überweisung der Beratungsgegenstände zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration sowie zur Mitberatung in den Innen- und den Finanzausschuss vor. Im Sinne der Arbeitsökonomie könnten wir darüber in einer Abstimmung entscheiden, es sei denn, es widerspricht jemand. - Das sehe ich nicht.

Dann frage ich nunmehr: Wer dafür ist, alle drei zugrunde liegenden Beratungsgegenstände - das sind die Drs. 7/63, 7/64 und 7/69 - in die drei genannten Ausschüsse zu überweisen, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Dies sind alle Fraktionen des Hauses. Damit sind die entsprechenden Drucksachen überwiesen worden und wir können den Tagesordnungspunkt schließen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den

#### **Tagesordnungspunkt 4**

Beratung

#### **Zustimmung des Landes Sachsen-Anhalt zum Asylkompromiss im Bundesrat**

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/72**

Einbringer ist der Abg. Dr. Tillschneider. Sie haben das Wort.

#### **Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 13. Mai hat der Deutsche Bundestag

ein Gesetzesentwurf angenommen, der Algerien, Marokko und Tunesien als asylrechtlich sichere Herkunftsländer einstuft. Der Gesetzesentwurf bedarf, um in Kraft zu treten, noch der Zustimmung durch den Bundesrat.

Unsere Landesregierung plant, sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten, obwohl CDU und SPD, die beiden Regierungsparteien im Bund und die Urheber des Gesetzesentwurfes, auch an unserer Landesregierung beteiligt sind.

Allem Anschein nach bestimmt eine stark linksorientierte Splitterpartei, die bei den letzten Wahlen in Sachsen-Anhalt mit mehr Glück als Verstand die Fünfprozenthürde genommen hat,

(Zustimmung bei der AfD)

den Kurs der Landesregierung.

(Unruhe bei der LINKEN)

Das sollten sich dieses Parlament und vor allem die Bürger von Sachsen-Anhalt nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Werden sie auch nicht!)

Die Lage ist ernst. Im letzten Jahr konnten 1,1 Millionen Einwanderer illegal nach Deutschland gelangen. Das ist eine Völkerwanderung mit unalkulierbaren sozialen, kulturellen und ökonomischen Auswirkungen.

Erika Steinbach, eine der wenigen vernünftigen Stimmen in der CDU,

(Unruhe bei der CDU)

hat neulich der Bundesregierung vorgeworfen, mit der Grenzöffnung das Parlament übergangen und das geltende Aufenthaltsrecht gesprengt zu haben. Steinbach hat auf die enormen finanziellen Belastungen hingewiesen und hat auch, was in meinen Augen noch viel wichtiger ist, festgestellt, dass Deutschland in Gefahr steht, aufgrund der kulturfremden Einwanderer - ich zitiere - „einen irreparablen Identitätsverlust“ zu erleiden. Bravo, Frau Steinbach!

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Wie schwachsinnig ist denn das?)

Ihre CDU-Parteifreunde im Bund

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

und hier in Sachsen-Anhalt sollten sich ein Beispiel an ihr nehmen.

Die Bundesregierung, unter Führung der schlechtesten Kanzlerin aller Zeiten, hat mahnende Stimmen wie die von Erika Steinbach lange ignoriert.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist auch gut so!)

Erst in den letzten Monaten ringt sich die Bundesregierung langsam, langsam zu einer Verschärfung des Asylrechts durch.

Wir von der AfD-Fraktion finden, in dieser Situation ist es, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, die Pflicht jedes Politikers, der die Interessen unseres Landes vertritt, solche Bemühungen zu unterstützen und zu ermutigen, wo er nur kann.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um diese Völkerwanderung einzudämmen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Alle?)

Wir müssen alles tun, um den Schaden zu minimieren, der uns durch die zügellose Masseneinwanderung bislang entstanden ist und weiter entstehen kann.

Und was tun die GRÜNEN in dieser Krise der Nation? - Die GRÜNEN haben nichts Besseres zu tun, als jede auch noch so geringe Einschränkung des Asylrechts zu blockieren.

Immer, aber auch wirklich immer, wenn es gilt, Deutschland zu schaden, stehen die GRÜNEN an der Spitze.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Ich würde gern einmal wissen, was in ihnen vorgeht.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Und dafür schätzen wir sie!)

- Vielen Dank für den entlarvenden Zwischenruf.

Das Einzige, was man gegen diesen Gesetzentwurf sagen kann, ist, dass er nicht weit genug reicht. Das zeigt allein schon ein Blick auf die Zahlen: Im vergangenen Jahr sind 14 000 Algerier, 10 000 Marokkaner und 2 000 Tunesier nach Deutschland bekommen -

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Und das ist eine Völkerwanderung? Oh!)

zusammengenommen gerade einmal 26 000 Personen oder eben nur knapp 2,4 % aller 1,1 Millionen Einwanderer.

Werte Damen und Herren! Das ist eine vernachlässigbare Größe.

Dass Tunesien, Algerien und Marokko zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, bedeutet dabei nicht einmal, dass Personen aus diesen Ländern keine Asylanträge mehr stellen dürften. Es bedeutet lediglich, dass die Anträge schneller bearbeitet werden.

Für 2,4 % der Einwanderer laufen, wenn das Ganze überhaupt durchkommen sollte, die Asyl-

verfahren künftig etwas schneller. An die Adresse der Bundesregierung muss ich sagen: Diese kosmetische Maßnahme als großen politischen Wurf zu verkaufen, ist reine Volksverdummung.

(Beifall bei der AfD)

Das Gesetz bewirkt für eine winzige Minderheit aller Asylanten nicht mehr als eine einfache Beweislastumkehr. Der Antragsteller muss nun beweisen können, dass er verfolgt wurde. Das aber sollte, so will ich meinen, im Grunde für alle Anträge gelten.

Problematisch ist an dem Gesetz auch die Art und Weise, mit der es begründet wurde. Die Bundesregierung hat mit einem Aufwand, den ich für völlig überzogen halte, geprüft, ob und inwiefern die drei Maghreb-Staaten westeuropäischen Standards entsprechen, also ob Frauen in unserem Sinne gleichberechtigt sind, ob die Todesstrafe angewandt wird, wie es um die Demokratie und die Anerkennung von Menschenrechten steht etc. etc.

Ein Land kann nach der Auffassung der Bundesregierung allem Anschein nach nur dann zu einem sicheren Herkunftsland erklärt werden, wenn es westeuropäische Standards erfüllt,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Aber Menschenrechte sind nicht verhandelbar!)

was bei den meisten nichteuropäischen Ländern naturgemäß wohl eher weniger der Fall sein dürfte.

Das Ergebnis dieser Prüfung war dann überraschenderweise aber doch, dass in Tunesien, Algerien und Marokko annähernd westliche Standards herrschen und die drei Maghreb-Staaten also guten Gewissens zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden können.

Dem widersprechen die GRÜNEN. Nach der Auffassung der GRÜNEN steht die Behandlung speziell von Homosexuellen in Tunesien, Algerien und Marokko einer Anerkennung als sichere Herkunftsländer entgegen. Homosexualität ist in Tunesien, Algerien und Marokko strafbar, wird aber nicht systematisch verfolgt. Nur wer seine Homosexualität offen zur Schau stellt, der kann in die Lage kommen, strafrechtlich belangt zu werden. Homosexuelles Verhalten wird also, wenn es sich nicht allzu aufdringlich präsentiert, in Tunesien, Algerien und Marokko geduldet.

Gerade das aber - also eine gewisse Zurückhaltung im öffentlichen Raum - soll nach der Auffassung der GRÜNEN unzumutbar sein. Sie berufen sich dabei auf den Gerichtshof der Europäischen Union, der im Jahr 2013 tatsächlich entschieden hat, dass Asylbewerbern schlechterdings nicht zugemutet werden kann, ihre sexuelle Neigung nicht öffentlich zu zeigen.

Ich persönlich halte es für eine Frage des Anstandes, meine Mitmenschen nicht in aller Öffentlichkeit mit meinen sexuellen Neigungen zu befehlen,

(Beifall bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Richtig!)

aber der Gerichtshof der Europäischen Union scheint da anders zu ticken.

Worauf will ich hinaus? - Für diejenigen, die den Gerichtshof der Europäischen Union als maßgebliche Autorität anerkennen und so an die Sache herangeht wie die Bundesregierung, haben die GRÜNEN wohl oder übel recht.

Das ist allerdings kein Argument für den Standpunkt der GRÜNEN, sondern ein sehr starkes Argument dagegen, sich dem Gerichtshof der Europäischen Union zu unterwerfen und ein Argument dagegen, so an die Sache heranzugehen wie die Bundesregierung.

Wenn wir jedem Land, das nicht den Vorstellungen von Menschenrechten anhängt, die heute in der EU gepflegt werden, eben dies als Asylgrund anerkennen, dann genießt bald die halbe Welt Asylrecht in Deutschland.

(Beifall bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Richtig!)

Viel besser fände ich es, wir würden nur das zum Maßstab nehmen, was innerhalb des Herkunftslandes als Recht und Unrecht gilt. Echte asylrelevante Verfolgung würde nur dann vorliegen, wenn die in einem Herkunftsland geltenden internen Standards verletzt werden.

(Zuruf von der LINKEN: Unmenschlich!)

Asylrelevante Verfolgung läge aber nicht vor, wenn ein Land von Rechts wegen anders unter Strafe stellt, als dies heute in der BRD der Fall ist. Wenn etwas in einem Land allgemein anerkanntes Recht ist, gehört es zu dessen Kultur und kann kein Verfolgungsgrund sein.

(Zuruf von der LINKEN)

Wenn öffentlich exponierte Homosexualität in islamischen Ländern anders als heute bei uns unter Strafe steht, eben weil es islamische Länder sind, kann darin doch kein Grund liegen, Homosexuellen aus diesen Ländern Asylrecht zu gewähren.

(Zurufe von der LINKEN)

Apropos Homosexualität: In der BRD wurden von 1949 bis 1969 schätzungsweise 50 000 bis 100 000 Ermittlungsverfahren wegen homosexueller Handlungen eingeleitet.

(Unruhe bei der LINKEN)

Der § 175 StGB wurde massenhaft und systematisch angewandt. Die rechtliche Verfolgung war

damit deutlich strenger als heute in den Maghreb-Ländern. Wenn es aber den Homosexuellen in Tunesien, Algerien und Marokko heute bedeutend besser geht als in der BRD zwischen 1949 und 1969, dann kann man doch nicht davon sprechen, dass jemand verfolgt wird. Oder wollen Sie ernsthaft behaupten, dass es sich bei der Bundesrepublik Deutschland unter Adenauer um kein sicheres Herkunftsland gehandelt hat?

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Zurufe von der LINKEN)

Die GRÜNEN meinen, überall auf der Welt müsse das zu 100 % herrschen, was sie hier und heute für gut und richtig halten. Das zeugt nicht gerade von einem weiten Horizont, den sie sich immer so gern zuschreiben. Das ist ignorant, engstirnig und totalitär und alles in einem Begriff: grüne Politik.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wir reden von Rechten! Die müssen nicht homosexuell werden!)

Auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung atmet diesen Ungeist und leidet so gesehen unter einem Begründungsdefizit. Er ist widersprüchlich, weil er einerseits eine extensive Auslegung von Menschenrechten voraussetzt, andererseits aber nicht bereit ist, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Dieser Widerspruch ließe sich jedoch durch eine restriktive Auslegung des westlichen Menschenrechtsgedankens auflösen.

Wir denken deshalb, dass der Gesetzesentwurf der Bundesregierung trotz aller beschriebenen Mängel einen brauchbaren Ansatzpunkt bietet, und fordern unsere Landesregierung auf, sich im Bundesrat nicht der Stimme zu enthalten, sondern bitte für den Gesetzentwurf zu stimmen.

Allerdings sollte die CDU einmal überlegen, ob sie künftig einen anderen Ansatz wählt, um Asylrechtsverschärfungen zu begründen. Solange sie jedenfalls in einem linksideologischen Rahmen argumentiert und dessen Prämissen akzeptiert, werden die GRÜNEN immer im Vorteil sein.

Dass leider auch die CDU von ideologischer Verblendung nicht ganz frei ist, zeigt uns auf das Schönste ihre erste Reaktion auf unseren Antrag. Sie haben uns vorgestern in einer Pressemitteilung Rassismus vorgeworfen, weil wir in unserer Antragsbegründung festgestellt haben, dass die Kriminalität bei Einwanderern aus den Maghreb-Ländern besonders hoch ist.

Das, werte Kollegen, nennt man nicht Rassismus, das nennt man Mut zur Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Die Kriminalstatistiken im ganzen Land belegen exorbitante Kriminalitätsraten für Einwanderer aus Nordafrika. Ich will stellvertretend für Hundert an-

dere eine Kölner Kriminalstatistik zitieren, die für den internen Gebrauch gedacht war, aber dann Anfang 2016 doch veröffentlicht wurde. Danach sind von allen in Köln registrierten Marokkanern, Algeriern und Tunesiern 40 % straffällig geworden. Das ist Realität.

Wenn aber die Realität in Ihren Augen rassistisch ist, sehr geehrte Herren Kollegen von der CDU, dann sollten Sie sich fragen, ob nicht auch Ihr Denken schon ein wenig unter ideologischer Verzerrung leidet.

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Gabriele Brakebusch, CDU: Wir sind für Sachsen-Anhalt zuständig und nicht für Köln!)

Wir haben nur festgestellt, was der Fall ist. Diesen Befund könnte man rassistisch interpretieren, etwa wenn man behaupten wollte, dass Nordafrikaner qua Veranlagung zu Kriminalität neigen. Aber eine solche Deutung haben wir nicht geliefert. Sie selbst lesen das in unsere Aussagen hinein und sagen damit mehr über sich als über uns.

(Zustimmung bei der AfD)

In meinen Augen erklärt sich der kriminalstatistische Befund dadurch, dass wir aufgrund struktureller Defizite unserer Sozial- und Einwanderungspolitik eine Negativauswahl aus diesen Ländern anziehen. Schuld ist also nicht irgendeine Veranlagung der Nordafrikaner, Schuld ist die Politik.

Wir sind keine Rassisten, wir kritisieren Ihre erbärmliche Politik, und Sie versuchen, sich diese Kritik vom Hals zu schaffen, indem Sie uns Rassismus vorwerfen. Ich bitte Sie: Hören Sie damit auf und kehren Sie zu einer sachlichen Debatte zurück!

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir ein Asylrecht haben, das uns zwingt, mehr Menschen aufzunehmen, als wir aufnehmen können und wollen, dann sollten wir den Mut haben, dieses Asylrecht drastisch einzuschränken.

Langfristig werden wir ohnehin nicht um eine grundstürzende Reform des Asylrechts - weg von einem subjektiv einklagbaren Recht hin zu einem staatlicherseits verliehenen Gnadenrecht - umhinkommen. Auch heute ist es doch schon so, dass die Anwendung des Asylrechts außenpolitischen Direktiven folgt.

Denken Sie nur an Edward Snowden, der, anders als die meisten derer, die 2015 nach Deutschland eingereist sind, in der Tat politisch verfolgt wurde, aber kein Asyl erhalten hat, weil man wieder einmal unsere amerikanischen Freunde nicht verärgern wollte.

(Beifall bei der AfD)

Wenn aber die Anwendung des Asylrechts, wie dieser Fall zeigt, ganz offensichtlich politischen Maßgaben folgt, dann kann man sich das Theater mit dem subjektiv einklagbaren Recht auch ganz sparen. Die Bundesregierung entscheidet dann, wem sie Asyl gewährt, ohne dass derjenige einen Rechtsanspruch darauf hätte.

Die Asylverfahren, die bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag dauern, die Abschiebung, gegen die dann immer wieder geklagt werden kann, die aufschiebende Wirkung der Einsprüche - all das würde entfallen. Nicht auszumalen, welche Entlastung damit für die Verwaltung und überhaupt für unser Land verbunden wäre.

So weit sind wir leider noch nicht. Es wäre aber gut, wenn wir uns in diese Richtung entwickeln würden. Das, was die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, ist ein winziger Schritt, aber doch ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir appellieren an die Vernunft und an den Restpatriotismus der CDU in Sachsen-Anhalt: Die Erklärung der drei Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern ist zwar bloße Symbolpolitik, aber es ist ein richtiges Symbol. Lassen Sie sich nicht von den GRÜNEN am Nasenring durch die Manege führen! Stimmen Sie im Bundesrat für das Gesetz, aber vor allem: Bleiben Sie nicht bei dieser Verschärfung, sondern bringen Sie weitere Verschärfungen auf den Weg! Es geht um unser Land.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Der Kollege Steppuhn hat eine Frage. - Bitte sehr, Herr Steppuhn.

#### **Andreas Steppuhn (SPD):**

Her Kollege, Sie haben gerade den Begriff Rassismus bzw. Rassist von sich gewiesen. Ich würde gern von Ihnen hören, was aus Ihrer Sicht Rassismus ist, wie man ihn definiert und was für Sie ein Rassist wäre.

#### **Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Sie nehmen den in der Tagesordnung folgenden Antrag vorweg. Aber ich will es gern schon jetzt sagen: Rassismus ist nach meinem Verständnis die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe.

(Zuruf von der SPD: Hautfarbe?)

- Hautfarbe. Die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe. Das ist für mich Rassismus.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Und kulturellen Rassismus kennen Sie nicht, nein?)

- Darf ich etwas dazu sagen? - Das ist ein Widerspruch in sich; denn Kultur und Rasse haben nichts miteinander zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Kultureller Rassismus, das ist wie - -

(Unruhe)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Wir waren immer noch bei der Beantwortung der Frage von Herrn Steppuhn. - Nun gibt es noch eine Nachfrage von Herrn Borgwardt. Bitte sehr, Herr Borgwardt, Sie haben das Wort.

**Siegfried Borgwardt (CDU):**

Herr Präsident, keine Nachfrage, sondern der Versuch einer Erklärung, bevor sich hier Legenden bilden in Bezug auf das, was ich tatsächlich gesagt habe. Ich kann keinen Einfluss darauf nehmen, dass Journalisten nur Teilbereiche veröffentlichen. Sie werden mir sicherlich zugestehen, dass man darauf keinen Einfluss nehmen kann.

Ich habe auf eine Nachfrage hin gesagt, dass in der Begründung die undifferenzierte Verallgemeinerung Platz hat - Sie wissen selbst, dass das so ist - und dass dies teilrassistische Züge in sich trägt. - Das ist meine Originalaussage und diese nehme ich nicht zurück; denn ich sage einmal so: Egal, ob Sie das jetzt mit farbigem oder kulturellem Hintergrund sehen. Aber wenn Sie sagen - ich zitiere nur zwei Aspekte -, damit könne nur wirksam gegen den Asylmissbrauch der Einwanderer aus diesen Ländern vorgegangen werden, dann unterstellen Sie diesen Einwanderern per se einen zentralen Asylmissbrauch. Das ist zum Beispiel das, was ich vorhin damit meinte.

(André Poggenburg, AfD: Das ist aber kein Rassismus! Es geht um eine Reaktion!)

- Ja, was ist denn das? Das ist doch gegen jede geltende Rechtslage; das wissen Sie doch.

(Unruhe)

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Entschuldigung, darf ich antworten?

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Warten Sie einmal. - Herr Borgwardt, Sie sind fertig? - Okay. Herr Tillschneider, Sie hätten jetzt die Chance, darauf zu reagieren.

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann unterstellen Sie uns Rassismus, weil wir den Nordafrikanern unterstellen, Asylmissbrauch zu begehen.

Die Anerkennungsquote, die im verschwindenden Promillebereich liegt, legt ja auch nahe, dass hier systematisch Asylmissbrauch begangen wird. In der Regel hat ein Nordafrikaner, wenn er hierher kommt, keinen Verfolgungsgrund und kommt aus anderen Gründen her. Das ist auch wieder Realität.

(André Poggenburg, AfD: So ist es!)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Jetzt habe ich noch eine Frage von Herrn Dr. Grube gesehen. - Herr Dr. Grube, Sie haben das Wort.

**Dr. Falko Grube (SPD):**

Herr Dr. Tillschneider, ich habe drei Fragen an Sie. Die erste Frage: Sie unterstellen den GRÜNEN bzw. der linken Seite des Hauses Ideologie. Herr Poggenburg hat dies in seiner Rede vorhin auch getan und ausgeführt, dass die AfD nicht ideologisch sei. Würden Sie diese Auffassung teilen?

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Ja, selbstverständlich.

**Dr. Falko Grube (SPD):**

Die zweite Frage: Würden Sie den linken Studentenführer Rudi Dutschke als Ideologen bezeichnen?

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Durchaus.

**Dr. Falko Grube (SPD):**

Zur dritten Frage. Sie sind in der Presse damit zitiert worden, Sie sehen sich selbst als „rechter Rudi Dutschke“. Warum ist der Linke ein Ideologe und Sie nicht?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Tillschneider, Sie haben das Wort.

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Weil sich meine Auffassung, sozusagen die rechte Auffassung, dadurch auszeichnet, dass sie die Welt wahrnimmt, wie sie ist, und dass sie das wahrnimmt, was der Fall ist.

(Lachen bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das ist das genaue Gegenteil von Ideologie. Wir wollen keinen neuen Menschen schaffen. Wir sehen den Menschen, wie er ist. Das ist eine

Konstante konservativen rechten Denkens. Insofern bin ich eine Art Rudi Dutschke von rechts.

(Beifall bei der AfD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Ihre Auffassung ist widerlich!)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Einbringung abgeschlossen und wir treten in die Debatte ein. Bevor wir dies allerdings tun, habe ich das Vergnügen, Damen und Herren der Euro-Schulen Magdeburg auf unserer Besuchertribüne zu begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich sehe, einige Damen und Herren sind noch relativ jung. Ich hoffe, Sie fühlen sich trotzdem angesprochen.

Herr Minister Stahlknecht, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der AfD, wenn es um Asyl und dessen Ausgestaltung sowie um die Menschenrechtskonventionen geht, immer und in erster Linie über Menschen.

Deshalb haben schon damals die Väter und Mütter des Grundgesetzes in Artikel 1 Abs. 1 festgelegt:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Gelegentlich lohnt es sich auch, den zweiten Absatz zu lesen; denn in Absatz 2 unserer Verfassung, die uns gemeinsam trägt, haben sie geschrieben:

„Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft ...“

Insoweit haben sich Asyl und die Frage, wie weit ich es eingrenze, immer an diesem Artikel 1 unseres Grundgesetzes zu orientieren. Insofern tragen wir Ihren Antrag nicht mit, weil nicht der Beschluss einzig das Entscheidende ist, sondern Ihre Begründung. Aus meiner Sicht ist die Begründung, die Sie wählen, dazu geeignet, die Würde und die Individualität von Menschen in Pauschalität infrage zu stellen.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie können noch so sibyllinisch und fein abgewogen vortragen, dass Sie das in Ihren Worten gar nicht gemeint hätten. Aber Sie sind sich sehr wohl

der Wirkung Ihrer Worte in der Bevölkerung bewusst,

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Birke Bull, DIE LINKE: So sieht es aus!)

dass Sie suggerieren, indem Sie einer gesamten Region unterstellen - Sie haben es vorhin gesagt, wir reden nicht über Menschen, über Regionen; liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Regionen wohnen Menschen mit Würde, Individuen -, dass von dort nur jene zu uns kämen, die dieses Land destabilisieren, die vergewaltigen und andere Kriminalität begehen.

(Alexander Raue, AfD: Das haben Sie aus der Statistik!)

- Lassen Sie mich bitte ausreden. - Dann müssen Sie sich dessen bewusst sein, dass Sie nicht nur die Würde derer verletzen, sondern dass Sie ein Klima in der Gesellschaft in Deutschland schaffen, das zu einer Polarisierung führt und in dem am Ende von einer Partei, die sich so auf diese Werte beruft, die eigenen Werte unserer Verfassung, nämlich Artikel 1 des Grundgesetzes, infrage gestellt werden.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, ich habe bewusst gesagt, dass ich zu denen gehöre, die mit allen, die hier vertreten sind, fair umgehe. Dies gilt für alle Kolleginnen und Kollegen. Aber Fairness ist keine Einbahnstraße.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das, was Sie heute Morgen getan haben, auch in Ihrem Beitrag zu der Region, könnte - ich sage: könnte - bei dem einen oder anderen aus unserer eigenen Geschichte ganz andere Erinnerungen an Parlamente zu anderen Zeiten hervorrufen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Gabriele Brakebusch, CDU: Genau!)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eines hinweisen. Das habe ich an anderer Stelle in einer größeren Rede gesagt, als Sie noch nicht hier vertreten waren. Ich nehme wieder Ihre Rede zum Anlass, in der Sie von demokratiefreien Regierungen - oder so ähnlich - gesprochen haben.

Wissen Sie, bei demokratiefreien Regierungen und Diktaturen - das ist der bessere Begriff - war es immer so, dass man zunächst schleichend den Menschen die Würde nahm und dann am Ende denjenigen, die man planlos und würdelos gestellt hatte, auch das Leben.

Ich denke, aufgrund der historischen Verantwortung, die wir in Deutschland haben, sollten wir uns

mit manchen Begründungstexten und manchen Äußerungen auch im Umgang untereinander - nicht nur der Fairness der Sache wegen, sondern auch wegen der Gesamtverantwortung für Sachsen-Anhalt und für Deutschland - zurückhalten und uns dessen bewusst sein, was wir tun - im Sinne unserer Verfassung und im Sinne des Artikels 1:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich habe jetzt mehrere Wortmeldungen von Mitgliedern der AfD-Fraktion vorliegen. Ich vermute, es geht um Fragen, und ich vermute, Sie würden sie beantworten.

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Ja, Herr Gallert.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Oder ich vermute, dass Sie sie dann beantworten, wenn die Frage gestellt wird.

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Herr Gallert, ich zitiere einmal einen Satz. Ich habe mir sagen lassen, dass meine Antwort, wenn ich als Minister eine Frage gestellt bekommen, alternativlos ist. Ich muss antworten.

(Rüdiger Erben, SPD: Richtig!)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Okay. Dass Sie antworten müssen, ist alternativlos, nicht Ihre Antwort. Alles klar.

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Ja, das stimmt auch.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Dann beginnen wir einmal. Bei mir kam zumindest die Wortmeldung des Herrn Roi an. Bitte sehr.

**Daniel Roi (AfD):**

Ich habe mal wieder eine Anfrage zum Antrag und möchte zum Antragsinhalt sowie zu der Begründung, auf die Sie sich hier bezogen haben, zurückkommen.

Zunächst möchte ich aber feststellen, dass es hierbei nicht darum geht, pauschal über Men-

schen aus Nordafrika zu reden, sondern es geht hierbei um das Asylpaket II, das im Bundesrat zur Debatte steht. Damit geht es also um Asylbewerber aus diesen Ländern, die hier einen Antrag auf Asyl stellen.

Ihre Kollegen im Bundestag wollen eine Gesetzesänderung herbeiführen und die drei genannten Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklären. Das hat auch Gründe; denn oftmals liegen keine Asylgründe vor. Herr Tillschneider hat dargelegt, welche Vorteile das in Verwaltungen usw. hat.

Nun frage ich: Ihr Kollege Innenminister Jäger von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Anfang des Jahres folgenden Satz gesagt und eine Mitteilung an den Innenausschuss gegeben: Von 100 Marokkanern sind 33,6 % und von 100 Algeriern 38,6 % straffällig. Das heißt also - später kam auch der Polizeibericht dazu -, rund 40 % der Asylbewerber aus diesen Ländern sind straffällig geworden. Das unterscheidet sie zum Beispiel von den Asylbewerbern aus Syrien, von denen nur ein ganz geringer Teil kriminell ist.

Jetzt frage ich Sie: Wie bewerten Sie die Aussage Ihres Innenminister-Kollegen? Ist das Rassismus oder ist das einfach nur die Darlegung von Tatsachen?

Er hat auch gesagt bzw. hat er nachgeschoben - lassen Sie mich das noch kurz anfügen -, nachdem auch in Nordrhein-Westfalen eine große Empörung losging, dass er diejenigen meint, die in den Erstaufnahmestellen Nordrhein-Westfalens als Asylbewerber registriert worden sind und eben nicht alle Menschen, die aus diesen Ländern kommen. Genau darum geht es in unserem Antrag. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Nadine Hampel, SPD: So haben Sie ihn aber nicht geschrieben!)

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Die Begründung für sichere Herkunftsstaaten ist nicht die Frage, ob ein Teil deren Bevölkerung kriminell sein könnte. Vielmehr ist die Frage, ob es dort Menschenrechtsverletzungen gibt, die dazu geeignet wären zu sagen, es ist ein sicheres Herkunftsland oder nicht. Das ist die entscheidungstragende Begründung.

(Beifall bei der CDU - André Poggenburg, AfD: Das sehen wir genauso!)

Jetzt können wir uns darüber streiten und unterhalten, ob es dort Menschenrechtsverletzungen gibt oder nicht. Es gibt unter den Innenministern die einhellige Meinung, dass dies sichere Herkunftsstaaten sind. Ich verschließe mich dem auch nicht. Aber Sie wissen ganz genau - deshalb haben Sie auch diesen Antrag gestellt -, dass es,

wenn drei gemeinsam regieren, auch drei unterschiedliche Meinungen gibt und man sich innerhalb dieses Meinungskanons vernünftig zu einigen hat. Das ist der sachliche Befund.

Zu der angehängten Frage: Es fängt es schon wieder an. Es mag doch sein, dass von denen, die in Köln auffällig gewesen sind, 40 % oder 38 % - -

**Daniel Roi (AfD):**

Ich habe nicht von Köln, sondern von Nordrhein-Westfalen gesprochen.

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Oder von denen, die in Nordrhein-Westfalen auffällig geworden sind, 38 % oder 40 % möglicherweise strafrechtlich in Erscheinung getreten sein könnten. Damit können Sie erstens nicht den Rückschluss auf Gesamtdeutschland und diejenigen, die hier leben, ziehen, und Sie können schon gar nicht den Rückschluss ziehen, dass 38 % bis 40 % derjenigen, die in Marokko leben, kriminell sind.

(André Poggenburg, AfD: Das haben wir nie gesagt! Nein, nein, nein!)

Das ist genau das, was Sie versuchen zu organisieren.

**Daniel Roi (AfD):**

Sie haben nicht zugehört.

(Unruhe bei der AfD)

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Deshalb sage ich Ihnen, dass eine solche Argumentation mit uns nicht zu machen ist. Deshalb tragen die Gründe Ihres Antrages nicht die Entscheidung und deshalb stimmen wir ihm nicht zu.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Gut, jetzt gehen wir weiter, und zwar hat der Abg. Herr Rausch eine Frage oder eine Zwischenbemerkung.

(Ulrich Siegmund, AfD: Mein Name ist Siegmund!)

- Wenn Sie nicht Herr Rausch sind, sondern Herr Siegmund, dann sitzen Sie falsch, aber das sei einmal dahingestellt.

(Heiterkeit bei der AfD)

Herr Siegmund, bevor ich Ihnen das Wort gebe, will ich auf den § 60 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hinweisen, den alle alten Hasen auswendig kennen. Dieser beschränkt die Zeit für

solche Zwischenbemerkungen oder Endinterventionen auf 120 Sekunden. - Bitte, Sie haben das Wort.

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Gilt das auch für mich?

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Nein, Sie dürfen so lange reden, wie Sie wollen.

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Das finde ich schön.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Zumindest in Ihrer Funktion als Minister. Wenn Sie als Abgeordneter fragen würden, dann hätten Sie auch 120 Sekunden Zeit. - Sie haben das Wort.

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Schönen guten Tag! Eine Frage, die gerade mich als ehemaliges Mitglied der CDU und auch viele, viele ehemalige CDU-Wähler aus meinem Wahlkreis besonders interessiert, ist: Warum stimmen Ihre Partei und auch die SPD entgegen einem Gesetzesvorschlag Ihrer Parteiführung auf Landesebene komplett anders, obwohl Sie in der Endphase Ihres Wahlkampfes wirklich genau diese Inhalte propagiert haben, nämlich schnellere und auch konsequentere Abschiebungen, obwohl Sie jetzt aktiv die Chance dazu haben?

Kurz zum Verständnis für die spätere Kommunikation mit den Wählern: Ist es korrekt, dass Sie unserem Antrag ausschließlich deshalb nicht zustimmen, weil Ihnen die Begründung nicht passt, obwohl Sie mit dem Inhalt d'accord sind? Ist das richtig? - So stand es heute auch in der Presse. Das würde mich interessieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Es wird langweilig, weil ich mich ständig wiederholen muss.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Richtig!)

Ich sage es Ihnen noch einmal: Die Begründung, die Sie Ihrem Beschlussvorschlag zugrunde legen, teilen wir nicht. Wir stimmen dem Beschlussvorschlag - zumindest ein Teil meiner Fraktion -

aus dem Grunde nicht zu, weil wir uns mit Ihrer Begründung nicht gemein machen. Für die SPD wird die SPD selber reden und die GRÜNEN werden auch für sich selbst reden.

Innerhalb einer Regierung - das habe ich Ihnen gesagt - gibt es unabhängig davon, welche Begründung Sie wählen und welche Entscheidungsvorschläge Sie machen, einen Abstimmungsprozess, der in ruhiger kollegialer Atmosphäre stattfindet.

Ich habe Ihnen auch gesagt, dass die Auffassung der Innenminister ist, dass wir ein gutes und effizientes Abschiebungsverfahren für diejenigen brauchen, die keine Bleibeperspektive haben. Das ist gesetzt. Das ist im Übrigen auch meine Meinung.

Aber ich sage Ihnen, bei aller Konsequenz und bei einer konservativen Einstellung und einem konservativen Weltbild, welches ich selber habe, gilt es gleichwohl zu differenzieren und dem immer voranzustellen, was ich Ihnen vorhin in meiner längeren Rede gesagt habe: Die Würde des Menschen ist unantastbar und diese trägt als Fundament mein konservatives Weltbild.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - André Poggenburg, AfD: Deswegen nennen Sie keine Tatsachen?)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Es gibt zudem eine Wortmeldung des Kollegen Tillschneider. Sie haben das Wort.

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Herr Minister Stahlknecht, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede sehr, sehr allgemein über die Menschenwürde gesprochen. Mich würde interessieren, ob Sie einen Unterschied zwischen Menschenrechten und Bürgerrechten sehen. Wenn ja, worin besteht dieser Unterschied? Finden Sie, dass dieser Unterschied reduziert werden muss?

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie haben das Wort.

**Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):**

Es gibt einen solchen Unterschied. Menschenrechte gelten nach unserer Verfassung für alle Menschen auf der Welt und Bürgerrechte gelten für die Deutschen. Sie hätten gern eine meiner Vorlesungen an der Fachhochschule besuchen dürfen. Ich habe Recht gelehrt. Das würde ich im Anschluss machen; denn das ist ein eigener Teil. Es gibt diese Differenzierung in der Tat.

(Zustimmung bei der CDU)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Das war die Antwort. - Damit können wir in der Debatte fortfahren, und zwar spricht jetzt die Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abg. Frau Lüddemann. Frau Lüddemann, Sie haben das Wort.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich versuche mich kurz zu fassen, weil im Grunde alles gesagt worden ist, was man zu diesem unsäglichen Antrag sagen muss.

(André Poggenburg, AfD: Jetzt ist er schon unsäglich!)

Er strotzt von Vorurteilen und von Ressentiments. Auch wenn Sie jetzt die koalitionstragenden Fraktionen in unterschiedlicher Art und Weise ansprechen und angreifen, werden Sie es insbesondere mit dieser Begründung nicht schaffen, die Koalition an dieser Stelle zu spalten. Das darf ich Ihnen sagen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD - André Poggenburg, AfD: Das wollen wir gar nicht!)

Es wird in unsäglich Weise pauschalisiert. Menschen, die sich unter Lebensgefahr nach Deutschland retten, werden allgemein als kriminell und potenzielle Vergewaltiger dargestellt. Das ist mit dem erwähnten Artikel 1 des Grundgesetzes in keiner Weise zu vereinbaren.

Freimütiger und offener kann man Rassismus - ich gebrauche dieses Wort jetzt ganz bewusst - nicht darstellen.

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

Wenn es noch einen Zweifel gegeben hätte, dann hätte man sich, glaube ich, in Zukunft immer wieder auf diesen Antrag zurückziehen können.

Wir haben aus dem Bundesgebiet einige Fragen erhalten. Sie alle versuchen zu verstehen, wie diese neue Fraktion tickt. Es wurde gefragt, meinen sie das ernst oder machen sie es nur, um die sogenannten Gutmenschen auf die Palme zu bringen. Ich glaube, nach dem, was wir bisher im Plenum gehört haben, ist klar: Sie meinen das mehr als ernst, in erschreckender Weise ernst.

(André Poggenburg, AfD: Genau!)

Das Asylrecht ist ein Individualrecht. Der Herr Minister hat ausgeführt, dass es nicht umsonst in genau dieser Weise in das Grundgesetz aufgenommen worden ist.

Es ist bekannt - insofern haben Sie die GRÜNEN zu Recht zuerst angesprochen -, dass unser Landesverband bereits im Jahr 1993 dagegen war.

Das sage ich an der Stelle einmal so verknüpft. Wir haben bereits damals nicht mitgetragen, wie das Grundgesetz mit Artikel 16a, der damals eingeführt wurde, ausgehöhlt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können Recht akzeptieren. Insofern ist es richtig, aber wir erwarten, dass eine klare Prüfung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten durchgeführt wird. Wir legen an dieser Stelle sehr hohe Hürden an - das ist in diesem Artikel beschrieben -, beispielsweise mit Blick auf die Rechtslage in den Staaten, die Rechtsanwendung, die allgemeinen politischen Verhältnisse und diese Prüfkriterien sind aus unserer Sicht nicht vollumfänglich und nicht abschließend geklärt.

Wenn man ein Grundrecht - das sind im Rahmen unserer Verfassung ganz besondere Rechte - einschränken will, muss man vollumfänglich und tiefergehend prüfen und darf sich nicht nur auf ein Bauchgefühl verlassen.

(André Poggenburg, AfD: Statistiken!)

Strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen, Anwendung der Todesstrafe, Folterung in Haft, Verfolgung der Opposition, Einschränkung der Meinungsfreiheit. Wir haben uns diesbezüglich nicht nur - in Anführungsstrichen - auf Berichte von der EU-Ebene, des Europäischen Parlamentes verlassen. Sie können gern in den Country Reports of Human Rights des US-Department of State nachlesen. Auch darin wird es in gleicher Weise beschrieben. Wir halten ein reguläres Einzelverfahren in diesem Falle für unerlässlich.

Sie haben es beschrieben: In einer Koalition - das ist das Wesen einer Koalition - lebt man auch von Kompromissen. Es gibt unterschiedliche Ebenen des Staatsaufbaus. Die Bundesländer sind das eine, die Bundesregierung und der Bundestag das andere. Sachsen-Anhalt wird sich demzufolge der Stimme enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herzlichen Dank, Frau Lüddemann. Es gibt eine Frage oder eine Intervention des Fraktionsvorsitzenden Poggenburg. Wollen Sie sie beantworten oder darauf reagieren?

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Ja.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

**André Poggenburg (AfD):**

Frau Lüddemann, Sie sagten generell, pauschal, diese Menschen aus Nordafrika retten sich unter Lebensgefahr nach Deutschland. Meine Frage an Sie: Warum kann es dann aber sein, dass ein so großer Anteil dieser Menschen aus dem Bereich Nordafrika, die sich unter Lebensgefahr hierher retten, laut Statistik, die die AfD nicht erfunden hat, hier straffällig und kriminell wird? - Das geht mir nicht in den Kopf. Vielleicht haben Sie darauf eine Antwort. - Danke.

(Zustimmung bei der AfD)

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Das ist schon das Wesen dieser unterschiedlichen Betrachtung, dass allein schon die unsicheren Herkunftswege Straftatbestände auslösen. Wenn Sie sich angucken, was dahintersteht, also warum die Statistik 33 % oder was weiß ich wie viel Prozent ausweist, dann stellen Sie fest, dass der überwiegende Teil im Rahmen der Asylgesetzgebung straffällig geworden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Nun können wir in der Debatte fortfahren. Bevor ich Frau Quade das Wort erteile, will ich auf ein Verfahren, das sich im Landtag entwickelt hat, aber offensichtlich nicht bei allen vollständig angekommen ist, hinweisen: Wenn es wirklich Zwischenfragen gibt, die dazu führen sollen, dass ich den Redner oder die Rednerin frage, ob er seine bzw. sie ihre Rede unterbricht, dann haben wir die Regel, dass dies mit einer Karte angezeigt wird, also mit der Stimmkarte.

Wenn es darüber hinaus Wortmeldungen gibt, dann werden sie immer an das Ende der Rede gestellt. - Frau Quade, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

**Henriette Quade (DIE LINKE):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, vorab möchte ich eine Bemerkung machen. Wir beide wehren uns nicht so sehr dagegen, gelegentlich ideologisch zu handeln und ideologisch motiviert zu handeln. Es ist bekannt, dass wir von sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten ausgehen. Daran ändert sich nichts; dabei wird es bleiben. Ich will Ihnen sehr herzlich für Ihre Rede danken.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will im Weiteren zunächst auf die Frage eingehen, ob Marokko, Tunesien und Algerien

als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden sollten oder nicht. Ich sage klar: Sie sollten es nicht.

Denn erstens ist das Prinzip der Einstufung als solches höchst kritikwürdig. Per Festlegung am mehr oder weniger grünen Tisch wird entschieden, welche Länder sicher sind und welche nicht. Nicht selten stehen Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes dem eklatant entgegen. Was für deutsche Staatsbürger als nicht sicher genug gilt, soll für andere keinen Fluchtgrund rechtfertigen.

Zudem ist die damit verbundene Praxis der nicht mehr stattfindenden gründlichen Prüfung der individuellen Gründe für ein Asylgesuch eine nichtakzeptable Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl.

Die weitere Ausdehnung der sicheren Herkunftsländer höhlt dieses für viele lebenswichtige Grundrecht weiter aus. Wir sahen gestern am Beispiel von Herrn G., welche Konsequenzen das für hier lebende Menschen hat.

Zweitens sind bei konkreter Betrachtung die in Rede stehenden Länder eben keineswegs sicher. Insbesondere für Homosexuelle ist die Sicherheitslage mehr als prekär. Sie ist verboten und in höchstem Maße tabuisiert. Wer Homosexualität offen auslebt, dem droht dafür eine Gefängnisstrafe.

(Andreas Gehlmann, AfD: Das sollten wir in Deutschland auch machen!)

In Gefängnissen wiederum, insbesondere in marokkanischen Gefängnissen, sind Fälle von Folter durch Amnesty International dokumentiert. Die Argumentation, dass nur bedroht sei, wer seine Sexualität offen auslebe und daher jeder selbst für sein Risiko Verantwortung trage, finde ich besonders perfide.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch das ist nicht die einzige Grundrechtseinschränkung. Freie Pressearbeit ist für kritische Journalistinnen in allen drei Staaten ein erhebliches Problem und wird behindert.

Die Rechte oppositioneller Gruppen und Parteien sind beschränkt. Ihre Versammlungen werden nach übereinstimmenden Berichten von Menschenrechtsorganisationen nicht selten willkürlich aufgelöst.

All diese Gründe gegen eine Einstufung der drei Länder als sicher sind in der Anhörung des Innenausschusses des Bundestages benannt worden. Dass das für die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht zu einer Abkehr von diesem Vorhaben geführt hat, halten wir für skandalös und beschämend.

(Beifall bei der LINKEN)

Es bleibt aus unserer Sicht nur die Hoffnung, dass die Bundesländer die Zustimmung verweigern. Das Land Sachsen-Anhalt sollte hierbei mit konsequenter Menschenrechtsorientierung und dem Anlegen gleicher Maßstäbe für alle Menschen vorangehen. Wer die sexuelle Identität in der Verfassung des eigenen Landes für seine Bürgerinnen und Bürger schützen will, der muss dies auch für andere als schutzwürdig anerkennen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus unserer Sicht ist die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer abzulehnen.

Ich will aber noch etwas Grundsätzliches zu dem Antrag der AfD-Fraktion anmerken. Wir haben einen Antrag, mehr noch: eine Antragsbegründung vorliegen, die für das, was die AfD unter Politik verstehen, typisch ist. Sie diffamieren, Sie behaupten Unwahrheiten, Sie befeuern Hetze und Sie bedienen sich dabei nahezu aller gängigen rassistischen Ressentiments, empören sich aber darüber, Rassisten, Hetzer und Populisten genannt zu werden.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

Gepaart mit der ewigen Erzählung, ja nicht sagen zu dürfen, was Sie denken, genau wie Pegida monatelang Versammlungen abhält, um ihren menschenverachtenden Unsinn kundzutun, gleichzeitig aber die fehlende Meinungsfreiheit beklagt, das ist nicht mal in sich schlüssig. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Sie können so oft behaupten, wie Sie wollen, für das Volk zu sprechen. Für 75 % der Menschen in Sachsen-Anhalt sprechen Sie nicht.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der AfD: Sie auch nicht! - Weitere Zurufe von der AfD)

Für diese 75 % sprechen wir. Ich sage Ihnen: Wir werden Sie weiter als das bezeichnen, was Sie sind: Rassisten, Hetzer und sich selbst widersprechende Blender. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der AfD: Das ist keine Hetze! - André Poggenburg, AfD: Jetzt aber! - Robert Farle, AfD: Ich lasse mich doch nicht als Rassisten, Hetzer und sich selbst widersprechenden Blender beschimpfen! Ordnungsruf! - Swen Knöchel, DIE LINKE: Sie sind einer! - Gabriele Brakebusch, CDU: Jetzt ist aber gut!)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Werte Kolleginnen und Kollegen hier im Haus! Werte Abgeordnete der AfD! Werter Abg. Herr Farle!

(Zuruf: Sie haben vorhin applaudiert, als dieser widerliche Rassist geredet hat! - Katrin Budde, SPD: Deswegen ist der Ministerpräsident noch lange kein Hetzer! Das haben Sie heute Morgen gesagt, Herr Poggenburg! - Weitere Zurufe von der SPD und von der AfD)

Wenn - Hallo! Wir beruhigen uns jetzt alle mal wieder - hier ein Ordnungsruf erteilt wird, Herr Kollege Farle, dann tut das der amtierende Präsident,

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und zwar ausschließlich nach seinem Ermessen.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das anzuerkennen ist auch eine der legitimen Grundlagen von Parlamentarismus. So weit vielleicht erst einmal dazu.

Wir können nunmehr fortfahren in unserer Debatte. Ich rufe auf die Abg. Frau Hampel von der SPD. Bitte sehr.

#### **Nadine Hampel (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die Stimmung gerade aufgeheizt erscheint, so diskutieren wir doch ganz wesentliche Dinge, und zwar nicht nur, wie wir uns verständigen, zukünftig miteinander umzugehen - das trifft auf alle zu -, sondern auch, wie wir mit Anträgen umgehen.

Wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Ihrem Antrag schreiben - ich möchte es Ihnen noch einmal vorlesen, obwohl es der Fraktionsvorsitzende der CDU schon getan hat -:

„Damit kann [...] wirksam gegen den Asylmissbrauch der Einwanderer aus diesen Ländern vorgegangen und der Schutz der Bevölkerung von deren hoher Kriminalität ...“

und eine pauschale Wortwahl bewusst verwenden, dann müssen Sie sich gefallen lassen, dass wir darin ein rassistisches Menschenbild sehen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Dieses werden wir als SPD-Fraktion und wird auch der Landtag in Zukunft klar zurückweisen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Das ist die Kernbotschaft Ihres Antrages. Herr Minister Stahlknecht hat klar darauf hingewiesen, dass es diesbezüglich keinerlei Auslegungsvarianten gibt. Der Antrag steht, wie er steht, auch wenn Sie, Herr Dr. Tillschneider, versucht haben, diese Wortwahl zu relativieren.

Ich kann nur sagen: Ich lese den Antrag genauso wie meine Kollegen von den LINKEN, von den GRÜNEN und auch von der CDU - der Redebeitrag folgt ja noch -, und ganz ehrlich: Rassismus ist das auf jeden Fall.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir wirklich - da schließe ich Sie ein - ein Interesse an der Bewältigung der Flüchtlingskrise haben, dann geht das nur mit Sachlichkeit, mit Ehrlichkeit und ohne etwaige rassistische Bemerkungen in diesem Landtag, weil - wie schon gesagt worden ist - Zusammenarbeit keine Einbahnstraße ist. Wenn Sie als Neulinge in diesem Haus ernstgenommen werden wollen, dann sollten Sie auch diese Spielregeln beachten.

Ich möchte jetzt etwas zur Meinung der SPD-Fraktion

(Zustimmung von Daniel Roi, AfD)

zu dem Gesetzentwurf, um den es geht, sagen. Die SPD-Fraktion hat im Bundestag den Gesetzentwurf zu den sicheren Herkunftsstaaten Algerien, Marokko und Tunesien mitgetragen. Das ist nicht allen Abgeordneten der SPD-Fraktion leicht gefallen. Es gab im Bundestag auch Neinstimmen. Auch die sachsen-anhaltischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben unterschiedlich abgestimmt, eben aus den Gründen, die Frau Quade ausgeführt hat. Das möchte ich nicht wiederholen.

Aber egal, wie man zu dem Konzept der sicheren Herkunftsstaaten steht: Unstreitig ist für uns eines, nämlich dass das individuelle Grundrecht auf Asyl unangetastet bleiben muss und auch für Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten die rechtsstaatliche Garantie der Einzelfallprüfung gilt. Unstreitig ist für uns auch, dass die Verfahrensbeschleunigung durch die Aufnahme von Ländern auf die Liste der sicheren Herkunftsstaaten gerade dem Zweck dienen soll, Menschen den Schutz in unserer Gesellschaft zu erleichtern, die vor Krieg und vor Verfolgung fliehen.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Verschärfung des Ausweisungsrechts. Auch das gehört dazu und ist heute noch nicht angesprochen worden. Deshalb komme ich auf diesen Punkt zu sprechen. Für diejenigen Personen, die nach Deutschland kommen und den Schutz unseres Asylrechts ausnutzen, um hier Straftaten zu begehen, haben wir keinen Platz in unserer Mitte.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Zuruf von der AfD: Sehr richtig! - Zuruf von der CDU: Wir auch nicht!)

Deswegen ist es richtig, dass dieses Gesetz verabschiedet werden wird. Das ist auch eine Reak-

tion auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln.

Zum Abstimmungsverhalten im Bundesrat wurden bereits Ausführungen gemacht. Das kann ich mir sparen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Frau Hampel, es gibt noch eine Frage oder eine Intervention von Herrn Poggenburg. - Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

**André Poggenburg (AfD):**

Frau Hampel, Sie haben gerade noch einmal auf den Rassismus-Begriff abgestellt und gesagt, dass dies in unserem Antrag eindeutig rassistisch sei. Jetzt noch einmal ganz kurz zum Verständnis, vielleicht reden wir auch aneinander vorbei: Rassismus ist ja eine Auswahl nach biologischen Merkmalen und natürlich eine Benachteiligung - nicht nach einer Region.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ersparen Sie uns doch Ihre Rassentheorie!)

Jetzt frage ich Sie: Wo haben wir in der Begründung zu unserem Antrag eine Auswahl nach biologischen Merkmalen? - Denn nirgendwo auf der Welt ist Rassismus eine Auswahl nach einer Region. Vielleicht habe ich das übersehen und Sie können es genauer begründen. - Danke.

**Nadine Hampel (SPD):**

In Ihrer jetzige Frage und in Ihren vorherigen Ausführungen sehe ich schon einen absoluten Widerspruch. Einmal reden Sie von biologischen Merkmalen, dann reden Sie von Regionen. Aber sei es drum.

**André Poggenburg (AfD):**

Eben nicht.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Dazwischen gab es Wikipedia!)

**Nadine Hampel (SPD):**

Genau. Wir sind auch durch Herrn Tillschneider schon lang und breit aufgeklärt worden, wie er den Rassismus-Begriff sieht und definiert. Ich denke, das ist auch Ihre Auffassung dazu.

**André Poggenburg (AfD):**

Rassismus und Biologie.

**Nadine Hampel (SPD):**

Ich vertrete mit meiner Fraktion eine andere. Deswegen lasse ich das jetzt offen, denn es würde zu weit führen. Im Übrigen haben wir das, glaube ich, schon lang und breit diskutiert. Es kommt auch noch der Antrag von Ihnen, über den wir heute oder morgen - ich weiß es nicht genau - noch mal zum Thema Rassismus debattieren werden. Dann gebe ich Ihnen vielleicht noch eine Antwort.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der AfD)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke. - Es gibt noch eine Wortmeldung vom Abg. Lehmann. Bitte, Sie haben das Wort.

**Mario Lehmann (AfD):**

Ich verstehe diese ideologische Diskussion hier nicht, sehr geehrte Frau Abgeordnete. Wenn amtliche Stellen, Abschiebestellen und das Bundesamt für Migration von einer gegenwärtigen Bleibequote von 1,4 %, also 98,6 % Rückführung, sprechen und eine Partei aus der Politik sich dieses Problems annimmt - 98,6 % Rückführung und 1,4 % Bleiberecht nach dem gegenwärtigen Artikel 16a des Grundgesetzes -, dann verstehe ich die ganze Diskussion nicht, warum man diese Partei und diese politische Strömung als Rassisten hinstellt.

**Nadine Hampel (SPD):**

Sie jetzt?

**Mario Lehmann (AfD):**

Das ist die Frage. Das verstehe ich nicht. Wir haben Zahlen und Fakten: 1,4 % Bleiberecht bei den gegenwärtigen Regelungen des Asylverfahrensgesetzes und 98,6 % Rückführungen. Das versteht kein Wähler mehr.

(Rüdiger Erben, SPD: Hätten Sie das mal in Ihre Begründung geschrieben!)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Wir dürfen damit so langsam bei den 120 Sekunden angelangt sein. Frau Hampel, Sie haben das Wort.

**Nadine Hampel (SPD):**

Ich glaube, ich habe das am Anfang meiner Ausführungen schon gesagt: Es geht mir, wie vielen anderen meiner Kollegen auch, darum, wie Sie Ihren Antrag begründen: sehr pauschal. Sie sagen pauschal, dass die, die aus Nordafrika kommen - Tunesier, Marokkaner und Algerier -, für Sie

Asylschmarotzer sind. So haben Sie es in Ihrem Antrag geschrieben.

(Zurufe von André Poggenburg, AfD, und Mario Lehmann, AfD)

- Nein. Sie haben in Ihrem Antrag nicht auf irgendwelche amtlichen Zahlen verwiesen, sondern Sie haben ganz pauschal ausgeführt. Das ist das, was von uns kritisiert wird.

(Zuruf von André Poggenburg, AfD)

- Nein, nein! Allein - -

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Lass dich auf keine Diskussion mehr ein! - Zurufe von der AfD)

Das zeigt, wie unterschiedlich wir in unserer Auffassung sind, was die Definition von Rassismus anbelangt.

(Beifall bei der SPD)

#### **Mario Lehmann (AfD):**

Wer amtliche Zahlen verwendet, ist ein Rassist?

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke. - Dann können wir in der Debatte fortfahren. Es hat nun das Wort für die CDU-Fraktion Herr Abg. Borchert.

#### **Carsten Borchert (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich versuche einmal, ein wenig Ruhe in die Diskussion zu bringen, weil ich die Sache von einer anderen Seite betrachten möchte.

Ich weiß, dass die AfD-Fraktion mit großer Spannung die Ausführungen der CDU erwartet. Unsere Fraktion ist diejenige, wie meine Vorredner es schon gesagt haben, die mit der SPD-Fraktion der Meinung ist - wir sind nicht nur der Meinung, sondern wir wollen das auch -, dass in wenigen Tagen im Bundesrat diese drei Länder als sicher entschieden werden.

Ich glaube, alle meine Vorredner haben sich zu diesem Thema schon sehr intensiv geäußert. Vor allem unser Innenminister hat - das kann ich nur wiederholen - rechtssicher erläutert, welche rechtliche Bedeutung Ihr Antrag hat. Das ist, denke ich, sehr wichtig.

Marokko, Tunesien, Algerien sind Länder, in denen es zwischenzeitlich sehr unruhig war und jetzt - Gott sei Dank - wieder ruhiger zugeht, so ruhig, dass viele Menschen wieder dorthin in den Urlaub fahren, auch viele Deutsche. Das muss einen Grund haben.

(Beifall bei der AfD)

Schon deshalb ist es positiv, dass der Bundesrat in seiner nächsten Sitzung diese drei Länder zu sicheren Herkunftsländern zuordnen möchte. - So weit, so gut.

Wenn Sie, liebe Kollegen der AfD, das genauso formuliert hätten und uns vor die Aufgabe gestellt hätten, dem als Land in wenigen Tagen zuzustimmen, ich glaube, dann hätten wir ein kleines Problem, weil dagegen erst einmal nichts zu sagen ist.

Sie wissen aber, dass es einen Koalitionsvertrag gibt, der denjenigen, die ihn geschlossen haben, gewisse Bürden auferlegt und der einiges ausagt, wobei es Dinge gibt, die man nicht so machen kann, wie man möchte, sondern bei denen man, wie es in einer Demokratie üblich ist, mit Kompromissen leben muss, und

(Tobias Rausch, AfD: Mit fünf Hanseln, oder was?)

- lassen Sie mich ausreden! - dass man dann entscheiden muss, was richtig ist. Kompromisse sind nicht immer das Schlechteste. Das heißt aber nicht, dass sie immer richtig sind.

Sie hätten uns sicherlich in eine Situation gebracht, die hier in diesem Raum nicht gerade positiv wäre, wenn wir nur darüber hätten abstimmen müssen: Ja, wir wollen, ohne irgendwelche anderen Begründungen. Aber zum Glück haben Sie einen Antrag gestellt und zum Glück haben Sie diesen Antrag begründet.

Ich habe mir überlegt, wie ich das machen würde, wenn ich hier mit Schülern reden würde. Das heißt, nicht ich. Ich bin Sozialkundelehrer gewesen, als ich da draußen war. Dort oben sitzen Schüler. Das finde ich total super. Zufall!

Ich habe mir die Frage gestellt: Wie würde ich diesen Antrag erörtern? Vielleicht machen das die Kollegen, die dort oben sitzen, sogar mit ihren Schülern. Der Antrag ist nicht lang; er ist begründet. Wie würden die Schüler reagieren? Beziehungsweise ich habe mir die Frage gestellt und überlegt, wie ich mit meinen Schülern umgehen würde, um sachlich zu erarbeiten, welchen Sinn Ihr Antrag macht und mit welchen Argumenten er untersetzt ist. Das ist doch erst einmal sehr sachlich.

Dann hätte ich erstens versucht zu fragen: Wer war schon einmal in einem dieser Länder und hat dort Urlaub gemacht? Erzählt mal! - Dann würde sie erzählen, wie es dort gewesen ist. Ich denke, das wird nicht so negativ sein.

Zweite Frage: Erzählt mir oder erzählen Sie mir bitte - es sind ja große Schüler -, wie viele Frauen dort während Ihres Aufenthalts sexistisch angegriffen oder belästigt wurden. Wie oft wurdet ihr bestohlen, körperlich angegriffen oder was auch

immer? - Das steht alles so darin. Ich rede von dem Antrag, den Sie gestellt haben. Den habe ich hier und darin steht nicht mehr.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Dann hätten wir die Antworten gesammelt. Was hätten wir festgestellt? - Wahrscheinlich hätten wir festgestellt, dass es eine sogenannte demokratische Partei in Deutschland gibt, die behauptet, dass fast alle Menschen dieser Länder kriminell oder sexistisch gegen Frauen sind, also menschenfeindlich. So haben Sie das hierin geschrieben. Dann würde jeder Jugendliche und auch jeder Erwachsene draußen im Land sagen: Hallo? Wo leben wir? Was sind das für Menschen, die so etwas behaupten?

(André Poggenburg, AfD: Einwanderer!)

Sie haben außerdem das Asylpaket II angesprochen. Einer Ihrer Kollegen hat gemeint, das wird in wenigen Tagen abgestimmt. - Das ist schon längst abgestimmt. Das ist schon geltendes Recht. Wenn das so ist, sollte man das vielleicht auch so erwähnen.

Von der Warte her sind das Dinge, die ich draußen nicht sagen kann, wenn ich sie nicht beweisen kann. Aber wer weiß denn das draußen? Wer beschäftigt sich denn so intensiv damit?

Sie haben vor wenigen Wochen bei der Wahl super abgeschnitten. Darin haben Sie recht. Aber ich glaube, wenn Sie weiterhin solche Anträge stellen und auch so untersetzen, werden wir es schaffen, alle, die hier sitzen, dass die Menschen da draußen, auch viele intelligente Menschen, die Sie gewählt haben, das erkennen. Diese Menschen haben Sie aber nicht gewählt, weil sie Sie wollen,

(André Poggenburg, AfD: Sie wollten Sie nicht!)

sondern weil sie der Meinung waren, irgendetwas muss sich verändern, und weil sie uns einen Denkkettel geben wollten. Wir haben erkannt, dass wir vielleicht nicht immer an der Basis waren, aber wieder an die Basis müssen. Diese Menschen werden Sie in fünf Jahren definitiv nicht mehr wählen, weil sie dann erkennen und wissen, wer Sie sind, was Sie sind und vor allem was Sie nicht sind.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Wissen Sie, ich denke, dass alle Fraktionen dieses Hauses mit ruhigem Gewissen Ihren Antrag ablehnen können, weil er in seinem Inhalt in keiner Beziehung zu den gefassten Beschlüssen des

Koalitionsvertrages steht und rechtlich in keiner Form untersetzt ist.

Das zum Abschluss: Man lernt schon in der Schule, dass man es, wenn mehrere Menschen versuchen, gemeinsam zu leben, ohne Kompromisse nicht schafft - ein Grundpfeiler der Demokratie, ohne den Demokratie nicht stehen und bestehen kann. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Borchert, Sie sind fertig?

**Carsten Borchert (CDU):**

Ich bin fertig.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie wussten es noch nicht, aber ich habe Ihnen die üblichen 30 Sekunden zusätzlich schon gegeben.

**Carsten Borchert (CDU):**

Es war mehr?

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ja.

**Carsten Borchert (CDU):**

Meine Rede gestern war kürzer.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ach so. Okay. Aber es gibt noch Nachfragen. Wenn Sie diese beantworten wollen, haben Sie ohnehin noch die Chance, all das zu sagen, was Sie noch sagen wollen.

**Carsten Borchert (CDU):**

Dann müssen die Fragesteller mich erst fragen.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ja. Sie haben die Chance.

**Carsten Borchert (CDU):**

Okay.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Da aber eine Nachfrage von jemandem, der sich meldet, auch eine Intervention sein kann, die Sie ohnehin nicht verhindern können, muss ich denjenigen sowieso drannehmen. Dann können Sie

entscheiden, was Sie damit machen. Ich sehe dort hinten eine Wortmeldung. - Da Sie sich immer umsetzen, sagen Sie lieber selbst Ihren Namen.

(Jan Schmidt, AfD: Schmidt!)

- Herr Schmidt, jetzt habe ich es gehört. Bitte, Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

**Jan Schmidt (AfD):**

Sie haben eben gesagt, dass Sie grundsätzlich dem Antrag zustimmen würden, aber nicht aufgrund der Begründung, und dass Sie es so oder so nicht könnten wegen Ihres Koalitionsvertrages, aber an sich diese drei Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten einstufen würden. Haben Sie sich dann nicht den falschen Koalitionspartner ausgewählt?

(Beifall bei der AfD - Birke Bull, DIE LINKE: Nee, das haben sie nicht! - Zuruf von André Poggenburg, AfD - Heiterkeit bei der AfD - Zurufe)

**Carsten Borchert (CDU):**

Wissen Sie, die Koalitionspartner hat das Volk bestimmt. Das hat uns nämlich gewählt.

(Lachen bei der AfD - Unruhe im Saal)

- Das ist so. Es ist auch eine Form der Demokratie, dass man das akzeptiert, meine Damen und meine Herren. Das tun Sie nicht.

(Zurufe von der AfD)

Von der Warte her kann ich nicht mehr dazu sagen als: Das ist für mich Demokratie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben alle Ecken und Kanten und gute und schlechte Seiten. Aber es geht hierbei um die Sache.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Kollege Borchert hat mich gerade darauf hingewiesen, dass er auch die Chance hat, sich nach der Rede sofort hinzusetzen, wenn er das möchte. Herr Borchert, Sie sind in einer privilegiierteren Situation gegenüber dem Minister.

**Carsten Borchert (CDU):**

Das weiß ich.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Denn Sie als Abgeordneter können nicht gezwungen werden zu antworten. Wenn Sie das machen möchten, können Sie das tun. Das hindert mich als Präsident allerdings nicht, dass ich denjenigen, der sich meldet, noch drannehme. Sie sind völlig frei in Ihrer Entscheidung. Der frei gewählte

Abgeordnete kann entscheiden, ob er sich hinsetzt oder nicht, ob er antwortet oder nicht. Ich kann allerdings nicht entscheiden, ob ich jemanden drannehme oder nicht.

Deshalb nehme ich jetzt den Kollegen Roi noch dran, der sich gemeldet hat. Bitte.

**Daniel Roi (AfD):**

Darf ich?

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie dürfen, ja. Sie dürfen ohnehin etwas sagen.

**Daniel Roi (AfD):**

Gut. - Es geht in die gleiche Richtung wie vorhin schon bei Innenminister Stahlknecht. Vorhin habe ich das Zitat des Herrn Jäger und die Statistiken des sozialdemokratischen Innenministers zur Untermauerung der Begründung zu dem Antrag vorgebracht. Offensichtlich ist das aber nicht angekommen. Deshalb biete ich Ihnen etwas an. Was sagen Sie denn dazu, wenn wir sagen, okay, wir ändern den Antrag entsprechend? Das heißt, den Antrag ändern wir nicht, sondern die Begründung. Wir nehmen mit Ausnahme des ersten Satzes alles heraus.

(Rüdiger Erben, SPD: Das geht nicht mehr!)

Würden Sie dann dem Antrag zustimmen? Im Übrigen: Der Antrag ändert sich nicht. Die Begründung beschließen wir nicht mit.

Aber wenn wir alles herausnehmen würden, quasi einen Änderungsantrag zu unserem eigenen Antrag einbringen würden, in dem wir bis auf den ersten Satz die Begründung streichen würden, könnten Sie dann dem Antrag zustimmen, da Sie das mit den Statistiken offensichtlich nicht verstanden haben?

(Zuruf: Gelatscht ist gelatscht!)

**Carsten Borchert (CDU):**

Ich antworte darauf. Ich antworte einmal zu den Schülern dort oben: Sehen Sie, wenn das nicht funktioniert, dann nehmen wir das weg und nehmen etwas anderes, bis es - oh, Entschuldigung, ich muss ja hier bleiben - passt, dass alle draußen Ja sagen.

(André Poggenburg, AfD: Kompromiss!)

Das ist doch das beste Beispiel gewesen. Ich drehe das so lange hin, bis es passt.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU, von der AfD, von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

In Ordnung.

**Carsten Borchert (CDU):**

Ich bin eigentlich mit meiner Rede durch. Da schon sehr viel gesagt wurde, werde ich keine weiteren Fragen beantworten. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Buh!)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke, Herr Borchert. - Wenn ich das richtig gesehen habe, Herr Tillschneider, haben Sie sich noch einmal gemeldet. Wollen Sie noch eine Intervention machen? - Dann hätten Sie jetzt noch 120 Sekunden Zeit dafür. Bitte.

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Ich wollte nur fragen, ob es parlamentarischer Brauch ist, in Richtung der Gäste zu antworten.

(Zuruf: Ja!)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Na ja, das ist eigentlich ein Privileg, das ich habe, weil ich hier vorn sitze. Aber es ist zumindest in der Geschäftsordnung nicht verboten. Wir werden aber in der Perspektive gemeinsam darauf achten, dass wir miteinander reden und nicht mit unseren Gästen übereinander. Das ist in der Perspektive angeraten.

Wir kommen zum Abschluss der Debatte. Für die AfD hat nunmehr der Abg. Herr Kirchner das Wort.

**Oliver Kirchner (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste auf den Tribünen! Hohes Haus! Die Kenia-Koalition möchte sich also auf Wunsch eines Wahlverlierers und einer Partei wie den GRÜNEN, die es zitternd bis in dieses Parlament schafften, bei der Frage, ob Marokko, Tunesien oder Algerien als sichere Herkunftstaaten eingestuft werden sollten, der Stimme enthalten. Das ist eine sehr spannende Entscheidung, muss ich sagen, zumal sie sich deutlich gegen das Wählervotum dieser Landtagswahl stellt.

Uns werfe man Rassismus vor, so musste ich in den Medien lesen, weil wir davon sprächen, dass Asylbewerber dieser Länder besonders auffällig in der Kriminalitätsstatistik auffielen.

Weiterhin wirft man uns vor, dass wir uns bei dem Problem schützend vor unsere Frauen in diesem Land stellen, auch angesichts der Vorfälle von

vorgestern in Darmstadt, wo junge Migranten wieder einmal durch Antanzen und sexuelle Belästigung auffielen und es bereits 26 Fälle gibt. Das hört sich für mich eher nicht wie ein Rassismuskverwurf, sondern wie eine Verschwörungstheorie an.

Gestern musste ich bei „Zeit online“ lesen - ich zitiere -, Innenminister de Maizière kritisiere geringes Tempo bei Abschiebungen. Dazu muss ich sagen: Volltreffer, Herr Innenminister!

(Zustimmung bei der AfD)

Weiterhin durfte ich lesen: Der Innenminister erklärte den schleppenden Vollzug der Abschiebungen mit dem fehlenden politischen Willen zur Durchsetzung des Aufenthaltsrechts.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Wo ist Sachsen-Anhalt? - Zuruf von der Regierungsbank: Sehr weit vorn laut „Bild“-Zeitung!)

Seine Kritik richtet sich gegen die Bundesländer, die für die Abschiebung zuständig sind. Die Bundesregierung drängt angesichts der gestiegenen Flüchtlingszahlen seit Längerem auf eine Verstärkung von Abschiebungen. Daher stellt sich mir folgende Frage: Sind der Bundesinnenminister oder sogar die gesamte Bundesregierung rassistisch, weil sie jetzt auf Forderungen der AfD zurückgreifen, die wir schon seit mehr als eineinhalb Jahren fordern?

(André Poggenburg, AfD: So ist es! - Zuruf von Gabriele Brakebusch, CDU)

Aber kommen wir zurück zu den Urlaubsländern wie Tunesien oder Marokko, bei denen unserer Koalition der Willen fehlt, sie als sichere Herkunftsländer zu deklarieren. Kommen wir nun zu Fakten und Zahlen derjenigen Marokkaner, der Tunesier und der Algerier, die es in unserem Land betrifft:

Ich zitiere einen Artikel aus der „Welt“ vom 29. Februar 2016. Darin heißt es: Innenminister Ralf Jäger, SPD, gab bekannt, dass in Nordrhein-Westfalen jeder dritte Marokkaner - das hatten wir schon - und jeder zweite Algerier straffällig wären. Rechnet man diese Zahl jedoch auf die gesamten Straftaten der marokkanischen und algerischen Gesamtbevölkerung um, ergebe sich ein schockierender Befund. Dann hätte fast jeder zweite Marokkaner eine Straftat begangen und bei den Algeriern wären es sogar mehr als zwei Straftaten pro Kopf.

Demnach lebten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015 5 210 Algerier und es wurden dort 13 231 Straftaten von Algeriern begangen. Es lebten weiterhin 36 118 Marokkaner in Nordrhein-Westfalen und es wurden dort 14 733 Straftaten von Marokkanern begangen. - Ich muss sagen: eine stolze Zahl für dieses Bundesland.

Ich kann das nun wirklich nicht als Paradebeispiel für eine gelungene Integration bezeichnen. Genau darum wundert mich immer wieder die geschwungene Rassismuskeule bei diesen Fakten.

„Die Zeit“ titelt in einem Artikel vom 16. Januar 2016 - ich zitiere - „Kölns schwerer Kampf gegen die ‚Nafri-Kriminellen‘“. Im Intranet der Kölner Polizei findet man eine Seite mit dem Namen „AP Nafri“. Damit ist das Analyseprojekt Nordafrikanische Straftäter gemeint. Dort heißt es: Diese Klientel verhält sich äußerst aggressiv. Die Polizisten werden dort vor Waffen und gefährlichen Gegenständen gewarnt. 1 947 nordafrikanische Tatverdächtige ermittelte die Kölner Polizei im Jahr 2015 allein in Köln. Es handele sich hierbei keineswegs nur um Antänzer, sondern auch um skrupellose Gewalttäter. - So der Wortlaut.

Allein das sollte den Ausschlag dafür geben, vielleicht doch noch einmal über die angekündigte Stimmhaltung zur Einstufung dieser sicheren Herkunftsländer nachzudenken, zumal im Intranet der Polizei Köln die Rede davon ist, dass dieses Milieu sehr groß ist und kontinuierlich wächst.

Dabei spreche ich noch nicht einmal vom Maghreb-Viertel in Düsseldorf, das bei einer vertraulichen Analyse der Polizei Düsseldorf den Namen „Casablanca“ trägt, eine Parallelwelt, in der sich nicht einmal mehr die Polizei durchsetzen kann.

Wie denn auch, wenn sich Parteien wie DIE LINKE oder die GRÜNEN hinter einer falschen Toleranz verstecken und sich auf ihren Bundesparteitag nur mit der AfD beschäftigen oder durch Tortenwürfe von sogenannten Antifaschisten gegen ihre eigenen Führungspersonlichkeiten glänzen?

(Beifall bei der AfD)

Keiner von Ihnen vertritt hier die eigenen Werte und Traditionen, und keiner von Ihnen zeigt, wo er im Konfliktfall hingehört. Wir brauchen uns dann nicht zu wundern, wenn uns diese Straftäter mit unseren eigenen Gesetzen auf der Nase herumtanzen. So können Sie einer kulturellen Minderheit keine Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte oder Gesetzssysteme nahe bringen.

Im Sinne Ihrer naiven Antidiskriminierungsauslegung, werte LINKE und werte GRÜNE, hat sich dann wohl eher die deutsche Bevölkerung anzupassen. Das ist mit uns, der AfD, aber nicht zu machen. Das sage ich Ihnen hier ganz klar und deutlich.

(Beifall bei der AfD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Mit Ihnen wollen wir auch gar nichts machen!)

Abschließend möchte ich Ihnen noch ein Zitat aus der „Welt“ von Februar 2016 bringen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: So etwas dürfen Sie doch gar nicht lesen! Alles Lügenpresse!)

Darin kann man lesen:

„Nordafrikaner an 43 % der Straftaten von Zuwanderern beteiligt. Tunesier auffällig, Syrer unauffällig.“

Herr Ulbig von der CDU, Innenminister aus Sachsen, macht deutlich, bei Asylbewerbern sind die Straftaten kein regionales Problem. Das BKA kommt zusätzlich zu den Zahlen auf Bundesebene zu einem ähnlichen Urteil. Darum spreche ich auch gerade Sie, Herr Innenminister, an.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Kirchner.

**Oliver Kirchner (AfD):**

Ich weiß.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ihre Zeit ist abgelaufen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

**Oliver Kirchner (AfD):**

Der letzte Satz.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich habe Ihnen schon die üblichen 30 Sekunden zusätzlich gegeben. Kommen Sie zum Ende.

**Oliver Kirchner (AfD):**

Überdenken Sie Ihre Koalitionsentscheidung und stimmen Sie in Richtung Bundesrat mit einem Ja zu diesen Staaten als sichere Herkunftsländer für die Sicherheit in unserem Land. Ich hoffe, dass auch die Würde der unzähligen Opfer unantastbar ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Okay. Der Kollege Striegel hat eine Nachfrage bzw. will intervenieren. - Bitte, Herr Kollege Striegel, Sie haben das Wort.

**Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Herr Kirchner, Sie haben jetzt viel über die Kriminalität oder vermeintliche Kriminalität von Menschen aus den Maghreb-Staaten gesprochen. Meine Frage wäre: Würden Sie sozusagen auch

dem Schluss zustimmen, dass die Kriminalitätsrate unter AfD-Kandidaten in Magdeburg einen Rückschluss auf die gesamte Partei zulässt?

(Heiterkeit und Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

**Oliver Kirchner (AfD):**

Sehen Sie, genau das ist das Problem, Herr Striegel. Ich werde diese Frage natürlich nicht beantworten, weil ich mich nicht mit Ihnen gleichsetze und hier nicht ideologisch und propagandistisch handele,

(Beifall bei der AfD - Widerspruch bei den GRÜNEN)

sondern weil ich hier normale Fakten nenne und keine „Volksstimme“-Geschichten, die nicht der Wahrheit entsprechen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das ist eine Unverschämtheit! Das kann doch nicht wahr sein!)

- Das ist überhaupt nicht unverschämt! Das hat der Vorredner gerade auch gesagt. Er hat gesagt, ich bin jetzt fertig mit meiner Rede und das war's. Genau das tue ich jetzt auch, junge Frau.

(Rüdiger Erben, SPD: Ist doch gut!)

- So ist es.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Striegel, Sie hätten noch einmal das Wort.

**Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Niemand kann Sie zwingen zu antworten, aber man kann zumindest die Inkonsistenz in Ihrer Argumentation aufzeigen. - Herzlichen Dank.

**Oliver Kirchner (AfD):**

Ja, über Substanz kann man sprechen. Diese sieht man bei Ihnen leider nicht.

(Beifall bei der AfD - Unruhe)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Heuer, Sie haben das Wort.

**Guido Heuer (CDU):**

Sehr geehrter Herr Kollege von der AfD, ich habe eine Frage. Ich bin für die Erklärung der Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten. Ich werde mich aber heute gegen Ihren Antrag entscheiden. Ich sage Ihnen auch, warum: Sie fordern ein, dass wir anerkennen, dass Sie keine Rassisten und keine Volksverhetzer sind. Solange ein Mitglied Ihrer Fraktion, Herr Dr. Tillschneider, bei Pegida

redet, bei der ein führendes Mitglied zu einer Geldstrafe verurteilt worden ist -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nicht nur einer!)

wenn Sie beweisen wollen, dass Sie keine Volksverhetzer sind, dann erklären Sie sich zur Distanz zu Pegida. Die Frage ist: Werden Sie das tun und das auch öffentlich erklären als AfD Sachsen-Anhalt?

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

**Oliver Kirchner (AfD):**

Ich möchte nur ganz kurz darauf antworten. Solange hier Bundestagsmitglieder der GRÜNEN hinter dem schwarzen Block hinterherrennen, die „Deutschland verrecke“ rufen, brauchen wir über Volksverhetzung auf dieser Seite nicht zu sprechen.

(Beifall bei der AfD - Widerspruch bei den GRÜNEN - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Wer hat das wann gesagt?)

Propaganda betreiben nicht wir! Das betreiben diese Leute auf dieser Seite!

(Oliver Kirchner, AfD, weist auf die linke Seite des Plenarsaals - Beifall bei der AfD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Wer hat das gemacht? - Cornelia Lüddemann, GRÜNE, meldet sich zu Wort)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Frau Lüddemann, ist das eine Intervention oder sprechen Sie als Fraktionsvorsitzende?

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Als Fraktionsvorsitzende.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Als Fraktionsvorsitzende. Dann würde ich Sie bitten, nach vorn zu kommen, damit wir nicht durcheinander kommen.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Auch das mache ich sehr gern. Es trägt ja zur Belebung bei.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie haben das Wort.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Es ist eigentlich eine ganz kurze Zwischenintervention. Ich würde Sie öffentlich auffordern, Herr Kirchner, dass Sie uns den Namen des Bundes-

tagsabgeordneten der GRÜNEN nennen, den Sie hier angegeben haben, der diese Äußerung angeblich getan haben soll, den Ort und die Zeit.

(Oliver Kirchner, AfD: Ich kann Ihnen Frau Roths Namen nennen!)

- Ich will darüber nicht diskutieren!

(Oliver Kirchner, AfD: Na, dann fangen Sie doch nicht an, wenn Sie nicht diskutieren wollen!)

Wenn Sie Gleichbehandlung einfordern, dann fordere ich das auch für uns ein. Das ist dann nämlich eine Straftat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fordere Sie öffentlich auf und distanzieren mich von diesen Aktionen.

(Oliver Kirchner, AfD: Diskutieren oder nicht diskutieren, das ist Ihre Entscheidung! So einfach ist das! - Swen Knöchel, DIE LINKE: Verleumdungen sind nicht zulässig, auch in diesem Haus! - Oliver Kirchner, AfD: Das habe ich vorhin schon anderes gehört, junger Mann!)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Gut. Jetzt sind wir am Ende der Debatte angelangt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag in der Drs. 7/72. Ich habe keine Überweisungswünsche gehört. Deswegen stimmen wir über den Antrag in der Sache ab. Wer dem Antrag in der Drs. 7/72 zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Damit stelle ich fest, dass bei Zustimmung der Mitglieder der AfD-Fraktion und bei Gegenstimmen aller anderen vier Fraktionen, die im Landtag vertreten sind, dieser Antrag abgelehnt worden ist. Damit beenden wir den Tagesordnungspunkt 4.

Wir kommen zu

#### **Tagesordnungspunkt 5**

Beratung

#### **Rassismus ächten - Solidarität mit allen von rechter Hetze und Gewalt Betroffenen**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/57**

Änderungsantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/81**

Frau Quade, bevor ich Ihnen als Einbringerin das Wort erteile, möchte ich ganz herzlich die Damen und Herren der Hochschule Merseburg begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich will Ihnen gegenüber noch kurz einen Hinweis auf die Hausordnung geben. Es ist bei uns verboten, von der Tribüne, also als Zuschauer, in irgendeiner Art und Weise Meinungen durch Beifall, Buhrufe oder ähnliche Dinge zu bekunden. - Danke.

Frau Quade, Sie haben das Wort.

#### **Henriette Quade (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Die Zahl rechtsmotivierter Straftaten und insbesondere Gewalttaten hat sich im letzten Jahr mehr als verdoppelt. Die mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt registrierte 217 rechte Angriffe. Für das Jahr 2016 sind bereits 22 rechtsmotivierte und rassistische Angriffe festzustellen.

In besonderem Maße steigt dabei die Zahl der Angriffe und Straftaten, die sich gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer richten, und die Zahl der Angriffe auf Unterkünfte von Asylsuchenden oder auf Objekte, die eventuell eine solche Unterkunft werden könnten. Einrichtungen, die als Orte gelebter Willkommenskultur bekannt geworden sind, sind ebenso oft Opfer von Angriffen.

Die Angriffe sollen treffen. Sie sollen Schmerz zufügen. Sie sollen Angst machen. Sie sollen einschüchtern und Macht demonstrieren. Betroffen sind dabei immer die Einzelnen, gemeint aber sind alle, die in den Augen gewaltbereiter Neonazis keine Existenzberechtigung haben oder als politische Gegner identifiziert werden: tatsächliche und vermeintliche Migrantinnen; alle, die optisch nicht der deutschen Mehrheitsgesellschaft entsprechen; alle, die sich Neonazis und ihrer Ideologie aktiv in den Weg stellen, sei es bei Demonstrationen in Bündnissen gegen Rechts, sei es als engagierte Bürgermeister vor Ort oder sei es als Menschen, die in sozialen Netzwerken, analog wie digital, widersprechen, wenn gehetzt wird.

Die Angriffe werden nicht nur mehr, sie werden auch brutaler und sind gekennzeichnet von enthemmter Gewalt. Sie gehen einher mit einer Verrohung und dem bewussten oder unbewussten Überschreiten zivilisatorischer Grenzen in Online-Kommentaren, in eigens geschaffenen Hetzportalen und am Stammtisch. Beides gehört zusammen und verstärkt einander.

Die Zahl derer, die rechte Gewalttäter sind, steigt, aber natürlich sind sie gesamtgesellschaftlich betrachtet eine Minderheit. Doch Rassismus hat viele Gesichter: wenn Menschen, die als Ausländer wahrgenommen werden, prinzipiell geduzt werden; wenn pauschal Gewissheiten darüber verbreitet werden, wie sie so sind, welche Charaktereigenschaften, welche Kriminalitätsneigung, welchen Wertehorizont sie haben und was eigentlich ihr Ziel ist, wenn sie als Geflüchtete nach

Deutschland kommen, kurz: wenn Sie als eine homogene Gruppe betrachtet werden, die die angeblich ebenfalls homogene Gruppe des deutschen Volkes bedrohen würde; wenn Menschen, die arabisch oder afrikanisch aussehen, nicht in Diskos kommen, wenn sie bepöbelt werden und niemand eingreift; wenn gegen die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft mit der Behauptung mobilisiert wird, Kriminalität würde zwangsläufig steigen und ein Zusammenleben wäre wegen der kulturellen Unterschiede unmöglich.

Um auch das deutlich zu sagen: Es ist ziemlich egal, ob sich jemand selbst als Rassist versteht oder nicht. Es ist ziemlich egal, ob rassistisches Verhalten bewusst oder unbewusst geschieht und ob es aus ideologischer Haltung oder aus Unwissenheit heraus passiert, entscheidend ist der Effekt.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Hetze, Vorurteile und ihre Verbreitung, Diskriminierungen und Ausgrenzungen bilden den Resonanzrahmen für Gewalt. Sie bestärken diejenigen, die Gewalt aktiv ausüben. Sie verstärken die Wirkung von Gewalt, indem sie die Betroffenen zu den eigentlich Verantwortlichen machen.

Ich will an einige Ereignisse im Land erinnern:

In Halle wurden im April fünf junge Menschen, die sich als Punks verstehen, von zehn Männern nachts in ihrer eigenen Wohnung, in ihrem ur-eigensten Schutzraum, überfallen, geschlagen, mit brennenden Zigaretten malträtiert, mit einem Messer angegriffen und immer wieder als dumme Zecken beschimpft.

Ebenfalls in Halle am sogenannten Männertag bemerkt eine Gruppe von fünf bis sieben offensichtlich alkoholisierten Männern eine Kopftuch tragende Frau an einer Straßenbahnhaltestelle. Daraufhin schlägt einer der Unbekannten unvermittelt mit einer Bierflasche gegen die Scheibe des Wartehäuschens, hinter der die Frau mit ihrer Familie steht. Als die Gruppe weiterzieht, wirft eine Person aus dieser Gruppe aus ca. 10 m Entfernung einen Bierkrug in Richtung der Familie, der unmittelbar vor ihren Füßen zerschellt.

Als die Gruppe dann wenige Minuten später zwei Frauen bemerkt, von denen eine ebenfalls ein Kopftuch trägt, wirft einer aus der Gruppe gezielt einen Stein in Richtung der beiden. Er trifft eine Scheibe eines Haltestellenhäuschens direkt neben den Frauen. Die Scheibe geht zu Bruch. Dann kommt der Angreifer auf die verängstigten Frauen zu und ruft: „Jetzt machen die Ausländer auch noch die Scheiben kaputt!“

In Bernburg pöbelt ein offenbar angetrunkenener Mann in der Lindenstraße mehrere Passanten an.

Als er einen 20-jährigen syrischen Geflüchteten entdeckt, läuft er zielgerichtet auf ihn zu und schlägt und tritt unter rassistischen Beschimpfungen auf den Betroffenen ein. Erst als sein Opfer am Boden liegt, entfernt sich der Angreifer.

Im Januar dieses Jahres werden Journalisten während einer Demonstration der AfD auf dem Domplatz hier in Magdeburg aus der Menge heraus mit Pfefferspray angegriffen. Zwei Redakteure erlitten Augen-, Haut- und Atemwegsreizungen. Ein Sicherheitsmitarbeiter wurde verletzt. Die Polizei nahm einen 19-Jährigen fest, der zudem einen sogenannten Totschläger bei sich trug.

Auf dem Nachhauseweg von einem internationalen Koch- und Backfest ihrer Schule wird eine Gruppe jugendlicher Geflüchteter in Magdeburg an einer Bushaltestelle plötzlich rassistisch beschimpft. Dann kommen erst einer und kurz darauf drei weitere, mit Schlagstöcken bewaffnete Rechte auf die Schüler zu und schlagen auf einen 16- sowie einen 18-Jährigen ein.

In Gräfenhainichen wird immer wieder eine Unterkunft, die in Zukunft als Flüchtlingsunterkunft dienen soll, Ziel von Attacken, die sie unbewohnbar machen sollen.

Die Neonazi-Partei Der Dritte Weg verschickt Postkarten an Leute, die in ihren Augen nicht dem deutschen Volk angehören, mit der Aufforderung, Deutschland zu verlassen. Zu den Empfängern zählen die Synagogengemeinde in Halle, der Hallenser Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby und zahlreiche andere Menschen, die sich in den Augen der Rechten durch Hautfarbe, Religionsbekenntnis oder politische Positionierung zu sogenannten Volksfeinden gemacht haben.

In der Nacht zum Pfingstsonntag wurden in Bismark Hakenkreuze auf Hauswände und Gehwege gesprüht, ebenso Schmierereien, die sich gezielt gegen Menschen richten, die sich in Bismark für Flüchtlinge einsetzen, so zum Beispiel Bismarks Ortsbürgermeister Eduard Stapel und seine Stellvertreterin Ruth Rothe.

Auch das Zumauern eines Wahllokals für die Migrantenwahl in Halle am Tag vor der Wahl, zu dem sich die rechte Identitäre Bewegung bekannte, gehört zu den Einschüchterungsversuchen, mit denen Stimmung gerade auch im Wahlkampf gemacht werden sollte.

Warum dieser umfassende und dennoch nicht annähernd vollständige Blick auf die einzelnen Ereignisse? - Weil die Betroffenen noch immer viel zu oft allein bleiben. Gerade angesichts der neuen Situation hier im Parlament, gerade angesichts der Debatten, die wir auch am heutigen Tage schon erlebt haben, ist es aus der Sicht meiner Fraktion umso wichtiger, von dieser ersten inhaltlichen Sitzungsperiode des Landtags das

Signal der Solidarität mit allen Betroffenen rassistischer Gewalt, Bedrohung und Hetze ausgehen zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Weil die Argumentation oft ist „Nun seht doch, wie sehr die Verhältnisse durcheinandergeraten sind, so viel Gewalt; seht doch, wohin die Flüchtlingspolitik unser schönes Deutschland gebracht hat!“, will ich ganz deutlich sagen: Nein! Die Verantwortung für rechte Gewalt tragen nicht die Opfer. Verantwortlich sind die Täter. Mitverantwortlich sind diejenigen, die schweigen, die Angst schüren und die die Sündenböcke präsentieren, anstatt Lösungen zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Nadine Hampel, SPD)

Mitverantwortlich sind diejenigen, die das Wir gegen die angeblichen Fremden befeuern. Notwendiger denn je ist die Arbeit der mobilen Opferberatung und des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus. Ihre Arbeit muss endlich - das ist keineswegs eine neue Forderung - langfristig, dauerhaft und verlässlich finanziell abgesichert werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Notwendiger denn je ist der verlässliche Schutz von Unterkünften für Geflüchtete, von Begegnungszentren, von Personen und Institutionen, die sich selbst dezidiert antirassistisch und antifaschistisch positionieren. Die Arbeit der lokalen Bündnisse gegen Rechts, die vielfältige Arbeit von Unterstützungsinitiativen für Geflüchtete, die Arbeit aller, die aktiv für die Verteidigung demokratischer Werte eintreten und solidarisches Zusammenleben vor Ort organisieren, ist nicht hoch genug zu schätzen und sie muss stärker als bisher Unterstützung erfahren, und zwar von uns allen.

(Beifall bei der LINKEN)

Genau darum geht es in unserem Antrag. Genau das ist unsere Zielstellung. Am Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen erkenne ich, dass es für dieses Ansinnen grundsätzlich eine Mehrheit im Haus geben wird. Ich denke, das ist - die bisherigen Debatten haben es gezeigt - ein notwendiges und ein wichtiges Signal. Genau darum ging es uns. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herzlichen Dank, Frau Quade. - Bevor wir in die Debatte zu diesem Antrag einsteigen, erteile ich Herrn Minister Felgner das Wort. Bitte sehr.

#### **Jörg Felgner (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten 24 Stunden in diesem Hohen Haus ist der entschiedene Einsatz gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe für unser Land.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung von der Regierungsbank)

Ganz aktuell haben die Äußerungen des AfD-Vize Gauland gezeigt, wie unverblümt heutzutage rassistische Haltungen in der Öffentlichkeit vertreten werden. Erfreulich ist, dass die Bundeskanzlerin, der Deutsche Fußballbund und viele Bundespolitiker sofort auf diese offen rassistischen Äußerungen reagiert haben.

(Volker Olenicak, AfD: Die er nicht gesagt hat!)

Die Proteste und Mobilisierungen gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Sachsen-Anhalt zeigen, dass rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen.

Die stark ansteigenden rechten Gewalttaten gegenüber Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund sind ein alarmierendes Zeichen. Dieser ansteigende Trend bei der Gewalt gegen Flüchtlinge hat sich im laufenden Jahr 2016 nochmals verstärkt.

Rassistische Einstellungen und Bestrebungen, ob gewaltbereit oder nicht, richten sich gegen die Grundlagen des demokratischen Staates. Abgelehnt werden zentrale Werte wie Menschenwürde, Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit.

Sehr geehrte Damen und Herren! Rechtsextreme schüren mit ihren Parolen und Sprüchen gegen Fremde, gegen Muslime und sogenannte Sozialchamarotzer Ängste vor Flüchtlingen. Sie versuchen damit an vorhandene Ressentiments anzuknüpfen und diese in Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte münden zu lassen.

(Zuruf von Nadine Hampel, SPD)

Mit den Aktivitäten der extremen Rechten haben die Proteste gegen Unterkünfte stark zugenommen. Auffällig ist aber auch, dass ca. ein Drittel der Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte von bisher unauffälligen Bürgern verübt wird, die keiner rechtsextremen Organisation angehören.

Angriffe auf Flüchtlinge sind entschieden zu verurteilen. Menschen, die aus ihrer Heimat geflohen sind und in Deutschland Schutz suchen, können

zu Recht erwarten, dass sie sicher untergebracht werden.

Mit dem Schutz für Flüchtlinge und der Flüchtlingsarbeit ehrenamtlich Engagierter greifen die beiden vorliegenden Anträge einen wichtigen Punkt auf. Mit den rechtsextremen und rassistisch motivierten Angriffen zeigen die Gewalttäter deutlich, dass ihnen das Recht auf Leben und die körperliche Unversehrtheit gleichgültig sind. Eine konsequente strafrechtliche Verfolgung dieser Taten muss eine vordringliche Aufgabe des Landes sein.

Die Gesellschaft ist bei der Flüchtlingsfrage gespalten: Ressentiments und Abwehr bis hin zu gewalttätigen Übergriffen einerseits und ein großes Engagement von Willkommensinitiativen zur Unterstützung der Flüchtlinge andererseits. Dieses freiwillige Engagement vor Ort ist nachhaltig zu unterstützen und zu fördern.

Sehr geehrte Damen und Herren! Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet das im Jahr 2012 gestartete Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit. Das Landesprogramm hat zur Aufgabe, die demokratische Kultur und die aktive Zivilgesellschaft weiterhin zu stärken, um Rechtsextremismus und Rechtspopulismus durch ein langfristiges gesamtgesellschaftliches Engagement zurückzudrängen. Diese Aufgabe muss gemeinsam von Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung geleistet werden.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass das genannte Landesprogramm in dieser Legislaturperiode fortgesetzt wird. Angelegt als Querschnittsaufgabe, zeichnet die gesamte Landesregierung verantwortlich für dieses Vorhaben. Eingebunden in die Fortschreibung werden die zivilgesellschaftlichen Initiativen und lokalen Bündnisse, um ihre Erfahrungen und Anliegen einbringen zu können. Dabei soll es ausgerichtet werden auf die bestehenden fremdenfeindlichen und demokratiekritischen Herausforderungen, die die gesamte Landesregierung konsequent umsetzen wird.

Für die Unterstützung seitens des Hohen Hauses möchte ich mich bei Ihnen auch im Namen meiner Kollegin Grimm-Benne bereits im Vorfeld bedanken. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke, Herr Kollege Felgner für die Landesregierung. - Wir steigen nun in die Debatte zu dem Antrag ein. Als Erster hat der Kollege Steppuhn von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

#### **Andreas Steppuhn (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es der Mehrheit der

Abgeordneten dieses Landtages geht; zumindest geht es mir so, dass ich bei meinem Debattenbeitrag nicht das ausblenden kann, was ich heute hier von AfD-Abgeordneten gehört habe.

Wenn wir in unserem Land und in Deutschland insgesamt feststellen, dass die Zahl rechtsextremer Straftaten deutlich ansteigt, dann ist es immer richtig, dass man solche Erklärungen als Parlament abgibt, wohl wissend, dass wir vielleicht bei den Formulierungen nicht ganz dem folgen können, was die LINKEN in ihrem Antrag geschrieben haben. Aber ich glaube, es ist grundsätzlich richtig, dass sich dieser Landtag, wie schon des Öfteren geschehen, gegen rechtsextreme Gewalt positioniert.

Ich glaube - das ist meine tiefste Überzeugung -, dass rechte Hetze und rassistische Parolen auch etwas damit zu tun haben, dass die Anzahl von rechtsextremen Straftaten bei uns steigt. Diese Zusammenhänge liegen auf dem Tisch. Daher frage ich mich schon, auch aufgrund der heutigen Debattenbeiträge der Vertreter der AfD, wie das außerhalb unseres Landes wahrgenommen wird, wie es bei den Menschen wahrgenommen wird.

Ich glaube, die Debattenbeiträge, die wir heute zum Teil von Ihnen gehört haben, schaden unserem Land, schaden dem Ansehen von Sachsen-Anhalt. Ich hoffe, dass es nicht nur hier im Landtag gelingt, zu einer anderen Debattenkultur zu kommen, sondern dass wir es auch gemeinsam in diesem Parlament schaffen, vielleicht die eine oder andere Begrifflichkeit zu klären.

Herr Tillschneider, ich war vorhin mit Ihrer Antwort nicht zufrieden, wie Sie den Begriff „Rassismus“ für sich definiert haben. Ich glaube, es ist Aufgabe eines Parlamentes, diesen Begriff zu klären. Denn ich glaube, es gibt eine Mehrheit im Land, die das vollkommen anders sieht, als Sie es vorgetragen haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte es noch einmal erwähnen; dazu hatte ich gestern bereits Gelegenheit. Ich kann Herrn Keindorf auch als Kronzeugen aufrufen. Wir waren am Samstag gemeinsam bei der Handwerkskammer. Dort war Herr Holtemöller, ein Wissenschaftler aus Halle anwesend. Er hat uns sehr deutlich gesagt, dass jede rechtsextreme Straftat, die begangen wird, die öffentlich wird und die über die Medien verbreitet wird, unserem Land Sachsen-Anhalt auch als Wirtschaftsstandort schadet.

(Nadine Hampel, SPD: Genau!)

Er, Holtemöller, hat uns zum Beispiel auch vermittelt, dass Menschen aus dem Ausland als Wissenschaftler oder auch als Arbeitnehmer nicht in unser Land kommen, weil wir solche Diskussio-

nen haben und weil sich rechtsextreme Straftaten herumsprechen.

(André Poggenburg, AfD: Richtig!)

Deshalb, glaube ich, tut diese Debatte, die Sie anzetteln, um vielleicht auch Ihre vermeintlichen Wähler zu befriedigen, unserem Land nicht gut.

Ich habe auch die Hoffnung, da wir noch nicht alle AfD-Abgeordneten reden gehört haben, dass das vielleicht einen Klärungsprozess auch auf Ihrer Seite bedeutet. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass mehr als 20 Abgeordnete der AfD den Parolen, die wir heute zum Teil gehört haben, so folgen können, wie sie hier vorgetragen wurden.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Mein Eindruck von heute ist, dass wir es im Parlament mit einer AfD zu tun haben, die in weiten Teilen Rassismus bedient, die auch Hetze betreibt. Deswegen glaube ich, ist es richtig, dass wir diese Debatte führen. Doppelt richtig ist es, dass wir diese Erklärung heute verabschieden und als Parlament im Land deutlich machen, dass wir eine gemeinsame Position haben, dass wir uns gegen rechtsextreme Straftaten wenden, dass wir uns gegen Hetze wenden und dass wir solidarisch mit denen sind, die aufgrund dieser Hetze Leid ertragen müssen. Es ist Aufgabe des Parlaments, sich an dieser Stelle zu positionieren. Das werden wir heute auch gemeinsam tun. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Abg. Steppuhn, der Abg. Herr Siegmund hat offensichtlich Fragebedarf. Wollen Sie eine Frage beantworten?

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Gern.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Das ist offensichtlich der Fall. - Dann hat der Kollege Siegmund das Wort. Bitte sehr.

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Sehr geehrter Abgeordnetenkollege, ich habe eine kurze Frage zu Ihrer wirtschaftspolitischen Aussage, dass uns das Ausland, so führten Sie es aus, im Moment sehr kritisch sehe. Ich frage mich: Haben Sie mal internationale Presse gelesen und haben Sie mal mit Unternehmern aus anderen Ländern gesprochen?

Ich habe beispielsweise mit Unternehmern aus China gesprochen und ich habe internationale

Presse gelesen. Ich sage Ihnen: Die Welt lacht sich gegenwärtig über uns kaputt.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das glaube ich! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Weil Sie aus dem Parlament rennen! - Zurufe von der LINKEN)

Die Welt fragt sich, was im Moment los ist, aber nicht wegen uns, sondern weil wir in einen suizidären Untergang wandern.

(Beifall bei der AfD)

Die Welt lacht sich über uns kaputt.

Meine Frage: Haben Sie sich selbst darüber informiert? Haben Sie internationale Presse gelesen? Oder haben Sie das nur dem Buschfunk entnommen, dass ausländische Unternehmer uns deswegen meiden? Wenn ja, bitte ich um Zahlen, wie viele konkrete Rückgänge wir im wirtschaftlichen Bereich aufgrund der AfD zu verzeichnen haben. Da bin ich gespannt. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie haben das Wort, Herr Steppuhn.

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Darauf will ich natürlich gern antworten. Ich glaube nicht, dass jemand über uns lacht,

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Doch.

**Andreas Steppuhn (SPD):**

sondern wir werden eher mit Sorge darüber betrachtet, was bei uns stattfindet.

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Nein, nein, die Presse lacht. Lesen Sie englische Medien.

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Das tue ich auch. Ich habe es gestern schon gesagt: Wenn Herr Poggenburg am Samstag bei der Handwerkskammer gewesen wäre,

(Matthias Büttner, AfD: Ach, die alte Leier!)

dann hätte er erfahren können, wie deutsche Unternehmer, die Arbeitskräfte brauchen, wie Wissenschaftler darüber denken, wenn es bei uns im Land überdurchschnittlich viele rechtsextreme Straftaten gibt, und dass aufgrund dessen Unternehmen hier keine Fachkräfte von woanders bekommen, dass Wissenschaftler ablehnen, in Sachsen-Anhalt zu arbeiten. Dabei habe ich nicht von Unternehmen gesprochen, die aus dem Aus-

land nicht hierher kommen; die gibt es auch. Aber ich glaube schon, dass das, was sich hinter rechtsextremen Straftaten verbirgt, etwas anderes ist als das, was Sie in der Diskussion verstanden haben.

Ich kann mir durchaus vorstellen - und darum geht es -, dass Menschen, die im Ausland wahrnehmen, dass ausländische Menschen, die zu uns kommen, hier in Angst leben müssen, bedroht werden, dann sagen: Ich komme nicht nach Sachsen-Anhalt. Ich glaube, das erklärt sich von selbst.

(Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Mir liegen jetzt insgesamt vier Wortmeldungen aus der AfD-Fraktion dazu vor.

(Jürgen Barth, SPD: Och, nö!)

Sie haben aber darüber hinaus auch noch die Möglichkeit, und zwar direkt im Anschluss an den Kollegen Herrn Steppuhn, zu reden. Ich werde jetzt einmal von meinem Recht Gebrauch machen, Dinge zuzulassen oder nicht zuzulassen. Zwei Wortmeldungen werde ich noch zulassen, und zwar zunächst die vom Kollegen Lehmann, der sich zuerst gemeldet hat. Ansonsten können Sie im Kollektiv sehen, wen ich dann noch drannehmen soll. Ich habe Wortmeldungen von Herrn Poggenburg, von Herrn Raue und von Herrn Farle. Wenn Sie sich selbst einigen, ist das okay; ansonsten sage ich, wer dann noch drankommt. - Bitte, Herr Lehmann.

**Mario Lehmann (AfD):**

Mit der Verurteilung von rassistischen Übergriffen sind wir uns, denke ich, alle einig. Das findet keiner von uns gut.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Dann können Sie dem Antrag ja zustimmen!)

Warum, Herr Steppuhn, höre ich von Ihrer Seite kein Statement zur Betrachtungsweise der strafrechtlichen Einteilung von Übergriffen? Das Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland verurteilt bzw. stellt unter Repressalien das Schmieren von Hakenkreuzen, die Volksverhetzung nach § 130 und Taten nach § 86a. Warum höre ich von Ihnen keine Distanzierung zu linken Schmierereien bei unliebsamen politischen Gegnern?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Haben Sie den Antrag gelesen?)

Das ist einfach eine schlichte Sachbeschädigung nach § 303, ein Antragsdelikt, bei dem in der Regel das öffentliche Interesse von der Staatsanwaltschaft nicht so bekundet wird. Hier wird doch mit zweierlei Maß gemessen. Hierzu hätte

ich gern Ihre Meinung gehört. Für mich sind das beides - -

Den Opfern ist es egal. Wenn sie früh hinaus schauen und sehen, ihre Fassade ist beschmiert, ihre Scheibe ist eingeworfen, ihr Auto ist angezündet - - Ob der Täter dabei „Sieg Heil!“ gerufen hat oder „Antifaschistische Front!“, das ist dem Opfer völlig egal. Hierzu vermisse ich von Ihnen ein Statement. Wie stehen Sie dazu?

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Grundsätzlich sind natürlich alle Straftaten zu verurteilen. Gesetze sind einzuhalten, das steht außer Frage.

(Zustimmung bei der AfD)

Wir haben es heute mit einem Antrag zu tun, der den Grund hat, dass die Anzahl der rechtsextremen Straftaten in Deutschland, aber auch in Sachsen-Anhalt stark ansteigt, und zwar stärker, als das in anderen Bereichen der Fall ist.

**Mario Lehmann (AfD):**

Nein. Linke werden nicht erfasst.

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Wir können ja den Innenminister einmal darüber berichten lassen, wie denn das Maß der Straftaten in den jeweiligen Bereichen ist.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Hat er schon getan!)

Dann führen wir, glaube ich, eine ganz andere Debatte.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das hat er schon, das hat die AfD nur nicht gelesen!  
- Lydia Funke, AfD: Nee, nee!)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich habe gesagt, ein Kollege von der AfD kann noch nachfragen. Herr Farle ist der Einzige, der sich noch meldet. Sie haben das Wort.

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Also, Herr Farle, ich hätte Ihnen gern einmal die Frage gestellt: Wie kommt man denn von der DKP im Ruhrgebiet zur AfD?

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Kollege Steppuhn, Sie dürfen auf die Frage oder die Bemerkung von Herrn Farle reagieren, aber Sie dürfen nicht vorher reagieren.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Das war keine Reaktion, sondern eine Aktion! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das würde mich aber auch interessieren!)

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Ach so, alles klar.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Farle, Sie haben jetzt das Wort.

(Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN)

**Robert Farle (AfD):**

Ich kündige Ihnen an, dass ich irgendwann sicherlich darauf antworten werde. Aber ich möchte mein Fragerecht hier nicht missbrauchen.

Ich möchte Sie eigentlich nur eines fragen. Ich gehe einmal davon aus, Sie meinen Ihr Engagement und Ihre Worte ehrlich. Davon gehe ich aus.

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Ja.

**Robert Farle (AfD):**

Dann bin ich der Meinung, wir sollten im weiteren Verlauf der Arbeit dieses Parlaments tatsächlich einmal sachlich klären, wie viele Straftaten es auf der rechten Seite gibt und wie viele Straftaten es auf der linken Seite gibt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist politisch motivierte Kriminalität! - Weitere Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN)

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Das steht fest.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Im Bericht politisch motivierte Kriminalität!)

**Robert Farle (AfD):**

Bitte seien Sie ein bisschen friedlich und hören Sie einfach zu. - Wir sollten aufarbeiten, welche Straftaten es auf der rechten und welche es auf der linken Seite gibt, welche sich lediglich in verbalen Entgleisungen bewegen und welche tatsächlich Straftaten mit Angriffen auf Leib und Leben oder Sachwerte betreffen.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Ich möchte Sie einfach nur fragen: Sind Ihnen diesbezügliche Analysen aus dem Staat Sachsen bekannt, die nämlich ergeben haben, dass der Anstieg der Straftaten auf der rechtsextremen

Seite in etwa dem Anstieg der Straftaten auf der linksextremen Seite entspricht?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist nicht zutreffend!)

Und ich möchte nicht verschweigen: Wir sind Gegner - -

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Farle, 120 Sekunden sind 120 Sekunden.

**Robert Farle (AfD):**

Gut, okay.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich habe jetzt drei Minuten bei Ihnen zugelassen. Die Frage ist, glaube ich, angekommen.

**Robert Farle (AfD):**

Gut, die Frage ist angekommen. - Ich bedanke mich.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Steppuhn, Sie haben die Möglichkeit zu antworten.

**Andreas Steppuhn (SPD):**

Die Zahlen aus Sachsen sind mir nicht bekannt. Wir haben aber Zahlen, die in Sachsen-Anhalt erhoben worden sind. Das kann man sicherlich noch einmal aktualisieren. Ich schlage vor - Sie stellen ja demnächst den Vorsitzenden des Innenausschusses -, dass der Innenminister dort einmal berichtet. Dann haben Sie aktuelle Zahlen.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Dann würde ich das an dieser Stelle beenden. - Der Herr Kollege Tillschneider hat das Wort als Vertreter der AfD-Fraktion. Bitte sehr.

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion der Linkspartei spricht sich gegen Rassismus aus. Schön und gut. Das tun wir auch.

(Lachen bei der LINKEN)

Rassismus - ich bleibe dabei -, die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, hat in der AfD nichts verloren.

(Beifall bei der AfD)

In diesem Grundsatz wären wir sogar mit Ihnen einig. Aber das war es dann auch schon mit der Einigkeit. Ihnen geht es nämlich gar nicht um die Auseinandersetzung mit echtem Rassismus. In

Wahrheit nutzen Sie den Kampf gegen Rassismus nur als billigen Vorwand, um legitime patriotische Positionen zu diskreditieren, zu kriminalisieren und letztlich auch, um Gewalt gegen patriotische Bürger zu legitimieren.

(Beifall bei der AfD)

Nach Ihren Angaben soll es im letzten Jahr in Sachsen-Anhalt 217 sogenannte rechtsmotivierte Angriffe gegeben haben. Als Beispiel dafür, was Sie unter rechtsmotivierten Angriffen verstehen, erwähnen Sie unter anderem eine Aktion der Identitären Bewegung in Halle,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Mit der kennen Sie sich ja gut aus!)

bei der im März ein für eine Probewahl für Migranten vorgesehenes Wahllokal angeblich zugemauert wurde.

Wissen Sie, es hat gute Gründe, weshalb Ausländer kein Wahlrecht genießen und weshalb nicht jeder sofort eingebürgert wird. Die Probewahl stellt eben dies infrage und kann damit als Angriff auf unsere Staatlichkeit gewertet werden.

(Katrin Budde, SPD: Hört, hört! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie rechtfertigen Gewalt! Das ist unglaublich!)

Die Identitäre Bewegung wiederum wollte ein Zeichen dagegen setzen und hat deshalb vor einem Lokal dieser sogenannten Probewahl eine symbolische Mauer errichtet, die sich ohne Sachschaden und ohne größeren Aufwand wieder abbauen ließ. Das ist weder eine Straftat noch ist das Rassismus.

(Zurufe von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Birke Bull, DIE LINKE)

Das ist schlimmstenfalls eine Ordnungswidrigkeit, aber abgesehen davon: gewaltfreier und fantasievoller Protest.

(Beifall bei der AfD)

Und eben diesen legitimen Protest gegen Ihre linke Politik wollen Sie mundtot machen. Sie schildern in Ihrer Antragsbegründung ferner einen Überfall auf eine Wohngemeinschaft, der selbstverständlich zu missbilligen ist. In einem Atemzug aber sprechen Sie dann davon, dass - ich zitiere aus Ihrem Antrag - autoritäre Antworten auf komplexe Fragen geliefert werden und eine Vielzahl von Wählerinnen und Wählern diese Antworten präferiert.

Sie bringen also die AfD zwischen den Zeilen in Verbindung mit einer Schlägertruppe.

(Zustimmung von Swen Knöchel, DIE LINKE - Sebastian Striegel, GRÜNE: Wer trifft sich denn mit den Identitären?)

Sie stellen nebeneinander, was nicht nebeneinander gehört, und erwecken so den Eindruck einer Gemeinsamkeit, wo keine ist. Das ist eine Frechheit!

(Beifall bei der AfD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Sie betreiben geistige Brandstiftung!)

Wir lehnen Gewalt und Rechtsbruch zur Durchsetzung politischer Ziele prinzipiell ab - im Gegensatz zu Ihnen. Ich möchte jetzt nicht von den unzähligen rechtswidrigen Sitzblockaden anfangen, an denen sich prominente Vertreter Ihrer Partei beteiligt haben.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Gucken Sie in die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts!)

Ich möchte nicht die unzähligen Sachbeschädigungen, Pöbeleien und tätlichen Angriffe auf uns erwähnen, für die Sie noch nie ein Wort der Missbilligung übrig hatten. Ich möchte einfach nur auf einen Artikel hinweisen, der am 24. Mai im „Neuen Deutschland“ erschienen ist. Unter dem Titel „Gewalt gegen Nazis wirkt“ durfte ein gewisser Horst Schöppner dort ein schamloses Plädoyer für Gewalt veröffentlichen, Gewalt gegen jeden, bei dem es sich aus seiner Sicht um einen Nazi handelt. Ich zitiere aus dieser hochgradig obszönen Schrift:

(Lachen bei der SPD und bei der LINKEN)

„Was wäre, wenn plötzlich einmal tausend Antifas eine Pegida-Demo stürmen würden? [...] Würde der Hass speiende Kleinbürger noch immer große Reden schwingen? Würde er im Angesicht einer antifaschistischen Faust noch immer hemmungslos gegen Minderheiten hetzen? Oder würde er reflexartig die Fresse halten, den Schwanz einziehen und nach Hause kriechen?“

Diese Kostprobe mag genügen, sie bedarf keines Kommentars.

(Beifall bei der AfD)

Ich fordere die Fraktion der Linkspartei im Landtag von Sachsen-Anhalt auf, sich einmal unmissverständlicherweise von der linken realen Straßengewalt zu distanzieren. Ich fordere Sie auch auf, sich von der Gewaltpornografie Ihrer Parteipostille zu distanzieren.

(Beifall bei der AfD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Was?)

Nach einer kürzlich veröffentlichten Statistik des Bundesministeriums des Innern haben Linksextremisten im Jahr 2015 bundesweit sieben Tötungsdelikte, 1 354 Körperverletzungen sowie 106 Brandstiftungen begangen. Nehmen Sie das

endlich zur Kenntnis! Während Sie jedes linke Gewaltverbrechen als Widerstand gegen Rassismus rechtfertigen, sehen Sie in jeder noch so friedlichen patriotischen Protestaktion ein Gewaltverbrechen. Sie praktizieren einen unerträglichen Doppelstandard.

(Beifall bei der AfD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Sie reden Unfug!)

Was wir brauchen, das ist jedenfalls keine weitere Solidaritätserklärung mit linkem Fanatismus unter dem Deckmantel der Humanität. Was wir brauchen, das ist eine klare Absage an politisch motivierte Gewalt, ganz egal aus welcher Richtung sie kommt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Steht übrigens in unserem Antrag!)

Wir lehnen den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab und wir lehnen auch den erst gestern eingereichten Änderungsantrag der Afghanistan-Koalition ab.

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dieser Antrag erwähnt im letzten Absatz lobenswerterweise zwar auch die linke Gewalt, aber ansonsten ist es genau die gleiche Litanei wie Ihr Antrag.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Sie müssen schon richtig abschreiben! Wir sind hier nicht in Afghanistan!)

Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der AfD - Gabriele Brakebusch, CDU: Sie verwechseln was! In Afghanistan sind wir noch nicht! Sie hätten langsamer reden sollen, Sie haben die Namen verwechselt! - Zuruf von Birke Bull, DIE LINKE)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Gut. Ich habe keine Wortmeldungen gesehen, keine Nachfragen. - Dann können wir fortfahren in unserer Debatte. Ich rufe als nächsten Redner den Abgeordneten der Fraktion GRÜNE Herrn Striegel auf. Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Bevor Sie allerdings - Entschuldigung - das Wort haben, verweise ich anlässlich jüngster Dinge, die ich gesehen habe, auf § 17 Abs. 2 unserer Hausordnung. Danach erteilt ausschließlich der Präsident die Erlaubnis für Ton- und Bildaufnahmen aus dem Plenarsaal heraus. Diese habe ich nicht erteilt, deswegen möchte ich das auch nicht wieder sehen. Danke. - Herr Striegel, Sie haben das Wort.

#### **Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sprechen wir es doch einmal aus:

Deutschland, diese Bundesrepublik, hat ein Rassismusproblem, und zwar erkennbar nicht erst, seitdem ein verwirrter alter weißer Mann in einem Interview darüber konfabuliert, ob es nicht besser wäre, dürfte man seine Nachbarn irgendwie nach Hautfarbe selektieren.

(Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

Rassistische Ausgrenzung hat hierzulande Tradition. Seit Jahren zeigen Einstellungsuntersuchungen ein stabiles Potenzial von ungefähr 30 % rassistisch eingestellten Personen in Ostdeutschland. Ähnlich hoch ist der Anteil nur noch in Bayern. Zugleich machen diese Untersuchungen deutlich: Fremdenfeindliche Einstellungen ziehen sich durch alle Milieus und sozialen Schichtungen. Es ist also kein Privileg der Dummen.

Wo rassistische Einstellungen vorherrschen, ist rechte und rassistische Gewalt nicht weit. Mit den verbalen Ausfällen gegen geflüchtete Migrantinnen und andere als fremd markierte Personengruppen ging auch im letzten Jahr und im Jahr zuvor ein massiver Anstieg der Zahl rechter und rassistischer Gewalttaten einher. Kollegin Quade hat dazu ausgeführt.

Ich möchte nur sagen: Es gab hier mehr als 1 000 Angriffe gegen Unterkünfte von Geflüchteten im Jahr 2015. Es gab eine mehr als Verdopplung der Zahl rechter Gewaltstraftaten in Sachsen-Anhalt auf 217. Auch die PMK-Statistik - im Übrigen öffentlich einsehbar, werte Kollegen von der AfD - zeigt das und weist das aus, während linke Straftaten übrigens zurückgingen.

Es gibt immer mehr Angriffe und Anfeindungen gegen Personen und Bündnisse, die sich solidarisch mit Geflüchteten und ausgegrenzten Personen wie zum Beispiel Sinti und Roma zeigten. Verantwortung dafür tragen die Täter, ohne Zweifel, aber eben auch all die Menschen, die zu solchen Taten ermutigen und motivieren. Wer Resentiments schürt und Hass predigt, der macht sich mitschuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKE - Zustimmung bei der SPD)

Ich habe kein Verständnis für Hassprediger, egal ob sie in Parlamenten oder an anderen Orten unterwegs sind. Ich bin dankbar, dass die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande Position gegen Hass bezieht. Wir haben im vergangenen Jahr die größte Bürgerbewegung des Landes seit 1989 erlebt, die sich praktisch solidarisch mit denjenigen gezeigt hat, die neu in unser Land gekommen sind. Ich danke deshalb ganz besonders den Willkommensinitiativen und Bündnissen in unserem Land, ich danke den Wohlfahrtsorganisationen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKE - Zustimmung bei der SPD)

Ich danke den Kirchen und Religionsgemeinschaften,

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

die sich von dem einen oder anderen auch hier Hass gefallen lassen müssen. Ich danke den Tausenden, den wirklich Tausenden Einzelpersonen, die ihre Türen geöffnet und die Menschen willkommen geheißen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Und ich danke denjenigen, die in den letzten Monaten den praktischen Schutz von Einrichtungen zur Flüchtlingshilfe organisiert und gestemmt haben. Damit meine ich alle, von der Polizei über Sicherheitsunternehmen bis hin zur Antifa.

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen sehen sich in der Verantwortung, Rassismus zurückzudrängen. Wir wollen Sachsen-Anhalt zu einem Land machen, in dem nicht der Geburtsort oder die Hautfarbe über Zukunftschancen entscheidet. Unser Weg ist nicht die Spaltung der Bevölkerung in Deutsche und Fremde, sondern das gemeinsame Bauen an einer geteilten Zukunft.

Wir tauschen hier niemanden aus. Aber wir stellen uns der Aufgabe, in Sachsen-Anhalt gemeinsam an der Zukunft zu bauen mit Jenny, Mandy, Ronny, Robert und Michael, aber auch mit Hanan, Marwa, Dragan, Majid oder Mohammed.

(Zuruf von der AfD: Basti!)

Ausgrenzung und Rassismus machen dieses gemeinsame Bauen an der Zukunft unmöglich. Deshalb werden wir jeden Rassismus entschieden bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Wir werden die Arbeit gegen Rechtsextremismus, rechte Gewalt und Rassismus weiter ausbauen und das Landesprogramm fortentwickeln. Wir werden diejenigen personell stärken, die seit Jahren professionell und mit ungeheurem Einsatz die Opfer rechter Gewalt betreuen und die heute an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sind. Wir werden dafür sorgen, dass alle, die sich gegen rechte Gewalt und Rassismus engagieren, gute Beratung und Unterstützung angeboten bekommen.

Wir wollen einen detaillierteren Blick auf die Herausforderungen für Demokratie erlangen und werden deshalb den Sachsen-Anhalt-Monitor ausbauen hin zu einer echten Einstellungsuntersuchung. Wir tragen Sorge für den Schutz aller, die wegen ihres antirassistischen Engagements bedroht werden. Wir werden konsequent gegen diejenigen vorgehen, die ihrem Hass auch mit Straftaten Ausdruck verleihen.

Ich bin deshalb froh, dass in den letzten Wochen in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus einige rechte Hetzplattformen den Betrieb einstellen mussten. Dass Sachsen-Anhalts Polizei demnächst auch im Netz auf Streife geht, wird vielleicht nicht jeder im Raum gut finden. Ich finde es ausdrücklich gut; denn wir müssen auch mit staatlichen Mitteln gegen Rassismus vorgehen. Wenngleich ich auch sage: Rassismus ist ein gesellschaftliches Problem und deswegen reicht nur staatliches Handeln nicht aus.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir müssen als Teil der weißen Mehrheitsgesellschaft deshalb auch unser eigenes Handeln hinterfragen und weiße Privilegien diskutieren. Ich wünsche mir, dass es uns in den kommenden fünf Jahren gelingt, Sachsen-Anhalts Verwaltung interkulturell zu öffnen und vielfältiger aufzustellen. Das wäre dann ebenfalls ein wichtiger Schritt zu Bekämpfung von Rassismus auch in unserem eigenen Land.

Wir werden dem Antrag der LINKEN mit einer Änderung zustimmen. Ich bin froh und dankbar, dass er ins Plenum gekommen ist; denn ich denke, es ist ein wichtiges Signal, und ich weiß, dass das entsprechend von allen Fraktionen getragen wird. Wir haben einen Änderungsantrag, dem dann geänderten Antrag stimmen wir zu.

(Gabriele Brakebusch, CDU: Unserem Änderungsantrag!)

- Ja. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unserem Änderungsantrag stimmen wir zu und dem dann geänderten Antrag werden wir zustimmen. Genau. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Striegel, es gibt erwartungsgemäß mehrere Wortmeldungen. Dann beginnen wir einmal. Ich nenne folgende Reihenfolge - so wurde es mir angesagt -: Herr Poggenburg, Herr Schmidt, Herr Lehmann, Herr Tillschneider. Ich würde sagen, wir nehmen eine Begrenzung auf drei Fragesteller vor.

Ich nehme Herrn Poggenburg als Ersten dran und dann Herrn Schmidt. Danach überlegen Sie, wer dann noch an die Reihe kommen soll. - Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

#### **André Poggenburg (AfD):**

Jawohl. Ich danke sehr. - Ich nehme einmal an, dass das Thema dem Abg. Striegel jetzt sehr unangenehm sein wird. Aber ja, auch die AfD ist tatsächlich gegen Hass - stimmt Ihnen also zu - und auch gegen tatsächlichen Rassismus. Es ist nur die Frage - wir haben das vorhin im Plenum

bemerkt -, es gibt zur Definition dieses Begriffes scheinbar - das war mir überhaupt nicht bewusst - völlig andere Ansichten.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Ja! - Unruhe)

Wenn ich jetzt einmal den Duden aufschlage, nur beispielsweise, dann habe ich dort zwei Punkte, zwei Definitionen. Da steht zweimal drinne:

(Rüdiger Erben, SPD: Drinne!)

biologische Merkmale. Es tut mir leid.

Jetzt ist die Frage, die ich gleich an Sie richte: Stimmt diese Definition laut Duden dann nicht? - Das ist meine erste Frage.

Dann noch eine Erkenntnis für uns: Wenn wir über einen Antrag abstimmen sollen und noch nicht einmal die Begriffsdefinition im Plenum geklärt ist, dann können wir natürlich als AfD beim besten Willen nicht dafür stimmen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD: Bei Ihnen nicht!)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Jetzt sind schon drei Minuten herum, und Herr Striegel hat die Chance, zu antworten.

#### **Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Herr Poggenburg, die Verantwortung für die intellektuellen Fähigkeiten von Mitgliedern des Hauses liegt nun nicht bei anderen Fraktionen. Die Begriffsklärung für sich selbst müssen Sie auch selbst vornehmen. Aber ich will Ihnen etwas sagen: Es gibt unterschiedliche Rassismus-Definitionen. Sie können eine biologistische nutzen, Sie können aber auch Definitionen nutzen, die aus der Soziologie, aus der Politikwissenschaft usw. kommen. Dabei kann sich jeder frei entscheiden.

#### **André Poggenburg (AfD):**

Da ist klar, was dann alles darunter fällt.

#### **Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Ich bin Politikwissenschaftler. Im Übrigen bin ich geprägt davon, dass ich mich in meinem Leben schon ein Stück mit Konzepten von Critical Whiteness auseinandergesetzt habe. Ich empfehle Ihnen diesbezüglich gern das eine oder andere Seminar. Vielleicht sorgt das auch bei Ihnen für ein Umdenken. - Herzlichen Dank.

(Zuruf von der AfD)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

#### **Jan Schmidt (AfD):**

Herr Striegel, ich habe zwei Fragen, und zwar erstens: Wie können Sie gegen Ausgrenzung sein, wenn jeder, der nicht Ihre politische Meinung vertritt, von Ihnen gleich als Rassist bezeichnet wird? - Das ist die erste Frage.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Die zweite Frage. Ich werde mich sicherlich bei Ihrer Rede eben verhöhrt haben. Aber haben Sie wirklich der Antifa gedankt, die mir meine Autoreifen im Wahlkampf zerstoßen hat und sicherlich einigen anderen unserer Abgeordneten Schaden zugefügt hat? Haben Sie denen gerade gedankt? - Das ist linksextreme Gewalt.

(Beifall bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Die mein Haus verwüstet hat! Meinen Hund umgebracht hat!)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Striegel, Sie haben das Wort.

#### **Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Fangen wir einmal von hinten an. Ja, ich habe der Antifa gedankt. Aber ich weiß nicht, ob die Ihre Autoreifen zerstoßen hat. Dazu kann ich nichts sagen, sondern ich kann nur sagen, ich lehne Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab.

(Zuruf von der AfD: Das tun wir auch!)

Ich glaube aber, dass es wichtig ist, in diesem Land klar antifaschistische Position zu beziehen und Pogrome zu verhindern, bevor sie entstehen. Ich bin dankbar, dass es antifaschistische Initiativen seit den 90er-Jahren gegeben hat, die dafür gesorgt haben und sich zum Beispiel in Quedlinburg schützend vor Heime gestellt haben, damit diese von Nazis nicht angegriffen werden konnten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Beifall bei der LINKEN)

Zur Frage der politischen Unterschiede. Nein, nicht jeder, der mit mir im politischen Unterschied lebt, ist ein Rassist. Ich habe vor mir unter anderem die Fraktion der CDU, ich habe vor mir die Fraktion der SPD, vor mir die Fraktion der LINKEN. Mit allen weise ich nachhaltige, bisweilen heftige politische Unterschiede auf, und es würde mir im Regelfall nicht einfallen, sie als Rassisten zu bezeichnen.

Im Übrigen würde ich auch sozusagen nicht die AfD in ihrer Gesamtheit über alle Mitglieder hinweg als solche bezeichnen. Ich kann aber sagen, die Programmatik der AfD ist rassistisch und viele ihrer Mitglieder äußern sich rassistisch. Ich denke, das ist ohne Zweifel so. Darin bin

ich mir auch mit vielen Mitgliedern hier im Hause einig.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD - André Poggenburg, AfD: Nach welcher Definition?)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

So, jetzt hätte noch einer die Chance. Haben Sie sich geeinigt? - Gut, der Kollege Lehmann noch. Bitte.

**Mario Lehmann (AfD):**

Herr Striegel, als verfechtende Lichtgestalt und Kämpfer gegen Rassismus und gegen Faschismus möchte ich Sie fragen: Wie ist Ihre Position, wenn das Opfer von Rassismus Klaus, Dieter, Katrin und Inge heißt und als „deutsche Kartoffel“, „dumme deutsche Sau“, „deutsche Schlampe“ und weiß der Kuckuck was betitelt wird und dann Opfer einer Straftat wird? - Aus dieser Sparte möchte ich auch gern einmal eine Position von Ihnen hören.

**Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Opfer von Straftaten verdienen generell unsere Unterstützung, ganz unabhängig davon, welcher Hautfarbe, welcher Nation oder wie auch immer sie unterwegs sind.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Beifall bei der SPD)

Insofern hätten die auch Unterstützung verdient. Im Übrigen hoffe ich, dass der Rechtsstaat dabei keinen Unterschied macht, sondern fragt „Besteht ein Straftatbestand?“ und dann entsprechend das Verfahren eingehalten wird.

Ich kann sozusagen nicht erkennen, was das mit Lichtgestalten und Antifaschismus zu tun hat, sondern ich kann nur sagen: Ich hoffe, dass Opfern von Straftaten geholfen wird. Aber es ist deutlich erkennbar in diesem Land: In Sachsen-Anhalt haben wir ein massives Problem mit rechter Gewalt, und zwar nicht erst seit gestern, nicht erst seit vorgestern, sondern seit den 90er-Jahren.

Hier werden Menschen auf der Straße gejagt, hier werden Menschen auf der Straße von Nazis zusammengeschlagen, hier werden Menschen rassistisch beleidigt, und das ist ein Problem. Dagegen will diese Koalition ankämpfen. Dafür sind wir miteinander auch politisch am Start. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Dann hätten wir nunmehr die Chance, in der Debatte fortzufahren, und zwar mit der Vertreterin

der CDU-Fraktion, der Abg. Frau Gorr. Frau Gorr, bitte. Sie haben das Wort.

**Angela Gorr (CDU):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Selbstverständnis dieses Parlaments hat sich innerhalb kürzester Zeit verändert. Die Begriffe Toleranz, Respekt und Demokratieverständnis werden hinterfragt und inhaltlich neu definiert.

Dieses stellt uns alle vor neue und möglicherweise folgenreiche Herausforderungen für die nächsten fünf Jahre. Aus diesem Grund halte ich es als langjährige Vorsitzende des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung für wichtig, dass der Landtag von Sachsen-Anhalt noch vor der Sommerpause ein klares Bekenntnis gegenüber allen von Rassismus, Hetze, Bedrohung und Gewalt Betroffenen sowie den Opfern von politisch motivierter Kriminalität dazu abgibt, dass wir auf ihrer Seite stehen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Natürlich stehen wir auch auf der Seite aller anderen Opfer.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen in der Drs. 7/57 geht insbesondere in den hinzugefügten Punkten 3 und 6 über den ursprünglichen Antrag der LINKEN hinaus. Die Erweiterung des Sachsen-Anhalt-Monitors um eine Einstellungsuntersuchung zu Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist in den Kuratoriumssitzungen der Landeszentrale für politische Bildung schon mehrfach diskutiert worden und daher sinnvoll und notwendig.

Punkt 6 bezieht sich auf politisch motivierte Gewalt, insbesondere rechts und links motivierte Straftaten sowie auf Straftaten gegen den Staat und die Polizei. Dieses halten wir für besonders wichtig, da letztere nicht zuletzt die freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage stellen.

Die Punkte 1, 2 und 4 halte ich für selbstverständlich und gehe von daher gar nicht näher darauf ein.

Ich möchte abschließend eine Bemerkung des Ministerpräsidenten aus seiner heutigen Regierungserklärung aufgreifen und etwas abwandeln - ich zitiere -: Der Reifegrad der Gesellschaft zeigt sich darin, wie wir mit unseren Flüchtlingen umgehen.

Ich möchte formulieren: Der Reifegrad unseres Parlaments zeigt sich darin, wie wir miteinander umgehen.

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Beschluss des Landtages vom 3. März 2005 hin-

weisen, mit dem ein Netzwerk für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt gebildet werden sollte. Ich würde den Beschlusstext gern verlesen:

„Netzwerk für Demokratie und Toleranz

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in seiner 55. Sitzung folgenden Beschluss gefasst:

Politischer Extremismus jeder Couleur stellt eine Gefahr für unsere Gesellschaft dar. Dies zeigten zu Beginn dieses Jahres“

- des Jahres 2005 wohlgemerkt -

„vor allem Aktionen rechtsextremer Parteien.

Es bedarf einer Bündelung aller maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes, um ein möglichst breites zivilgesellschaftliches Fundament gegen Extremismus und Gewalt zu schaffen.

Der Landtag hält es für angemessen, dass der Ministerpräsident und der Präsident des Landtages die notwendigen Schritte zur Bildung eines Netzwerkes für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt einleiten. Der Landtag unterstützt dieses Engagement nach Kräften.“

Wie wir alle wissen, hat sich dieses Netzwerk inzwischen gegründet und bewährt. Mit Stand vom Februar 2016 sind dort ca. 300 Mitglieder vereint, darunter alle Landtagsfraktionen der zurückliegenden Wahlperiode.

Ich bitte um Zustimmung zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, möchte aber zuvor noch auf die internationale Definition des Rassismusbegriffs eingehen. Zitat: Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Abstammung sowie nationaler und ethnischer Herkunft. - Das ist Rassismus.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke, Frau Gorr. - Dann können wir in unserer Debatte fortfahren. Zum Ende der Debatte hat Frau Quade noch einmal das Wort. Frau Quade, bitte sehr.

#### **Henriette Quade (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich will tatsächlich nur auf einige Teilaspekte der Debatte und dessen, was hier gesagt bzw. gefragt wurde, ganz kurz noch einmal eingehen. Ich glaube tatsächlich, dass zumindest weitgehend bei vier Fraktionen Einigkeit herrscht, worüber man eigentlich spricht und was die Problemlage ist.

Ich meine, ich habe schon freundliche Worte zum Änderungsantrag verloren. Das wird sich in der Endabstimmung selbstverständlich widerspiegeln.

In der Tat, Frau Gorr, Sie haben recht, die Erweiterung um die Einstellungsuntersuchung im Sachsen-Anhalt-Monitor ist ein sehr wichtiger Punkt und ist eine wichtige Ergänzung für unseren Antrag, dem stimme ich auch sehr gern zu.

Es war von Zahlen die Rede, davon, ob diese eigentlich bekannt sind, und von rechts und links. Vielleicht ist das auch für die Öffentlichkeit von Interesse; denn der Einwand ist nicht so richtig originell, wenn man auffordert, sich gegen rechte Gewalt zu positionieren, dann doch bitte auch die linke in den Blick zu nehmen.

Für das Jahr 2015 lässt uns der Innenminister mit Stand vom März dieses Jahres wissen, dass es in Sachsen-Anhalt 230 linke Straftaten und 1 749 rechte Straftaten gegeben hat, davon 71 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten, 564 fremdenfeindliche Straftaten.

Es ist im Übrigen auch ein interessanter Teilbereich, wenn man sich die Straftaten sozusagen gegen den Staat anschaut. Gegen Polizistinnen und Polizisten liegen wir bei 91 links motivierten Straftaten und bei 198 rechts motivierten Straftaten. - Diese Nennung, weil in der Debatte mehrfach die Rede davon war, dass man erstmal die Zahlen haben müsse, um überhaupt einschätzen zu können, was hier wie ein Problem ist.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Zahlen relativieren einander nicht, sie relativieren sich nicht gegenseitig. Es ist selbstverständlich - so habe ich es auch immer verstanden -, dass sich zumindest vier Fraktionen hier im Hause darüber einig sind, dass Gewalt kein Mittel politischer Auseinandersetzung ist.

Herr Tillschneider, Sie haben tatsächlich diese Probewahl in Halle als einen Angriff auf unsere Staatlichkeit bezeichnet. Das finde ich bemerkenswert. Es ging niemals darum, in irgendeiner Weise zu simulieren, dass Menschen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, dann doch irgendwie ein Wahlrecht haben.

Es war eine Probewahl, die an einem anderen Tag als die eigentliche Wahl stattfand, an anderen Orten als in den regulären Wahllokalen, mit anderen Stimmzetteln. Sie diente dazu, zu erfassen, wie der politische Wille von hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist.

Sie machte zugleich darauf aufmerksam, dass es ein eklatantes Defizit ist, dass Menschen, die dauerhaft hier leben, zum großen Teil nicht abstimmen und über die Bedingungen ihres Lebens entscheiden können. Aber aus einer solchen Pro-

bewahl ernsthaft einen Angriff auf unsere Staatlichkeit zu machen, das kann ich nur als politische Paranoia bezeichnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen haben Sie uns am heutigen Tag tatsächlich ein eindrucksvolles Bild davon gegeben, welches Verhältnis Sie zu tragenden Elementen des demokratischen Rechtsstaats haben. Das wird deutlich, wenn ich einmal auf das Parlamentsverständnis, auf das Demokratieverständnis, auf den Bezug zu einer demokratischen Debattenkultur, zum Aushalten von Meinungen schaue, auch der Meinung, dass Ihr Antrag ein rassistischer ist.

Gleichwohl hat Sie niemand daran gehindert, ihn hier zu stellen. Es kann Sie niemand daran hindern. Es ist gut so, dass Sie niemand daran hindern kann; Sie sind frei gewählte Abgeordnete. Aber Sie müssen es aushalten, dass Sie hier kritisiert werden.

(Zurufe von der AfD)

Das ist der Punkt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herzlichen Dank, Frau Quade. - Ich habe einmal insgesamt eine Bitte. Wir befinden uns immer auf ganz dünnem Eis, wenn wir in irgendeiner Art und Weise in einer politischen Debatte biologische Befunde oder Krankheiten einbauen. Das ist immer ein ganz sensibles Thema. Ich bitte alle, eine Sensibilität dafür zu entwickeln, bei solchen Dingen doch eher zurückhaltend zu sein. - Frau Quade.

#### **Henriette Quade (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich möchte darauf hinweisen, dass ich ganz bewusst von politischer Paranoia gesprochen habe, weil ich es genau wie Sie für sehr wichtig halte, nicht mit pathologisierendem Sprachgebrauch im politischen Raum unterwegs zu sein.

Der Begriff der politischen Paranoia ist sehr wohl gesetzt und definiert und eben nicht als ein Krankheitsbild, das übertragen wird, sondern auf einen Zustand, einen Befund bzw. eine politische Einschätzung.

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Okay, Frau Quade. Sie haben gehört, ich habe eine Bitte geäußert. Es war kein Ordnungsruf. So möchte ich auch verstanden werden.

Dann fahren wir fort. Ich habe nicht den Wunsch auf Überweisung gehört. - Das scheint so zu sein.

Dann würde ich jetzt über die entsprechenden Anträge abstimmen lassen. Es liegen zwei Drucksachen vor. Die eine ist der Ursprungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Rassismus ächten - Solidarität mit allen von rechter Hetze und Gewalt Betroffenen“. Die andere ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wir werden zuerst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind die drei Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der Änderungsantrag angenommen worden.

Jetzt lasse ich über die Ursprungsdrucksache in der nunmehr geänderten Fassung abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Das ist das gleiche Abstimmungsverhältnis wie bei der vorhergehenden Abstimmung. Somit ist dieser Antrag in geänderter Fassung angenommen worden. Wir haben damit den Tagesordnungspunkt 5 beendet.

Es wird jetzt einen Wechsel bei der Sitzungsleitung geben und dann können wir weitermachen.

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich den Tagesordnungspunkt 6 aufrufe, möchte ich Sie über Folgendes informieren: Mir liegt ein Schreiben mit Datum vom heutigen Tage vor, mit dem Herr Landtagsvizepräsident Rausch mit sofortiger Wirkung seinen Rücktritt vom Amt des Vizepräsidenten erklärt. Im persönlichen Gespräch hat Herr Kollege Rausch mir gegenüber persönliche Gründe für den Rücktritt angegeben.

Ich rufe hiermit auf den

#### **Tagesordnungspunkt 6**

Erste Beratung

#### **Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**

Gesetzesentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/68**

Einbringer des Gesetzesentwurfs ist der Vorsitzende der Fraktion der CDU Abg. Herr Borgwardt. Herr Borgwardt, Sie haben das Wort. Bitte.

#### **Siegfried Borgwardt (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kommunen, Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Landkreise erfüllen eine Vielzahl von Aufgaben für die Bürger in Sachsen-

Anhalt. Damit sie die an sie gestellten Anforderungen auch bewältigen können, gewährt das Land Finanzausgleich über den kommunalen Finanzausgleich.

Gemäß Artikel 88 der Verfassung unseres Landes Sachsen-Anhalt hat das Land dafür Sorge zu tragen, die Kommunen mit den für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmitteln auszustatten. Die erste Koalition aus CDU, SPD und GRÜNEN in Deutschland hat sich viel vorgenommen, meine Damen und Herren.

Zu den wesentlichen Schwerpunkten unserer neuen einzigartigen Konstellation gehört die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen. Daher bringen wir heute den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes als einen ersten Schritt zur Stärkung unserer Kommunen auf den Weg.

Wir erreichen jetzt eine zusätzliche Zuweisung an die Kommunen in Höhe von 44 Millionen €. Dafür schaffen wir die sogenannten Benchmarks, also die Ländervergleiche ab. Außerdem stocken wir die für Tilgung vorgesehenen Beiträge bei der Bedarfsrechnung auf. Dadurch werden die kommunalen Konsolidierungsbemühungen besser gewürdigt werden, meine Damen und Herren.

Unser Ziel bleibt es, wie heute schon mehrfach erklärt worden ist, die kommunale Finanzkraft, wie vorgesehen, um 80 Millionen € zu stärken. Wir sind zuversichtlich, dass wir bzw. das zuständige Finanzministerium dies im Jahresverlauf, also im Haushaltsvollzug bewerkstelligen wird.

Eine zügige Beratung in den Fachausschüssen vorausgesetzt, kann das Gesetz nach der zweiten Lesung schnell verabschiedet werden. Die Änderung des FAG ist demnach ein echtes Sofortprogramm für die Kommunen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Es bleibt nur der erste Schritt; denn wir wollen das FAG grundlegend novellieren.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Nötig ist es!)

- Sie wissen aber auch, dass sich bisher schon viele daran versucht haben, Kollege Knöchel.  
- Dazu gehört es, die kommunale Aufgabenerfüllung nicht durch zusätzliche Standards zu belasten. Dazu gehört auch, die Förderung interkommunaler Kooperation und die Fortführung und Stärkung der Regionalisierungsmethoden beider EU-Strukturfonds zu beachten

Um auf das FAG selbst zurückzukommen: Wir müssen den seit dem Jahr 2010 in Sachsen-Anhalt eingeführten aufgabenbezogenen Finanzausgleich als eine verlässliche Grundlage für die

kommunale Finanzplanung weiterentwickeln. Wir wollen aber jetzt insbesondere auf eine neue Qualität von Planungssicherheit und Stabilität hinwirken.

Das FAG muss einfacher, verständlicher, anreizfreundlicher und insgesamt auskömmlicher werden. Daher wollen wir in einem weiteren Schritt unter anderem für die Jahre 2017 bis 2021 erstmals die Finanzausgleichsmasse festschreiben, und zwar auf einen Betrag von 1 628 000 000 €. Das heißt, die Zuweisungen an die Kommunen werden wiederum um 100 Millionen € angehoben.

Diese mehr als 1,6 Milliarden € für die kommenden Jahre sollen wie folgt aufgeteilt werden: 40 Millionen € für den Ausgleichsstock, 150 Millionen € für die Investitionskostenpauschale, für die Auftragspauschale, also für den übertragenen Wirkungskreis 23 % der Finanzausgleichsmasse sowie für Schlüsselzuweisungen und besondere Ergänzungszuweisungen, also für den eigenen Wirkungskreis, Mittel in Höhe des Restbetrags.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verteilung der Teilmassen auf die einzelnen kommunalen Gruppen soll auf der Grundlage der nach den jeweiligen proportionalen Anteilen des geltenden Finanzausgleichsgesetzes 2016 erfolgen.

Um den Weg freizumachen für die Stärkung der Kommunen, bitte ich Sie, meine Damen und Herren, um die Überweisung des Gesetzentwurfes zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Finanzen und zur Mitberatung in den Innenausschuss. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke schön, Herr Abg. Borgwardt. - Für die Landesregierung spricht Minister Herr Schröder. Bitte, Herr Minister, Sie haben das Wort.

#### **André Schröder (Minister der Finanzen):**

Danke, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Nur fünf Wochen nach meinem Amtsantritt habe ich die Freude, heute vor Ihnen reden zu dürfen zu einer Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, die von den Koalitionsfraktionen eingebracht worden ist.

(Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wer diese kurze Zeit würdigt und wer nur halbwegs weiß, wie herausfordernd manchmal gemeinsame Gesetzentwürfe sein können, zumal sie nun auch zwischen drei Partnern zu verhandeln sind, der wird bestätigen, dass die Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wirklich ein enorm wichtiges Anliegen dieser Koalition ist.

Der Ihnen heute vorliegende Gesetzentwurf ist der von uns versprochene sofortige Einstieg in die finanzielle Entlastung der Kommunen. Vorbehaltlich der Zustimmung durch das Hohe Haus sollen bereits im Herbst 44 Millionen € in das FAG fließen.

Das bedeutet eine Soforthilfe für unsere Kommunen noch vor der Verabschiedung der kompletten Novelle zum Finanzausgleichsgesetz, die im nächsten Jahr wirksam werden soll. Darauf hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion gerade hingewiesen.

Diese Sonderzuweisung in Höhe von 44 Millionen €, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht aus der Luft gegriffen. Sie ergibt sich aus zwei Änderungen, die wir im Finanzministerium durchgerechnet haben und die beide bereits im Koalitionsvertrag Nennung finden.

Zum einen wollen wir die Ländervergleiche - die Kämmerer in den Kommunen kennen das unter dem Begriff Benchmark - nicht mehr einrechnen.

Zum anderen werden wir die Sparbemühungen der Kommunen besser würdigen. Deshalb sollen die sogenannten Tilgungskostenzuschüsse bei der Berechnung der FAG-Mittel stärker berücksichtigt werden. Im Ergebnis dieser beiden Punkte kommen wir auf ein Plus von 44 Millionen €, die in den nächsten Monaten zur Auszahlung kommen sollen.

Jetzt kommt ein ungewöhnlicher Satz für einen Finanzminister, aber er ist ganz bewusst gewählt: Geld ist nicht alles.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Genauso wichtig ist mir auch eine deutlich bessere Kommunikation zwischen der Landesregierung und den Kommunen dieses Landes,

(Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

speziell auch zwischen dem Finanzministerium und den Kommunen. Deswegen sage ich heute auch noch einmal: Wir haben während der Koalitionsverhandlungen von einem Mehr für die Kommunen in Höhe von 80 Millionen € gesprochen. Wir haben dies in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, halten wir also an dem Ziel fest, die Kommunen um 80 Millionen € zu entlasten. Die 44 Millionen € sind der Einstieg in diese Entlastung.

Aber geben Sie mir, geben Sie uns als Koalition Zeit für eine seriöse Finanzplanung. Sie wissen, die Bund-Länder-Gespräche über die künftigen Finanzströme dauern noch an. Sollte der Bund auf die Forderung der Ministerpräsidenten eingehen und 50 % der Flüchtlingskosten überneh-

men, wie es der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung erneut gefordert hat, dann würde das den Landeshaushalt allein um 120 Millionen € entlasten.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Ich weiß, der Durchbruch lässt noch auf sich warten. Natürlich wären das Spielräume, die wir zugunsten unserer Kommunen gut gebrauchen könnten. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ungedeckte Schecks nützen weder den Kommunen noch dem Land und sie werden mit mir nicht zu machen sein.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU)

Lassen Sie mich auf einen, wie ich finde, sehr wichtigen Aspekt im Zusammenhang mit einer Steuernachzahlung eingehen, den sie vielleicht in den Medien als „Lützen-Effekt“ kennengelernt haben. Da zahlt ein Unternehmen 150 Millionen € Gewerbesteuer nach. Das sollte eigentlich wie ein Lottogewinn klingen. Allerdings sind die Konsequenzen für die Kommunen und das Land höchst unterschiedlich. Die Stadt Lützen darf nach Abgaben über die Gewerbesteuer-, Finanzkraft- und die Kreisumlage etwa 37 Millionen € behalten. Das ist gut, das ist schön, vielleicht hilft es sogar, das geplante Museum zur Schlacht von Lützen noch schneller zu verwirklichen.

(Zustimmung von Staatsminister Rainer Robra)

Aber es sind 37 Millionen €.

Der Burgenlandkreis freut sich über eine Kreisumlage von etwa 67 Millionen €. Und alle anderen Landkreise freuen sich darüber, dass nun der Burgenlandkreis wegen der Kreisumlage keine Zuwendungen mehr über das Finanzausgleichsgesetz erhält und deswegen die anderen Landkreise 17 Millionen € mehr aus dem Topf erhalten. Alle kreisangehörigen Kommunen freuen sich darüber, dass die vermögende Stadt Lützen etwa 19 Millionen € in den entsprechenden FAG-Topf einzahlt, denn das kommt allen zugute. Meine sehr verehrten Damen und Herren: eine Kommunalentlastung von 36 Millionen €.

Nur einer freut sich nicht: das Land bzw. der Finanzminister. Denn während die kommunale Familie insgesamt durch den Lützen-Effekt im kommenden Jahr über Umlagen die besagten 36 Millionen € mehr bekommt - das ist eine stattliche Summe, über die bisher noch keiner geredet hat -, kehrt sich der Effekt für den Landeshaushalt um.

Aus den 150 Millionen € mehr für Lützen werden plötzlich 200 Millionen € weniger für das Land Sachsen-Anhalt. Und das kommt so: Der Bundesfinanzminister rechnet mit einem Hebesatz von 395. Das ist exakt der Durchschnitt der deutschen Hebesätze. In Lützen, zumindest in dem Ortsteil,

gilt ein Hebesatz von 200. Damit wird aus den 150 Millionen € Gewerbesteuern eine rein virtuelle Landeseinnahme von etwa 300 Millionen €.

Diese unterstellte Gewerbesteuereinnahme wird zu 64 % in den Länderfinanzausgleich hineingerechnet. Das heißt, am Ende der virtuellen Rechnung: Das Land nimmt vermeintlich 200 Millionen € mehr ein und diese werden uns im Länderfinanzausgleich einfach abgezogen.

Fazit: Sachsen-Anhalt verliert wegen des Lützen-Effekts im Jahr 2017 erhebliche Einnahmen. Während die Steuerschätzung für Mai für das kommende Jahr noch von 54 Millionen € plus ausging, werden es durch die Einrechnung des oben beschriebenen Sondereffekts 140 Millionen € minus sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben, wie ich, die Forderungen des Landkreistages vom Montag wahrgenommen. Die Vertreter der Kommunen kennen dieses Plus von 36 Millionen €, diesen Lützen-Effekt. Deswegen werbe ich an dieser Stelle noch einmal dafür, mehr miteinander als gegeneinander. Miteinander haben wir schon geredet, auch in dieser Woche. Mit „wir“ meine ich die Präsidenten und die Geschäftsführer von Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden das fortsetzen.

Ich kündige an - das haben wir gemeinsam mit dem Minister für Inneres und Sport des Landes besprochen -, dass wir die Finanzstrukturkommission des Landes Sachsen-Anhalt aufleben lassen. Diese Idee kommt aus einer Konsultationsvereinbarung des Ministerpräsidenten a. D. Prof. Dr. Wolfgang Böhmer mit den Kommunen. Wir werden diese Finanzstrukturkommission wieder aufleben lassen. Das letzte gemeinsame Treffen dieser Art hat vor gut einem Jahr stattgefunden. Ich denke, es ist Zeit, dass wir die Kommission wieder revitalisieren und aufleben lassen.

(Marco Tullner, CDU: Das wird ja Zeit!  
- Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Finanzbedarf des Landes mit dem Finanzbedarf der Kommunen neu auszubalancieren wird weit über diese Sonderzuweisung, über die wir heute reden, hinaus unsere Aufgabe sein.

Lassen Sie mich abschließend darauf verweisen, dass der Koalitionsvertrag neben den Soforthilfen für Kommunen weitere wichtige Ziele enthält, die gleichberechtigt gelten: die Schuldenbremse einhalten, die Obergrenze für das strukturelle Defizit einhalten, ausgeglichene Haushalte sicherstellen und dabei, wenn es geht, noch so viel wie möglich investieren, zum Beispiel in Infrastruktur, in die Hochschulen und in den Umweltschutz.

(Marco Tullner, CDU: Prima!)

Damit ist klar: Schaffen wir neue Rechtsverpflichtungen, müssen sie im Haushalt erwirtschaftet werden.

(Marco Tullner, CDU: Lehrer einstellen!)

Darin sind sich die Koalitionäre einig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe einmal gesagt, Worte zahlen keine Schulden. Dieses Shakespeare-Zitat kommt aus meiner Haushaltsrede aus dem Jahr 2014. Damals war ich noch Fraktionsvorsitzender. Ich denke aber, auch heute als Finanzminister sagen zu können, dass dieses Zitat nichts an Wahrheit eingebüßt hat. In diesem Sinne möchte ich Sie, möchte uns als Koalition darum bitten, achten wir auf das richtige Schrittmaß, und zwar sowohl für das Land als auch für die Kommunen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herzlichen Dank, Herr Minister Schröder. - Es ist eine Zehnminutendebatte verabredet worden. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Fraktionsvorsitzende Herr Knöchel. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

#### **Swen Knöchel (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen, meine Herren! Die Koalitionsfraktionen beantragen heute die einmalige Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um 44 Millionen € und die Verteilung innerhalb einer Sonderzuweisung im Verhältnis der Schlüsselzuweisung auf die kommunalen Gruppen. Ausgezahlt werden soll das Ganze am 10. Oktober.

Das ist in dem Finanzausgleichsgesetz dieses Jahres schon die zweite Sonderzuweisung, die Sie im Verhältnis zu den Schlüsselzuweisungen verteilen.

(Zuruf von Rüdiger Erben, SPD)

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wird es noch eine dritte Sonderzuweisung geben, die Sie im Verhältnis für Schlüsselzuweisungen verteilen wollen.

(Zuruf von Rüdiger Erben, SPD)

Nun würde ich meine Äußerungen der letzten Jahre Lügen strafen, wenn ich sage, unsere Fraktion sagt dazu: Nein. Nein, wir sagen dazu nicht Nein. Trotz alledem möchte ich ein paar Dinge ansprechen. Der Finanzminister hat es ähnlich getan.

Gestern wurde die kommunale Kassenstatistik veröffentlicht. Sie ist Ihnen zugegangen und Sie

haben gesehen, dass es über alle kommunalen Gruppen das vierte Mal in Folge mehr Einnahmen als Ausgaben im kommunalen Bereich gab - über alle Gruppen. Im Durchschnitt war der Dorfteich einen halben Meter tief und trotzdem ist die Kuh ertrunken. Deshalb wird es Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, mehr Geld in die Kommunen zu geben, sondern die Frage stellen, wo wir das Geld brauchen.

Es ist Zeit für Binnendifferenzierung. Der derzeitige kommunale Finanzausgleich ist strukturbündel, seine Hauptangaben sind Steuerkraft und Einwohner. Ich habe sehr wohl Ihren Koalitionsvertrag gelesen. Ihm entnehme ich, dass Sie aus diesem Grundsatz der Verteilung zunächst nichts ändern wollen und eine Evaluierung auf das Ende der Legislaturperiode schieben, was ich für falsch halte; denn es ist offensichtlich, dass Kommune in Sachsen-Anhalt nicht Kommune ist, Stadt ist nicht Stadt, Region ist nicht Region.

Wir haben sehr unterschiedliche Regionen mit sehr unterschiedlichen Problemen. Wenn wir diese alle über die Einwohner scheren, kommen wir möglicherweise zu keinem zutreffenden Ergebnis.

Der Herr Finanzminister sprach an, dass er die Finanzstrukturkommission wieder ins Leben rufen möchte. Ich möchte daran erinnern, dass unsere Fraktion seit mehreren Jahren vorschlägt, nicht nur diese Form der Strukturkommission, sondern eine Gemeindefinanzkommission unter Einbeziehung kommunaler Spitzenverbände, der kommunalen Gruppen, der entsprechenden Ministerien und Landesämter zu berufen und dort über kommunale Bedarfe, kommunale Unterschiede und Verteilmechanismen zu sprechen, damit wir am Ende zu einem einvernehmlichen Gesetz kommen können, das die Probleme unserer Kommunen aufnimmt.

Wie gesagt, die Verteilungsgießkanne „Einwohner“ wird dem nicht gerecht und ist auch nicht der Verfassungsauftrag des kommunalen Finanzausgleichs.

Ich möchte dafür noch einmal werben. Wir werden das in der Debatte zu dem Gesetzentwurf mit einbringen, der sicher in den Ausschüssen beraten wird. Wir werden noch in diesem Jahr über das Finanzausgleichsgesetz für die kommenden Jahre sprechen, wobei wir auch darüber diskutieren müssen, wie wir zu dem Bedarf kommen.

44 Millionen € wollen Sie jetzt über die Schlüsselzuweisung, 21 Millionen € wollten Sie heute über das KiFöG verteilen. Sie, Herr Finanzminister, sagen, wir machen das über nicht getätigte Ausgaben. Das halten wir für falsch. Ich denke, wir

müssen den Landeshaushalt in seiner Gesamtheit betrachten. Wir haben für den kommunalen Bereich Zuweisungen von 3 Milliarden €. Die stehen darin.

(Minister André Schröder: Ja!)

Schauen Sie in den Vorbericht. Damit liegen wir sogar ganz gut im Schnitt der fünf neuen Bundesländer. Das Problem ist hierbei wiederum die Binnendifferenzierung und die Strukturblindheit der Verteilung. Die Verteilmechanismen dieser 3 Milliarden € führen nicht zu dem Ergebnis, zu einer ausgewogenen Finanzverteilung zu kommen.

Aus diesem Grunde halte ich es für sinnvoll, dass wir, wenn wir über den kommunalen Finanzausgleich reden, das komplette Paket betrachten und dass wir - ich habe es heute Morgen am Beispiel der Hochschulfinanzierung und der nicht abgerufenen Wirtschaftsförderungsmittel gemacht - uns den Haushalt in seiner Gesamtstruktur anschauen und nicht darauf warten, was wird nicht oder was wird vielleicht nicht ausgegeben - das Prinzip Hoffnung.

Dazu wäre das geeignete Mittel, um das Parlament einzubeziehen, einen Nachtragshaushalt einzubringen. Dann wäre es uns gelungen, über diese Strukturen noch einmal zu sprechen. Das tun Sie leider nicht. Das bedauern wir.

Wie gesagt, wir werden dieses Gesetz sicher nicht ablehnen, weil es am Ende bedeutet: mehr Geld für die Kommunen. Aber ohne eine wirkliche differenzierte Betrachtung kommunaler Finanzbedarfe, fürchte ich, werden wir im nächsten Jahr, wenn die kommunale Kassenstatistik veröffentlicht wird, noch einen höheren Überschuss über alle Kommunen sehen, ohne dass wir die Probleme der Kommunen, die wirkliche finanzielle Probleme haben, gelöst haben. Deswegen brauchen wir eine differenzierte Sicht.

Lassen Sie uns bitte darüber gemeinsam reden, wie wir dabei vorgehen können, was uns dazu einfällt, und lassen Sie uns nicht nur ein einzelnes Gesetz, sondern den gesamten Haushalt betrachten. Denn es geht letztlich darum, den Kommunen - gestern haben Sie sich alle zur kommunalen Selbstverwaltung bekannt - das zu ermöglichen. Dazu brauchen Sie die notwendigen Mittel. Das FAG ist nur ein Teil dieses kommunalen Gesamtfinanzpaketes. - Vielen Dank, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Abg. Knöchel. - Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abg. Schindler. Sehr geehrte Frau Schindler, Sie haben das Wort.

**Silke Schindler (SPD):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, das Finanzausgleichsgesetz und die Vorlage hier im Parlament ist auch ein Teil des Sofortprogramms, was sich diese neue Landesregierung vorgenommen hat.

Wir haben im Jahr 2010 eine Veränderung des Finanzausgleichsgesetzes vorgenommen, nämlich hin zur Einführung eines aufgabenbezogenen kommunalen Finanzausgleichs. Aufgabenbezogen war etwas anderes, etwas Neues, weg von der sogenannten Verbundquote, die wir vorher hatten, sodass wir die Abhängigkeit von den Steuerschwankungen etwas verändern können.

In einer Konferenz der finanzpolitischen Sprecher und der kommunalpolitischen Sprecher der SPD im letzten Herbst wurde ich gefragt, welche Erfahrungen wir damit gemacht haben und ob denn das alles so gut sei, auch im Vergleich zu dem vorherigen System.

Insgesamt - auch das hat die kommunale Familie oft gesagt - ist der Blick auf den aufgabenbezogenen Finanzausgleich besser, nur die Probleme haben sich verlagert. Wir diskutieren nicht mehr, ob die Verbundquote reicht, sondern wir diskutieren jetzt, ob der berechnete Bedarf richtig berechnet ist und ob er reicht.

Die Krux liegt in der Bedarfsermittlung, und es war auch immer in der Diskussion mit den Kommunen, ob diese Bedarfsermittlung richtig ist. Nun gehen wir damit auch den ersten Schritt in der Hinsicht, dass wir uns dies noch einmal anschauen und korrigieren.

(Andreas Schumann, SPD: Genau!)

Im letzten Jahr - darauf sind meine Vorredner ebenfalls bereits eingegangen - war die kommunale Finanzausstattung sehr unterschiedlich. Wir haben Kommunen, die überdurchschnittlich viele Steuereinnahmen haben - der Minister nannte das Beispiel Lützen -, und wir haben natürlich auch Kommunen, die nie dahin kommen werden, dass sie genügend Steuereinnahmen haben, um zu einem Haushaltsausgleich zu kommen.

Die Abfrage des Städte- und Gemeindebundes zur Kassenstatistik 2015 zeigte wieder, dass im Durchschnitt 62 % unserer Städte und Gemeinden entweder keinen ausgeglichenen, keinen verabschiedeten oder auch keinen genehmigungsfähigen Haushalt hatten. Das ist eine Zahl, die uns zu denken gibt, und deshalb ist es richtig und gut, dass wir uns als Koalitionsfraktionen vorgenommen haben, den Finanzausgleich zu verändern.

Den ersten Schritt gehen wir mit der heutigen Gesetzesvorlage, natürlich wieder - das war ein einfacher Schritt - mit einer Zuweisung im Verhältnis

der Schlüsselzuweisungen, und ich sage an dieser Stelle auch: Die Schlüsselzuweisungen sind es, womit die Kommunen am ehesten vor Ort arbeiten können, bei denen sie selbst entscheiden und Defizite ausgleichen können. Nicht die Bedarfs- oder Ergänzungszuweisungen, sondern ich verteidige den Schritt in die Schlüsselzuweisungen.

Wir sind mit dieser Sonderzuweisung von 44 Millionen € zwei Schwerpunkte angegangen: einmal die Frage der Bedarfsermittlung, die ich vorhin schon nannte. Streitig war immer die Frage der Tilgungsanteile, ob diese mitgetragen werden und als Bedarf angerechnet werden. Über Benchmarks haben wir uns in der Diskussion immer gestritten.

Einen Punkt möchte ich ebenfalls noch nennen: die Weiterleitung der kommunalen Entlastungen von 31 Millionen € an die Kommunen, die durch die Bundesregierung beschlossen worden ist. Das war auch meinerseits immer ein Wunsch, denn es wird immer gesagt, dass das Land von den Finanzierungen abhängig ist. Wir haben uns lange darüber gestritten, ob das richtig ist oder nicht. Ich hoffe, dass auch die nächsten Entlastungen, die von der Bundesseite geplant sind - Sie wissen, dass für 2018 bundesweit eine weitere Entlastung in Höhe von 5 Milliarden € geplant ist -, an die Kommunen weitergegeben werden, unabhängig davon, ob wir einen Festbetrag festlegen oder nicht. Dort müssen wir uns so weit ehrlich machen.

Bei der Festschreibung des Betrages für die nächsten fünf Jahre müssen wir genau hinschauen, dass dies nicht wieder infrage gestellt wird; denn eine langfristige stabile Finanzierung ist vor allem den Kommunen wichtig. Deshalb haben sie diese Maßgabe im Koalitionsvertrag begrüßt, auch wenn dies ein Abweichen von unserem Prinzip der aufgabenbezogenen Bedarfsermittlung ist.

Wir sind bereits darauf eingegangen, dass es in einem ersten Schritt 44 Millionen € sind und dass im Koalitionsvertrag die 80 Millionen € stehen. An dieser Stelle mein Appell, auch seitens der SPD-Fraktion, dass nach Abschluss der Beratungen zu diesem Gesetzentwurf auch wirklich die 80 Millionen € drinstehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Denn wie wir heute in der Beratung des KiFöG gehört haben, haben wir zum Beispiel bei den Landkreisen die Besonderheit, dass sie nach der Systematik noch einmal 53 % der Pauschale drauflegen müssen. Wir haben gehört, es macht 5,8 Millionen € Neubelastung der Landkreise aus dem KiFöG aus. Über die jetzige Vorlage bekommen die Landkreise aber 10,5 Millionen €. Das

heißt also, so viel Spielraum für die Landkreise besteht nicht mehr. Deshalb die Bitte, dass wir bei den 80 Millionen € bleiben und dies auf eine wirkliche Entlastung der Landkreise hinwirkt.

Viele Punkte, die Herr Knöchel angesprochen hat, werden wir in einer weiteren Novelle des Finanzausgleichsgesetzes betrachten und beraten. Ich bitte darum, dass wir die jetzige Beratung zu diesem Gesetzentwurf damit nicht überfrachten, weil wir eine schnelle Entscheidung zu diesem FAG haben möchten, das noch in diesem Jahr kas-senwirksam wird, damit das Geld bei den Kommunen ankommt. Deshalb bitte ich um Zustimmung zur Überweisung an den Finanzausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Innenausschuss und wünsche uns dort gute Beratungen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Frau Abg. Schindler. - Für die Fraktion der AfD spricht der Abg. Herr Schmidt. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

#### **Jan Schmidt (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Mehr Geld für die Kommunen klingt erst einmal gut. Dafür ist auch die AfD, ganz klar. Herr Minister Schröder, Sie sagten vorhin, das Geld solle für alle sein. Wir haben bei unserem Antrag vorhin gemerkt, dass die Begründung der Anträge bzw. des Gesetzentwurfes entscheidend ist. Ich habe zur Begründung einige Fragen und einige Unklarheiten.

Ich möchte einmal eine Stelle zitieren:

„Die zusätzlichen Mittel sollen auch dazu dienen, dass die Kommunen ihre Aufgaben im Bereich der Flüchtlingsintegration erfüllen können.“

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist ihr Job!)

Ich zitiere weiter hinten:

„... insbesondere für die Integration von Flüchtlingen vorliegen.“

Zwei Mal die Integration von Flüchtlingen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie sehen, das ist ein wichtiges Anliegen der Koalition!)

- Herr Striegel, haben Sie irgendwelche Aufmerksamkeitsdefizite, oder sind Sie einfach so lästig? Bitte einmal ruhig sein!

(Beifall bei der AfD - Zuruf: Bitte vollständig lesen! - Hendrik Lange, DIE LINKE: Herr Schmidt, Sie müssen einfach mit Zwischen-

rufen leben! Das ist ein lebendiges Parlament!)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Wir sind ein lebendiges Parlament, und ein Zwischenruf, Herr Abg. Schmidt, ist auch ein Ausdruck im Parlament; er ist per se keine Beleidigung. Das wird auch im Plenarprotokoll vermerkt, damit man sehen kann, zum Beispiel im Wahlkreis, wie man hier reagiert. Das ist ein politisches Mittel. Nehmen Sie das immer nicht gleich so doll persönlich.

(Zustimmung von der CDU)

#### **Jan Schmidt (AfD):**

Okay, ich nehme den Hinweis an. Ich bin kein Berufspolitiker, erst seit Kurzem. Ich habe vorher schon etwas Anständiges gemacht, davon abgesehen.

(Oh! bei der LINKEN und bei der SPD)

Gehen wir weiter im Text.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist unglaublich! Was treiben Sie hier eigentlich?)

Asyl ist auf Zeit, das ist ganz klar. Eine Integration von Asylbewerbern macht keinen Sinn, weil das Asyl zeitlich erlischt. Das bedeutet, dass diese Menschen letztlich wieder in ihre Heimat zurückkehren. Somit sind das ganz einfach verschwendete Gelder. Das muss ganz klar sein.

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Gestern haben Sie gefordert, die Leute sollen sich integrieren, und dann wollen Sie die Gelder nicht bereitstellen! Das ist doch völlig unschlüssig!)

- Sie verstehen das nicht. Auch die AfD ist für eine Willkommenskultur.

(Lachen bei der LINKEN)

- Doch, ganz klar, eine Willkommenskultur für Kinder, und dieses Geld kann man ganz einfach für Kinder verwenden, für die Kommunen, weil vernünftige Kommunen, die finanziell stark ausgestattet sind, eine bessere Lebensqualität bieten können. Dadurch gründen sich Familien, und wenn wir mehr Familien haben, haben wir mehr Kinder.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Uns sind Kinder allesamt wichtig, egal, wo sie geboren sind!)

Das erledigt dann auch das demografische Problem. Aber wenn wir jedes Mal Gelder für irgendwelche Personen verschwenden, die ohnehin nur zeitlich befristet und teilweise illegal hier sind, dann macht das alles keinen Sinn.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Asylbewerber sind nicht illegal hier!)

Deshalb lehnt die AfD-Fraktion diesen Antrag ab und ist für eine Überweisung in den entsprechenden Ausschuss. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Abg. Schmidt. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der sehr geehrte Herr Abg. Meister. Herr Meister, Sie haben das Wort.

**Olaf Meister (GRÜNE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schmidt, Sie haben das Thema verfehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD)

Es geht um den kommunalen Finanzausgleich, eine relativ komplexe und sehr wichtige Materie. Insofern habe ich Ihre Ansage, so etwas abzulehnen, überhaupt nicht verstanden. Noch dazu geht es darum, dass wir heute auf jeden Fall überweisen - das muss sein -, und wir werden das im Finanzausschuss unter anderem beraten. Dabei kann man sich noch mit den einzelnen Inhalten auseinandersetzen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Und vor allem kann man sich sachkundig machen, das hilft auch!)

- Ja, das werden wir dann natürlich versuchen.

Das Finanzausgleichsgesetz ist eine der beständigen gesetzlichen Großbaustellen in unserem Land und häufiger Debattengegenstand im Landtag. Das ist angesichts der Bedeutung des Gesetzes für die Finanzierung unserer Kommunen und damit der Vielzahl von Aufgaben, die von den Kommunen wahrgenommen werden, nicht verwunderlich.

Wir hatten in der Vergangenheit engagierte Debatten darüber, ob die von uns als Land gewährte finanzielle Ausstattung für die kommunale Aufgabenwahrnehmung ausreichend ist. Regelmäßig hatte ich hier die Gelegenheit, aus der Opposition heraus die mangelhafte Finanzierung zu kritisieren.

Besonderer Kritikpunkt war der Umstand, dass das Land zwar einerseits ausgeglichene Haushalte vorgelegt hat und sogar - an sich erfreulich - in die Schuldentilgung einsteigen konnte, aber andererseits die kommunalen Kassenkredite angestiegen sind. Damit wurde deutlich, dass wir die Gesundung des Landeshaushaltes zumindest zum Teil auf dem Rücken der Kommunen austragen.

Da war es nicht sonderlich überraschend, dass sich die Kommunen unseres Landes unfair be-

handelt fühlten. Das Klima zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden wirkte ausgesprochen frostig. Der Minister ist heute teilweise darauf eingegangen sowie auf den Wunsch, dies zu ändern.

An der kommunalen Basis wurde und wird beklagt, dass vielerorts die Gestaltungsmöglichkeiten auf ein Minimum eingeschränkt sind oder ganz fehlen. Ohne finanzielle Spielräume bleibt nur die schlichte Abarbeitung der auf das Notwendigste reduzierten Pflichtaufgaben. Das hat mit kommunaler Selbstverwaltung nichts mehr zu tun.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt war die Tatsache, dass sich eigene Konsolidierungsbemühungen der Kommunen nicht lohnen. Wenn sich erreichte Einsparungen oder erzielte Mehreinnahmen nicht positiv auf den jeweiligen kommunalen Haushalt auswirken, sondern letztlich komplett für den Landeshaushalt abgeschöpft werden, sind Konsolidierungsbemühungen nicht eben attraktiv. Obwohl es Kommunen mit Konsolidierungsbedarf und auch -möglichkeiten gibt, unterblieben diese Konsolidierungen mangels entsprechenden Anreizes. Den Schaden haben unsere öffentlichen Haushalte insgesamt.

Vor diesem Hintergrund gehört es im Finanzbereich zu einer wichtigen GRÜNEN-Priorität, dort etwas zu tun. Erfreulicherweise war in den entsprechenden Verhandlungsgruppen zum Koalitionsvertrag festzustellen, dass das Problembewusstsein bei allen drei Koalitionspartnern vorhanden war und alle drei auf deutliche Änderungen im Bereich der kommunalen Finanzausstattung drängten. Dieser Situation ist es zu verdanken, dass es gelang, im Koalitionsvertrag dann auch tatsächlich einen beachtlichen Kurswechsel zu vereinbaren.

Der Vertrag enthält nicht nur ein Bekenntnis zu den Kommunen als Keimzelle der Demokratie, sondern - für Koalitionsverträge eher ungewöhnlich - handfeste konkrete Zahlen. Herr Borgwardt ist vorhin darauf eingegangen, dass es in Koalitionsverträgen sonst immer nur die große Richtung gab. Hier haben wir uns entschieden, weil wir uns auch daran messen lassen wollen und müssen, konkrete Zahlen hineinzuschreiben.

(Zustimmung bei der CDU)

Im Kern bleibt es bei der Aufgabenbezogenheit des FAG, aber eben mit deutlich verbesserter finanzieller Ausstattung.

Ab 2017 will „Kenia“ den Kommunen jährlich 182 Millionen € mehr zur Verfügung stellen und die Finanzausgleichsmasse verlässlich für die gesamte Legislaturperiode auf die neue Höhe fest-

schreiben. Das ist ambitioniert und eine drastische Abkehr von der bisherigen Situation.

Allerdings ist es auch so - das muss man fairerweise sagen -, dass die kommunalen Spitzenverbände noch höhere Werte gefordert haben, 300 Millionen € standen im Raum. Ich habe aber noch in Oppositionszeiten gesagt: 300 Millionen - ich kann mir nicht vorstellen, wie man das finanzieren kann; und dabei sind wir am Ende auch nicht gelandet. Aber ich meine, wir gehen einen richtigen Schritt.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das geht schon so lange, Herr Kollege Meister, wie es Finanzen von Bund und Ländern gibt! Das ist so!)

- Ja, Wünsche darf man ja haben.

Die 182 Millionen € mehr werden den Haushaltsgesetzgeber stark fordern. Der Konsolidierungsrahmen des Landes ist schließlich gesetzt. Weder neue Schulden noch eine Gefährdung der an die Einhaltung des Konsolidierungspfades geknüpften Konsolidierungshilfe des Bundes sind akzeptable Optionen. Der jetzt eingeschlagene, für den Landeshaushalt schwierige Weg ermöglicht nun aber eine wirkliche gemeinsame Betrachtung der verschiedenen öffentlichen Haushalte, nämlich von Land und Kommunen, die wir nun zusammen denken wollen. Das sichert das partnerschaftliche Miteinander von Land und Kommunen und vor allem zum Wohle aller die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben der Kommunen. Es gibt wieder Spielräume für die kommunale Selbstverwaltung.

Der heute zur ersten Lesung vorliegende Gesetzentwurf enthält nur einen kleinen ersten, aber eben sehr schnellen Schritt. Im Prinzip ändern wir zunächst nur eine Zahl im Gesetz mit dem Ergebnis, dass noch in diesem Jahr 44 Millionen € mehr an die Kommunen ausgezahlt werden. Wir kassieren damit praktisch unmittelbar nach Amtsantritt der Kenia-Koalition die vielfach kritisierten Ansätze des sogenannten Benchmarks im Finanzausgleichsgesetz und die Kürzung des Tilgungsanteils; meine Vorredner sind bereits darauf eingegangen.

Das macht insgesamt diese 44 Millionen € aus. Den noch anstehenden Punkt Anrechnung der Bundesentlastung haben wir noch nicht berücksichtigt; denn das Verhandlungsergebnis bezüglich der Bundesentlastung steht noch aus.

Klar ist, dass wir damit nur einen Schritt zur Umsetzung des Koalitionsvertrages und zur Verbesserung gegangen sind. Der größere Teil der Wegstrecke liegt noch vor uns. Wir müssen noch in diesem Jahr eine größere Novelle des FAG vorlegen. Der Ministerpräsident hat es vorhin in seiner Regierungserklärung dargelegt. Dort sind

nicht nur die finanziellen Angelegenheiten zu regeln, sondern auch die vereinbarten systematischen Veränderungen vorzunehmen. Vor allem müssen wir eine Situation herbeiführen, in der die Kommunen von den eigenen Konsolidierungserfolgen profitieren können.

Vereinbart haben wir aber auch weitere Veränderungen bis hin zu einer Änderung in der Binnenverteilung der Schlüsselzuweisungen. Herr Knöchel war auf spezielle Probleme eingegangen, die es dabei tatsächlich gibt und über die wir reden müssen. Lassen Sie uns heute den ersten notwendigen Schritt gehen. Ich bitte um die Überweisung des Gesetzentwurfes an die Ausschüsse. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Abg. Meister. - Für die CDU-Fraktion spricht die sehr geehrte Abg. Frau Feußner. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

#### **Eva Feußner (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen 25 Jahren haben wir als Land Sachsen-Anhalt - im Übrigen auch alle anderen ostdeutschen Bundesländer - intensive Anstrengungen unternommen, um teilungsbedingte Standortnachteile abzubauen, Unternehmen anzusiedeln und ihre bzw. unsere Wirtschaftskraft zu stärken.

Die wirtschaftlichen Erfolge schlagen sich bislang nicht ausreichend in der Steuerkraft unseres Landes und unserer Gemeinden nieder. Insbesondere aufgrund geringer Bemessungsgrundlagen - ich nenne nur Einkommen, Gewinne und Vermögen - und der Systematik der primären Steuerzuordnung bleibt die Finanzkraft weit hinter der Wirtschaftskraft zurück.

Unser Steueraufkommen je Einwohner liegt bei ca. 54 % des bundesdeutschen Durchschnitts. Bei den Gemeindesteuern ergibt sich ein ähnliches Bild. Charakteristisch für die ostdeutschen Länder ist also weiterhin eine flächendeckende Finanzschwäche.

Um dennoch bundesweit und auch landesweit annähernd gleiche Lebensverhältnisse zu gewährleisten, müssen wir als Land über den Länderfinanzausgleich des Bundes und in unserem Land über unser Finanzausgleichsgesetz für die Gemeinden eine finanzielle Ausstattung gewährleisten, die sie dazu befähigt, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum trage ich Ihnen jetzt diesen Ihnen allen sicherlich bekannt-

ten Sachverhalt vor? - Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass eine ausreichende Finanzausstattung unseres Landes, und hier vor allem unserer Kommunen, der Schlüssel für eine positive Entwicklung unseres Landes ist.

Eine auskömmliche Finanzierung unserer Kommunen ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können und weiter an ihrer Haushaltskonsolidierung arbeiten können. Deshalb bringen wir heute diesen Gesetzentwurf ein, wohl wissend, dass wir damit unserem eigenen Anspruch noch nicht vollständig gerecht werden. Das hat unser Finanzminister bereits erläutert.

Wir werden aber gemeinsam daran arbeiten, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deshalb haben wir der Finanzausstattung der Kommunen in unserem Koalitionsvertrag die Priorität eingeräumt. Unsere Kommunen sind die Keimzelle unserer Demokratie. Wenn unsere Kommunen aufgrund finanzieller Probleme nicht mehr bzw. kaum noch handlungsfähig sind, wird dies erhebliche Folgen haben und auch radikalen Gruppierungen Tür und Tor öffnen.

In diesem Sinne haben wir alle eine sehr hohe Verantwortung, welche auch in unserer Verfassung festgeschrieben ist. Das Parlament bzw. die Koalitionsfraktionen und unsere Landesregierung ebenso werden demzufolge die nötigen Voraussetzungen dafür schaffen, obwohl die finanziellen Voraussetzungen des Landes, wie ich sie bereits beschrieben habe, nicht viel Spielraum lassen.

Die Konsolidierungshilfevereinbarung mit dem Bund - auch darauf ist der Finanzminister eingegangen - wollen wir weiterhin einhalten - so haben wir es im Koalitionsvertrag festgehalten -, um den Anspruch auf eine jährliche Konsolidierungshilfe des Bundes in Höhe von 80 Millionen € in keiner Weise zu gefährden.

Lassen Sie mich nun am Ende noch eines bemerken: Für uns, das heißt für uns alle, für das Land und für die Kommunen, gilt der Grundsatz einer sparsamen und sehr umsichtigen Haushaltspolitik, und diese wollen wir betreiben, nicht nur im Sinne des Steuerzahlers, sondern auch im Sinne unserer nachfolgenden Generationen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu einer Überweisung dieses Gesetzentwurfes in den Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Frau Abg. Feußner. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zum Abstimmungsverfahren zur Drs. 7/68. Ich habe von allen Fraktionen gehört, dass eine Über-

weisung gewünscht ist, deshalb gehe ich von einer Überweisung aus. - Ich sehe keine Widerrede.

Es wurde beantragt, den Gesetzentwurf zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Finanzen und zu Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer der Überweisung des Gesetzentwurfes in der Drs. 7/68 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Finanzen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Sport zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in die genannten Ausschüsse überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt 6 ist erledigt.

Wir kommen zum

#### **Tagesordnungspunkt 15**

Beratung

#### **Bestätigung der Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union (AdR)**

Antrag Landesregierung - Drs. 7/59

Einbringer ist der sehr geehrte Staatsminister Herr Robra. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Es ist verabredet worden, keine Debatte zu führen.

#### **Rainer Robra (Staatsminister):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Antrag, der Ihnen in der Drs. 7/59 vorliegt, begründe ich wie folgt: Im Ergebnis der Landtagswahl im April dieses Jahres sind zwei der vier Vertreter des Landes Sachsen-Anhalt im Ausschuss der Regionen neu zu benennen. Staatssekretär Herr Dr. Schneider und der Abg. Ralf Geisthardt üben die Funktion, auf deren Grundlage sie seinerzeit in den Ausschuss der Regionen entsandt worden sind, weiter aus und behalten daher gemäß Artikel 300 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auch ihr AdR-Mandat.

Der Abg. Tögel gehört dem Landtag nicht mehr an, wie alle wissen, und der Kollege Felgner hat eine neue Funktion übernommen, die einer Fortdauer seines Amtes im AdR entgegensteht, so dass diese beiden AdR-Mandate für die restliche Dauer der sechsten Mandatsperiode neu besetzt werden müssen.

Die Koalitionspartner haben dazu vereinbart, dass das Benennungsrecht für das ordentliche Mitglied

bei der SPD und das für das stellvertretende Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt. Auf deren Vorschlag hin hat die Landesregierung am 24. Mai 2016 Frau Abg. Katrin Budde als Mitglied und den früheren Landtagsabgeordneten Sören Herbst als stellvertretendes Mitglied für den AdR benannt.

Frau Budde übt ein Wahlmandat aus und erfüllt damit die Voraussetzungen nach Artikel 300 Abs. 3 des genannten Vertrages. Das gilt für den früheren Abg. Herbst nicht mehr. Deswegen bedarf er, so wie im Übrigen auch die Vertreter der Landesregierung, einer Bestätigung durch den Landtag.

Infolge dieser Bestätigung wird er dann gehalten sein, so wie das auch für Dr. Schneider gilt, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien regelmäßig über seine Tätigkeit im Ausschuss der Regionen zu berichten. Ich bitte darum, dem Antrag zuzustimmen. Ich möchte nicht versäumen, den früheren Mitgliedern Herrn Tögel und Jörg Felgner für ihre Arbeit im Ausschuss der Regionen herzlich zu danken.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. Es gibt eine Nachfrage des Abg. Gallert. - Herr Vizepräsident, bitte.

**Wulf Gallert (DIE LINKE):**

Diesmal spreche ich aber als Abgeordneter. - Herr Robra, Folgendes: Wenn ich es richtig verstanden habe, dann ist es mit Blick auf die bisherige Besetzung so, dass Herr Felgner diese Funktion verlässt, weil er Minister geworden ist, dass Herr Tögel diese Funktion verlässt, weil er nicht mehr Mitglied des Landtages ist und Frau Budde von der Landesregierung benannt worden ist. Und heute stimmen wir darüber ab, ob Herr Herbst ein entsprechendes Mandat erhält.

**Rainer Robra (Staatsminister):**

Nein. Es ist differenzierter. Herr Herbst ist auch von der Landesregierung benannt worden. Wir haben seit jeher die Praxis, wenn die Landesregierung jemanden benennt, der nicht per se die Voraussetzungen dieses Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union mitbringt, der also MdL ist, dann bedarf er, um im Verhältnis zum AdR legitimiert zu sein, einer Zustimmung, einer Legitimation durch den Landtag, die wir in diesem Verfahren schon seit vielen Jahren herbeiführen.

**Wulf Gallert (DIE LINKE):**

Ich wollte genau auf dieses Verfahren eingehen. Ich habe die Drucksachen vom 10. September 2014, als wir das letzte Mal diese Besetzung realisiert haben, vor mir. Diese Besetzungen sind damals eigentlich bis zum Jahr 2020 realisiert worden, also für die gesamte Legislaturperiode des AdR. Dies hat bei mir tatsächlich den offensichtlichen Irrtum aufkommen lassen, dass zum Beispiel Herr Tögel auch bis zum Jahr 2020 Mitglied des AdR ist.

Interessant ist, Herr Robra, dass wir damals, im Jahr 2014, auch die Mitglieder des Landtages, nämlich den Kollegen Tögel und den Kollegen Geisthardt, hier im Haus gewählt haben.

**Rainer Robra (Staatsminister):**

Richtig.

**Wulf Gallert (DIE LINKE):**

Beziehungsweise haben wir einem Antrag auf Benennung zugestimmt. Das verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht.

**Rainer Robra (Staatsminister):**

Das kann ich Ihnen relativ leicht erklären.

**Wulf Gallert (DIE LINKE):**

Sie wissen doch noch gar nicht, was ich nicht verstehe.

**Rainer Robra (Staatsminister):**

Doch!

(Heiterkeit bei der LINKEN)

**Wulf Gallert (DIE LINKE):**

Okay. Dann versuchen Sie es.

**Rainer Robra (Staatsminister):**

Ich vermute es.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Warten Sie, Herr Robra, gleich kommt es.

**Rainer Robra (Staatsminister):**

Wir, die Landesregierung, haben in früherer Praxis, ohne dazu gezwungen zu sein, sozusagen kraft eigener Machtvollkommenheit gesagt, wir besetzen nur ein Mandat und das andere Mandat - damals hatten wir nur ein Mitglied und einen Stellvertreter - geben wir dem Landtag zur freien Verfügung.

Vorübergehend haben wir - das ändert sich im Ausschuss der Regionen immer wieder - zwei Mit-

glieder und zwei Stellvertreter. Deswegen hatten wir damals gesagt: Die Landesregierung besetzt zwei Mandate und überträgt das Besetzungsrecht für zwei Mandate an den Landtag.

In dieser Legislaturperiode haben sich die Koalitionspartner dazu entschieden, die gesamte Benennung durch die Landesregierung vornehmen zu lassen. Deswegen hat die Landesregierung in diesem Falle die Abg. Katrin Budde mit der Legitimation, die sie schon hat, benannt und bittet um Zustimmung für die Benennung des Abg. Herbst. Wir haben, das haben Sie richtig erkannt, das Verfahren insofern verändert.

**Wulf Gallert (DIE LINKE):**

Danke.

(Zuruf von Minister Marco Tullner)

**Rainer Robra (Staatsminister):**

Bitte schön.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. Natürlich ist das Mitglied des Landtages a. D. Herr Sören Herbst gemeint, um es korrekt zu sagen.

Es gibt eine weitere Nachfrage. Herr Staatsminister, Sie können noch einmal zum Pult zurück. Der Abg. Herr Hövelmann hat noch eine kurze Nachfrage.

**Holger Hövelmann (SPD):**

Die Betonung liegt auf „kurz“. - Herr Präsident, Sie haben mich gerade mit der Zitierung der Vorlage zu dieser Nachfrage provoziert. Meines Wissens gibt es keine Bezeichnung MdL a. D. Ich bitte darum, dass wir diese dann auch nicht erfinden. Wir benennen Herrn Sören Herbst.

(Zustimmung von Oliver Kirchner, AfD)

**Rainer Robra (Staatsminister):**

Das ist richtig. Aber es ist auch nicht verboten, die Bezeichnung MdL a. D. zu führen - wer es möchte.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der SPD - Wulf Gallert, DIE LINKE: Wirf einem Juristen einen falschen Begriff vor!)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Herr Staatsminister. - Jetzt wird es lustiger. Manche freuen sich auch über die Bezeichnung Minister a. D.

**Holger Hövelmann (SPD):**

Die gibt es wirklich.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über die Drs. 7/59. Wer der Benennung der Mitglieder im Ausschuss der Regionen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Linksfraktion. Gegenstimmen? - Viele von der AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Dann war es eben wohl die komplette AfD-Fraktion. Sie müssen schon richtig abstimmen; ich habe das genau gesehen. - Danke schön. Damit ist diese Abstimmung vollzogen worden; der Benennung ist somit zugestimmt worden. Der Tagesordnungspunkt 15 ist erledigt.

Ich rufe auf den

**Tagesordnungspunkt 16**

Erste Beratung

**Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr gewährleisten und Ausstattung der Schulen mit pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbessern**

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/60

Einbringer ist der sehr geehrte Herr Abg. Lippmann. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Thomas Lippmann (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es ist für mich in dieser Funktion das erste Mal, dass ich in diesem Haus spreche, und das - wie überraschend - zum Thema Unterrichtsversorgung.

Die Versorgung der Schulen mit ausreichend und gut qualifizierten Lehrkräften wie mit pädagogischen Mitarbeiterinnen ist eine der wichtigen Pflichtaufgaben der Landesregierung. Es ist ein Thema mit vielen Zahlen, das gelegentlich eine erhebliche Detailkenntnis erfordert und schon deshalb für parlamentarische Debatten eigentlich wenig geeignet und wenig interessant ist.

Nun hat sich das mit dem parlamentarischen Interesse allerdings schon in der letzten Legislaturperiode grundlegend geändert; denn die Vorgängerregierung hat sich dieser Aufgabe über die gesamte letzte Wahlperiode hinweg mit bemerkenswerter Konsequenz und Durchhaltevermögen entzogen.

(Eva Feußner, CDU: Das ist mir neu!)

Statt über ein Jahrzehnt lang an einer extremen Begrenzung von Neueinstellungen festzuhalten, hätten schon vor fünf Jahren, zum Beginn der letzten Legislaturperiode, in diesem Hause Diskussionen geführt und Entscheidungen getroffen

werden müssen, die wir jetzt zwar endlich und hoffentlich auf den Tisch bekommen, denen wir aber nun fast hoffnungslos hinterherlaufen müssen. Andere, benachbarte Bundesländer haben diese Situation drei, vier Jahre früher erkannt und darauf reagiert. Diese hatten aber auch keinen Oberaufseher über ein PEK und über einen NEK, wie wir es bei uns hatten.

(Beifall bei der LINKEN)

Immerhin ist nun aus dem Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung herauszulesen, dass der Schaden, der entstanden ist, zumindest dem Grunde nach nicht mehr bestritten wird. Das ist an sich aber noch keine große Leistung; denn schon seit mindestens zwei Jahren pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass es mehr und mehr Schulen gibt, die nicht einmal mehr in der Lage sind, das geforderte schulische Grundangebot sicherzustellen, von Reserven für den Vertretungsunterricht beim Ausfall von Lehrkräften ganz zu schweigen.

Im jetzt bald zu Ende gehenden Schuljahr hat schon fast jede dritte Schule keine hundertprozentige Unterrichtsversorgung mehr. Die Hilferufe aus den Schulen, von Eltern, von Lehrern und von Personalräten stapeln sich inzwischen auf unseren Tischen. Das jüngste Beispiel kommt von der Förderschule für geistig Behinderte aus Großkayna. Das ist nur ein Beispiel von vielen.

Wenn es noch eines letzten Nachweises für den über Jahre aufgelaufenen Lehrermangel bedurft hätte, dann ist dieser mit der Meldung über die Geschäftsaufgabe der freien Sekundarschule in Hedersleben passend zu unserer heutigen Debatte geliefert worden. Diese Entwicklung, Kolleginnen und Kollegen, war voraussehbar, aber - ich gebe es zu - es hat auch mich überrascht; denn ich habe erst im nächsten oder übernächsten Schuljahr damit gerechnet. Es kommt früher als erwartet.

Zurückgeblieben aus der letzten Legislaturperiode ist also ein Scherbenhaufen bei der Personalausstattung in unseren Schulen, über dessen Größe wir hier im Hohen Haus allerdings bis heute im Unklaren sind. Deshalb besteht auch eine erhebliche Unklarheit darüber, welcher Instrumente es jetzt bedarf, um diesen Scherbenhaufen schnellstmöglich und vollständig zu beseitigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir alle sind es den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und diesem Land schuldig, dass wir jetzt alles in die Waagschale werfen, um den Schaden zumindest zu begrenzen und den Karren, der tief im Sumpf steckt, mit aller Kraft wieder flott zu bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern habe Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, mit dem Koalitionsvertrag zwar schon einmal geblinkt und damit einen beabsichtigten Richtungswechsel angedeutet, aber umgesteuert haben Sie noch längst nicht. Wir sind sehr skeptisch und haben die Sorge, dass die Dimension des Problems weiterhin verkannt und kleingeredet wird, dass die Schritte zwar prinzipiell in die richtige Richtung gehen, aber weiterhin zu klein und verzagt sind und vor allem zu spät kommen. Wir befürchten, dass Sie weiterhin mit Zahlenspielereien und Taschenspielertricks die wirklichen Verhältnisse in unseren Schulen verschleiern und das Parlament in Unkenntnis halten werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zeigt sich im Koalitionsvertrag, und das zeigt sich auch in der aktuellen Ankündigung, jetzt unverzüglich weitere 270 Lehrkräfte einzustellen. Es weiß wieder niemand, was die verschiedenen Zahlen bedeuten und was sie miteinander zu tun haben. Noch einigermaßen erkennbar und verständlich ist das Ziel, landesweit im Durchschnitt eine Unterrichtsversorgung von 103 % zu erreichen. Das ist im Übrigen eine eher bescheidene Zielmarke; denn erst ab 105 % kann von einer ausreichenden Versorgung der Schulen mit Lehrkräften gesprochen werden. In alten Koalitionsverträgen mit Standen auch schon 108 %.

Diese Klarheit endet aber schlagartig, wenn es um die Frage geht, welche Schritte und Maßnahmen erforderlich sind, um diesem Ziel zumindest nahezukommen. Woher kommt die Zahl 270 im Koalitionsvertrag und was ist sie wert? Was werden diese zusätzlichen Einstellungen für die tatsächliche Unterrichtsversorgung im neuen Schuljahr bringen, vorausgesetzt die Lehrkräfte können so kurzfristig noch gefunden werden?

Wenn wir in das laufende Schuljahr schauen, dann stellen wir fest: Es ist gekennzeichnet durch die schlechteste Unterrichtsversorgung, so weit wir überhaupt zurückdenken können.

(Beifall bei der LINKEN und bei der AfD)

Gestartet wurde es im September des letzten Jahres mit wiederholten Kürzungen des Unterrichtsangebotes durch die sogenannten bedarfsmindernden Maßnahmen und zusätzlich durch ein Abschmelzen der Vertretungsreserve auf inzwischen weniger als 1 % - 100,9 % sollte die Unterrichtsversorgung gewesen sein.

Im Laufe des Schuljahres hat sich die Situation aufgrund steigender Schülerzahlen und erheblicher Personalabgänge aber weiter zugespitzt. Würde die Unterrichtsversorgung jetzt zum Ende des Schuljahres ermittelt, müsste wahrscheinlich erstmals in der Geschichte dieses Landes eine Lehrkräfteversorgung festgestellt werden, die landesweit unter der 100-Prozent-Marke liegt.

Wird sich gegenüber dem laufenden Schuljahr überhaupt etwas verbessern? Oder werden sich die Verhältnisse lediglich nicht noch weiter verschlechtern? Welche Unterrichtsversorgung kann bei dieser Ausgangssituation im besten Fall erreicht werden? Wie groß bleibt das Defizit, die Lücke, zu den 103 %?

All das alles wissen wir derzeit nicht. Ich vermute, dass auch der Herr Minister das im Anschluss nicht sagen will oder es möglicherweise nicht sagen kann. Denn derzeit befinden wir uns in einer permanenten Abwärtsbewegung bei der Bedarfsabdeckung in den Schulen: so etwas wie mittlere Schuljahre, nicht mehr so gut wie das vorangegangene, aber noch nicht so schlecht wie das folgende.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf sich nicht fortsetzen. Wir brauchen endlich Klarheit und Wahrheit in diesem Hause dazu, was diese Zahlen bedeuten. Wir müssen verlässlich wissen, wie viele Lehrkräfte tatsächlich vor den Schülern stehen und wie viel ordentlicher Unterricht damit angeboten werden kann.

(Beifall bei der LINKEN und bei der AfD)

Deshalb wollen wir von der neuen Landesregierung einen - wir haben es so genannt, auch wenn das ein Begriff ist, den man gern im Finanzministerium verwendet - aktuellen Kassensturz beim Personal. Die Karten müssen auf den Tisch. Ehrliche Zahlen, vollständige Zahlen, die man einschätzen kann, sind die Voraussetzung, um das Versteckspiel um die Unterrichtsversorgung hier im Parlament und in der Öffentlichkeit beenden zu können. Wir brauchen auch mehr Daten aus dem Ministerium, als sie die bisherige Berichterstattung enthält.

Wir wollen vor allem, dass nach diesem Kassensturz das Ziel der Unterrichtsversorgung von 103 % ernsthaft und konsequent angegangen wird. Das heißt schlichtweg, dass so viele Stellen ausgeschrieben werden müssen, wie für die 103 % unter realistischen Annahmen tatsächlich erforderlich sind, und nicht dass Fantazahlen wie die 270, die aus irgendwelchen anderen Kontexten gewonnen werden, genannt werden. Wir wissen selbstverständlich, dass bei der Ausbildung der Lehrkräfte im Lande keine Vorsorge getroffen wurde, um für einen schnellen Aufwuchs bei den Neueinstellungen gerüstet zu sein.

Es ist auch unklar, in welchem Umfang Lehrkräfte außerhalb des Landes für unseren Schuldienst gewonnen werden können. Aber all das ist kein Grund, es nicht mit allen Kräften, mit aller Energie, mit Fantasie und mit hoher Flexibilität zu versuchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier kann ich den Schulbehörden und dem neuen Bildungsminister, der vor einiger Zeit seinen Eid „mit Gottes Hilfe“ geschworen hat, unter Bezugnahme auf eine bekannte christliche Botschaft nur den Rat geben: Herr Tullner, machen Sie die Tore weit und die Türen im Lande hoch.

(Beifall bei der LINKEN)

Schicken Sie niemanden mehr weg, der bei uns als Lehrkraft arbeiten möchte und dazu in der Lage ist. Das werden, weil der Bedarf so groß ist, auch Lehrkräfte ohne zweites Staatsexamen oder ohne Lehrbefähigung sein. Diese müssen jedoch von Beginn an und systematisch für die Arbeit als Lehrkraft befähigt werden; denn sonst sind sie nach kurzer Zeit wieder aus dem Schuldienst verschwunden. Das besagen die Erfahrungen. Wir erwarten deshalb vom Bildungsministerium ein Qualifizierungsangebot, mit dem allen Beschäftigten ohne vollständige Lehrerausbildung die Möglichkeit eröffnet wird, berufsbegleitend die volle Qualifikation zu erreichen und damit letztlich auch die gleiche Bezahlung zu erhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Last, but not least weisen wir darauf hin, dass in unseren Schulen nicht nur Lehrkräfte eine unverzichtbare Arbeit leisten, sondern auch pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Bereich ist die Versorgungssituation jedoch noch viel dramatischer als bei den Lehrkräften; denn diese Beschäftigtengruppe war für alle Vorgängerregierungen seit der Kommunalisierung der ehemaligen Schulhorte nichts als ein Steinbruch in der Personalentwicklung.

Aber auch hierzu hat sich die neue Landesregierung im Koalitionsvertrag endlich etwas vorgenommen, nämlich einen Personalbestand von 1 800 Stellen zu sichern, was zwar auch nur ein bescheidenes Ziel ist, aber es ist immerhin endlich überhaupt eines.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch dafür müssen unverzüglich und in erheblichem Umfang Neueinstellungen erfolgen; denn der aktuelle Personalbestand ist schon jetzt kleiner und er sinkt weiter. Dazu hört man bisher aus den Schulbehörden aber nichts. Ich hoffe sehr, dass wir gleich in dem Beitrag von dem Herrn Minister auch etwas dazu hören werden, was sich diesbezüglich ändern wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Schuljahr 2015/2016 ist in drei Wochen zu Ende. Normalerweise sollte das neue Schuljahr bereits so weit vorbereitet sein, dass spätestens am letzten Schultag des alten Schuljahres alle Lehrkräfte, die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schülerinnen und Schüler wissen, wer im nächsten Schuljahr mit wem zu tun haben wird.

So weit wie in diesem Jahr waren wir von diesem Ziel schon lange nicht mehr entfernt. Erst in der kommenden Woche sollen die 270 zusätzlichen Stellen ausgeschrieben werden, was natürlich viel zu spät ist und alle Beteiligten vor große Probleme stellen wird. Wie wir uns die neue Ausschreibungspraxis und Einstellungspolitik vorstellen, um so weit wie nur irgendwie möglich Lehrkräfte gewinnen und einsetzen zu können, versuchen wir in unserem Antrag inhaltlich zu fassen.

Herr Minister, Sie haben jetzt die Chance, vieles richtig zu machen und die gravierenden Fehler der letzten beiden Wahlperioden zu korrigieren, und zwar genauso radikal, wie sie zuvor und nicht zuletzt auch unter Mitverantwortung der CDU begangen wurden. Zögern Sie nicht, sich für diese wichtigste Ihrer Aufgaben auch die Unterstützung der LINKEN zu sichern. Ich kann nur an Sie appellieren: Selbst wenn sich das Hohe Haus nicht in Gänze hinter die Inhalte unseres Antrages stellen sollte - tun Sie es trotzdem! Es wird sich auszahlen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, sehr geehrter Herr Abg. Lippmann. - Es ist eine Fünfminutendebatte verabredet worden. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der sehr geehrte Herr Abg. Aldag.

(Zuruf von der LINKEN: Darf denn nicht erst der Minister?)

- Entschuldigung! - Herr Aldag - wo ist er denn? - Herr Aldag ist übrigens gar nicht da.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Ich bin da!)

- Herr Aldag, machen Sie sich bereit. Sie sind noch nicht dran.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das ist wie im Unterricht, wenn man schwatzt und nicht zuhört. - Herr Minister, Entschuldigung!

(Minister Marco Tullner: Kein Problem!)

Es spricht für die Landesregierung Herr Minister Tullner. Bitte, Herr Minister, Sie haben das Wort.

#### **Marco Tullner (Minister für Bildung):**

Herr Präsident, ganz herzlichen Dank für diese freundliche Begrüßung.- Lieber Herr Lippmann, ich war sehr beeindruckt von Ihrem Redebeitrag und dachte, ob dieses unwetterartige Szenario draußen vor den Fenstern irgendwie passend und verabredet war. Ich weiß es nicht. Aber es hat zumindest eine gewisse Wirkung erzielt, dass ich kurz ein wenig depressiv wurde und gefragt habe: Was habe ich mir da angetan? - Mittlerweile ist die Sonne schon wieder fast im Kommen, sodass

ich glaube, dass wir gemeinsam bei aller Problemlage,

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

die Sie zu Recht betont haben, dann doch auch das rechte Maß in dem Wissen und Sehen und die Probleme im Blick behalten sollten.

Bevor ich zu meinem inhaltlichen Beitrag komme, gestatten Sie mir zunächst eine persönliche Bemerkung. Ich bin sehr froh, nach nahezu fünf Jahren wieder hier am Rednerpult stehen zu dürfen. Wenn man als ehemaliger Abgeordneter auf die dunkle Seite der Regierung

(Heiterkeit)

gerufen wird, dann ist man als Staatssekretär

(Frank Scheurell; CDU: Das kann man wieder ändern! - Heiterkeit)

mit ganz vielen positiven Konnotationen verbunden. Aber reden darf man hier nicht. Das habe ich immer als große Belastung empfunden, dort hinten als stummer Fisch sitzen zu müssen. Jetzt darf ich wieder reden, und darüber freue ich mich. Das wollte ich hier wenigstens einmal kundtun.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Aber jetzt seriös!)

- Seriös und staatstragend. Das sind Sie von mir gewohnt, Herr Knöchel, hoffe ich zumindest. Ansonsten versuche ich immer, mich zu bessern.

Meine Damen und Herren! Herr Lippmann, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie dieses Thema aufgerufen haben, weil es uns gleich wieder in die Mitte der Arbeit rückt und die Anfänge, die manchmal einen gewissen Zauber ausüben - manchmal aus Ihrer Sicht vermutlich eher eine Problemwahrnehmung darstellen -, hier gleich zu einer gewissen Fokussierung kommen.

Ich habe gelesen, dass heute auf den Tag genau vor elf Monaten sich das Hohe Haus mit einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Lehrkräfte, Personal und zur Personalentwicklung an den allgemeinbildenden, berufsbildenden und öffentlichen Schulen im Land Sachsen-Anhalt beschäftigt hat. Ich habe mir das Protokoll angeschaut und festgestellt, all die Probleme, die Sie in Ihrem Redebeitrag ein wenig benannt haben, gab es schon damals. Sie wurden genannt: Lehrkräftepersonalgewinnung, Unterrichtsausfall, Personalentwicklung im Lehrkräftebereich unter Beachtung der demografischen Entwicklung usw. usw., Einstellungskorridor, alles, was wir haben.

Der damalige Landtagsabgeordnete und heutige Präsident, der hoch verehrte Kollege Herr Güssau, hat damals in seinem Redebeitrag gesagt, der damalige Kultusminister, mein Vorgänger, fahre in dem Thema auf Sicht, und bemängelte dadurch ein wenig die Praxis, dass immer erst

kurz vorher, wie Sie es jetzt auch beschrieben haben, die Dinge sich entwickeln.

Nun komme ich ins Amt und stelle fest: Was hat sich in den letzten elf Monaten getan? - Ich muss feststellen: Natürlich haben wir ein paar Probleme vor uns. Ich könnte mich jetzt kühn zurückziehen und sagen, die Landesregierung hat gehandelt, 270 Stellen, im Kabinett beschlossen, ab nächste Woche geht es los. Wenn man dann aber die Beschlusslagen ein wenig mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung bringt, will ich auf eine Erfahrung zurückgreifen, die ich letzte Woche im Landesschulamt gemacht habe, als ich Herrn Klieme besucht habe.

Er führte mich in einen Raum, in dem die Unterlagen der letzten Bewerbungen waren. Das waren schöne Postkästen, in die die alle einsortiert waren. Ich stellte fest, Sachsen-Anhalt ist das einzige Bundesland, in dem man sich nicht virtuell oder digital bewerben kann. Wenn man bei Facebook ist, kann man sich auf der Hamburg-Seite geradezu bewerben. Hier muss man die Bemühungen auf die Post oder andere Briefdienste fokussieren. Sie sehen also, dass wir hier noch einige Probleme vor uns haben, die Sie zu Recht benannt haben.

Wir müssen sehr schnell unsere neuen Lehrerinnen und Lehrer gewinnen. Dabei müssen wir neue Methoden anwenden. Die Digitalisierung darf hierbei nicht außen vor bleiben. Es kommt aber auch darauf an, die von Ihnen genannte Flexibilisierung - Quereinsteiger-, Seiteneinsteigerthemen - sehr viel stärker in den Blick zu nehmen. Ich sage Ihnen fest zu, dass wir das so tun werden.

Die von Ihnen avisierte - Frau Gorr hat mich auch darauf hingewiesen - traditionelle Berichterstattung im Ausschuss sage ich Ihnen natürlich zu. Wir werden Ihnen so viele Zahlen liefern, dass Sie über die Menge an Zahlen zumindest nicht klagen können, Herr Lippmann. Das verspreche ich Ihnen an der Stelle auf jeden Fall.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir beim Thema Schule nicht nur über Mengen reden können, sondern auch die inhaltlichen Parameter in den Blick nehmen müssen. Sie wissen, dass wir da die eine oder andere Stellschraube haben, die wir noch miteinander diskutieren müssen, die nicht jedem gefallen wird. Aber auch hierbei sollten wir gemeinsam in dem von Ihnen beschriebenen offenen und ehrlichen Sinne diese Themen angehen.

Deshalb will ich mich heute mit dem Satz verabschieden: Ich freue mich auf die Debatten im Ausschuss. Herr Lippmann, Sie haben schon angekündigt und gezeigt, dass Sie ein tatkräftiger Begleiter unserer Politik sein werden. Die drei Regierungsfractionen sind das mit Sicherheit auch. Ich

denke, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen, dass die Politik des Auf-Sicht-Fahrens an dieser Stelle ein Stück weit zu Ende kommt und wir die mittel- und langfristigen Perspektiven stärker in den Blick nehmen sollten.

Da jetzt hier eine rote 05, 06, 07 läuft, höre ich an der Stelle auf und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. - Danke.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Minister Tullner. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Begrüßen Sie mit mir ganz herzlich Damen und Herren der städtischen Volkshochschule aus Magdeburg auf der Besuchertribüne. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Sehr geehrter Herr Aldag, Sie sprechen für die Fraktion DIE GRÜNEN - mein zweiter Versuch. Sie haben das Wort. Bitte schön.

#### **Wolfgang Aldag (GRÜNE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Jahren ist in der Schulpolitik in unserem Bundesland nicht immer alles gut gelaufen. Entsprechend hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der letzten Legislaturperiode die Personalpolitik der Landesregierung stark kritisiert. Ehrlich und offen sind nun die Äußerungen - wo ist er denn? Er ist weg - des Bildungsministers.

(Zurufe: Dort ist er doch!)

- Ah, dort versteckt er sich, hinter Herrn Felgner. - Ehrlich und offen sind nun die Äußerungen des Bildungsministers, und ich freue mich ehrlich, dass hier ein Umdenken stattfindet und wohl ein neuer Schwung ins Haus kommt.

Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind das Resultat einer Politik mit wenig Weitblick. Umso wichtiger ist es, dass wir uns in dieser Legislaturperiode im Sinne einer nachhaltigen Verbesserung der Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt nun die notwendige Zeit nehmen, aber auch zusehen, dass wir im Interesse der Schülerinnen und Schüler, der Eltern sowie der Lehrkräfte zu einer möglichst baldigen gemeinsamen Lösung kommen.

Die im Koalitionsvertrag definierten Ziele zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung sind ambitioniert. Die Landesregierung ist jedoch motiviert, die gesteckten Ziele schnellstmöglich zu erreichen. Das zeigt sich am schnellen Handeln des Kabinetts zur Neueinstellung von 270 Lehrkräften für das Schuljahr 2016/2017 und in dem Verzicht

auf den im Haushaltsgesetz 2016 fixierten Stellenabbau.

Darüber hinaus - das haben Sie in Ihrem Antrag zur Kenntnis genommen - sind im Koalitionsvertrag zahlreiche Maßnahmen genannt, die die Unterrichtsversorgung gewährleisten und verbessern werden. Ich will hier einige wenige Eckdaten nennen:

Der Koalitionsvertrag sieht eine durchschnittliche aktive Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen von 103 % vor. Nach den derzeit bekannten Zahlen bedeutet dies ein Arbeitsvermögen von 14 500 Vollzeitlehreinheiten an den allgemeinbildenden und 1 900 Vollzeitlehreinheiten an den berufsbildenden Schulen.

Dem Koalitionsvertrag können Sie ebenfalls entnehmen, dass eine Neueinstellung von ca. 3 500 bis 4 000 Lehrkräften für allgemein- und berufsbildende Schulen bis zum Ende der siebenten Legislaturperiode vorgenommen werden soll. Diese Zahl ist entsprechend einer positiven Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler im Land jeweils anzupassen.

Für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir dauerhaft ein Arbeitsvermögen von 1 800 Vollbeschäftigteinheiten erreichen.

Auch die Flexibilisierung haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die nach Aussagen des Ministers seit einiger Zeit bereits umgesetzt wird. Sie können sicher sein, dass dies auch zukünftig bei den Ausschreibungen eine gängige Praxis sein wird. So sollen zum Beispiel die bürokratischen Hindernisse beim Prozess zur Gewinnung von Vertretungslehrkräften abgeschafft werden, um so längere Abwesenheit jeder Art durch befristete Vertretungen zu kompensieren.

Seiten- und Quereinsteigern sollen attraktive Möglichkeiten zur Qualifizierung angeboten werden. Dazu hat der Bildungsminister bereits ausgesagt, dass sein Haus sich in der Lage sieht, bis zum Jahresende 2016 einen Bericht zur Beratung vorzulegen. Ich denke, dieser wird dann im Ausschuss ausführlich behandelt und die Grundlage für eine konkrete politische Handlung sein.

Ich kann die Fraktion DIE LINKE verstehen, dass sie Zweifel an der Umsetzung der wirklich hochgesteckten Ziele hat. Der Antrag resultiert vermutlich auch aus dem Ergebnis der Kleinen Anfrage aus dem Mai, und die darin geschilderten Aussichten sind alles andere als rosig. Wir sind uns aber als Koalitionsparteien sicher, dass die zuständigen Stellen daran arbeiten - der Minister hat das bestätigt -, die Unterrichtsversorgung insgesamt für das kommende Jahr und darüber hinaus in den Griff zu bekommen.

Langfristig sieht der Koalitionsvertrag die Bildung einer Arbeitsgruppe „Personalbedarf für Schule

2025“ unter der Federführung des Bildungsministeriums vor, deren Aufgabe darin besteht - ich zitiere -, „die Lehrkräftebedarfe über die Legislaturperiode hinaus insgesamt und regional schulform- und fachbezogen zu beschreiben.“ - Ich denke, damit ist die Zielrichtung klar formuliert.

Meine Damen und Herren! Sie sehen, dass auch im Bereich der schulischen Bildung gemäß dem Koalitionsvertrag mittel- bis langfristig - ich gebe zu, nicht kurzfristig - eine Verbesserung zu erwarten ist. Ich habe es anfangs erwähnt: Die Koalition ist motiviert, die Herausforderungen in der Unterrichtsversorgung anzunehmen und die Situation deutlich zu verbessern.

Wir wollen diesen Antrag federführend in den zuständigen Ausschuss für Bildung und Kultur und aufgrund seiner finanziellen Auswirkungen in den Finanzausschuss überweisen und dort im Einzelnen ausführlich im Dialog miteinander behandeln. Somit geben wir uns und dem zuständigen Ressort in der Landesregierung die Möglichkeit und die nötige Zeit, inhaltlich und konzeptionell über die Aufforderungen in diesem Antrag bzw. aus dem Koalitionsvertrag zu diskutieren. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Abg. Aldag. - Für die Fraktion der AfD spricht Frau Abg. Funke. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

#### **Lydia Funke (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Hohes Haus! Es wird der LINKEN vielleicht nicht ganz gefallen, dass wir im Bildungsbereich doch einige Schnittmengen haben.

(Birke Bull, DIE LINKE: Nee, ganz sicher nicht!)

Doch, hin und wieder schon.

(André Poggenburg, AfD: Ideologische Scheuklappen! - Beifall bei der AfD)

Ich bin beispielsweise bei Herrn Knöchel voll dabei, wenn er sagt, dass die Bildung der Schlüssel zur Lösung ist; denn Wissenschaft und Wirtschaft korrelieren natürlich unweigerlich mit Bildungspolitik.

Es werden oft genug Bilder der Resignation statt Motivation unter den Pädagogen spürbar sichtbar. Die Altersstruktur unserer Lehrerschaft und die Unterrichtsversorgung sind in diesem Land desolat. Hinzu kommt die allmähliche Absenkung des Bildungsniveaus in den einzelnen Schulformen. Da muss man, glaube ich, nicht mehr fragen, ob

der Beruf Lehrer in Sachsen-Anhalt überhaupt noch Spaß macht.

Die Lehrer kommen an ihre Grenzen, gehen folglich in Rente oder in den Vorruhestand, sind häufig krank oder gar langzeitkrank und blockieren damit die Neubesetzung der Stellen. Und warum? - Sie sind schlichtweg überlastet und stöhnen und ächzen unter dem Druck verschiedenster Anforderungen, die heute auf einen Pädagogen einprasseln, die mit der eigentlichen pädagogischen Tätigkeit nicht mehr viel zu tun haben. Die klassische pädagogische Arbeit ist scheinbar obsolet geworden.

Sie müssen wissen, ein Klassenverband setzt sich heutzutage nicht mehr wie vor 25 Jahren zusammen. Wir haben heute hochkomplexe Klassenstrukturen. In Großklassenverbänden von bis zu 30 Schülern, die ebenfalls ein Resultat des Lehrermangels sind, haben bis zu drei Viertel der Kinder, gleich welcher Schulform, in der Regel einen erhöhten Förderbedarf.

Wir haben Schulverweigerer, mit denen sich der Lehrer auseinandersetzen muss. Wir haben überforderte Eltern, mit denen sich der Lehrer auseinandersetzen muss. Es besteht ein erhöhter psychischer Förderbedarf. Die Lehrer haben mittlerweile mehrheitlich in allen Bildungseinrichtungen mit verhaltensgestörten Kindern und Jugendlichen zu tun.

In einigen Schulen ist die Situation innerhalb der Klasse so gravierend, dass man meinen könnte, man befände sich bereits an einer Sonderschule. In den Klassen befinden sich Kinder mit Lernschwächen wie Legasthenie und Dyskalkulie, mit Lernunwilligen, man hat mit Mobbing zu tun. Eine hohe Frequenz psychisch Auffälliger kommt noch hinzu, die sich beispielsweise im Suchtverhalten äußern.

Es zeigen sich also eine Menge Nebenkriegschauplätze, die mittlerweile klassenbeherrschend sind und stetig weiter zunehmen. Zu guter Letzt kommen Sie dann leider noch mit Ihren Gesellschaftsexperimenten wie Inklusion und Gendering daher.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme zum Antrag der LINKEN. In Punkt 1 stellt die Fraktion DIE LINKE hauptsächlich auf eine Sicherstellung der Unterrichtsversorgung ab. Wenn Sie bei einem derzeitigen Lehrerbstand von 100 % ausgehen, sollen 103 % diese Förderbedarfe, Krankheit und Rente absichern? - Ich sage Ihnen, 105 % wären hier vielleicht noch besser, wenn nicht sogar mehr nach den Zahlen, die wir vom Finanzminister gehört haben.

Dann muss man sich die Frage des Nachteilsausgleichs stellen, meine Damen und Herren. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind

hier nicht das entsprechende Problem. Die Landesregierung muss sich fragen, was an Leistungen zu erbringen ist, um diese Nachteile auszugleichen und mit welchem Personal - ich empfehle Ihnen, mit qualifiziertem Personal.

Der Aufforderung der LINKEN an die Landesregierung, den konkreten Personalbedarf beizubringen, stimme ich zu, stimmt auch die Fraktion der AfD zu. Ich frage mich allerdings, wie man im Koalitionsvertrag überhaupt auf die Zahlen bzw. die Zahl der Neueinstellung von 270 gekommen ist.

Ich lese den Koalitionsvertrag so, dass es eigentlich die Stellen sind, die gestrichen werden sollten, frei nach dem Motto. Wir schreiben einfach eine Zahl hinein. 270 Neueinstellungen, das hört sich prima an. Das Ganze geht für mich gegen null. Wie man dann von Spielräumen frei werden der Stellen sprechen kann, das frage ich mich, das frage ich die Koalition und das frage ich auch die LINKE.

Damit komme ich zum nächsten Punkt des Antrages. Die Ausschreibungspraxis des Landes ist seit Jahren scheinbar eine Antiausschreibungspraxis oder Antieinstellungspraxis. In diesem Sinne würde die AfD-Fraktion Punkt 3 des Antrags sogar befürworten. Aber auch das ist von Ihnen nur einmal geblinkt, werte LINKE, und nicht die Lösung; denn - womit ich schon zum nächsten Punkt Ihres Antrags komme - die Ausschreibungskriterien sind auf keinen Fall aufzuweichen.

Die Flexibilisierung hinsichtlich der Online-Bewerbung ist allerdings zu begrüßen; denn auch in anderen Branchen ist es bereits gängige Praxis. Warum sollte das nicht auch hierbei so sein?

Den Bewerberkreis auf Lehramtsabsolventen zu erweitern, obwohl das Referendariat noch nicht begonnen oder abgeschlossen wurde, ist ein Schritt in die richtige Richtung unter der Bedingung, dass das Staatsexamen erfolgreich abgeschlossen wurde. Das Referendariat ist sehr anspruchsvoll, ja, und bisweilen in einigen Teilen auch übertrieben.

Um eine Änderung herbeiführen zu können und um auf alle Fälle die Motivation der jungen Lehrer, aber auch die Attraktivität des Lehrerberufes zu erhöhen, ist der Vorbereitungsdienst, wenn überhaupt, dann zu verkürzen. Des Weiteren sollte man endlich von Zeitverträgen abrücken und den Junglehrern auch eine Perspektive geben oder auch über eine Verbeamtung nachdenken.

Als weiterer Anhaltspunkt, werte Koalition und werte LINKE: Sie wollen immer so vielen Menschen eine Chance geben.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Sehr geehrte Frau Funke!

**Lydia Funke (AfD):**

Ja. Ich bin sofort dabei. - Dann geben Sie bitte auch den jungen Pädagogen eine Berufschance und -perspektive, die ihre Lehrerausbildung vielleicht nur mit der Note 3 absolviert haben. - Gut.

Dann beziehen wir uns noch auf den Akademikerkreis.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Nein! - Birke Bull, DIE LINKE: Die Zeit ist zu Ende!)

- Die Zeit ist vorbei. Gut. Dann ist das halt so.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Frau Funke!

**Lydia Funke (AfD):**

Ja.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Da oben links - darauf haben Sie jetzt Ihr Papier gelegt - ist diese Anzeige. Diese haben Sie jetzt leider verdeckt.

**Lydia Funke (AfD):**

Ja.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Manchmal ist es aber so charmant, dann kann man es überspielen. Es gibt eine Anfrage der Abg. Frau Hohmann. Wenn Sie diese beantworten würden, dann hätten Sie vielleicht auch die Möglichkeit, einige Dinge noch zu erläutern.

**Lydia Funke (AfD):**

Bitte schön.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Wollen Sie die Frage beantworten?

**Lydia Funke (AfD):**

Ich versuche es, ja.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Bitte, Frau Hohmann.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich habe eine Nachfrage, eine Verständnisfrage. Sie sprachen davon, dass viele Lehrerinnen und Lehrer krank, langzeiterkrankt seien und der Unterricht deshalb ausfalle. Sie sprachen davon, dass sie den Platz

nicht freimachen für Neueinstellungen. Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie Langzeiterkrankte entlassen wollen, damit Neueinstellungen vollzogen werden können, oder wie haben Sie es gemeint?

**Lydia Funke (AfD):**

Nein, so habe ich es nicht gemeint. Ich möchte natürlich nicht die Langzeiterkrankten entlassen, um Gottes willen. Es geht aber um das eigentliche Problem, warum sie langzeiterkrankt sind. Das ist die Überlastung, die ich genannt habe. Wenn man diese Überlastung aufheben kann, dann würde es mit den Langzeiterkrankungen sicherlich auch passé sein.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Frau Funke. Es gibt noch eine weitere Nachfrage von Frau Hohmann. - Frau Hohmann, bitte.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Das mit der Überlastung ist alles okay. Sie haben aber in Ihren Eingangsworten - Sie müssen einmal nachgucken - wirklich gesagt, dass Neueinstellungen dadurch verhindert würden. Ich verstehe den Zusammenhang zwischen den Neueinstellungen und den Langzeiterkrankten nicht. Vielleicht können Sie das noch einmal aufschlüsseln.

**Lydia Funke (AfD):**

Es ist letzten Endes so, dass die Stellen trotzdem nicht besetzt werden können. Es ist einfach so. Wenn die Belastung, die Überlastung nicht da wäre, dann hätten wir diese Langzeiterkrankten und quasi auch die Blockierung der Stelle nicht.

(Beifall bei der AfD - Hendrik Lange, DIE LINKE: Es ist okay! Erschließt sich nicht wirklich!)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herzlichen Dank, Frau Abg. Funke. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich glaube, es gibt kein schwierigeres Thema als die Unterrichtsversorgung, nicht nur in unserem Bundesland, sondern auch in anderen Bundesländern. Deswegen haben wir uns in der letzten Legislaturperiode auch sehr oft mit diesem Thema beschäftigt.

Man könnte jetzt lange Ausführungen darüber machen, woran es gelegen hat, dass man auf

Sicht gefahren ist und den tatsächlichen Bedarf nicht realistisch eingeschätzt hat.

(Birke Bull, DIE LINKE: Den Bedarf haben wir schon realistisch eingeschätzt!)

Ich kenne es auch aus anderen Verwaltungsbereichen: Das, was man an Zahlen auf dem Papier hat, ist noch lange nicht das Personal, das tatsächlich vor Ort zur Verfügung steht, sprich: das vor den Klassen steht und dort Unterricht hält.

Ein Problem, das sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft hat, ist der hohe Krankenstand. Darauf haben wir nicht rechtzeitig reagiert, um tatsächlich die ungünstige Alterspyramide zu verändern. Das ist ein riesengroßes Problem, vor dem wir stehen. Wir haben einen Altersdurchschnitt jenseits von 55 Jahren. Wenn ich in Schulen komme, dann sehe ich dort kaum Kollegen, die jünger als 50 Jahre sind. Wir haben es in den letzten Jahren leider versäumt, ausreichend junge Leute einzustellen.

(Birke Bull, DIE LINKE: Das ist doch der Punkt!)

Wir haben nicht gesagt, wir stellen gar keine ein. Ich möchte an dieser Stelle fairerweise noch einmal daran erinnern, dass im letzten Jahr ein Pool von 100 Lehrern zusätzlich zur Verfügung gestellt worden ist und dass diese Lehrer auch eingestellt worden sind. Aber klar, angesichts der Probleme ist das erst einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Die LINKE sagt nun, eine ausreichende Unterrichtsversorgung, das heißt 103 %, werden wir wahrscheinlich nicht erreichen. Gut, das ist eine These. Wahrscheinlich wird es auch so sein, dass wir diese Zahl im kommenden Schuljahr noch nicht erreichen werden. Aber was sind denn Ihre Lösungsvorschläge?

Neues habe ich nicht gelesen. Das sind Dinge, die schon geprüft worden sind bzw. schon gemacht werden: Hinweise zur Ausschreibungspraxis und Flexibilisierung des Einsatzes von ausgebildeten Lehrern - das wird heute schon so gemacht. So findet beispielsweise bei der Ausschreibung von Grundschullehrerstellen schon heute für den Fall, dass es keine Bewerber mit zwei Staatsexamina gibt, die Einstellung von Kollegen mit anderen Abschlüssen statt.

Im Hinblick auf die Frage, welche Ausschreibung im Hinblick auf die Fächerkombination erfolgt, ist es heute schon so, dass in der Regel nur ein Fach angegeben wird. Das zweite Fach richtet sich dann danach, was der konkrete Bewerber mitbringt.

„Poolausschreibung“ klingt zunächst einmal nett. Man schreibt für eine bestimmte Region aus, ohne dass man schulscharf sagt, welchen Fach-

lehrer man eigentlich braucht und an welcher konkreten Schule er eingesetzt werden soll. Das hat sich leider nicht bewährt, weil die Kandidaten nämlich immer dann abgesprungen sind, wenn sie ihren konkreten Einsatzort genannt bekommen haben. Dann haben sie gesagt, nein, das ist eigentlich nicht die Schule, an die ich gern möchte.

Bei einem Vorschlag bin ich skeptisch, nämlich hinsichtlich der Frage, inwieweit wir angesichts der Tatsache, dass wir uns alle eine gute Bildung wünschen, angesichts der Tatsache, dass die Herausforderungen für die Lehrer im Schulalltag immer größer werden, Lehrer ohne ein zweites Staatsexamen, das heißt ohne die entsprechende pädagogisch-didaktische Ausbildung in die schulische Praxis gehen lassen sollten.

(Zustimmung bei der AfD)

Ich finde, wir sollten die Möglichkeit eines berufsbegleitenden Referendariats schaffen. Das ist im Moment im Schulgesetz noch nicht vorgesehen. Vielleicht ist der Minister aber offen dafür, über eine solche Lösung zu diskutieren. Dann können wir diese Möglichkeit bei der nächsten Novellierung des Schulgesetzes schaffen - im Übrigen auch eine Möglichkeit gerade im Hinblick auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für diejenigen, die Kinder haben, weil sie schon arbeiten und nebenbei das Referendariat machen können.

In diesem Jahr werden so viele Stellen ausgeschrieben und sollen so viele Stellen wie noch nie besetzt werden, mehr als 900 Stellen, nicht nur für Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich glaube, wir sind gut, wenn wir es schaffen, dass jede einzelne Stelle tatsächlich besetzt wird; denn sind wir einmal ehrlich: Das größte Problem, das wir haben, ist, für jede einzelne Schule, das heißt auch in den ländlichen Regionen, die jungen Leute zu finden, die dort, an dieser Schule, unterrichten wollen. Deshalb, denke ich, müssen wir das Problem noch etwas genereller und grundsätzlicher angehen. Wir konkurrieren auch mit den anderen Bundesländern.

Wir müssen feststellen, dass das Image des Lehrerberufes in den letzten Jahren nicht besser geworden ist. Wer möchte denn heute noch Lehrer an einer Sekundarschule werden, was völlig unberechtigt ist. Deshalb, denke ich, brauchen wir auch eine Imagekampagne für den Lehrerberuf.

Abschließend stellt sich die Frage, ob es noch andere Möglichkeiten gibt, um eine ausreichende Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Ich überlasse es unserem Bildungsminister Herrn Tullner zu prüfen, inwieweit die Probleme bei der Erreichung der Unterrichtsversorgung auch im Hin-

blick auf die im Bundesvergleich niedrige Stundenverpflichtung lösbar sind. Ich glaube, wir müssen alle Instrumente in Betracht ziehen. Auch darüber werden wir sicherlich im Ausschuss diskutieren. - Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN  
- Zustimmung bei der CDU und von Minister Marco Tullner)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen. Es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten - wer hat sich gerade gemeldet?

(Minister Marco Tullner: Herr Raue!)

- Herrn Raue. - Sind Sie bereit, die Frage zu beantworten?

**Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):**

Ja.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Ja. - Herr Abgeordneter, bitte.

**Alexander Raue (AfD):**

Liebe Kollegin Abgeordnete, können Sie mir vielleicht sagen, was aus Ihrer Sicht zu den Problemen geführt hat, die Sie jetzt beschreiben und die wir alle verwalten und lösen müssen?

**Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):**

Wissen Sie, wir verwalten hier keine Probleme, sondern wir suchen Lösungen für die Zukunft.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir haben jetzt einige Dinge aufgezählt. Deshalb ist meine Intention, nicht in die Vergangenheit zu blicken - das hilft uns bei der Lösung der Probleme nicht weiter -, sondern die Probleme jetzt anzupacken. Das bedeutet jetzt insbesondere, dazu beizutragen, dass die Stellen, die ausgeschrieben werden, auch wirklich besetzt werden können.

(Zustimmung bei der SPD, von Gabriele Brakebusch, CDU, und von Markus Kurze, CDU)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Würden Sie noch eine Nachfrage zulassen?

**Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):**

Ja.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Bitte, gern, Herr Abgeordneter.

**Alexander Raue (AfD):**

Aber ein Blick in die Vergangenheit kann doch kein Fehler sein. Sie müssen doch überlegen, was zu diesen Problemen geführt hat, um ähnlich gelagerte Probleme in der Zukunft frühzeitig zu erkennen und um bereits jetzt vorausschauend zu handeln, um diese Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen.

(Zuruf von Andreas Schumann, CDU)

- Ihr Kollege!

**Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):**

Ich glaube, ich habe in meiner Rede dargestellt, woraus die Probleme resultieren. - Danke.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Ich bin gespannt darauf, was Sie abstimmen. Sie können sich eventuell auch im Ausschuss darüber unterhalten. - Herzlichen Dank, Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen. - Für die Fraktion der CDU spricht die Abg. Frau Gorr. Sie haben das Wort.

**Angela Gorr (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Über kaum ein Thema wurde im Bereich der Bildungspolitik so eingehend und ausführlich debattiert wie über das Thema der Unterrichtsversorgung. Deshalb hätte es bei mir größte Verwunderung ausgelöst, wenn sich nicht einer der ersten Anträge in dieser siebenten Wahlperiode dieses Themas angenommen hätte.

(Birke Bull, DIE LINKE, lacht)

Um denjenigen, die als Abgeordnete in diesem Hohen Haus neu sind, einen Eindruck zu vermitteln, ein kurzer Rückblick: Der Landtag hat angesichts der Brisanz des Themas im Jahr 2014 eine regelmäßige Berichterstattung über den aktuellen Stand der Unterrichtsversorgung an unseren Schulen im Ausschuss für Bildung und Kultur beschlossen. Diese Berichterstattung ist nun in die Praxis umgesetzt worden. Ich gehe davon aus, dass sie weitergeführt wird. Der Minister erwähnte schon, dass ich ihn bereits darum gebeten habe.

Darüber hinaus hat die CDU-Fraktion im letzten Jahr eine Große Anfrage zur Unterrichtsversorgung und Personalbedarfsplanung gestellt, die im Ergebnis notwendige Erklärungen und Schlussfolgerungen geliefert hat. Ich will diese Debatten nicht wieder im Einzelnen aufwärmen. Sie alle können sie in den Protokollen und Drucksachen nachlesen, auch die AfD-Fraktion.

Verwunderung wird bei mir aber dennoch ausgelöst, nimmt doch der Antrag der Fraktion DIE LIN-

KE in der Begründung auf die im Koalitionsvertrag verankerte Zielstellung einer Unterrichtsversorgung von 103 % Bezug. Das freut die Koalition.

Weiterhin gibt die Fraktion DIE LINKE der Landesregierung Tipps, wie sie diese Zielstellung von mindestens 103 % erreichen kann.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Ist gut, was?)

Damit hat die Fraktion DIE LINKE das Hauptproblem erkannt und benannt,

(Minister Marco Tullner: Oh!)

vor dem wir im Land stehen,

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Nicht erst seit heute!)

nämlich - Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen sagte es auch schon -: Wie schaffen wir es überhaupt, den Bedarf für die aus Altersgründen ausscheidenden bzw. infolge von Langzeiterkrankungen nicht mehr zur Verfügung stehenden Lehrkräfte durch Neueinstellungen zu decken, um so die Unterrichtsversorgung sicherzustellen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN! Sie werfen mit Ihrem Antrag durchaus wichtige Fragen auf, aber Sie geben nicht unbedingt aktuelle Antworten. So hat die Landesregierung - wir hörten es schon - in den zurückliegenden Monaten daran gearbeitet, sowohl die Wege für Seiteneinsteiger als auch die Möglichkeiten der Flexibilisierung des Lehramtsstudiums hinsichtlich der Einstellungsmodalitäten zu ebnet. Die Landesregierung hat damit erste wichtige Schritte unternommen.

Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, haben es als Opposition natürlich leicht, locker mehr als die von uns im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlichen 270 Neueinstellungen für dieses Jahr zu fordern. Wir als regierungstragende Fraktionen müssen hingegen auf die Gesamtlage verweisen, unter der Politik und insbesondere Personal- und Finanzpolitik in diesem Land geleistet werden kann.

(Birke Bull, DIE LINKE: Das wird jetzt zur Staatsaktion!)

Diese Gesamtlage lässt die Wunschträume leider nicht in den Himmel wachsen.

Die Landesregierung ist bemüht, die Unterrichtsversorgung künftig bei 103 % zu halten. So, wie ich es bereits erwähnt habe, ist es zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU vereinbart worden. Zur Ehrlichkeit gehört jedoch dazu, dass wir vielleicht Probleme haben werden, überhaupt angehende Lehrkräfte lehramts- und fachspezifisch in der notwendigen Zahl für den Schuldienst

in Sachsen-Anhalt zu gewinnen - wir hörten es schon.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Sagen wir seit Jahren!)

Auf regionale Probleme, die durchaus vielschichtig sein können, will ich gar nicht erst eingehen. Dieser Aspekt kommt zu den Überlegungen hinzu sowie zusätzlich die Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer durch neue Anforderungen, wie zum Beispiel die Inklusion.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bürgerinnen und Bürger richten an die neue Landesregierung hohe Erwartungen, insbesondere an das Ministerium für Bildung, von dem sie sich umgehende Verbesserungen in der Unterrichtsversorgung versprechen. Dieser Wunsch nach Verbesserungen umfasst natürlich auch die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Da es um wichtige Weichenstellungen für das Land Sachsen-Anhalt geht, möchten wir um Überweisung des Antrages zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung und Kultur sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Finanzen bitten, damit wir diese Probleme intensiv miteinander besprechen können. Ich denke, Herr Lippmann wird dort ein breites Spektrum an Berufserfahrung und Ideen einbringen können, von denen ich hoffe, dass sie in gewisser Weise auch umsetzbar sind. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Abg. Frau Gorr. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Lippmann. Sie haben die Möglichkeit zu erwidern. Sie haben das Wort.

#### **Thomas Lippmann (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Gern nehme ich diese Gelegenheit wahr. Zunächst Respekt für den Redebeitrag von Herrn Minister Tullner. Ich denke, das war eine gute Grundlage für eine konstruktive und vor allem fachlich ausgerichtete Diskussion. Denn es geht um das Wohl und Wehe des Schulsystems. Es geht um elementare, teilweise auch technische Fragen. Es geht also nicht um schulideologische Fragen, sondern um Dinge, die jeder machen muss, wie Hausaufgaben, die in der Tat schlecht erfüllt wurden. Daran muss man erinnern. Aber das muss man auch nicht ewig als Banner vor sich hertragen. Jeder andere an Ihrer Stelle würde vor dem gleichen Problem zumindest in dieser Frage stehen. Es ist klar, dass man sich darauf konzentrieren muss.

Ich will aber schon noch verdeutlichen, was ich versucht habe mit meinem Redebeitrag zur Ein-

bringung des Antrags und mit dem Antrag selbst zum Ausdruck zu bringen. Dabei will ich darauf hinweisen, dass es ein bisschen zu eng geschaut ist, wenn man sagt, ihr macht gar keine Vorschläge. Das ist ein bisschen der alte Duktus. Den wollte ich gern überwunden sehen. Wir machen doch schon das Menschenmögliche. Nein, nein, menschenmöglich geht mehr. Das genau ist das Thema.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen die Reflexion im Parlament, ob wirklich das Menschenmögliche gemacht wird. Das fängt bei der Ausschreibung an. Ich nenne Ihnen meine Erwartungen, und wir schauen hinterher, was eingetreten ist. Die 270 zusätzlichen Einstellungen werden möglicherweise knapp oder nicht.

(Minister André Schröder stürzt beim Betreten des Plenarsaals zu Boden - Gabriele Brakebusch, CDU: Die Finanzen werden zu Fall gebracht!)

- Gestolpert. Wir wollen die Finanzen nicht am Boden sehen, auf keinen Fall. Das meine ich ganz aufrecht. - Können wir die Uhr anhalten? Das bekomme ich draufgerechnet.

Ich will meinen Beitrag dazu leisten, damit wir im Parlament wissen, worüber wir reden. Ich war zwar an den früheren Parlamentsdebatten selbst nicht beteiligt, ich habe aber die Protokolle gelesen und weiß, wie sich das Erstaunen und die Überraschung im Parlament dargestellt haben, als immer etwas beschlossen wurde, um hinterher festzustellen, dass nicht das eingetreten ist, was man glaubte zu beschließen. Damit, dass man nur glaubt, etwas zu beschließen und nicht weiß, was es bringen wird, muss Schluss sein.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich sage: Die 270 Einstellungen werden möglicherweise nicht einmal ausreichen, um das Ergebnis dieses Schuljahres, nämlich die 100,9 %, zu erreichen. Möglicherweise verschlechtert sich die Situation, wenn man die Personalabgänge und die Entwicklung der Schülerzahlen hinzurechnet.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Wochenstunden!)

Deswegen muss man sagen, dass auch mehr ausgeschrieben werden kann. Wir müssen gemeinsam darauf schauen. Wir können es doch draußen nicht erklären.

Erst einmal ausschreiben und sagen, was wir brauchen. Sie wissen, dass ich gern mit Zahlen operiere. Ich könnte auch Zahlen nennen, aber das verkneife ich mir, um das Erschrecken nicht zu verbreitern. Aber es sind nicht die 270, auf gar keinen Fall. Darin bin ich mir völlig sicher.

Der zweite Teil ist, dass natürlich klar ist, dass die Versäumnisse der Vergangenheit in der Ausbildung ein großes Problem eröffnet haben. Es war klar: Irgendwann ist es egal, ob man 300, 600, 800 oder 1 000 Stellen ausschreibt, da man nur 300 oder 400 Stellen besetzen kann. Aber das weiß man erst, wenn man zumindest ausgeschrieben hat.

Darüber hinaus sagt unser Antrag eine ganze Menge aus. Wir glauben natürlich, dass alles das, was aufgeschrieben wurde, auch umsetzbar ist. Man muss die bisherige Doktrin der Verwaltung komplett über den Haufen werfen, weil das Problem so groß ist. Man muss bei der Ausschreibung anfangen, bei der Kraft, die man in der Verwaltung dafür einsetzt, bis hin zu Seiteneinsteigern - -

Bevor man gar keine Leute vor der Klasse hat, kann man natürlich auch Leute aus der ersten Phase nehmen. Natürlich muss man berufsbegleitend tätig sein. Das muss man bei allen machen. Man muss dafür sorgen, dass es ein berufsbegleitendes Referendariat gibt. Wir wollen, dass alle, die als Seiteneinsteiger kommen, zu vollwertigen Lehrern werden, dass sie das zweite Staatsexamen absolvieren. An dieser Stelle muss man sich eine Menge einfallen lassen. Dabei sind wir konstruktive Begleiter.

Es gibt Ideen, die allerdings erheblich anders sind als das, was wir bisher gemacht haben. Ich weiß, wie träge ein Apparat ist. Deswegen werbe ich dafür, sich auf den Hosenboden zu setzen und diese Dinge anzupacken.

(Beifall bei der LINKEN - Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Einschließlich Tarifverträge!)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Sehr geehrter Herr Lippmann, es gibt eine Nachfrage des Abg. Lehmann. Möchten Sie die Nachfrage zulassen?

**Thomas Lippmann (DIE LINKE):**

Ja.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Lehmann, bitte.

**Mario Lehmann (AfD):**

Vielen Dank für das Wort. - Ihre Rede hat mir ganz gut gefallen. Ich hätte gern gewusst, wie Sie zu der Vergütung bzw. Besoldung der Lehrer im Rahmen der stattfindenden Einstellungsdebatte stehen.

Aus der Vergangenheit kann ich für den Bereich der Lehrer, Pädagogik, öffentlicher Dienst in

Sachsen-Anhalt sagen, es gibt drei Lehrer: Die Lehrer A, B und C. Der erste ist Beamter, der zweite ist Angestellter und der dritte ist als pädagogischer Mitarbeiter beschäftigt und macht aufgrund von Ausfällen genauso viel Unterricht wie die Lehrer A und B. Es gibt drei unterschiedliche Besoldungen. Beide machen eine Stunde Matheunterricht, der eine hat die Besoldung X, der andere die Besoldung Y und der Dritte hat die Besoldung Z.

Ich kenne auch Fälle, dass in der Pädagogik, wie auch generell im öffentlichen Dienst Sachsen-Anhalts, Leute eingestellt und bezahlt werden, bei denen seit zehn Jahren der Begriff „Wahrnehmung der Amtsgeschäfte“ auf ihren Zuweisungszettel vermerkt ist. Das betrifft Schulleiter, die die Amtsgeschäfte als Schulleiter wahrnehmen und seit zehn Jahren ohne Aussicht darauf zum Beispiel, den Dienstposten zu bekommen, als Physiklehrer laufen. Wird dieses Unrecht im Bereich der Besoldung bei dieser Initiative auch angegriffen? Oder wie würden Sie das sehen?

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Bitte.

**Thomas Lippmann (DIE LINKE):**

Grundsätzlich bestehen all diese Probleme. Es sind aber zwei Seiten der gleichen Medaille. Es geht um die gleichen Beschäftigten. Auch diese Probleme hängen zum Teil miteinander zusammen, aber nicht in jedem Fall.

Die Frage, dass pädagogische Mitarbeiterinnen vielfach für Unterrichtsaufgaben eingesetzt werden, ist ein Missstand, der aus zweierlei Gründen beendet werden muss, und zwar nicht in erster Linie aufgrund der von Ihnen angesprochenen Vergütungsproblematik, sondern in erster Linie, weil die Arbeit der pädagogischen Mitarbeiterinnen als eine ganz spezielle Profession, die nicht die Profession von Lehrkräften ist, in den Schulen gebraucht wird.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das heißt, wir dürfen auch keine Entwertung dieser Arbeit betreiben, indem wir sagen, wenn sie da sind, dann ist es gut, und wenn sie für den Unterricht gebraucht werden, dann setze ich sie dafür ein; denn sie sind ja vorhanden.

In der Not passiert das immer einmal. In der Not passieren immer alle Geschichten in der Schule. Aber die Dimensionen, die inzwischen erreicht sind, die wir auch statistisch nachweisen können, sind viel zu groß; sie unterscheiden sich auch zwischen den Schulformen. Sie sind in den Grundschulen und in den Förderschulen sehr groß und nehmen in den weiterführenden Schulen bis hin zum Gymnasium ab.

Zu der unterschiedlichen Bezahlung der Lehrkräfte. Vielleicht ist es eine gute Gelegenheit, auch in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinzuweisen: Die Gewinnungsprobleme, die wir haben werden - daran haben wir keinen Zweifel -, sind Probleme der Ausbildung, weil Lehrkräfte in einem hohen Masse eine regionale Verortung haben. Wir sind davon überzeugt, dass ich das, was ich im Lande nicht ausbilde, auch am Ende nicht einstellen kann.

Insbesondere in den Außenregionen, wie Gräfenhainichen, Harzgerode, Stendal oder dem Burgenlandkreis, haben wir große Probleme, Lehrkräfte zu gewinnen. Diese muss man aus den Regionen gewinnen und auch in der Region ausbilden. All diese Dinge stehen auf der Tagesordnung und haben mit der Frage der Ausbildung zu tun.

Besoldungsmäßig haben wir keine Standortnachteile. Im Gegenteil: Wir haben eher Standortvorteile.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Wir haben gute Arbeitszeiten!)

- Das wurde auch etwas von uns angetrieben oder von uns verhindert, was die Verschlechterung betrifft. In meiner alten Funktion als Mitglied der GEW darf ich das einmal sagen.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Darüber können wir mal reden!)

Wir haben weder bei der Frage der Arbeitszeit noch bei der Frage der Vergütungsbedingungen Standortnachteile. Wir haben noch ein paar Baustellen im Besoldungsgesetz, die wir auch noch ansprechen werden.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Richtig!)

Aber diese sind nicht so groß.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Die gehen wir auch an!)

Im Grunde haben wir in diesem Bereich kein Problem, insbesondere nicht bei der Frage der Verbeamtungen, wobei ich davon überzeugt bin, dass die Frage, ob verbeamtet wird oder nicht, zwar in dem Fall, in dem die Konkurrenz groß ist, eine Rolle spielt, aber andere Fragen, wie die Arbeitszeit und die Einsatzperspektiven eher eine größere Rolle spielen.

Die angesprochenen Statusunterschiede gibt es. Sie stellen auch ein Problem dar. Wir können sie aber von der Stelle aus nicht lösen. Wir müssen über die Ausbildung sprechen. Das werden wir übrigens auch im September machen. Ich kann bereits ankündigen, dass wir auch in dieser Frage viel größere Schritte gehen müssen, als wir es bisher gemacht haben.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Lippmann, noch einen Augenblick. Herr Raue hat sich noch eine Frage überlegt. Möchten Sie die Frage beantworten?

**Thomas Lippmann (DIE LINKE):**

Ja.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Raue, bitte.

**Alexander Raue (AfD):**

Sehr geehrter Kollege, haben Sie auch das Gefühl, dass der aktuelle Integrationsdruck an den Schulen dazu führt, dass unsere eigenen Kinder ihre Bildungschancen reduziert sehen müssen?

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Lippmann, bitte.

**Thomas Lippmann (DIE LINKE):**

Ich beantworte das einmal anders. Schule ist in dem Moment, in dem die Schultür aufgeht, mit der gesamten Bandbreite von Problemen in der Gesellschaft konfrontiert. Denn die Kinder, die Jugendlichen und die Heranwachsenden sortieren nicht, ob sie ihre Probleme draußen lassen oder in die Schule hineinbringen.

Die Schule muss mit diesen Problemlagen klar kommen. In aller Regel kommt sie damit auch klar, wenn sie ausreichend und entsprechend qualifiziertes pädagogisches Personal hat, und zwar nicht nur Lehrkräfte, sondern auch pädagogische Mitarbeiterinnen.

Es gibt in der Schule natürlich immer Probleme, auch erhebliche Probleme, auch Probleme der Überlastung und des Verschleißes, wenn dieses Verhältnis zwischen Schüler und Personal unter die Räder kommt, weil dann ein Arbeitsaufwand verlangt wird, der nicht zu leisten ist.

In diesem Kontext ist natürlich auch die Aufnahme von derzeit 6 000 Schülern mit einem speziellen Sprachförderbedarf zu sehen, was im Übrigen nicht nur Flüchtlings- und Asylbewerber betrifft, sondern auch EU-Migranten aus Rumänien, Bulgarien usw. Damit müssen Schulen klarkommen. Das Land stellt - zwar zu wenige, aber in nicht unerheblichem Umfang - derzeit 224 Kräfte ein; es müssten doppelt so viele sein. Es wird aber etwas getan. Wo diese Leute sind, läuft es gut und sogar sehr gut.

Die Probleme, die die Schulen mit diesen Integrationsfragen haben, sind jedenfalls kleiner als die Probleme, die sie mit anderen Fragestellungen haben, angefangen bei flexiblen Schuleingangs-

phasen bis hin zur Inklusion, sofern sie keine Leute haben. Wenn sie Leute haben, kommen sie mit den Problemen auch klar. Wenn sie keine Leute haben, kommen sie damit nicht klar. Diese Investitionen müssen getätigt werden. Aber es gibt kein spezielles Problem in Bezug auf die Integration von Migranten, jedenfalls nicht aus meiner Kenntnis.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Abg. Lippmann, es gibt noch eine weitere Nachfrage von Herrn Raue. - Herr Raue, bitte.

(Katrin Budde, SPD: Wir sollten die Fragen mal begrenzen!)

**Alexander Raue (AfD):**

Ist es denn nicht tatsächlich so, dass dadurch, dass wir das Personal nicht haben und das Problem aktuell nicht lösen können, die Bildungssicherheit unserer eigenen Kinder gefährdet wird,

(Katrin Budde, SPD: Was? Bildungssicherheit? - Sebastian Striegel, GRÜNE: Alle Kinder brauchen Bildung!)

nicht nur durch die zurückliegende Flutung des Bildungssystems, sondern auch durch die anstehende? - Denn das Problem wird nicht geringer werden, sondern es wird eher an Schärfe zunehmen.

(Katrin Budde, SPD: Einfach Nein sagen!)

**Thomas Lippmann (DIE LINKE):**

Ich kann Ihnen nur empfehlen, Schulen, vorzugsweise Grundschulen, zu besuchen; denn dort sind die meisten Kinder mit Migrationshintergrund zu finden, dort finden Sie die größten Konzentrationen.

Wir haben Grundschulen, die nicht besonders groß sind, in denen 20, 30, 40, 60 Kinder mit Migrationshintergrund beschult werden. Gehen Sie in die Schulen, gehen Sie in Kindertageseinrichtungen und erleben Sie, wie das die Schulen voranbringt, wie es die Kreativität, die Auseinandersetzungsbereitschaft sowohl der Lehrerinnen und Lehrer, der pädagogischen Mitarbeiter als auch der Kinder fördert, und wie es sie bewegt und begeistert. An dieser Stelle gibt es Entwicklungen - das kann ich Ihnen sagen -, die herzergreifend sind.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Abg. Lippmann. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir treten nun in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 7/60 ein.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es einen Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Bildung und Kultur sowie in den Ausschuss für Finanzen gibt. Mit der Federführung soll der Ausschuss für Bildung und Kultur beauftragt werden. Habe ich das so richtig verstanden?

(Zurufe: Ja!)

Dann bitte ich Sie, darüber abzustimmen, den Antrag in der Drs. 7/60 zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Bildung und Kultur und zur Mitberatung in den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich glaube, das ist einstimmig. Gegenprobe! - Gibt es Stimmenthaltungen? - Nein. Dann war das einstimmig. Der Antrag ist überwiesen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt 16 erledigt.

Wir kommen zu dem letzten Tagesordnungspunkt für heute:

### **Tagesordnungspunkt 17**

Beratung

#### **Weitere Rechtsverschärfungen im SGB II verhindern - Grundsicherung menschenwürdig reformieren**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/61**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/86**

Einbringerin ist Frau Hohmann. Frau Hohmann, bitte, Sie haben das Wort.

#### **Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern war der Internationale Kindertag. Er ist zugleich ein politischer Kampftag, welcher die Bedürfnisse von Kindern in das öffentliche Bewusstsein rücken soll. Meines Erachtens sollte dies nicht nur einmal im Jahr passieren, sondern 365 Tage lang.

(Zustimmung bei der LINKEN)

In Sachsen-Anhalt lebt jedes vierte Kind in einem Hartz-IV-Haushalt.

(Unruhe)

- Würden Sie netterweise?

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Entschuldigung, sehr geehrte Abgeordnete. - Es ist der letzte Tagesordnungspunkt. Ich bitte Sie, der Einbringerin zuzuhören. Ich weiß, dass Sie auf das Sommerfest gespannt sind, aber gedulden Sie sich noch etwas.

#### **Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Danke schön. - In Sachsen-Anhalt lebt jedes vierte Kind in einem Hartz-IV-Haushalt. Im Juni 2015 waren das 65 000 Kinder unter 15 Jahren. Dass Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich von Kinderarmut besonders betroffen ist, zeigt eine Datenauswertung meiner Kollegin Sabine Zimmermann aus der Bundestagsfraktion anlässlich des Internationalen Kindertages.

Im vergangenen Jahr erhielten bundesweit 1,54 Millionen unter 15-Jährige Hartz-IV-Leistungen, also jedes siebente Kind. In Sachsen-Anhalt war es mit 21,8 % jedes fünfte Kind unter 15 Jahren. Das ist deshalb so alarmierend, weil in keinem anderen Land die Bildungschancen so sehr von der sozialen Herkunft abhängig sind wie in Deutschland, speziell auch in Sachsen-Anhalt.

Nun soll das Ganze mit dem sogenannten Rechtsvereinfachungsgesetz der Bundesregierung noch getoppt werden. Mehr als 40 000 Unterschriften hat eine Online-Petition gegen die Kürzungen bei den Alleinerziehenden in kürzester Zeit erbracht. Auch Sachverständige äußerten sich kritisch zu der geplanten Kürzung von Leistungen des Kinderregelbedarfs bei Alleinerziehenden, wenn sich das Kind vorübergehend bei dem umgangsberechtigten Elternteil befindet. Ihr Fazit: Das ist eine deutliche Verschlechterung gegenüber der aktuellen Praxis. Diese Petition wurde übrigens am Montag im Rahmen der Anhörung zu dem Gesetz im Bundestag übergeben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Sachverständigen haben sich ebenfalls am Montag im Ausschuss für Arbeit und Soziales insgesamt kritisch zu dem Gesetz geäußert und diesem ein miserables Zeugnis ausgestellt. Verschlechterungen für Leistungsberechtigte und Mehraufwand für die Behörden statt Vereinfachung - so ihr Fazit.

Prof. Stefan Sell, Sozialwissenschaftler und Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der Hochschule Koblenz, führt an: Das Gesetz macht viele Dinge komplizierter, belastet Leistungsberechtigte zusätzlich, verschärft die heute schon vorhandene Unwucht zuungunsten der Leistungsberechtigten und führt vor allem nicht nur zu einer erkennbaren Belastung der Jobcentermitarbeiter, sondern wird deren Belastung in der Summe weiter erhöhen.

Auch die Bundesagentur für Arbeit kommt bezüglich der ursprünglichen Gesetzesintention zu dem Ergebnis, dass keine Entlastung für die Jobcenter und ihre Beschäftigten zu erwarten ist. Nach all diesem Wissen und den Informationen über diese vielen Baustellen im Gesetz ist es doch nur folgerichtig, dieses vermeintliche Rechtsvereinfachungsgesetz im Bundesrat abzulehnen. Des-

halb kann ich nicht nachvollziehen, warum die Koalition dieses in ihrem Alternativantrag nicht fordert.

(Zustimmung von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren! Unter Punkt 2 unseres Antrages fordern wir die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine umfassende Reform des SGB II mit folgenden Prämissen einzusetzen:

Erstens. Die Sanktionen in der Grundsicherung sowie Ersatzansprüche aufgrund sozialwidrigen Verhaltens gehören abgeschafft. Eine Sanktion entspricht einer Kürzung von Grundrechten. Im Übrigen bin ich davon überzeugt: Grundrechte kürzt man nicht.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Jede Sanktion wirkt kontraproduktiv, weil sie die Betroffenen entmutigt und in die Resignation führt. Im Übrigen gab es auch zu dieser Kürzungspraxis, sprich zu den Sanktionen, eine Petition, die von 90 000 Menschen unterstützt wurde.

Zweitens. Die Konstruktionen der Bedarfsgemeinschaften werden zugunsten von Individualansprüchen beendet und sämtliche Sonderregelungen für unter 25-jährige Erwachsene aufgehoben. Es ist positiv zu bewerten, dass die Koalition in ihrem Alternativantrag zumindest in Ansätzen unsere Forderungen unterstützt. Auch die Forderung nach einem Passiv-aktiv-Transfer läuft bei uns bekanntlich offene Tore ein. Alle Bundesländer außer Bayern und Sachsen haben diese überfällige Reform auf der Bundesebene angemahnt.

Drittens. Die Regelsätze von Kindern und Jugendlichen müssen sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und sollen unter dieser Maßgabe zu einer Kindergrundsicherung ausgebaut werden. Hierbei sind eigenständige Regelsätze in der Problematik der Mehrbedarfe von Trennungskindern dem umgangsberechtigten Elternteil zuzuordnen, ohne die Regelsätze des Elternteils zu kürzen, bei dem das Kind seinen Lebensmittelpunkt hat.

Kinder getrennt lebender Eltern brauchen viel mehr, sogar doppelt so viel, gerade weil sie in zwei Haushalten leben. Denn das heißt, das Bett muss zweimal da sein, Kleidung, Spielzeug und andere Alltagsutensilien. Deshalb kann man das nicht kürzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das neue Gesetz sollte eigentlich Bürokratie abbauen. Wir befürchten jedoch, dass das Gegenteil der Fall sein wird; denn die jeweiligen Jobcenter wären mit dem Abzug und der Zahlung der Beträge beschäftigt. Die Alleinerziehenden müssten im Voraus angeben und später dokumentieren, wann und wie lange sich das Kind bei dem anderen

Elternteil aufgehalten hat. Das ist ein groteskes Verfahren, das die Alltagspraxis für alle Beteiligten erschweren wird.

Schon jetzt mussten Alleinerziehende mit Einbußen rechnen, wenn ihr Kind Zeit mit dem anderen Elternteil verbringt. Doch das wurde von den Kommunen unterschiedlich gehandhabt und meist nicht umgesetzt; und das war auch gut so. Während meiner Tätigkeit im Petitionsausschuss hatten wir lediglich eine Petition zu diesem Thema. Ich sage deshalb noch einmal sehr deutlich: Es gibt kein Einsparpotenzial bei alleinerziehenden Hartz-IV-Familien.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb werden wir als Fraktion auch die Forderungen des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch nach einem Fünfjahresplan gegen Kinderarmut mit aller Kraft unterstützen.

Viertens. Die Praxis der Zwangsverrentung wird beendet. Ebenso ist auch der Verweis darauf, dass Hartz-IV-Leistungsberechtigte vorzeitig mit Abschlägen in Rente gehen müssen, gleichermaßen eine massive Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen und ein administrativ aufwendiges Verfahren.

Wir alle wissen, dass die Zwangsverrentung nichts anderes ist als ein gigantisches Renten Kürzungsprogramm. Eine erzwungene Frühverrentung bedeutet Abschläge in Höhe von 0,3 Prozentpunkten pro Monat auf die Rentenleistungen bis zum Lebensende. Die Renten werden auf Dauer um bis zu 14,4 % gekürzt, wenn die Rente erst ab 67 voll greift. Das ist völlig unannehmbar.

Mit der Rente ab 63 bzw. 65 will die große Koalition den Zugang für Menschen, die 45 Jahre lang versichert waren, abschlagsfrei ermöglichen. Gleichzeitig werden Hartz-IV-Beziehende mit horrenden Abschlägen in die vorzeitige Rente gezwungen.

Die Mehrzahl der Sachverständigen ist sich darin einig, dass die Zwangsverrentung abgeschafft werden muss. Der DGB lehnt diesen Verschiebebahnhof als gravierenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte ab. Die Caritas wirft den Jobcentern vor, sich ihrer gesetzlichen Pflicht zur besonderen Förderung und Eingliederung älterer Arbeitnehmer zu entziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich hätten wir in unseren Antrag noch weitere Punkte aufnehmen können. Ich bin froh, dass unsere Bundestagsfraktion schon seit Jahren unermüdlich mit parlamentarischen Initiativen gegen dieses Unrechtssystem ankämpft.

Zusammenfassend kann ich sagen: Wir haben heute einen Antrag zum SGB II eingebracht, weil wir als LINKE weiterhin hartnäckig gegen das

Hartz-IV-Sanktionssystem kämpfen. So wie wir beim Mindestlohn konsequent waren, so werden wir auch in diesem Fall keine Ruhe geben, bis das Hartz-IV-Sanktionssystem abgeschafft und durch öffentlich geförderte Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt worden ist.

Zum Schluss zu unserem Abstimmungsverhalten. Wir werden eine Direktabstimmung fordern, und zwar aus dem einfachen Grund: Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause vom Bundestag verabschiedet werden. Daher macht eine Überweisung in den Ausschuss keinen Sinn. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, werden wir uns bei der Abstimmung über den Alternativantrag der Koalition der Stimme enthalten. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Katrin Budde, SPD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Frau Abg. Hohmann. Für die CDU-Fraktion spricht - - Entschuldigung, ich habe das wieder nicht - - Ich will immer gleich die Abgeordneten sprechen lassen, dabei haben wir auch noch unsere Landesregierung.

Heute spricht für die Landesregierung in Vertretung der Ministerin Frau Grimm-Benne der Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Herr Felgner als Experte zu diesem Thema.

(Heiterkeit bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Bitte, Herr Minister.

**Jörg Felgner (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):**

Herr Präsident, vielen herzlichen Dank. - Verehrte Abgeordnete! Um es gleich vorweg zu sagen: Ja, auch Ministerin Grimm-Benne hatte sich vom Reformwerk mehr versprochen, als die Bundesregierung nun vorgelegt hat.

Mit Blick auf den Umfang meiner Vorbereitung und mit Blick auf die Uhr rücke ich gleich zur Gesamtbetrachtung vor. In der Gesamtbetrachtung komme ich zu dem Schluss: Die Reformen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind dringend notwendig und auch in vielerlei Hinsicht richtig, da sie sowohl den Betroffenen als auch den Jobcentern helfen. Dies betrifft vor allem die Schnittstelle zur Ausbildungsförderung, die Nachbetreuung nach der Arbeitsaufnahme sowie den ersten Schritt in Richtung eines sozialen Arbeitsmarkts, aber auch Neuerungen wie die Förderung schwer zu erreichender junger Menschen und den Wegfall von Schadensersatzforderungen beim Abbruch von Bildungsmaßnahmen.

Diese Chancen dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Für eine Ablehnung des gesamten

Gesetzentwurfs gibt es keine Veranlassung. Im Hinblick auf den weiteren Reformbedarf ist ein passender Zeitpunkt abzuwarten. Jetzt Aktionismus zu entfalten, würde die erreichten Zwischenziele unnötig gefährden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Gabriele Brakebusch, CDU)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Es ist eine Fünfminutendebatte verabredet worden. Für die CDU-Fraktion beginnt Herr Abg. Bönisch. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Bernhard Bönisch (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Felgner, es ist löblich, dass Sie uns jetzt schneller zum Sommerfest bringen wollten, indem Sie die Rede gekürzt haben.

Ich habe mich, ehrlich gesagt, darauf verlassen, dass Sie etwas ausführlicher auf einzelne Inhalte eingehen. Aber gut, ich werde es jetzt trotzdem nicht nachholen und ich werde trotzdem mein Konzept jetzt nicht verändern, in dem ich eigentlich auch beim Grundsätzlichen bleiben und nicht so sehr auf die Einzelheiten eingehen wollte. Zumal das auch wenig fruchtbar erscheint mit dem ganzen Duktus, den Sie eingeschlagen haben.

Frau Hohmann, ich habe mich beim Lesen des Antrags schon ein wenig geärgert, und Ihre Einbringung hat meinen Eindruck verschärft, dass es Ihnen letztendlich nicht unbedingt nur um die Sache alleine geht, dass nämlich einzelne Veränderungen herbeigeführt werden, die auch in Ihrem Sinne begrüßenswert wären.

Das ist im gegebenen Gesetzentwurf bzw. im aktuellen Stand in vielen Fällen der Fall, da hat Herr Felgner noch einiges aufgeführt. Das wollen Sie ignorieren und sagen: Wir sollen den ganzen Gesetzentwurf ablehnen und uns darauf konzentrieren, nach in Ihrem Duktus aufgestellten Grundsätzen noch einmal etwas Neues auf den Weg zu bringen.

Ich halte das weder in der Sache für förderlich noch für besonders redlich. Denn immerhin sind die Verbesserungen, die, denke ich, jetzt unstrittig im Gesetzentwurf enthalten sind, dann auch wieder auf die lange Bank geschoben. Denn Sie können nicht erwarten, dass ein Gesetzentwurf, der jetzt abgelehnt würde, in einer Neuarbeitung relativ schnell wieder fertig würde.

Natürlich ist es so, dass wir auch nicht mit jeder Regelung zufrieden sind. Das ist aber wahrscheinlich nicht nur auf Partei- und Fraktions-ebene gleich, sondern das wird auch nach jeder-

manns persönlichem Geschmack sicher ein bisschen mehr in diese und ein bisschen mehr in jene Richtung tendieren.

Aber vor diesem Hintergrund hätte ich es im Prinzip für akzeptabel gehalten, wenn Sie noch einzelne Punkte aufgeführt hätten und gesagt hätten: Es sind zwar schon viele Änderungsanträge diskutiert worden, auch eingeflossen in den Gesetzentwurf, aber wir haben noch etwas zu ergänzen, nämlich dieses und jenes. Aber nein, die Ablehnung des gesamten Gesetzentwurfs lässt eher den Eindruck entstehen, dass Ihr Ziel nicht wirklich wünschenswert und nicht wirklich redlich ist.

Denn es entsteht der Eindruck, dass es weniger darum geht, in der Sache Verbesserungen herbeizuführen, als vielmehr darum, Stimmung zu machen. Dieses Stimmungmachen kommt schon in der Formulierung der Überschrift zum Ausdruck, wo Sie schreiben: „Grundsicherung menschenwürdig reformieren.“ Was in meinen Augen ganz klar impliziert, dass die jetzigen Regelungen im SGB II menschenunwürdig seien oder vielleicht die Regelungen, die herbeigeführt werden, die Veränderungen menschenunwürdig seien. Das ist schon starker Tobak.

Klar, das SGB II ist ein so komplexes Thema, dass seine Regelungen nicht allen Vorstellungen und Wünschen in gleicher Weise gerecht werden können, und es wird auch immer wieder Handlungsbedarf geben, weil neue Erkenntnisse reifen. Deshalb - ich glaube, nur deshalb - werden wir Ihren Antrag nicht einfach ablehnen, sondern wir haben den Alternativantrag formuliert, für den ich um Zustimmung bitte. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Herr Abg. Bönisch. - Frau Hohmann, haben Sie sich gemeldet? Das war jetzt etwas unübersichtlich. Sie wollen eine Frage stellen?

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Ich wollte eine Frage stellen.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Herr Bönisch, sind Sie bereit, eine Frage zu beantworten?

**Bernhard Bönisch (CDU):**

Nein, es macht wenig Sinn, hier auf Einzelheiten einzugehen!

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Das macht wenig Sinn, Frau Hohmann.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Dann mache ich das in meiner Erwiderung.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Machen Sie es in Ihrer Erwiderung. Bitte, gerne.

Danke, Herr Abg. Bönisch. - Für die Fraktion der AfD spricht der Abg. Herr Siegmund. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab etwas Positives. Wir von der AfD, wir sind sehr positiv überrascht, dass DIE LINKE neben allen Forderungen heute gegen Rechtsextremismus, für höhere Asylbewerberleistungen auch noch Kraft und Ressourcen hat, sich für die Belange der eigenen und bedürftigen Bevölkerung einzusetzen. Das ist schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der AfD)

Das freut uns natürlich. Inhaltlich spricht der Antrag vorbehaltlich einer später aufgeführten speziellen Differenzierung der AfD sozialpolitisch ebenfalls aus dem Herzen. Dass die Konstruktion von Bedarfsgemeinschaften zugunsten von Individualansprüchen beendet wird, das ist definitiv gut und richtig. Denn gerade in sozialen Härtefällen führt an einer Einzelfallentscheidung unserer Meinung nach kein Weg vorbei.

Wie sinnvoll ist es denn bitte schön, dass beispielsweise für einen Ehepartner, der jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, dann aber arbeitslos wird, sein arbeitender Ehepartner haften muss? Das ist nicht im Sinne einer sozialverträglichen Politik. Wir stimmen hier vollkommen überein, dass die Individualentscheidung ein Weg zu einem faireren und entsprechend würdevolleren Umgang miteinander ist.

(Beifall bei der AfD)

Auch die Anpassung der Regelsätze von Kindern und Jugendlichen an den tatsächlichen Bedarf ist rein sachlogisch und entsprechend zu unterstützen. Die fehlende Kindergrundsicherung führt gerade in strukturschwachen Regionen - natürlich auch insbesondere hier bei uns in Sachsen-Anhalt - nicht selten zu einer unverschuldeten Kinderarmut. Kinder sind die Zukunft dieses Landes und daher sollte ihnen unabhängig vom Einkommen der Eltern ein lebenswürdiger Betrag zugesichert sein.

Der Punkt der Zwangsverrentung bedarf unserer Meinung nach keiner weiteren Debatte. Es ist eigentlich nur traurig, das beispielsweise nur eine Unbilligkeit vor der Zwangsinanspruchnahme

eines vorzeitigen Renteneintritts schützt. 2014 waren bereits 65 000 Menschen von der Zwangsverrentung bedroht, und alleine aus demografischen Gründen ist es absehbar, dass dies erst der Anfang war.

(Ein Abgeordneter niest)

- Gesundheit! - Wenn die Rente erst ab 67 greift, bedeutet dies eine Kürzung von bis zu 14,4 % des Rentenanspruchs infolge einer Zwangsverrentung. Diese ist entsprechend unstrittig und, wie von den LINKEN korrekt gefordert, zu beenden.

Völlig unklar für uns - das geht jetzt auch an den Alternativantrag der CDU - ist allerdings die Positionierung gegenüber der Sanktionsabmilderung bzw. der vollständigen Abschaffung von Sanktionen bei sozialwidrigem Verhalten.

Wie, bitte, wollen Sie eine derartige Respektlosigkeit gegenüber der Gebergesellschaft argumentativ fundieren? - Die Erfüllung der Ersatzpflichten nach § 34 SGB II, insbesondere aber die Sanktionierungen in Absatz 3 desselbigen, sind zwar in ihrem Ausmaß von bis zu drei Jahren, was definitiv zu viel ist, diskussionsfähig, niemals jedoch die komplette Aussetzung dieser Sanktionierungen.

Es kann nicht im Sinne unserer Sozialpolitik sein, dass die generelle Ablehnung eines vermittelten Jobs, beispielsweise weil die Arbeit einfach keinen Spaß gemacht hat, vollkommen sanktionsfrei bleibt.

Denn wer erwirtschaftet denn die Mittel, die genau für solche Fälle bereitgestellt werden? - Das ist die wertschöpfende Gesellschaft und allem voran unser Mittelstand.

(Zustimmung bei der AfD)

Das wollen wir denen gegenüber einfach nicht verantworten. Eine solche Forderung ist diesen gegenüber entsprechend nicht erklärbar und abzulehnen.

(Zustimmung von Lydia Funke, AfD)

Wir bitten um eine Differenzierung, was die Belange dieser Umstände angeht. Beispielsweise gibt es auch Menschen, die das nicht machen konnten aufgrund von Mobbing oder einer Krankheit; das ist natürlich vollkommen außer Frage.

Abschließend ist der Antrag in drei von vier Punkten nahezu unstrittig, da würden wir vollkommen mitgehen. Ein Mehrwert für eine gerechtere Sozialpolitik aufgrund der unverhältnismäßigen Forderungen allerdings nach der nahezu kompletten Sanktionsfreiheit bei sozialwidrigem Verhalten ist für uns nicht erkennbar und diese daher nicht akzeptierbar. Wir werden uns bei beiden Anträgen entsprechend der Stimme enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Herr Abg. Siegmund. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Frau Abg. Lüddemann. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

#### **Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Über allen einfachgesetzlichen Regelungen und Verordnungen einer Grundsicherung muss meines Erachtens der Leitwert stehen: Das Existenzminimum ist unantastbar.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

So verstehe ich das Sozialstaatsgebot in Verbindung mit dem viel zitierten Artikel 1 des Grundgesetzes.

Dass ich so meine Schwierigkeiten mit dem Entwurf des SGB-II-Vereinfachungsgesetzes habe, habe ich gestern schon zur Kenntnis gegeben. Aber - das ist die gute Nachricht - es ist noch Bewegung in der Sache.

Als reichlich skurrilen Vorgang in diesem Zusammenhang darf ich auf das offizielle Bundestagsdokument mit Drucksachenummer verweisen, das gleichzeitig Formulierungshilfen für Änderungsanträge enthält, erstellt vom Bundesministerium für Soziales, gesandt an die Bundestagsfraktionen.

Das ist vor dem Hintergrund der Gewaltenteilung ein interessanter Vorgang, aber Formulierungshilfen sind auch manchmal sehr hilfreich und wurden auch von den Rednerinnen und Rednern im Deutschen Bundestag entsprechend aufgegriffen. Insofern kann man sich auch ernsthaft und mit Zielstellung noch bemühen, an dem Gesetzentwurf Änderungen vorzunehmen. Insofern bin ich dankbar, dass DIE LINKE dieses Thema aufgeworfen hat.

Beim Einsatz der Landesregierung ist es das Mindeste - so steht es auch in dem Änderungsantrag -, die Sonderregelung für Sanktionen für die unter 25-Jährigen, die Sanktionsmöglichkeiten im Leistungsbereich Unterkunft und Heizung und eine maximale Sanktionsquote von 30 % zu prüfen.

Sicher, meine Fraktion und ich persönlich hätten uns da noch mehr gewünscht, aber auch das zählt zu Aushandlungsprozessen, zu Ergebnissen von Aushandlungsprozessen, und wir können an der Stelle mit der gefundenen Lösung gut leben. Es zeigt, dass wir eine hohe Diskussionsbereitschaft, eine hohe Einigungsbereitschaft in der Koalition haben. Unter anderen Umständen wäre

die Positionierung vielleicht auch anders ausgefallen.

Gerade die Abschaffung der Sonderregelungen für unter 25-Jährige wird mittlerweile fast unisono gefordert. Das ist im Bundesrat so diskutiert worden; auf Ebene der Verbände und Vereine im fachlichen Feld sowieso. Es hat sich schlicht und ergreifend in der Praxis gezeigt: Ein besonders unnachgiebiger Umgang mit jungen Menschen fördert eher den Kontaktabbruch zum Jobcenter und fördert nicht die Integration.

Einzig die CSU ist im Bundesrat noch ein bisschen unentschlossen, aber da können wir vielleicht auch noch wirken.

Auch Leistungen zur Unterkunft und Heizung sollten im Sinne meiner Fraktion von Sanktionen ausgeklammert werden. Es darf doch schlicht und ergreifend nicht sein, dass Obdachlosigkeit durch staatlich verordnete Sanktionen herbeigeführt wird.

Das halte ich in der Tat eines Sozialstaates für unwürdig, genauso wie Menschen den Regelsatz zu kürzen und auf die Beantragung von Essensgutscheinen zu verweisen. Deswegen begrüßen wir die vorgeschlagene Prüfung der maximalen Sanktionierung.

Auch was die Alleinerziehenden betrifft - dazu durfte ich im Hohen Hause schon ausführen -, halten wir die Vorschläge für schwierig. Wenn Alleinerziehende den Regelsatz gekürzt bekommen, weil das Kind beispielsweise am Wochenende in der Regel beim Vater ist, dann ist das fachlich falsch, da es viele laufende Kosten gibt - Frau Hohmann hat es ausgeführt -, die überhaupt nicht tageweise anfallen. Es ist familienpolitisch schwierig, weil es negative ökonomische Anreize für Elternbesuche setzt, und es ist verwaltungstechnisch kontraproduktiv, weil es einen enormen Berechnungsaufwand produziert.

Wir glauben, dass es für diese Gruppe, die gerade in Sachsen-Anhalt sehr stark vertreten ist, ein falsches Zeichen ist, und würden uns gerne im Bundesrat noch einmal für die Gruppe der Alleinerziehenden einsetzen.

Ansonsten ist zum sozialen Arbeitsmarkt und zum Aktiv-passiv-Transfer, der dezidiert Einfluss in den Koalitionsvertrag gefunden hat, schon einiges gesagt worden, was meine Fraktion für gut und richtig ansieht. - In diesem Sinne: vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Frau Abg. Lüddemann. - Ich bin etwas erkältet, ich bin etwas verschnupft heute.

- Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Steppuhn. Bitte, Sie haben das Wort.

#### **Andreas Steppuhn (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Kollegin Hohmann! Ich denke, dass das neunte SGB-II-Änderungsgesetz nicht dazu geeignet ist, eine grundsätzliche Diskussion über das Thema Hartz IV erneut anzufangen.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Aber ich gebe Ihnen recht, dass wir als Land, aber auch die Bundesländer insgesamt, von dieser Gesetzgebung etwas mehr erwartet hätten, als sich dort jetzt wiederfindet.

Frau Lüddemann hat die Punkte genannt. Es ist in der Tat ein Vorgang, der nicht alle Tage vorkommt, dass es dort Formulierungshilfen gibt, die im Prinzip noch weiteren Veränderungsbedarf in Aussicht stellen. Von daher gehe ich davon aus, dass es dort noch Bewegung geben wird, sodass die Interessen der Länder auch mehr Berücksichtigung finden werden.

Allerdings - das ist auch der Grund, warum wir den Alternativantrag gemacht haben - glaube ich, wäre es der falsche Weg, diese Gesetzgebung jetzt aufzuhalten, indem wir sagen, wir lehnen alles ab, zumal auch schon Punkte dort enthalten sind, zum Beispiel eine verbesserte Ausbildungsförderung festgelegt worden ist, aber auch die Frage der Verlängerung des Bewilligungszeitraums und Rechtsvereinfachungen, die auch Langzeitarbeitslosen zugute kommen, auch die nachsorgende Betreuung, wenn Langzeitarbeitslose eine Tätigkeit aufgenommen haben, in die Tätigkeit gehen und für den Arbeitsplatz erst gefestigt werden müssen.

Ich glaube, das sind Errungenschaften, bei denen sich die Länder durchgesetzt haben. Von daher glaube ich, wäre es in der Tat der falsche Weg, zu sagen, wir lehnen jetzt alles ab. Deshalb unser Alternativantrag.

Ich werbe auch dafür, diesen Alternativantrag anzunehmen, und würde gleichzeitig den Vorschlag machen - das schadet, glaube ich, Kollegin Hohmann, auch in der Sache nicht -, dass wir uns von der Sozialministerin zu Beginn der neuen Legislaturperiode aktuell den Sachstand berichten lassen, wie der Stand der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern ist, sodass wir auf einem aktuellen Stand sind. Das könnte das spätestens in der Augustsitzung passieren.

Ansonsten hoffen wir, dass sich die Länder gegenüber der Bundesregierung und gegenüber dem Bundestag noch durchsetzen können. Ich bin davon überzeugt, da geht noch ein bisschen was. Diesen Weg würden wir gehen, deshalb meine

Werbung dafür, diesen Alternativantrag anzunehmen. - Danke schön.

(Zustimmung bei der SPD)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion DIE LINKE hat die Abg. Frau Hohmann das Wort, wenn sie erwidern möchte. Sie haben das Wort.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bönisch, da Sie meine Frage nicht beantworten wollten, möchte ich es jetzt in eine Stellungnahme umformulieren.

Ich vermute einmal oder ich gehe davon aus, dass Sie die Stellungnahmen zur Anhörung zu diesem Gesetz weder gelesen noch irgendwie zur Kenntnis genommen haben. Denn sonst hätten Sie bemerkt, dass alle, die dort eine Stellungnahme abgegeben haben, von einem sogenannten Reförmchen gesprochen haben.

Das heißt also, wir haben den Antrag nicht um der Sache willen gestellt oder weil wir nach vorn preschen wollten, sondern weil das, was momentan ausgehandelt ist, nicht das ist - das hatten die beiden anderen schon gesagt -, was man sich erhofft hat.

Unsere Intention, das ganze Gesetz abzulehnen, war folgendem Umstand geschuldet: Stellen Sie sich vor, jetzt kommt das Gesetz mit diesen vielen Änderungen, angefangen von den Alleinerziehenden über die unter 25-Jährigen bis hin zur Zwangsverrentung usw. Wenn das jetzt alles in Kraft tritt, glauben Sie dann wirklich, dass die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Verschlechterungen - es gibt demgegenüber ein paar wenige Reförmchen; Herr Steppuhn hat ein paar wenige genannt - in nächster Zeit abgeändert werden, zumal im nächsten Jahr die Bundestagswahlen sind? - Ich glaube es nicht.

Das heißt also, diese Dinge, deren Änderung wir heute gefordert haben - das waren nur einige wenige -, werden dann in Kraft gesetzt. Was erst einmal in Kraft gesetzt worden ist, das gilt. Gerade in Sachsen-Anhalt, in dem es die höchste Quote an Kinderarmut unter den Flächenländern gibt, ist das kein Beitrag der Koalition, sich dagegen stark zu machen.

Genau aus diesem Grund haben wir das gemacht, nicht weil wir populistisch sein wollten. Vielmehr haben wir die Befürchtung, wenn es erst einmal in Gesetzesform gegossen ist, dauert es etliche Jahre bis zu einer Änderung. Deshalb wollen wir es im Bundesrat ablehnen.

Ich hoffe und wünsche, dass Sie, Herr Steppuhn, Recht behalten und dass noch mehr Punkte aufgenommen werden, auch die Punkte, die Sie angesprochen haben. Ich denke, die Hoffnung stirbt zuletzt. Schauen wir mal. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der LINKEN)

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Abg. Frau Hohmann, es gibt eine Nachfrage des Abg. Herrn Bönisch. Möchten Sie diese beantworten?

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Na klar.

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Bitte, Herr Bönisch.

**Bernhard Bönisch (CDU):**

Frau Hohmann, wenn Sie das fragen wollten, das hätte ich Ihnen vorhin auch beantworten können. Ich dachte, Sie wollten auf Einzelheiten eingehen.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Nö, nö.

**Bernhard Bönisch (CDU):**

Aber jetzt frage ich Sie: Glauben Sie, dass es, wenn man nun das gesamte Gesetz ablehnt, noch vor der nächsten Bundestagswahl zu irgendwelchen Änderungen kommt, selbst zu denen, die auch von Ihnen positiv bewertet werden? - Insofern: Nehmen wir doch erst einmal das, was wir haben, und dann sehen wir weiter. Änderungen können immer noch eingebracht werden. Das war meine Intention.

Deshalb habe ich kritisiert, dass Sie sagen, wir fangen noch einmal komplett von vorn an. Denn dann würden auch die positiven Regelungen, die in dem Entwurf enthalten sind, die auch Sie positiv bewerten, nicht in Kraft treten. Das war damit gemeint. Glauben Sie denn, dass es eher kommt, wenn wir das ganze Gesetz noch einmal neu aufrollen?

**Präsident Hardy Peter Güssau:**

Es war eine Frage darin.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Doch. Wissen Sie auch, warum? - Weil in der Koalitionsvereinbarung genau das thematisiert worden ist. Es ging genau darum, diese Rechtsvereinfachungen durchzuführen. Wenn es im Bundesrat abgelehnt würde, dann müsste ja die Koalition bekennen, dass sie ihr Versprechen, das

sie gegeben hat, nicht gehalten hat. Insofern gäbe es da schon ein bisschen Druck.

Also, zu sagen, na ja, dann käme das wenige Gute auch nicht - ich weiß nicht. Das ist immer so die Wahl zwischen Pest und Cholera. Was ist denn nun besser, das wenige Gute oder das viele Schlechte? - Da muss man abwägen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

#### **Präsident Hardy Peter Güssau:**

Danke, Frau Hohmann. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zum Abstimmungsverfahren. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass es um Direktabstimmung geht. - Es gibt keinen Widerspruch. Ich lasse also abstimmen über den Antrag in der Drs. 7/61.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Über den Änderungsantrag! - Rüdiger Erben, SPD: Nein, über den Alternativantrag!)

- Entschuldigung, wir haben einen Alternativantrag. Was Sie als Änderungsantrag bezeichneten, ist der Alternativantrag, der uns in der Drs. 7/86 vorliegt. Korrekt? - Dann stelle ich diesen Alternativantrag in der Drs. 7/86 zur Abstimmung.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Nein, nein, immer zuerst das Original!)

Meine Damen und Herren, das hatten wir gestern schon einmal beim letzten Tagesordnungspunkt. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Drs. 7/61; die liegt mir vor.

Wir stimmen über diese Drucksache ab. Wer für diese Drucksache ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Ge-

genprobe! - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der CDU. Enthaltung? - Die Fraktion der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Wir kommen zum Alternativantrag in der Drs. 7/86. Wer dieser Drucksache seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der CDU. Gegenstimmen? - Diese sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Bei den Fraktionen DIE LINKE und der AfD. Damit ist der Alternativantrag angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 17 ist erledigt.

#### **Schlussbemerkungen**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind am Ende der 5. Sitzung des Landtages angelangt. Die morgige Sitzung beginnt um 9 Uhr. Wir beginnen mit den Tagesordnungspunkten 21 a und b, mit den Aktuellen Debatten. Ich schließe damit die heutige Sitzung des Landtags.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt eine kleine Änderung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie, Sie im Anschluss an diese Sitzung direkt zum parlamentarischen Abend begrüßen zu dürfen. Es wäre schön, wenn Sie gleich zum parlamentarischen Abend gehen würden. Das war sonst immer anders. Wir wollen gleich beginnen. Deshalb habe ich noch einmal geklingelt. - Damit ist die Sitzung geschlossen.

Schluss der Sitzung: 19:07 Uhr.